

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

44

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 1. Juni 1922.

Tagesordnung:

1. Antrag Schultze, betreffend weitere Vermietung der im Gildehause befindlichen zwei Vortragsräume an Vereine.
2. Antrag Gräf, betreffend Übernahme der Reinigungsgebühren für die an Turn- und Sportvereine zur Benutzung überlassenen städtischen Turnhallen.
3. Ersatzwahl eines Mitgliedes des Schulvorstandes der katholischen Schule.
4. Bewilligung von Kosten für Dachinstandsetzungsarbeiten auf dem Rieselgute.
5. Erhöhung der Gebühren für Benutzung des Schlachthauses.

Registrator

B e r i c h t

über die Verhandlungen der Stadtverordneten

zu Braunschweig

in deren Sitzung am 1. Juni 1922.

Tagesordnung:

1. Antrag Schultze, betreffend weitere Vermietung der im Glödenhause befindlichen zwei Vortragssäle an Vereine.
2. Antrag Gräf, betreffend Übernahme der Reinigungsgebühren für die am Turm- und Sportplatz zur Benutzung überlassenen städtischen Turnhallen.
3. Erstwahl eines Mitgliedes des Schulvorstandes der katholischen Schule.
4. Bewilligung von Kosten für Dachstuhlreparaturen betten auf dem Rieselgute.
5. Erhöhung der Gebühren für Benutzung des Schlauchhauses.

6. Vorschußzahlungen an Lehrkräfte in Rücksicht auf die allgemeine Erhöhung der Gehälter vom 1. April 1922.
7. Neuregelung der Bezüge der Beamten und Lehrkräfte vom 1. Mai 1922 ab.
8. Vermietung von Räumen im Hause Wilhelmstraße 21 an den Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer.
9. Aufnahme einer Klage (Kybitz).
10. Vermietung des ehemals Schmidt'schen Ziegelei-Grundstücks an einen Unternehmer.
11. Anfrage Stegmann, betreffend den Berufsmusikern gemachte Konkurrenz durch Lehrer und Schüler höherer Schulen.
12. Anfrage Tostmann, betreffend eine vorzunehmende Erhöhung der Armenunterstützungssätze.
13. Anfrage Tostmann, betreffend Wohnungsbeschaffung bei den ungenügenden Baukostenzuschüssen des Staates.
14. Anfrage Messenius, betreffend die Einrichtung eines Kleinkinder-Spielplatzes am Löwenwalle.

15.

15. Anfrage Jahns, betreffend die Behandlung der Mitglieder des Herzoglichen Hauses in betreff der Rationierung der Lebensmittel.
 16. Antrag Stukenberg, betreffend den Schutz der Feuermelder vor unbefugter Benutzung.
 17. Antrag Stegmann auf Erhöhung der Zahl der Kanalreiniger auf die frühere Stärke.
 18. Übernahme eines Drittels der Mehrkosten für die Kaufmännische Fortbildungsschule infolge der erhöhten Ausgleichszuschläge vom 1. Mai 1922.
-

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister R e t e m e y e r , Bürgermeister M e y e r , Stadtrat von F r a n k e n b e r g , Stadtbaurat G e - b e n s l e b e n , Stadtrat S c h a p e r , Stadtrat V o g l e r , sowie die Stadträte F ü e r m a n n und R ü t e r .

Es fehlen die Herren Stadtverordneten Dr. J a s p e r und M a a ß .

Vorsitzender F r e d e : Ich eröffne die heutige Sitzung und mache die Versammlung bekannt mit einer ganzen Zahl von Eingängen, Anträgen und Anfragen.

Zunächst liegen zwei Schreiben des Rates an die Stadtverordnetenversammlung vor; das erste davon lautet:

„Unter dem 11. Mai haben die Stadtverordneten uns ersucht, die zum 15. erfolgte Kündigung von 29 auf dem städtischen Lager beschäftigten Arbeitern rückgängig zu machen und den Gekündigten anderweitig Arbeit zu beschaffen. Wir haben uns bemüht, im Sinne dieses letzten Antrages etwas zu erreichen, es ist uns aber die Schaffung von Arbeitsgelegenheit bis zu dem genannten Tage nicht möglich gewesen. Wir haben bei dieser Sachlage zu unserm Bedauern uns auch nicht dazu verstehen können, die ordnungsmäßig ausgesprochene Kündigung wieder aufzuheben.“

Das

Das zweite Schreiben des Rates lautet:

„Bei der Beratung des vorjährigen Haushaltsplanes am 7. und 14. Juli 1921 ist von den Stadtverordneten zu Kapitel XIII folgender Beschluß gefaßt worden:

„Der Rat der Stadt wird ersucht, nochmals an die Regierung wegen Gewährung von Zuschüssen für die höheren Schulen heranzutreten.“

Wir sind diesem Beschlusse beigetreten und haben durch Schreiben vom 28. Juli 1921 bei dem Staatsministerium, Abteilung für Volksbildung, den entsprechenden Antrag gestellt. Darauf haben wir unterm 9. Mai dieses Jahres vom Minister für Volksbildung nachstehenden Bescheid erhalten:

„Auf die Eingabe vom 28. Juli 1921 (Nr. 4064). Nach eingehender Prüfung ist das Staatsministerium nicht in der Lage, der Gewährung von Zuschüssen an die städtischen höheren Lehranstalten näherzutreten.

Gezeichnet: Grotewohl.“

Wir bringen solchen den Stadtverordneten hiermit ergebenst zur Kenntnis.“

In einer Eingabe der Rechtsanwälte Dr. Voge,
Dr. Rustenbach und Schminke wird folgendes ausge-
führt: „Wir haben im Auftrage des Böttchers August
Waschkowski, hier, Eichthalstraße 8, bereits am 18.
April 1922 bei dem Mieteinigungsamte einen Antrag
gegen den Schlachter Willi Fiedler und Frau, Grün-
straße 5, gestellt auf Genehmigung einer Räumungskla-
ge. Das Mieteinigungsamt hat trotz Erinnerung vom
5. Mai auf diese eilige Räumungsangelegenheit nicht
verfügt und hat sogar auf telephonischen Anruf er-
klärt, daß es nicht in der Lage sei, so schnell
Termine anzusetzen. Wir bemerken ausdrücklich, daß
wir ähnliche Verzögerungen schon wiederholt erlebt
haben, daß es sich aber hier besonders nicht um eine
Erhöhung von Miete oder um Kündigung handelt, sondern
um eine Genehmigung zur Erhebung einer Räumungskla-
ge, indem wir für Herrn Waschkowski behaupten, daß
die Leute sich bereits durch notariellen Vertrag
verpflichtet haben, die Wohnung zum 1. April zu
räumen,

räumen, daß sie tatsächlich also ohne jeden Rechtsgrund in der Wohnung sind. Erst wenn die Genehmigung zur Räumungsklage gegeben ist, kann der vielleicht wiederum langwierige Räumungsprozeß vor dem ordentlichen Gericht erhoben werden. Der Böttcher Waschkowski ersucht die Stadtverordneten, darauf hinzuwirken, daß das Mieteinigungsamt in derartig wichtigen und eiligen Angelegenheiten seinen Geschäftsgang wesentlich beschleunigt."

Soweit ich es übersehe, sind wir nicht in der Lage, auf die Entschließungen des Mieteinigungsamtes einzuwirken. Ich überweise deshalb das Schreiben dem Rat der Stadt als Material und zur weiteren Verfolgung.

Eine andere Eingabe ist eingegangen von Herrn Fritz Kindel, Echternstraße 41. Er nennt sich: „Vertrauensmann der Notstandsarbeiter Bürgerpark.“ In dem Schreiben werden die Stadtverordneten ersucht, dafür zu sorgen, daß den 19 Notstandsarbeitern im Bür-

ger-

gerpark für einen Teil der Monate März und April die Erhöhung der Bezüge nachgezahlt wird. Wie ich höre, ist ein gleiches Schreiben an den Rat der Stadt, gerichtet, wir warten deshalb die Erledigung durch den Rat ab.

Sodann ein Schreiben des Braunschweiger Lehrervereins:

„Der Braunschweiger Lehrerverein sieht sich genötigt, öffentlich Stellung zu nehmen zu den Ausführungen, die einige Stadtverordnete in der Sitzung am 6. April bei der Besprechung des Antrages Lehnert, betreffend die Behandlung der an dem lebenskundlichen Unterricht teilnehmenden Schulkinder, gemacht haben. (Zuruf Lehnert: Kommt ziemlich spät!)“

Nach dem amtlichen Stenogramm haben die Stadtverordneten Lehnert, Dietermann, Sievers und Regener teils gegen einzelne Lehrpersonen Beschuldigungen vorgebracht, die sich lediglich auf Kinderaussagen stützen, teils durch Verallgemeinerung dieser angeb-
lichen

lichen Verfehlungen die hiesige Lehrerschaft vor der Öffentlichkeit herabgesetzt." (Zuruf Sievers: Woher wissen die denn das?) - Ich bitte, mich nicht zu unterbrechen!

„Der Braunschweiger Lehrerverein erklärt dazu:

1) Der Braunschweiger Lehrerverein hält es für selbstverständlich, daß in der Schule alle Kinder ohne Rücksicht auf die religiöse oder politische Stellung der Eltern völlig gleich behandelt werden. (Zuruf Lehnert Na, na!) Er müßte es daher bedauern, wenn Kinder wegen ihrer Teilnahme am lebenskundlichen Unterricht in irgendeiner Weise anderen Kindern gegenüber zurückgesetzt worden wären.

2) Der Braunschweiger Lehrerverein erhebt aber schärfsten Einspruch dagegen, daß Stadtverordnete öffentlich Beschuldigungen gegen einzelne Lehrpersonen ohne weiteres verallgemeinern und dadurch schwere Verdächtigungen gegen die hiesige Lehrerschaft aussprechen. Der Vorstand des Braunschweiger

Lehrervereins."

Eine

Eine Einladung des Ausschusses der deutschen Jugendverbände zur Beteiligung an der öffentlichen Konferenz am 21. und 22. Juni, die wohl zunächst an den Rat der Stadt gegangen ist, wird von Herrn Stadtrat von Frankenberg an die Stadtverordneten weitergegeben.

Das folgende Schreiben haben 18 Hilfsbeamte beim Rat der Stadt unterzeichnet - die Namen brauche ich wohl nicht zu verlesen. Der Inhalt des Schreibens geht dahin, daß die Stadtverordneten beim Rat der Stadt eine Erhöhung der Vergütung bis zu 2300 M monatlich erwirken möchten. Wie ich höre, ist ein dementsprechendes Ersuchen an den Rat vorhergegangen und abgewiesen worden, infolgedessen haben wir uns mit der Sache zu befassen. Ich überweise das Schreiben dem Finanzausschuß.

Dann ist wohl allen den Herrschaften zugegangen eine Eingabe des Betriebsrates des hiesigen Operettenhauses und eine Eingabe der Vereinigten Licht-
spiel-

spieltheater - ob die letztere allen zugegangen ist, weiß ich allerdings nicht. ~~Es~~ ^{Es} ist bekannt, daß das Operettentheater behauptet unter den hohen Sätzen der Vergnügungssteuer sehr zu leiden zu haben; inwie- weit das ~~geht~~ ^{schiffe}, ist ~~wohl~~ nicht ausgeführt, wir müßten zu dem Zwecke der Feststellung der Schädigung eine Prüfung in irgendeiner Weise vornehmen. Ebenso ist ein Schreiben des Betriebsrats des Operettenhauses in dieser Sache ~~an~~ dem Rat der Stadt ^{zu-}gegangen, und der Rat hat die Sache noch nicht zum Abschluß gebracht. In dem Schreiben der Lichtspieltheater wird mitgeteilt, daß eine Eingabe an das Ministerium wegen der Vergnügungssteuer erfolgt sei und daß dort die Anträge der Lichtspieltheater abgelehnt seien, so daß sich die Lichtspieltheater nunmehr an die Stadtverordneten wenden. Infolgedessen kommt die Stadtverordnetenversammlung in die Lage, sich mit der Vergnügungssteuer bezüglich der Lichtspieltheater zu beschäftigen. Auch in dieser Eingabe wird gebeten,

eine

eine Änderung vorzunehmen in den Bestimmungen, die wir statutarisch über die Vergnügungssteuer eingeführt haben. Es dürfte sich empfehlen, daß in der Kommission, die sich mit der Eingabe der Lichtspieltheater zu befassen hat - das ist der Finanzausschuß - zugleich auch die Regelung besprochen wird für das Operettentheater. Ich überweise demnach die Eingabe der Vereinigten Lichtspieltheater dem Finanzausschuß zur Vorberatung und glaube, dem Wunsche der Versammlung zu entsprechen, wenn dort mit dieser Sache zugleich die Angelegenheit des Operettentheaters erledigt wird.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Meine verehrten Damen und Herren! der Vorschlag des Herrn Vorsitzenden scheint mir zweckmäßig zu sein; er begegnet sich mit dem Entschluß, der heute morgen im Rat der Stadt gefaßt worden ist und eine gutachtliche Äußerung der Versammlung über die Sätze der Vergnügungssteuer für das Operettentheater wünscht. Es liegt uns eine Zuschrift des Ministeriums vor, deren Bedeutung es uns zweckmäßig erscheinen läßt, daß sich die Stadtverordneten über diese Sache äußern. Ich möchte also auch bitten, daß, wenn dem Finanzausschuß die Frage der Besteuerung der Lichtspieltheater vorgelegt wird, dann zugleich zu der Angelegenheit des Operettentheaters mit Stellung genommen wird.

V o r s i t z e n d e r : Ich habe schon zu Anfang April der Versammlung Kenntnis gegeben von einer Einladung zu dem Verbandstage des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands, der vom 11. - 15. Juni hier in Braunschweig stattfinden wird. Die Einladung war damals so frühzeitig eingegangen, daß ich damals sagte, wir könnten in einer späteren Sitzung darauf zurückkommen. Ich tue das heute. Die Versammlungen finden im Handelshofe statt.

Eine Einladung zur Beschickung seines Verbandstages ist weiter eingegangen von dem Gauverbande Norddeutschland des Deutschen Arbeitgeberverbandes im Malergewerbe: „Der unterzeichnete Reichsbund beehrt sich, zu den am Mittwoch den 7. und Donnerstag den 8. Juni stattfindenden Versammlungen seines Gauverbandstages einen Herrn der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Braunschweig ergebenst einzuladen.“

Ich halte es für das richtigste, daß wir in
der

der vertraulichen Sitzung uns darüber aussprechen, ob wir es für angezeigt halten, einen Herrn zu entsenden, und dann könnten wir eventuell auch einen Vertreter wählen.

Nun kommen die Anträge und Anfragen aus der Versammlung:

Ein Antrag des Herrn Sauerbier: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, hinsichtlich der Lustbarkeitssteuer für das Operettenhaus eine weitgehende Ermäßigung eintreten zu lassen.“

Ich darf wohl annehmen, Herr Sauerbier, daß mit der Überweisung der Sache an den Finanzausschuß Ihr Antrag als erledigt zu betrachten ist. (Zustimmung des Antragstellers!).

Herr Tostmann hat folgende Anfrage gestellt: „Nach einer Mitteilung des Staatsministeriums durch das Städtische Wohnungsamt wurde den Bau- und Sied-

lungs-

lungsgesellschaften mitgeteilt, daß trotz der erheblich gestiegenen Baukosten die Zuschüsse nur 80000 Mark pro Wohnung betragen sollen. Da die Baukosten pro Wohnung heute 260 000 Mark bis 350 000 Mark betragen, ist das Bauen von Wohnungen ausgeschlossen, und die Wohnungsuchenden haben keine Aussicht, in absehbarer Zeit eine Wohnung zu bekommen. Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um für die Tausende von Wohnungsuchenden in hiesiger Stadt, da eine Mitwirkung der Regierung bei Linderung des Wohnungs-elends nach dieser Mitteilung zu urteilen, aussichtslos ist, Wohnungen zu beschaffen?"

Eine weitere Anfrage des Herrn Tostmann:

„Durch die enorme Steigerung aller Lebensmittel und sonstiger Bedarfsartikel, die zum täglichen Unterhalt nötig sind, ist bittere, aber auch berechtigte Klage durch die hiesigen Unterstützungsempfänger geführt worden, daß die Unterstützung bei weitem nicht mehr hinreicht, um auch nur das Allernotwendigste zu decken.

Ist

Ist der Rat der Stadt bereit, bei der Armendirektion dahin zu wirken, daß die Unterstützungssätze den Teuerungsverhältnissen entsprechend erhöht werden?"

Eine Anfrage des Herrn F a y :

„ Der Rat der Stadt wird um Auskunft ersucht, wie weit die Erwägungen über die Möglichkeit einer Milderung der Lustbarkeitssteuer für das Operettenhaus gediehen sind.“

Herr Fay, auch diese Anfrage ist wohl mit der Überweisung der Sache an den Finanzausschuß erledigt? (Zustimmung des Stadtverordneten Fay.)

Ein Antrag des Herrn S t u k e n b e r g :

„ Um den böswilligen Alarmierungen der Berufsfeuer mehr mehr als bisher vorzubeugen, beantrage ich
1) daß alle Feuermelder, die sich an nicht verkehrsreichen und dunkeln Straßen befinden, während der Dunkelheit beleuchtet werden, und

2) daß die Prämie, die für Ermittlung der
Übeltäter ausgesetzt ist und gegenwärtig
30 Mark beträgt, auf 100 Mark erhöht wird."

Eine Anfrage des Herrn Jahns:

„Zufolge in letzter Zeit öffentlich erhobener
Anschuldigungen sollen während der Rationierung
der Lebensmittel die Mitglieder des *Herzogli-*
chen Hauses Brot- usw. Karten über die ihnen
zustehende Anzahl hinaus seitens der Lebensmit-
telstellen erhalten haben. Der Rat der Stadt
wird ersucht, Auskunft darüber zu erteilen,
ob derartige Anschuldigungen berechtigt sind;
Eine Klärung der Frage liegt sowohl im Interes-
se der Kartenverteilungsstelle als auch im
Interesse des *Herzoglichen* Hauses."

(Zuruf Lehnert: Der kriegt das Verdienstkreuz
erster Klasse!)

Ein

Ein Antrag des Herrn S t e g m a n n :

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, zur Kanalreinigung vier Arbeiter mehr einzustellen, damit diese Arbeiterkolonne die frühere Stärke erhält und imstande ist, die Reinigungsarbeiten ordnungsgemäß ausführen zu können.“

Eine Anfrage des Herrn S t e g m a n n :

„Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß den Berufsmusikern ihre ohnehin traurige wirtschaftliche Lage durch die Konkurrenz namentlich von Lehrern und Schülern der höheren Schulen noch mehr verschlechtert wird? Ist der Rat gewillt, soweit wie möglich, durch geeignete Maßnahmen Abhilfe zu schaffen?“


Alle diese Anfragen und Anträge werden in der

gewöhn-

wohnten Art nachher begründet und erledigt werden.
Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Antrag Schultze, betreffend weitere Vermietung der im Gildehaus befindlichen zwei Vortragsräume an Vereine.

Stadt v. M a r t h : Meine Damen und Herren!
Es wird Ihnen bekannt sein, daß das Gildehaus von der Handwerkskammer gemietet worden ist und daß diese schon immer einzelne Räume zu Versammlungszwecken an Vereine abgegeben hat. Vor kurzer Zeit wurde der Mietsvertrag mit der Handwerkskammer erneuert, dabei ~~der~~ der Mietssatz erhöht, und seit dieser Zeit hat sich die Handwerkskammer, wie es den Anschein hat, geweigert, den Vereinen die beiden Vortragsräume zur Verfügung zu stellen. Herr Dr. Schultze hat deshalb den Antrag gestellt, die Stadtverordnetenversammlung möchte beschließen, den Rat zu ersuchen, die weitere Vermietung der im Gildehaus befindlichen zwei Vortragsräume an Vereine wieder zu gestatten. Nun hat aber der Rat der Stadt ein selbstⁿ
diges



diges Verfügungsrecht über diese Räume nicht mehr, weil über dieses Grundstück ein Mietsvertrag mit der Handwerkskammer besteht; nur in dem Falle hätte der Rat seine Genehmigung zu erteilen, wenn eine Untervermietung von Teilen dieses Hauses stattfände. Früher hat die Handwerkskammer die Vortragsräume denn auch an Vereine zu Versammlungen abgegeben, ohne bei dem Rat der Stadt um Erlaubnis dafür nachzusuchen, aber nach dem neuen Vertrage stellte^{sie} sich auf den Standpunkt, daß der Rat der Stadt diese Sache verboten hätte. Das ist nicht der Fall, und es wird der Anschein erweckt, als wenn die Handwerkskammer diese Räume nicht mehr an Vereine abgeben will, weil sie nicht genügend Mittel einbekommt, um die Unkosten für diese Räume damit zu decken.

Der Bauausschuß hat sich mit der Angelegenheit befaßt und ist der Ansicht, daß besonders aus dem Grunde, weil solche Vortragsräume im Zentrum der Stadt schwer zu haben sind, es wünschenswert wäre,

daß

daß diese Räume den Vereinen wieder zur Verfügung gestellt werden. Auch der Rat der Stadt ist gern bereit, seine Zustimmung zu einer solchen Benutzung dieser Räume in dem Gildehause zu geben. Es würde sich nur empfehlen, daß die Stadtverordnetenversammlung den Wunsch ausspricht, daß die Handwerkskammer ein Entgegenkommen zeigt und den Vereinen, selbstverständlich gegen Erstattung der Unkosten, die beiden Vortragsräume wieder zukommen läßt. Ich bitte Sie, dementsprechend beschließen zu wollen.



Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren! Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf eins hinweisen, was das Gildehaus betrifft, nämlich daß die Reinmachefrauen dort für ihre tägliche Arbeit sage und schreibe 3 M pro Stunde bekommen. Wenn ich bedenke, in welcher Weise die Entlohnung der Reinmachefrauen in anderen Instituten vor sich geht, so möchte ich die Frage an den Rat der Stadt richten, ob ihm hier eine Einwirkung möglich ist, damit die Leute dort für ihre Arbeit anständig entlohnt werden. Im übrigen stehen wir selbstverständlich auf dem Standpunkt, daß es unbedingt nötig ist, daß diese Räume den Vereinen zur Benutzung wieder freigestellt werden, noch dazu, da in der letzten Zeit eine große Anzahl von Restaurants eingegangen sind, die Räume zu solchen Versammlungen boten. Man kann ja froh sein, wenn man in die Restaurants nicht hineingehen muß, denn nach den heutigen Preisen wird ein Glas Bier bald 8 M kosten, und wer

bei

bei einer 4stündigen Versammlung dann zwei Glas Bier trinkt, dem kann die Sache recht teuer werden. Ich bin der Meinung, daß dafür die Teilnehmer an einer Versammlung eventuell lieber ein Eintrittsgeld bezahlen, um die Kosten zu decken. Ich stimme also dem Antrage Schultze zu, bitte aber zugleich, darauf hinzuwirken, daß die Angestellten dort einigermaßen anständig entlohnt werden.

Stadt v. S t u k e n b e r g : Meine Damen und Herren! Auch ich möchte zum Ausdruck bringen, daß es wünschenswert ist, die im Gildehause vorhandenen Vortragsräume mehr als bisher der Allgemeinheit zugänglich zu machen, denn die Lokalfrage ist in Braunschweig eine sehr brennende geworden, und wird im Winterhalbjahre noch brennender werden. Es wird so kommen, daß viele Vereine, die wohltätigen Zwecken dienen, ihre Tätigkeit ganz erheblich einschränken oder einstellen müssen, weil sie nicht in der Lage sind, Versammlungen und Zusammenkünfte abzuhalten. In bin der Überzeugung, daß die fraglichen Räume im Gildehause sehr wenig benutzt werden, und das liegt nicht im Interesse der Versammlungstätigkeit in der Stadt Braunschweig. Ich möchte mich also dem anschließen, was der Herr Berichterstatter zum Ausdruck gebracht hat und möchte wünschen, daß die Handwerkskammer die Hand dazu bietet, die Vermietung dieser Räume mehr als bisher vorzunehmen.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine verehrten Damen und Herren! Auf Anregung der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Dezember 1921 haben wir mit der Handwerkskammer einen neuen Mietvertrag abgeschlossen, der darauf abzielte, einen höheren Mietpreis zu erreichen. Wir haben dabei mit Zustimmung der Stadtverordneten einen Mietpreis von 5000 M vereinbart, im übrigen aber ist an dem Mietvertrage nichts verändert. Es wurde im Ausschuß der Meinung Ausdruck gegeben, daß durch den neuen Mietvertrag die Handwerkskammer verhindert würde, Räume des Gildehauses an Vereine usw. abzugeben. Dazu habe ich schon im Ausschuß gesagt, daß in dieser Beziehung an den früheren Verhältnissen durch den neuen Mietvertrag nichts geändert sei, daß die Handwerkskammer also nach wie vor gelegentlich an Vereine usw. die fraglichen Räume abgeben kann. Im Vertrage verboten ist die Aftervermietung von besonderen Räumen auf längere Dauer. Nehmen wir an, es sollte ein Raum

dauernd

dauernd an einen ~~Anderen~~ vermietet werden zu Geschäftszwecken oder anderen Zwecken, so würde dazu die Genehmigung des Rates der Stadt erforderlich sein. Im übrigen aber ist der Rat der Ansicht, daß es durchaus wünschenswert ist, daß die Handwerkskammer von ihrem Recht, diese Vortragsräume an Vereine abzugeben, ausgiebigen Gebrauch macht, um die Kalamität, die hier schon erwähnt wurde, zu beheben.

Nun hat Herr Lehnert gewünscht, wenn es möglich wäre, sollte der Rat der Stadt seinen Einfluß dahin ausüben, daß den Reinmachefrauen im Gildehause ein anständiger Lohn gewährt würde. Herr Lehnert, Sie wissen, daß wir das Grundstück im ganzen an die Handwerkskammer vermietet haben; und so haben wir selbstverständlich keinen Einfluß darauf, welcher Lohn den Reinmachefrauen oder den Beamten der Handwerkskammer, die in den Räumen, die wir vermietet haben, arbeiten, gezahlt wird. Aber vielleicht genügt diese Aussprache, um die Handwerkskammer zu

Ver-

veranlassen, daß den Reinmachefrauen dort das gezahlt wird, was ihnen zukommt.

V o r s i t z e n d e r : Der Antrag ging dahin, daß der Rat der Stadt ersucht wird, auf die Handwerkskammer einzuwirken, daß die Räume auch fernerhin noch zu Vortragszwecken usw. abgegeben werden. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist angenommen.

2. Antrag G r ä f, betreffend die Übernahme der
Reinigungsgebühren für die an Turn-und Sportverei-
ne zur Benutzung überlassenen städtischen
Turnhallen.

Stadtv. P i e p e r: Meine Damen und Herren! Es handelt sich um einen Antrag des Herrn G r ä f, der folgendermaßen lautet: „Die Stadtverordnetenversamm- lung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen die durch Überlassung der Schulturnhallen an die hiesigen Sport-und Turnvereine seitens der Stadt entstehenden Reinigungsgebühren stadtseitig zu über- nehmen.“ Der Herr Antragsteller hat in der vorletz- ten Sitzung seinen Antrag schon genügend begründet, sodaß ich mich nicht weiter darüber zu äußern brauche. Der Bauausschuß hat sich mit der Sache eingehend be- schäftigt und hält den Antrag für berechtigt. Der Ausschuß ist bei seiner Beratung zu dem Standpunkt gekommen, daß diesen Vereinen, welche die städtischen Turnhallen benutzen, im nächsten Jahre die Unter-
stützung,

stützung, welche ihnen von seiten der Stadt gezahlt wird, bedeutend erhöht werde. Der Bauausschuß empfiehlt Annahme dieser Sache.

Die Versammlung ^{beschließt} ~~empfiehlt~~ dem Antrage des
Bauausschusses ~~entsprechend zu verfahren.~~ (Punkt 2)

3. Ersatzwahl eines Mitgliedes des
Schulvorstandes der katholischen Schule.

Stadtv. Frau G r a f: Meine Damen und Herren!
Nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung
in der letzten Sitzung wurde das Mitglied des Schul-
vorstandes der katholischen Schule Herr Freund von
seinem Amt befreit. Daraus ergibt sich die Notwendig-
keit, daß eine Ersatzwahl stattfinden muß. Von dem
Elternausschuß der katholischen Schule ist hierzu
der Schriftsetzer Eduard Fischer, Friesenstraße 42,
in Vorschlag gebracht worden. Nach § 11 der Satzung
über Unterhaltung einer katholischen ^{Volks}~~Vor~~schule ist
tunlichst ein Bürger zu wählen, der bei Antritt des
Amtes mindestens ein Kind in der katholischen Schule
hat. Da für den vorgeschlagenen Herrn diese Voraus-
setzung zutrifft, gibt der Schulausschuß der Stadt-
verordnetenversammlung anheim, die Zustimmung dazu
zu geben, daß Herr Fischer als Mitglied des Schulvor-
standes der katholischen Schule gewählt wird.

H. G.

Die Versammlung stimmt dem Wahlvorschlage zu.

(Punkt 3)

Die Beratung des Punktes 4 der aufgestellten Tagesordnung: „ Stellungnahme zur Änderung der braunschweigischen Städteordnung“ fällt heute aus, ebenso wird, dem Antrage des Schulausschusses entsprechend, die Beratung des Punktes 5 dieser Tagesordnung „ Feststellung des Besoldungsdienstalters für Lehrkräfte, die in den Diensten der gehobenen, bzw. Berufsschulen der Stadt übergetreten sind“ zurückgestellt, bis die Regelung vom Staate erfolgt ist.

4. Bewilligung von Kosten für Dachinstand-
setzungsarbeiten auf dem Rieselgute.

Stadtv. E f f n e r: Meine Damen und Herren !
Bei dem letzten starken Regen hat sich herausge-
stellt, daß das Pappdach über dem an den Gutshof
grenzenden Diemenschuppen undicht geworden ist. Es
ergibt sich somit die Notwendigkeit, das Pappdach
zu erneuern, bevor die neue Ernte eingebracht wird.
Es handelt sich um eine Fläche von 650 qm, die mit
einer Doppellage von Dachpappe versehen werden soll.
Der Rat der Stadt gibt den Stadtverordneten anheim,
50 000 Mark zwecks baldiger Ausführung der fragli-
chen Arbeiten zu Lasten der Rieselgutkasse zu be-
willigen. Der Bauausschuß hat sich mit der Angelegen-
heit befaßt und empfiehlt, diesem Antrage zuzustim-
men. Ich möchte die Versammlung ersuchen, demgemäß
zu beschließen.

Die 50 000 Mark werden bewilligt.

(Punkt 4)

5. Erhöhung der Gebühren für Benutzung
des Schlachthauses.

Stadtv. S a u e r b i e r: Der Schlachthausausschuß hat in seiner Sitzung vom 27. Mai beschlossen, dem Rat der Stadt eine allgemeine Erhöhung der Schlachthausgebühren zu empfehlen, da die am 6. Februar d. Js. vorgenommene Erhöhung der Gebühren infolge des ~~sprunghaften~~ und wiederholten Steigens der Löhne, der Gehälter, der Kohlenpreise und der Betriebsstoffe für die Maschinenanlage zu knapp bemessen^{ist} ist. Von der ursprünglichen Schlachthausschuld, die am 20. April 1921 ihren damaligen höchsten Stand von 1 429 744 M erreicht hatte, konnten bis zum 13. Januar 284 282 Mark abgetragen werden. Jedoch infolge des überaus starken, unvorhersehbaren Sinkens der Schlacht~~ziffern~~ ziffern und des enormen Steigens der Kohlenpreise und Betriebsstoffe, sowie der Löhne und Gehälter stieg in dem Zeitraum vom 1. April bis 16. Mai die Schuld wieder um 325 546 Mark, sodaß die Schuld wiederum 1 491 000 Mark betrug, während die Einnahmen und Ausgaben

Ausgaben vom 15. Januar bis 31. März vorübergehend im Gleichgewicht gewesen waren.

Zur Zeit würde eine Erhöhung der Schlachtgebühren um 100 % genügen, also von 25 $\text{;} pro Pfund Schlachtgewicht auf 50 \text{;} ; da jedoch eine abermalige Lohnerhöhung und eine Erhöhung der Gehaltsteuerzuschläge, sowie ferner zum 1. Juni 1922 eine weitere Erhöhung der Frachtsätze der Eisenbahn und der Preise für die Betriebsstoffe - die teilweise seit dem 1. Februar um 100 % gestiegen sind, - zu erwarten steht und da schließlich eine allmähliche Tilgung der Schlachthausschuld unter allen Umständen erfolgen muß, so empfiehlt der Schlachthausausschuß, die Schlachtgebühren von 25 $\text{;} auf 60 \text{;} pro Pfund Schlachtgewicht und die übrigen Schlachthausgebühren nach dem der Vorlage beigelegten Gebühren-Tarif zu erhöhen. Darnach soll für einen Ochsen oder Stier, für eine Kuh oder Jung-Rind, für ein Pferd, Maultier, Esel oder Maulesel die Stallgebühr von 5 Mark auf 10 Mark erhöht werden, die Schlachtgebühr während der regelmäßigen$$

mäßigen Betriebszeit von 25 ½ auf 60 ½, außerhalb der regelmäßigen Betriebszeit von 35 ½ auf 70 ½. Die Wägegebühr soll unverändert bleiben, aber bei Benutzung der Freibank die Gebühr für das Abkochen des Fleisches von 15 M auf 25 Mark und die Verkaufsgebühr von 30 M auf 40 M erhöht werden. Bei den Schweinen handelt es sich außer der schon erwähnten Schlachtgebühr um Erhöhung der Stallgebühr von 3 M auf 6 M, bei Benutzung der Freibank ^{um} eine Heraufsetzung der Kochgebühr von 10 M auf 15 M und der Verkaufsgebühr von 15 M auf 20 Mark. Die Stallgebühr für ein Kalb, ein Schaf, eine Ziege, einen Hund oder ein anderes Schlachtthier soll von 2 Mark auf 4 Mark erhöht werden, die Kochgebühr von 3 Mark auf 4 Mark und die Verkaufsgebühr in der Freibank von 5 Mark auf 6 Mark.

Für Trichinenschauuntersuchungen bei Schweinen usw. soll die Gebühr von 2 Mark auf 5 Mark heraufgesetzt werden. Die Kühlhausgebühren sollen in dem

Tarif

Tarif nicht mehr aufgeführt werden und dafür zweckmäßigerweise die Gebühren in gleitender Skala von Vierteljahr zu Vierteljahr neu festgesetzt werden.

Die gleiche Erhöhung wie ~~der~~^{die} im Schlachthause muß auch vorgenommen werden für die Untersuchung des von auswärts eingeführten Fleisches, und zwar für alle drei Untersuchungsstellen, nämlich im Schlachthause, in der Markthalle und auf dem Altstadtmarkt.

Der Zeitpunkt für Einführung dieser Erhöhungen müßte zweckmäßig dem Rat der Stadt überlassen bleiben, es liegt aber im Interesse des Schlachthauses, daß möglichst schnell damit vorgegangen wird. Der Schlachthausausschuß hat sich für den 1. Juni ausgesprochen, und dementsprechend hat sich auch der Finanzausschuß entschieden. Er schlägt vor, die von mir eben vorgetragenen Erhöhungen der Schlachthausgebühren zu genehmigen. Es kam bei der Beratung dieser Vorlage im Finanzausschuß noch zur Sprache,

daß

daß der Markthallendeputation anheim zu geben sei, die Gewichtsermittlung des von auswärts in die Markthalle eingeführten Fleisches nunmehr durch amtliche Wägung anstelle der bisherigen ungenauen und unzuverlässigen Schätzung zu ersetzen. Ein Beschluß darüber ist vom Finanzausschuß nicht gefaßt, jedoch steht zu hoffen, daß die Markthallendeputation diesem Ersuchen Folge leisten wird.

Ich bitte Sie, die Vorlage zu genehmigen, wie die Finanzkommission Ihnen empfiehlt.

Die Versammlung genehmigt die beantragte
Erhöhung der Schlachthausgebühren.

6. Vorschußzahlungen an Lehrkräfte in Rücksicht
auf die allgemeine Erhöhung der Gehälter vom
1. April 1922.

Stadtv. S i e v e r s : Meine Damen und Herren!
Das Lehrerbesoldungsgesetz ist vom Landtage noch nicht verabschiedet worden, und infolgedessen hat eine Anzahl von Lehrern, die unter dies Gesetz fallen, noch nicht diejenigen Bezüge erhalten, die in der Zukunft wohl in der Stadt gezahlt werden. Nachdem nun der Staat den Lehrern Vorschüsse auf die nach der Regelung zu erwartenden Bezüge gezahlt hat, schlägt der Rat der Stadt vor, dies auch zu tun, und zwar wird **vorgesehen**:

Für die Mittelschullehrerinnen und Lyzeallehrerinnen, sofern sie nicht mehr als 16 Besoldungsdienstjahre haben, ein Vorschuß von 425 M. Diese Zahl erschien dem Schulausschuß anfangs sehr niedrig zu sein, sie wurde aber ratsseitig damit begründet, daß hier eigenartige Verhältnisse vorliegen insofern als die Höhe der Ortszulage sich zu Ungunsten dieser
Lehrkräfte

Lehrkräfte verschoben ~~habe~~. Deshalb könne man mit dem Vorschuß nicht über 425 ~~M~~ hinausgehen, während für die gleichartigen Lehrkräfte in den Bürgerschulen seitens des Staates ein wesentlich höherer Vorschuß gezahlt wird, nämlich 1500 Mark. Da aber vom Ausschuß aus eine Nachprüfung der Verhältnisse nicht möglich war, kam der Ausschuß zu dem Beschluß, es bei dem von Rate vorgeschlagenen Betrage von 425 ~~Mark~~ zu belassen.

Es sollen weiter gezahlt werden 1000 Mark den Mittelschullehrerinnen und Lyzeallehrerinnen, wenn sie mehr als 16 Besoldungsdienstjahre haben, ferner den Fachlehrerinnen an der Mittelschule und am Lyzeum bis zu 16 Besoldungsdienstjahren und ebenso auch den Mittelschullehrern, Gewerbelehrern, Ober-Realschullehrern und Lyzeallehrern bis zu 16 Besoldungsdienstjahren.

1500 Mark bekommen die Fachlehrerinnen an der Mittelschule und am Lyzeum, wie auch die zuletzt genannten männlichen Lehrkräfte, falls ihr Besoldungs-
dienst-

dienstalter 16 Jahre übersteigt, außerdem auch die beiden Mittelschuldirektoren.

Den Hilfslehrern und Hilfslehrerinnen sämtlicher Gruppen sollen 800 Mark Vorschuß gegeben werden.

Zu den angeführten Vorschüssen tritt für alle verheirateten Lehrkräfte der vierteljährliche Vorschußbetrag der Frauen- Zulage von jährlich 2500 M.

Alle diese Vorschußzahlungen werden naturgemäß bei der endgültigen Regelung der Besoldung der genannten Lehrkräfte voll angerechnet werden. Es handelt sich nur um einen Vorschuß, da die Regelung ^{der} ~~dieser~~ Lehrerbeseoldung sich verzögert hat und eine gewisse Notlage in diesen Kreise eingetreten ist.

Der Schulausschuß empfiehlt Annahme dieser Ratsvorlage.

Die Versammlung entspricht dem Antrage des
Schulausschusses.

(Punkt 6)

7. Neuregelung der Bezüge der Beamten und
Lehrkräfte vom 1. M a i 1922 ab.

Stadtverordneter M u n t e : Meine Damen und Herren ! Als im Finanzausschuß über diesen Punkt gesprochen wurde, ist gesagt worden, es sollte den Stadtverordneten ein Schreiben des Rates über diese Sache zugehen. Das ist geschehen und der Einfachheit halber werde ich verlesen, was der Rat schreibt :

„ Nachdem der Landtag in der Sitzung vom 24. dieses Monats (Mai) beschlossen hat, in Übereinstimmung mit dem Vorgehen des Reichs den planmäßigen und außerplanmäßigen staatlichen Beamten vom 1. Mai dieses Jahres an höhere Ausgleichszuschläge zu gewähren, und zwar so, daß

- a) für die ersten 10 000 Mark der Summe vom Grundgehalt (Grundvergütung) und Ortszuschlag 120 v.H., im übrigen aber 65 v.H.,

b)

b) zu den Kinderzuschlägen 65 v.H. gewährt werden,

geben wir Zustimmung dazu anheim, daß vom 1. dieses Monats an den städtischen Beamten die gleichen Zuschläge gewährt werden.

Wir halten für billig, daß, wenn diese Aufbesserung der Beamten erfolgt, auch die Angestellten entsprechend aufgebessert werden, und geben anheim, die Entscheidung über den Umfang der Erhöhung ihrer Vergütung der Gehaltsdeputation zu übertragen.

Da es sich um Nachzahlungen handelt, so geben wir ferner Zustimmung dazu anheim, daß - wie üblich - der Zahltag als Stichtag gilt."

Dreimal wird uns anheim gegeben, den Vorschlägen des Rats zuzustimmen. Im Finanzausschuß ist das geschehen und ich bitte nun die geehrte Versammlung,

auch

auch Ihrerseits zuzustimmen. Es handelt sich einfach darum, daß die im Reiche und Staate vorgenommene Erhöhung der Ausgleichszuschläge auch für die städtischen Beamten und Angestellten gelten soll, und das wird hier jedenfalls von Allen gebilligt werden.

gelesen
Münster

Stadtv. S t u k e n b e r g : Ich möchte hierbei einem Wunsche der Angestellten Ausdruck geben und um dessen Erfüllung durch den Rat bitten. Er geht dahin, daß die Auszahlung der Gelder möglichst schnell vor sich geht. Es vergeht bis dahin immer noch eine gewisse Zeit, und die Angestellten möchten die Zeit ihres Urlaubs gern zu ihrer Erholung ausnützen, wozu sie das in Aussicht stehende Geld gebrauchen. Ich bitte den Rat um wohlwollende Erfüllung dieses Wunsches.

- 53 -

Die Versammlung stimmt den Ratsanträgen zu.

(Punkt 7)

8. Vermietung von Räumen im Hause

Wilhelmstraße 21.

Stadtv. R a s c h e : Die Vorprüfungsstelle Braunschweig des Hilfsbundes für die Elsass - Lothringer im Reiche hat an den Rat das Ersuchen gerichtet, ihr einige Räume in dem früheren Intendanturgebäude Wilhelmstraße 21, welche augenblicklich unbenutzt sind, als Büroräume mietweise zu überlassen. Es ist dort noch ein Ofen zu setzen, den sich die Stelle aber selbst beschaffen will, sonst sind nur kleinere Reparaturen stadtseitig vorzunehmen.

Der Mietpreis pro anno soll 700 Mark betragen. Der Rat ersucht die Stadtverordneten um Zustimmung zum Abschlusse eines Mietvertrages auf die Dauer von 2 Jahren. Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt und empfiehlt, dem Ratsantrage zuzustimmen.

Die Versammlung stimmt der Vermietung der fraglichen Räume zu.

(Punkt 8)

9. Aufnahme einer Klage (Kybitz).

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine verehrten Herrschaften ! Heute morgen wurde uns eine Klageschrift zugestellt, in der der Termin auf den 12. Juni, 9 Uhr morgens, festgesetzt ist. Da vor dem 12. Juni voraussichtlich keine Stadtverordneten-sitzung mehr stattfinden wird, so ist es notwendig, daß Sie heute beschließen, ob die Klage aufgenommen werden soll oder nicht. Es konnte diese Angelegenheit auch nicht in einem Ausschuß vorberaten werden, da - wie gesagt - das Schriftstück uns erst heute morgen zugestellt worden ist.

Es handelt sich um eine Feststellungsklage des Regierungsrats Kybitz, Steintorwall 8a. Er beschwert sich darüber, daß das Wohnungsamt Teile seiner über- großen Wohnung beschlagnahmt, und das Mieteinigungsamt auf seine Beschwerde hin diese Beschlagnahme nicht
auf-

aufgehoben, sondern bestätigt habe. Die Sache liegt folgendermaßen: Herr Regierungsrat Kybitz bewohnt am **Steintorwall** 2a mit seiner Schwester - zusammen also 2 Personen - eine Wohnung, die nach unserer Ansicht nicht sehr klein ist: sie besteht aus 8 Wohnräumen, einer Küche, einem Badezimmer, 2 Kellern, 2 Mädchenkammern und einer Rumpelkammer. Das Wohnungsamt hatte, nachdem zuvor eine Besichtigung seitens einer Beschlagnahmekommission stattgefunden hatte, Teile dieser Wohnung des Herrn Regierungsrats Kybitz beschlagnahmt, nämlich 3 Wohnräume in seiner Etage. Er hat dagegen Einspruch beim Mieteinigungsamt eingelegt, und nachdem dies eine örtliche Prüfung vorgenommen hatte, schlug es vor, es möchten statt der seitens der Beschlagnahmekommission oder des Wohnungsamtes zur Beschlagnahme empfohlenen 3 Räume andere 3 Räume genommen werden. Daraufhin ist eine

neue

von seinen
neue Beschlagnahme ~~des~~ Wohnungsamtes erfolgt und von Herrn Regierungsrat Kybitz wieder Einsprache eingelegt. Nun erhebt er Klage gegen den Rat der Stadt und zwar beantragt er darin, festzustellen, daß die Entscheidungen des hiesigen Mieteinigungsamts vom 2. Februar 1922 und vom 6. April 1922, sowie die diesen Entscheidungen zugrunde liegenden Beschlagnahmeverfügungen des städtischen Wohnungsamtes vom 27. Oktober 1921 und 3. Februar 1922 rechtsungültig sind, sowie ~~dem~~ Beklagten die nötigen Kosten des Rechtsstreits zu ersetzen. Nun kommt in der Klageschrift eine lange Begründung von seinem Rechtsbeistand, worin er betont, daß die Entscheidung des Mieteinigungsamtes seiner Auffassung nach rechtsungültig ist und zwar aus dem Grunde,

- 1) weil Artikel 115 der Reichsverfassung verletzt ist, laut dessen Ausnahmen von der Unverletzlichkeit der Wohnung

nur

nur auf Grund von Gesetzen zulässig
sind.-

- ~~Wohnungsmangelgesetz~~
- 2) eventuell, weil § 9 des Reichs-
Wohnungsmangelgesetzes verletzt
ist, indem seitens des städtischen
Wohnungsamtes ein Versuch der güt-
lichen Einigung vor dem Eingriff
nicht unternommen ist
 - 3) subeventuell, weil der Kläger und
seine Schwester die fragliche Woh-
nung in ungeteilter Erbgemeinschaft
inne haben und Wohnungsamt wie Miet-
einigungsamt sich über das Verfü-
gungsrecht des Fräulein Kybitz ein-

fach

fach hinweggesetzt haben

4) eventualissime , weil § 5 c der städtischen Wohnungsmangelerordnung verletzt ~~ist~~; denn es ist möglich, Teile der Wohnung, falls solche überhaupt entbehrlich sind, ohne erhebliche bauliche Änderungen als besondere Wohnung abzutrennen.

5) subsubeventuell

a) weil die beschlagnahmten Nebenräume nicht zur Ermöglichung einer ordnungsmäßigen Rechtsverteidigung genau bezeichnet sind,

b) weil die Verfügung, mit Benutzung
zung

zung der Wasserentnahmestellen " jeder gesetzlichen Grundlage entbehrt,

- c) weil der ersten Entscheidung des Mieteinigungsamts zuwider andere Räume beschlagnahmt sind.

Ich glaube, ^{daß} wir ~~können~~ dieser Klage mit der größten Ruhe entgegensehen und ~~daß~~ Sie mit gutem Gewissen uns ermächtigen können, diese Klage aufzunehmen.

Nicht versagen kann ich mir aber, in diesem Zusammenhange noch zu erklären, daß ich es außerordentlich bedaure, daß dem Wohnungsamte von verschiedenen Seiten bei der Durchführung der Beschlagnahme so große Schwierigkeiten bereitet werden. Ich habe diesen Fall eben etwas weiter-
gehend

gehend auseinandergesetzt, um Ihnen vor Augen zu führen, welche Kämpfe sowohl das Wohnungsamt wie das Mieteinigungsamt bei Durchführung der Beschlagnahme zu bestehen haben.

Ich habe Sie seitens des Rates der Stadt zu bitten, der Aufnahme der gekennzeichneten Klage, ohne daß eine Vorberatung stattgefunden hat, zuzustimmen.

Stadtv. D i e t e r m a n n: Meine Damen und Herren ! Das eigenartigste an dieser Sache ist, daß der betreffende Kläger, Herr Regierungsrat Kybitz, derjenige ist, welcher die Beschlagnahmen als Polizeiorgan durchzuführen hat. Ich bin bei der Besichtigung der fraglichen Wohnung zugegen gewesen und es ist mir dabei aufgefallen, daß ganz eigenartige Ansichten des Herrn und seiner Schwester zutage getreten sind, als sie von ihrer großen Wohnung einige Zimmer abgeben sollten. Vor allen Dingen hat sich die Schwester dagegen verwahrt, daß Wohnungsamt und Mieteinigungsamt herkommen kann und von der Wohnung einige Zimmer abnehmen. Sie berücksichtigen absolut nicht die in der Stadt herrschende Wohnungsnot und glauben, durch eine Klage das Wohnungsamt dahin bringen zu können, von der Beschlagnahme Abstand zu nehmen. Ich möchte bitten, dem Antrage des Rats zuzustimmen, sodaß die Klage aufgenommen und die Beschlagnahme durchgeführt wird.


Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren !

Sie werden sich entsinnen, daß ich in einer der früheren Sitzungen Beschwerde darüber geführt habe, daß die Polizeidirektion nicht die Räumung der vom Wohnungsamt beschlagnahmten Räume vornehmen ließe und ^{nicht} mit ~~Ihr~~ Teil dazu beitrüge, daß die Wohnungsnot mehr und mehr verschwindet. Darüber hat sich die Polizeidirektion - wie mir bekannt geworden ist - beleidigt gefühlt und hat die Fälle nachgeprüft. Heute ist mir die Sachlage klar geworden, denn bisher habe ich nicht gewußt, welcher Beamte solche Sachen bearbeitet. Wenn Herr Regierungsrat Kybitz der Vorstand von dieser Wohnungsräumungsabteilung ist, dann ist es nach dem heute vorgetragenen Falle selbstverständlich, daß er dem Wohnungsamte die größten Schwierigkeiten bereitet. Den Wohnungsbeschlagnahmekommissionen, die in der Stadt und auch auf dem Lande die übergroßen Wohnungen prüfen sollen, um sie zu teilen und Notwohnungen einzurichten, wird es gerade von diesen Herrschaften

schwer



schwer gemacht, Wohnungen für diejenigen zu beschaffen, die seit Jahr und Tag keine eigene Wohnung besitzen. Es würde ganz zweckmäßig sein, wenn Herrn Regierungsrat K y b i t z, dem doch die Not im Wohnungswesen vertraut sein müßte, einmal eine Wohnung auf der Langenstraße oder an ähnlicher Stelle, wie sie jetzt ja teilweise auch hohe Beamte haben hinnehmen müssen, zugewiesen würde, damit er am eigenen Leibe erführe, was Wohnungsnot ist. Der Herr ist in Braunschweig nicht am richtigen Platze, sonst würde er das Wohnungsamt unterstützen und nicht ihm Schwierigkeiten machen. Es wäre richtig, wenn hier die Regierung zufaßte, und den Herrn irgendwo anders hin versetzte, wo er eine Notwohnung beziehen müßte, dann würde er erkennen, was Wohnungsnot ist. Ich freue mich, daß diese Klage angestrengt werden soll, um anderen Herrschaften ein Vorbild zu geben und ihnen zu zeigen, daß einmal gründlich durchgegriffen wird. Ich habe die feste Überzeugung, daß das ordentliche Gericht dem Wohnungsamt voll beipflichten wird.



Städtv. Frau S c h u l z e: Welche Schwierigkeiten der Wohnungsbeschlagnahme entgegengesetzt werden, das habe ich erst neulich erlebt in einem Falle, wo die Wohnung seit langem beschlagnahmt war - den Namen will ich nicht nennen. (Zuruf: Nennen Sie ihn man ruhig!) Der Herr weiß immer wieder durch irgendwelche Ränke die Benutzung der beschlagnahmten Räume hinauszuschieben. Jetzt soll in einem Zimmer ein **Bad** eingerichtet gewesen sein, das unseres Erachtens vorher nicht da gewesen ist; da muß natürlich erst wieder untersucht werden, ob die Anlage frisch ist. Dabei wird den Kommissionsmitgliedern auf alle Weise das Leben sauer gemacht. Der Herr kam persönlich in meine Wohnung, um mir Vorwürfe zu machen und sagte, wenn seine Mutter an der Aufregung gestorben wäre, dann hätte ich das auf dem Gewissen. Die betreffende Dame war ganz munter, als ich dort war, aber mit einemale fällt sie um und wird „ohnmächtig“. Aber wir hatten die Überzeugung, daß es gar keine richtige Ohnmacht war; (Heiterkeit. Zurufe.) und nachher gehen

gehen solche Herrschaften noch in die Wohnung der betreffenden Mitglieder der Beschlagnahmekommission und machen ihnen die schlimmsten Vorwürfe. So ist das an manchen Stellen; man erkennt daran, wie wenig soziales Empfinden bei diesen Herrschaften vorhanden ist für diejenigen, die überhaupt keine Wohnung haben.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Vor einiger Zeit hatte Herr M a r t h der Polizeidirektion vorgeworfen, daß dort Schwierigkeiten bei der Durchführung von Beschlagnahmen gemacht würden. Die Polizeidirektion hatte sich daraufhin an das Wohnungsamt gewandt mit der Bitte, ihr den stenographischen Bericht über die Ausführungen des Herrn Marth zugänglich zu machen, um auf diese Weise vielleicht in der Lage zu sein, den Vorwürfen irgendwie nachzugehen. Nun muß ich zwar sagen, daß uns in der ersten Zeit von der Polizeidirektion allerdings Schwierigkeiten gemacht worden sind; andererseits aber muß ich zugeben, daß die Verhältnisse, nachdem wir uns an das Staatsministerium gewandt hatten, sich gebessert haben und Klagen irgendwelcher Art uns nicht mehr zu Ohren gekommen sind. Allerdings trifft es zu, daß der Beamte, der für die Durchführung der Beschlagnahmen von seiten der Polizeidirektion zu sorgen hat, Herr Regierungsrat Kybitz ist und daß er deshalb

die

die Not der Wohnungsuchenden sehr gut kennen müßte. Ich will aber doch Gelegenheit nehmen, um besonders zu betonen, daß die Polizeidirektion seit längerer Zeit uns bei Durchführung der Beschlagnahmen keinerlei Schwierigkeiten mehr gemacht hat, sondern von ihr dem Ersuchen des Wohnungsamtes regelmäßig entsprochen worden ist.

V o r s i t z e n d e r : Gegen die Aufnahme
der Klage ist wohl niemand ?

(Die Versammlung gibt durch Stillschweigen
ihr Einverständnis mit der Klageaufnahme
zu erkennen.)

10. Vermietung des ehemaligen Schmidtschen
Ziegelei-Grundstücks an einen Unternehmer.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Vor einiger Zeit ^{sollte} ~~ist~~ die Schmidt'sche Ziegelei am Madamenwege an einen Herrn Hagemann ~~verkauft~~ ^{verkauft} werden ; aber mit Zustimmung des Finanzausschusses hat der Rat der Stadt das Vorkaufsrecht geltend gemacht und das Grundstück für die Stadt erworben. Die eigentlichen Ziegeleigebäude sind inzwischen abgerissen. Da Herr Schmidt Wert darauf gelegt hat ,daß die Stadt so schnell wie möglich Besitz von diesem Grundstück ergreift, so ist das vor 8 Tagen geschehen. Das Grundstück ist, wie Sie wissen, ziemlich groß. Es umfaßt einen sehr schöner Garten, das eigentliche Ziegeleigrundstück, eine sehr große Tongrube und mehrere Morgen Land; ich glaube, es sind im ganzen 34 Morgen. Den Kaufpreis, den die Stadt zahlen soll, halten wir allerdings für zu hoch, da wir vor Monaten auch in Ausübung des Vorkaufsrechts etwas weiter draußen liegende Ländereien erworben ~~haben~~, die nur den dritten Teil gekostet haben.

haben. Wir sehen nicht ein, aus welchem Grunde innerhalb dieser drei Monate der Preis für die Ländereien so sehr gestiegen sein sollte. Allerdings ist noch zu berücksichtigen, daß die Schmidtschen Grundstücke wertvoll sind, weil verschiedene Gebäude darauf stehen, andererseits aber wird der Wert wieder dadurch vermindert, daß eine große Tongrube sich dort befindet. Diese Tongrube wollen wir in späteren Jahren als Müllabladestelle gebrauchen; denn wir haben auf jener Seite der Stadt keinen Platz, wo wir den Müll hinbringen könnten. Nun hat es sich darum gehandelt, wie das übrige Grundstück mit 2 Wohngebäuden und einem Gärtner-Hause am besten ausgenutzt werden könne. Die Gebäude waren zum Teil zu einer Geflügelbrutanstalt umgebaut und von dem Vorbesitzer Schmidt außerordentlich verwahrlost; zum Teil befinden sich auf dem Grundstücke große Schuttberge, sodaß umfangreiche Arbeiten vorzunehmen sind, um diese Ländereien urbar zu machen. Nun hat sich Herr Hagemann, dem wir das Grundstück vor der Nase weggekauft haben, mit der Anfrage an uns gewandt, ob

er

er das Grundstück von der Stadt zur Miete erhalten könnte. Er beabsichtigt, das Grundstück für seine Beamten und Arbeiter auszunutzen, in den Häusern Wohnungen einrichten, und sieht darin einen Vorteil für sich. Es befinden sich auf dem Grundstück auch noch 4 bewohnte Wohnungen, die er mit der Zeit auch noch für seine Zwecke in Anspruch nehmen möchte, indem ein Tausch zwischen in der Stadt gelegenen Wohnungen und diesen vorgenommen wird. Ferner will er die zum Teil abgerissenen Ziegeleigebäude und die Stallungen abreißen und auf seine Kosten an zweckmäßig gelegener Stelle neue Stallungen errichten. Wenn das Pachtverhältnis abläuft, soll für diese Aufwendungen keine Entschädigung an ihn gezahlt werden; nur bittet er darum, daß der Pachtvertrag mit Rücksicht auf die hohen Aufwendungen - er hat zweifellos 500 000 Mark aufzuwenden, um dort Ordnung zu schaffen - gleich auf 5 Jahre abgeschlossen wird, und beantragt, daß die Wasserleitung, die so wie so auf jener Strecke bis zu dem Weißschen Häusern, bis zu dem Grundstücke der

Ziegelei-

W. W. W.

Der Pachtvertrag für Fingelbachhausen
gelegt wird,

Ziegelei-Genossenschaft, bis zu diesem heute in Frage stehenden Grundstück verlängert wird. Ferner bittet er, zu gestatten, daß er in dem dort befindlichen Teich fischt und badet, solange das noch möglich ist, und schließlich, daß er den Abraum, den er gewinnt, in die Tongrube schaffen darf. Herr Hagemann ist bereit, für die Überlassung des Grundstücks einen jährlichen Pacht³⁰preis von 80 000 Mark zu zahlen.

Ich glaube, meine Herrschaften, daß dieser Pachtvertrag als durchaus günstig für die Stadt anzusehen ist, und so möchte ich Sie bitten, seinem Abschlusse zuzustimmen. Herr Hagemann legt Wert darauf, daß er so schnell als möglich mit den Planierungs- und Bauarbeiten beginnen kann. Schließlich erwähne ich noch, daß die Angelegenheit im Finanzausschuß bereits zur Sprache gebracht ist und der Ausschuß Ihnen Zustimmung zu diesen Abmachungen empfiehlt.

- 75 -

**Die Versammlung stimmt dem Abschlusse eines
entsprechenden Pachtvertrages zu.**

(Punkt 10)

11. Anfrage Stegmann, betreffend den Berufsmusikern
gemachte Konkurrenz durch Lehrer und Schüler
höherer Lehranstalten.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 19 dieses
Berichts.

Stadto. S t e g m a n n (zur Begründung):
Meine Damen und Herren ! Es ist mir - und jedenfalls
auch den anderen 2 Fraktionen - ein Schreiben zugegan-
gen von dem deutschen Musikerverband, Ortsgruppe
Braunschweig, in dem ^{gelegt wird} ~~ste~~ über die schwere Lage der
Berufsmusiker ~~Klagen~~ und im besonderen noch darüber,
daß ihnen Konkurrenz gemacht wird seitens der Hand-
werker, Arbeiter, Lehrer und Schüler höherer Schulen.
Es ist bekannt, daß alle diejenigen Berufsmusiker,
die nicht in fester Stellung sind, zu den am schlechte-
sten bezahlten ~~Leuten~~ ^{Personen} gehören. Neuerdings ist nun
ein Verbot der Regierung erlassen, das dahin geht,
daß von Montag bis Freitag keine ^{Opuskelplatzkonzertorganspiele} ~~Tanzkränzchen~~ abgehal-
ten werden sollen. Dadurch, daß den Berufsmusikern

an

an diesen Tagen der Verdienst entgeht, ist ihre Lage noch schwerer geworden. Sie wenden sich nun an die Stadtverordneten und ersuchen, eine Abstellung dieses Verbots herbeizuführen. Sie sind damit selbstverständlich an die falsche Adresse gekommen, sie hätten sich an das Ministerium wenden müssen. Aber sie klagen zugleich darüber, daß Lehrer und Schüler von den höheren Schulen ihnen Konkurrenz machen, und soweit ihr Schreiben diesen Punkt betrifft, möchte ich an den Rat die Anfrage stellen, ob dem nicht abgeholfen werden kann. Es heißt in dem Schreiben: „In Anbetracht, daß viele Handwerker, Lehrer und auch höhere Schüler den Beruf eines Musikers noch nebenbei ausführen, wird der Verdienst eines Berufsmusikers noch geringer. Vor allem auch dadurch, weil die ersteren einen guten Wochenverdienst haben und infolgedessen in der Lage sind, billiger wie die Berufsmusiker spielen zu können. Die Arbeitslosigkeit und mithin die Not der Berufsmusiker wird dadurch noch größer.“ - Und weiter heißt es „Der Musikerverband

band erlaubt sich in Vorschlag zu bringen, ein Gesetz oder eine Verordnung zu erlassen, daß diesen Doppelberuflichen das Spielen nur gestattet wird mit Erlaubnis des Facharbeitsnachweises für Musiker, hier, Leopoldstraße." Soweit die Lehrer der Bürgerschulen in Frage kommen, so glaube ich kaum, daß vom Rathaus her eingegriffen werden kann, aber immerhin hat die Stadt einige höhere Schulen, auf die ~~die Stadtverordneten~~ ^{von dem Rat} ~~ihren~~ ^{ihnen} Einfluß geltend machen könnten. Soweit diese in Frage kommen, möchte ich den Rat dringend bitten, darauf einzuwirken, daß diese Ausführung von Musik in ~~größeren~~ ^{etc.} Gesellschaften unterbleibt. Ich weiß nicht, ob das durch ein Verbot gemacht werden kann oder auf eine andere Weise; jedenfalls ist es dringend nötig, daß diese Berufsmusiker mit ihrer Eingabe gehört werden. Sie können sich denken, daß sich die Berufsmusiker so schon kaum über Wasser halten können, wenn für ihre Verdienstmöglichkeit 5 Tage in der Woche durch das Verbot der Regierung ausfallen.

Stadtrat S e h a p e r : Meine Damen und Herren ! Dem Rat der Stadt ist von dieser Angelegenheit bisher nichts bekannt; ich glaube aber, daß der Rat ~~ber~~ bereit sein wird, sie zu untersuchen, denn es ist nicht angängig, daß Lehrer gegen Entgelt musizieren. Ich weiß wohl, daß an den höheren Schulen Schülerorchester bestehen und daß sie auch alljährlich einmal ein Konzert geben, zu dem die Gäste besonders geladen werden, in der Hauptsache Angehörige der Schüler. Daß aber die Lehrer und die Schüler der höheren Schulen den Berufsmusikern Konkurrenz machen, davon habe ich noch nichts gehört. Wir werden uns aber an die Schulbehörden wenden, um die Sache untersuchen zu lassen.

12. Anfrage T o s t m a n n, betreffend eine vorzunehmende Erhöhung der Armenunterstützungssätze.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 16 dieses Berichts.
Stadt v. T o s t m a n n (zur Begründung): Meine Damen und Herren ! Mit dieser Frage haben wir uns hier schon des öfteren befaßt, aber ab und zu muß man dieser Frage immer wieder näher treten. Da seit dem Monat März von Seiten der Armendirektion keine Schritte unternommen sind, um den Armenunterstützungsempfängern etwas mehr Unterstützung zu zahlen, so sehe ich mich zu meiner Anfrage veranlaßt. Wenn man die Sätze, die im März maßgebend waren, noch heute anwendet, so muß man sagen, daß sie bei den heutigen Verhältnissen bei weitem nicht mehr hinreichen. Sie wissen alle, wie teuer der Unterhalt in den letzten Monaten geworden ist. Ich will eben nur einzelne Punkte herausnehmen, um zu beweisen, daß die gewährte Unterstützung nicht zur Hälfte hinreicht. Ein Unter-
stüt-

stützungsempfänger, und wenn es auch nur eine einzelne Person ist, muß sich doch etwas kochen können, und dafür gebraucht er im Monat mindestens einen Zentner Grudekoks, der 72 Mark kostet. Das Brot kostet vom Montag ab 15,90 M. Wenn man nur die Ausgabe für das rationierte Brot rechnet, so sind das monatlich 63,20 M. Kartoffeln muß eine Person täglich 1 Pfund haben, das macht pro Monat 81 M. Dazu 1 Pfund Schmalz = 46 Mark, 1 Pfund Margarine = 40 Mark. Diese 5 Posten machen schon eine Ausgabe von 302 Mark aus, während der Höchstsatz für Alleinstehende oder den Haushaltsvorstand 260 Mark ist. Sie sehen an diesen paar Zahlen, daß die Unterstützung lange, lange nicht hinreicht, um diese Sachen zu beschaffen. Es kommen aber noch andere Sachen hinzu: Es muß Gemüse angeschafft werden und auch andere Sachen, wenn es sich auch nur um eine Person handelt. Es kommt die Miete dazu, und hier ist zu bedenken, daß durch das neue Mietgesetz die Mieten besonders erhöht

wer-

werden. So ist es nicht anders, als daß die Armendirektion Stellung nehmen muß, um die *I* Unterstützungssätze bedeutend zu erhöhen. Ich möchte den Rat der Stadt ersuchen, entsprechend meiner Anfrage, bei der Armendirektion dahin zu wirken, daß etwas getan wird, damit den Ärmsten stadtseitig mehr geholfen wird, als es in den letzten Monaten geschehen ist.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g: Es findet in der nächsten Woche am Mittwoch die übliche Sitzung der Armendirektion statt, die gemeinsam mit den Bezirksvorstehern - zu denen auch Herr Tostmann gehört - abgehalten wird. Ich hatte mir schon vorgenommen, bei dieser Gelegenheit die Frage der Höhe der Unterstützungen erneut zur Erörterung zu bringen. Anträge in dieser Richtung waren bisher an die Armen-direktion nicht gelangt; das schließt aber nicht aus, daß wir die Sache alsbald erledigen, denn es hat sich die Stadtverordnetenversammlung schon früher in entgegenkommender Weise damit einverstanden erklärt, daß dem nötigen Bedarf seitens der Armendirektion sofort nachgekommen werden darf. Sollte die Mehrheit der Armenbezirksvorsteher sich für eine Erhöhung der Unterstützungssätze aussprechen, so würde der Rat der Stadt in der Lage sein, selbständig vorzugehen, und würde dann der Stadtverordnetenversammlung eine entsprechende Mitteilung zugehen lassen.

Stadt. L e h n e r t beantragt Besprechung der
Anfrage. Der Antrag wird angenommen.

Aufg. Tackmann,

Armenunterstützung

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren !
Man sagt, die Indexziffern sind grundsätzlich dazu da,
um zu zeigen, daß unbedingt irgendwelche Lohn- oder
Gehaltserhöhungen Platz greifen müssen. Nun glaube ich
aber, daß es der Indexziffer gar nicht bedarf, um die
Notwendigkeit der Erhöhung der Armenunterstützungs-
sätze zu beweisen, sondern daß man dazu nur durch die
Stadt zu gehen braucht und die Preise an den Waren-
auslagen zu beachten braucht. Das sind die besten
Indexziffern, namentlich für den Magen. An Fleisch
ist bereits nicht mehr zu denken selbst bei den best-
bezahlten Arbeitern und Angestellten. Wenn man nur
Speck kaufen will, muß man ja 56 - 60 Mark für ein
Pfund ausgeben. Wenn auf der anderen Seite behauptet
wird, diese hohen Preise hingen zusammen mit den
Steigen des Dollar-Kurs^{es}, so ist der jetzt ja niedriger
geworden; heute steht er auf 272 und damals auf 300.
Die Preise müßten also fallen, aber das Gegenteil
davon ist der Fall. Diejenigen, die mit den Armen

zu

zu tun haben, wissen, wie schlimm es den Leuten geht, die jetzt 2,70 Mark für ein Pfund Kartoffeln bezahlen müssen, wofür man früher einen ganzen Zentner erhalten konnte, während die Leute auf dem Lande nicht wissen, wohin sie mit ihrem Reichtum sollen. Wenn man das bedenkt, dann muß man sagen, daß es eine Sünde und eine Schande ist. Man muß sich wundern, daß solch eine Lammgeduld in der Bevölkerung vorhanden ist, und daß sie nicht erregt wird und sich selber zu helfen sucht. Ich möchte ersuchen, daß unseren Armen durch neue Unterstützungssätze geholfen wird, und ich glaube auch bestimmt, daß der Rat der Stadt in weitgehender Weise diese Sätze erhöht, damit gesagt werden kann: Wir sind nicht schuld daran, wenn über kurz oder lang der eine oder der andere zugrunde geht. Ich bitte Sie, dem Antrage des Herrn Tostmann zuzustimmen.

- 88 -

Ohne weitere Besprechung.

13. Anfrage Iostmann, betreffend Wohnungsbeschaffung
bei den ungenügenden Baukostenzuschüssen des
Staates.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 15 dieses Berichts.
Stadtv. I o s t m a n n (zur Begründung): Meine Damen
und Herren! Auch die Wohnungsfrage hat uns hier im
Stadtparlament schon sehr häufig beschäftigt, aber
wenn wir in den früheren Beratungen stets sagen
konnten: „Na, es ist wenigstens möglich, daß mit
Hilfe der Zuschüsse der Stadt und des Staates etwas
gebaut wird,“ so liegen heute die Verhältnisse ganz
anders. Es sind zwar seitens des Braunschweigischen
Landtages schon im Winter größere Geldmittel bewil-
ligt worden, die zum Bauen von Wohnungen benutzt
werden sollen, aber bis heute ist von diesem Gelde
noch kein Gebrauch gemacht worden, weil nicht so viel
Zuschuß gegeben wird, daß mit dessen Hilfe gebaut
werden kann, und so liegen die Gelder heute noch dort,
wo sie früher gelegen haben. Es sind Schwierigkeiten
auf-

aufgetreten, die Regierung und speziell den Ressortminister und seine Berater davon zu überzeugen, daß mit dem Gelde, das für die Errichtung einer einzelnen Wohnung zur Verfügung steht, überhaupt nicht gebaut werden kann. Es sind Vorschläge bei der Regierung in dieser Sache gemacht, der Ressortminister hat Kostenanschläge von den Gesellschaften und einzelnen Bauenden eingefordert, aber trotzdem es dem Minister schwarz auf weiß vorgelegt wurde, daß die Herstellung einer Wohnung bedeutend höher zu stehen kommt, als Mittel dafür bewilligt sind, hat die Regierung und speziell das Siedelungsamt sich nicht damit befremden können, die Baukostenzuschüsse höher zu setzen, als in meiner Anfrage angegeben ist, nämlich 80 000 M. Ich habe in meiner Anfrage schon gesagt, daß die Kosten für Herstellung einer Wohnung in einem Mehrfamilienhause heute 250 - 260 000 M ^{en} ~~ausmachen~~, und eine Wohnung in einem Einfamilienhause würde bei stabiler Herstellung 360 000 M kosten. Da muß man es als

als hanebüchen ansehen, wenn gemeint wird, daß jemand mit 80 000 M Zusehuß eine Wohnung bauen soll. Was sollen denn die Unglücksmenschen von Siedlern, was sollen die Mieter anfangen, die ein solches Haus beziehen und dann die unerschwinglichen Kosten verzinsen oder eine entsprechende Miete bezahlen sollen. Das würde ja einen Mietzins von 10 000 M ausmachen; jeder vernünftige Mensch muß einsehen, daß das etwas Unmögliches ist. Es ist heute gerade so, als wenn man sagen würde: „Es kann überhaupt nicht gebaut werden“, und dann bleiben die Millionen sitzen, wo sie eben noch sind. Etwas weitsichtiger sollte doch die Regierung sein! Die Bautätigkeit liegt still und wird weiter still liegen, wenn nicht andere Maßnahmen getroffen werden.

Weil nun die Baugesellschaften und Baugenossenschaften erklärt haben, daß sie bei solchem ungenügenden Zusehuß nicht bauen können, hat der jetzige Ressortminister sich veranlaßt gesehen, eine Sitzung einzuberufen, auf der diese Bankostenangelegenheit

be-

besprochen werden sollte. Aber wie einfach dieser Herr Minister über diese Frage, die zu klären so notwendig ist wie das liebe Brot, hinweggeht, das sieht man daran, daß einfach diese Sitzung, die gestern stattfinden sollte, abgesagt wird und auf die nächste Woche verschoben wird - vielleicht wird sie auch noch einmal abgesagt. Die Lösung dieser Frage darf auch keine Stunde aufgeschoben werden, sie muß sofort erledigt werden, damit die Betreffenden, die bauen wollen, wissen, was sie machen sollen.

Aber auch die Wohnung-suchenden wollen wissen, wie es steht, ob sie überhaupt in absehbarer Zeit nach langjährigem Warten einmal in eine Wohnung werden ziehen können. Aber das Staatsministerium hat wenig Verständnis davon, das wird schon bezeugt dadurch, daß es trotz dieser Sachlage jetzt noch an den Rat der Stadt herankommt und sagt: Wenn von außerhalb pensionierte Beamte freiwillig nach Braunschweig ziehen wollen, hier Wohnung nehmen wollen, dann hat der Rat ihnen ohne weiteres eine Wohnung zur Verfügung

zu

zu stellen. (Hört, hört!) Das setzt doch allem die Krone auf: Man will nichts Rechtes für Wohnungsbauten bewilligen und die paar Wohnungen, die zur Verfügung stehen, sollen an Pensionierte abgegeben werden. Ob es ein Lehrer von außerhalb ist, der pensioniert ist, oder ein anderer ~~***~~ in dem gleichen Falle, das ist ganz egal, wenn er den Wunsch hat nach Braunschweig zu ziehen, braucht er sich wegen einer Wohnung keine Sorge zu machen, sondern die Stadt ist verpflichtet, ihm sofort eine Wohnung anzuweisen. Weiter wird verfügt: Die Beamten, die nach Braunschweig versetzt werden oder die herziehen, um sich um eine andere Stelle zu bemühen, sollen in der Dringlichkeitsliste vorgemerkt werden, aber nicht nach der Reihenfolge der Anmeldung, sondern ein halbes Jahr zurückdatiert, also diejenigen, die schon vor einem halben Jahre in die Dringlichkeitsliste eingetragen sind, sollen noch hinter diese neu Einzutragenden zu stehen kommen. Solch einen

Stand-

Standpunkt nimmt das jetzige Ministerium in der Wohnungsfrage ein. In meiner Anfrage habe ich es schon angedeutet, daß wir von der Regierung nicht zu erhoffen haben, daß etwas weiteres von ihr getan wird, und so ersuche ich den Rat der Stadt, sich zu äußern, was er zutun gedenkt, um das Wohnungselend zu lindern. Pflicht des Rates ist es, für die Wohnungsuchenden und Wohnungslosen in hiesiger Stadt zu sorgen, damit sie ein Unterkommen erhalten, und ich nehme an, daß die Antwort vom Rat der Stadt in befriedigender Weise gegeben wird.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Meine Damen und Herren! Zu den bautechnischen Fragen wird sich jedenfalls mein Kollege Gebensleben äußern, ich möchte nur zu der finanziellen Seite dieser Frage ein paar Worte sagen.

Daß gebaut werden muß, um dem Wohnungselend zu steuern, erkennen wir alle an, auch sind wir alle der Meinung, daß auch aus dem Grunde gebaut werden muß, um der Arbeitslosigkeit zu steuern, denn es sind nicht nur die Arbeiten, die aus dem Bau selbst erwachsen, die die Arbeitslosigkeit vermindern, sondern wo gebaut wird, blüht mehr oder weniger das ganze Wirtschaftsleben, und umgekehrt. In dieser Hinsicht sind wir wohl alle einig; aber die Finanzfrage ist nicht so einfach zu lösen. Bisher haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, und zwar ~~tet~~ in Übereinstimmung mit dem Reiche und später mit dem Ministerium, daß Stadt und Staat in der Gewährung von Baukostenzuschüssen gemeinsam vorgehen wollen, so

daß

daß jeder von Ihnen die Hälfte davon trägt. Nun ist bekanntlich ein Reichsgesetz erlassen, wonach die Mittel für Gewährung von Zuschüssen durch eine Wohnungsabgabe erhoben werden sollen. So sehr wir alle dafür sind, daß gebaut wird und Zuschüsse in entsprechender Höhe gewährt werden, so müssen wir doch das eine dabei festhalten; wenn wir nicht unsere Finanzen in Grund und Boden ruinieren wollen, dann dürfen wir zu den Baukostenzuschüssen nicht mehr verwenden, als diese Wohnungsabgabe selbst einbringt; aber dabei machte ich einen Vorbehalt. Wenn wir augenblicklich etwas über 3 Millionen Mark aus der Wohnungsabgabe bekommen, dann muß ohne weiteres anerkannt werden, daß damit nicht allzuviel anzufangen ist, und deshalb sage ich: Einstweilen könnten wir einen großen Teil der Abgabe oder auch die ganze Abgabe benutzen, um eine größere Anleihe zu verzinzen und zu amortisieren. Wenn nun aber

die

die Stadt, die nur auf diese ~~Einnahme~~^{nahme} für die Baukostenzuschüsse angewiesen ist — in gleicher Höhe fließt diese Einnahme bekanntlich dem Staate zu — ~~und sie~~ genötigt sein sollte, aus sonstigen Mitteln gewaltige Zuschüsse zu erzielen, so würde ich das für ein Unrecht des Staates gegenüber der Stadt halten, denn der Staat steht finanziell viel besser da als die Stadt. Ich habe in einer früheren Sitzung meiner Freude Ausdruck gegeben, daß wir aus dem Jahr 1920-21 wohl gemerkt, nur aus diesem Jahre — nach meiner Berechnung eine sehr erhebliche Summe aus dem Mehrertrag der Reichseinkommensteuern überwiesen bekommen würde, und ich bin auch heute noch der Ansicht, daß wir sie bekommen werden, aber ~~am~~^{vom} Schlusse des Jahres 1921 ab sieht die Sache sehr staubig aus. Wir haben jetzt den nächstjährigen Etat nahezu fertiggestellt und wissen augenblicklich noch nicht,

die

wie wir nur annähernd das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herstellen sollen. Es ist ausgeschlossen, daß die Stadt eine Politik einschlägt, die ihre Finanzen vollständig ruiniert, und deshalb werden wir uns bei den Baukostenzuschüssen auf die Einnahme aus der Wohnungsabgabe beschränken müssen, und das wird wohl auch einstweilen genügen. Aber die ganze Sache ist teilweise so unübersichtlich, daß ich dem Rat der Stadt anheim gegeben habe, Ihnen eine Vorlage zugehen zu lassen, in der die ganze Sachlage auseinander gesetzt wird. Sie wird Ihnen noch vor der nächsten Stadtverordneten-sitzung zugehen. Wenn ich nicht irre, habe ich ausgerechnet, ~~daß~~ daß wir augenblicklich ungefähr 35 Millionen Mark zur Leistung von Baukostenzuschüssen aufnehmen könnten - dann geht allerdings die ganze Einnahme aus der Wohnungsabgabe darauf. Aber Geld ist bekanntlich eben sehr knapp geworden, und ob es

technisch

technisch möglich ist, soviel Geld durch eine Anleihe zusammenzubringen, darüber kann man in höchstem Grade zweifelhaft sein. Wie gesagt, Sie werden die Sache prüfen können und wir werden uns weiter darüber unterhalten, wie vorgegangen werden soll, wenn die Vorlage in Ihren Händen ist.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine Damen und Herren! Gestatten Sie, daß auch ich einige Ausführungen zu der Anfrage des Herrn Tostmann mache. Herr Tostmann hat als Mitglied des Siedelungsbeirats den verschiedenen Besprechungen dieser Körperschaft im Ministerium beigewohnt, und so ist er ~~un-~~gefähr im Bilde über das, was dort verhandelt ist, und über die Stellung, die ich im Namen des Rats der Stadt dort eingenommen habe. Es ist die Ansicht des Siedelungsbeirats, daß, um das Bauen zu ermöglichen, so hohe Zuschüsse seitens des Staates und der Gemeinden gewährt werden müssen, daß für den Bauenden nur noch ein solcher Betrag übrig bleibt, der als rentierlich für den Bauenden angesehen werden kann. Ein solcher Zuschuß muß natürlich erheblich höher als 80 000 M für eine Wohnung sein; mit 80 000 M auszukommen ist ja ein Ding der Unmöglichkeit. Kostet die Wohnung zu bauen 300 000 M, so bleiben bei einem solchen Zuschuß 220 000 M zur Verzinsung und Tilgung

übrig,

übrig, und wenn man einschließlich Steuern und Abgaben mit wenigstens 47 % rechnet, so würde der Betreffende zu 15 000 M im Jahre wohnen. Daß das nicht angängig ist, leuchtet ohne weiteres ein, und deshalb hat sich der Siedelungsbeirat auch auf den Standpunkt gestellt, daß die Zuschüsse höher sein müssen. Als die erste Beratung stattfand, ging man von der Voraussetzung aus, daß die Baukosten sich auf 250 000 M belaufen würden, und das war vor Monaten. Ich habe schon gelegentlich einer früheren Anfrage meiner Befürchtung Ausdruck gegeben, daß sich die Verhandlungen solange hinziehen würden, daß wir nicht zu der gegebenen Zeit, nämlich im Frühjahr, mit dem Bauen anfangen könnten, sondern erst zu ungelegener Zeit, vielleicht erst im Herbst oder womöglich in diesem Jahre gar nicht mehr; und ich glaube, diese Befürchtung ist nicht unbegründet gewesen, denn wir schreiben heute schon den 1. Juni, und man sieht heute noch nicht klar in dieser Sache.

Inzwischen

Inzwischen haben sich die Baukosten, die ich eben zu 250 000 M ^{zahlen} angenommen habe, noch wesentlich erhöht. Vor etlichen Wochen habe ich einen Anschlag gesehen, in dem nachgewiesen war, daß sie sich auf 300 000 M belaufen würde. Auch diese Preise sind schon wieder überholt und es trifft zu, wenn Herr Tostmann sagte, daß man bei Einfamilienhäusern mit einem Betrage von 360 000 M rechnen muß. Bei diesen erhöhten Kosten ist um so weniger mit einem Zuschuß von 80 000 M pro Wohnung auszukommen, es würde ja ein Mietpreis von 20 000 M dabei herauskommen. Nun haben wir allerdings - wie Herr Tostmann richtig ausgeführt hat - ein Schreiben vom Staatsministerium bekommen, worin darauf hingewiesen ist, daß wir auf Grund der Reichsratsbestimmungen nur Zuschüsse von 80 000 M gewähren können; es sei allerdings nachgelassen, daß in Ausnahmefällen Zuschüsse bis zu 110 000 M gewährt werden. Daß auch ein Zuschuß von 110 000 M nicht genügen würde, die Bauleute ^{zu helfen} zu veranlassen, mit dem Bauen zu beginnen, das brauche

ich

ich nicht weiter auszuführen. In dem Schreiben des Staatsministeriums vom 15.d.Mts. ist weiter gesagt, es wäre bei dieser Sachlage im Siedelungsbeirat der Wunsch geäußert, man möchte das Bauprogramm für ~~neue Wohnungen~~ entsprechend verringern, da die Gesamtsumme nicht erhöht werden könnte. Weiter ist in dem Schreiben ausgeführt: „Es ist die Behauptung aufgestellt worden, daß die Einzelsiedler von der Durchführung ihres Bauvorhabens wegen der zu geringen Beihilfe Abstand genommen hätten. Im Staatsministerium sind bisher solche Fälle nur in ganz verschiedener Anzahl bekannt geworden. Sollte aber in den Kreisen der Siedler die Meinung vertreten sein, daß die Gewährung erhöhter Zuschüsse unausbleiblich sei, so ist es erforderlich, die Siedler von dem Gegenteil zu überzeugen.

Ich ersuche daher, sämtlichen von der Kreisdirektion zur Gewährung einer Baukostenbeihilfe namhaft gemachten Siedlern, soweit ihre Anträge berück-

sichtigt

sichtigt sind, unverzüglich mitzuteilen, daß sie lediglich mit den ihnen durch die Baukostenbehilfentscheid genannten Mitteln zu rechnen haben. In dringenden Fällen, insbesondere dann, wenn die Bauten erst in diesem Jahre begonnen sind, kann eine Erhöhung der Gesamtbeihilfe bis auf etwa 105 000 M erfolgen, wenn dadurch die sonst ^{gefährdete} ~~geförderte~~ Durchführung des Neubaues gesichert erscheint.

Die Namen derjenigen Siedler, die von ihrem Bauvorhaben Abstand genommen haben, sind bis zum 1. Juni d. Js. mitzuteilen. Über die Verwendung der etwa frei werdenden Mittel wird hierauf unter Berücksichtigung dortiger Vorschläge Entscheidung getroffen werden." Auf Grund dieser Verfügung habe ich bei den einzelnen Siedlungsgesellschaften und Baugenossenschaften angefragt, wie sie sich zu dem Inhalt dieses Schreibens des Staatsministeriums stellten; bindende Erklärungen habe ich aber noch nicht bekommen. Die meisten haben dankend abgelehnt und erklärt: „^{en} Unter

diesen

diesen Verhältnissen können wir nicht bauen." Andere haben erklärt: ~~Dann~~ bauen wir lustig darauf los, und wenn uns der Atem ausgeht, lassen wir den Bau liegen und werden sehen, wie es weiter kommt." ^{Das} ~~Dann~~ würde natürlich ein Unglück bedeuten, denn es würde nur Geld ausgegeben, aber keine Wohnung geschaffen, was doch der Zweck der Übung ist. Ich habe deshalb dem Staatsministerium erklärt, daß man mit 80 000 M oder 105 000 M Zuschuß nicht auskommen könne, sondern daß die Beträge erhöht werden müssen, allerdings könne das nur in der Weise geschehen, daß Staat und Gemeinde sich in dieses Risiko teilen. Das Staatsministerium scheint der Ansicht zu sein, daß der Zuschuß des Staates ein auf 40 000 oder 55 000 M fest begrenzter sei, über den der Staat nicht hinaus^{gehen}~~ging~~, und wenn die Gemeinden der Ansicht seien, die Zuschüsse müßten höher sein, so würde es ihre Sache sein, ihren Zuschuß höher zu bemessen. Ich habe schon bei den Besprechungen im Ministerium ausge-
führt,

führt, daß dabei ein Risiko für die Gemeinden entstehen könnte, dem sie nicht gewachsen sind. Wenn der Staat vielleicht 55 000 M Zuschuß leistet und die Gemeinde 150 000 M oder 200 000 M, also ^{das?} drei- oder ~~Vier~~fache von dem, was der Staat hergibt, so wäre das eine recht ungleichmäßige Verteilung der Lasten. Es sei Aufgabe des Staates wie auch der Gemeinden, die Wohnungsnot zu beseitigen, und infolgedessen ^{müßte} das Risiko sowohl vom Staat wie von den Gemeinden zu gleichen Teilen getragen werden. - Inzwischen hat der Wechsel im Ministerium stattgefunden; Herr Minister Steinbrecher, der bislang dieses Ressort verwaltet hatte, hat sein Amt an Minister Rönneburg abgetreten, und ich habe ^{mich} sofort, da mir die Förderung des Bauens am Herzen lag, mit Herrn Minister Rönneburg in Verbindung gesetzt, ihm meine Not geklagt und gebeten, sofort die Siedelungs- und Baugesellschaften zusammenzu-berufen, um mit ihnen gemeinsam zu beraten, wie über diese Schwierigkeiten

rigkeiten

rigkeiten hinwegzukommen wäre. Er hatte denn auch in Aussicht gestellt, gestern eine Besprechung stattfinden zu lassen; ~~und~~ ich legte ganz besonderen Wert darauf, daß sie noch vor der heutigen Stadtverordnetenversammlung stattfand, weil ich vermutete, daß hier die Baukostenzuschüsse zur Sprache kommen würden. Aber die Besprechung wurde abgesagt, sie soll erst nach Pfingsten stattfinden und bislang ist der ~~zweite~~ ^{dritte} Pfingstag dafür in Aussicht genommen. Ich möchte die Herrschaften, die an dieser Besprechung teilnehmen, bitten, den Standpunkt der Stadt energisch zu vertreten. Ich habe dem Minister ^{auch} ~~auf~~ die Frage gestellt, woher wir die Mittel nehmen sollten, wenn wir erheblich höhere Zuschüsse bewilligen ~~könnten~~ ^{sollen} wie der Staat. Darauf wurde erklärt: Dann könnten wir die ~~Mit~~abgaben, soweit sie seitens der Stadt erhoben werden, erheblich steigern. Augenblicklich werden 25 % des Mietbetrages von der Gemeinde und 25 % vom Staat erhoben, und es war die Ansicht des

Ministeriums.

⁵⁻
Ministerium, es könnten die 25 % der Stadt auf 50, 75 oder 100 % gesteigert werden. Das ist aber ein Ansinnen, das nicht wohl durchgeführt werden kann, sondern so etwas müssen wir allen Ernstes ablehnen. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das Risiko zu gleichen Teilen getragen werden muß, ganz abgesehen davon, daß die Mietabgabe an und für sich eine durchaus unsoziale Abgabe ist; sie wird erhoben, ob der Wohnungsbedarf der betreffenden Familie ein großer oder kleiner ist, ob eine Wohnung von einem ^{Jung-}~~jungen~~/Besellen, zwei einzelnen Leuten oder einer starken Familie bewohnt wird, immer wird sie nach dem Mietbetrage berechnet.

„Was gedenkt der Rat zu tun?“ die Anfrage ist von Herrn Tostmann an uns gestellt. Ich kann in diesem Stadium nur erklären, daß seitens des Rats in dieser Sache geschehen ist, was nur irgend geschehen konnte. Ich persönlich habe mich eingesetzt, wo ich nur konnte. Alle, die meine Arbeit verfolgt haben,

haben, werden zugeben müssen, daß alles geschehen ist, was geschehen konnte. Die Befürchtung, die ich schon vor Monaten ausgesprochen habe, ist tatsächlich in Erfüllung gegangen: wir haben heute noch nicht mit Bauen angefangen. Ich kann Ihnen nur antworten: Wir müssen bei der Besprechung im Ministerium gemeinsam dafür sorgen, daß wir das Ministerium umstimmen. Es hat erklärt, daß diese Ansicht, daß das Risiko des Staates ein begrenztes sein solle, nicht die Ansicht des Ministeriums sei, sondern es beruhe auf einer Entschliebung des Finanzausschusses der Landesversammlung. Herr Iostmann wird mir meine Worte bestätigen, wenn ich sage: Wir werden uns in den nächsten Wochen bei den Besprechungen mit dem Ministerium die größte Mühe geben, daß wir in der Sache endlich weiterkommen. Allerdings hätte alle dies nicht erst jetzt erledigt werden sollen, sondern hätte -

schon

schon vor Monaten erledigt werden müssen. Wir wollen hoffen, daß unser gemeinsames Streben zum Ziele führt und daß man dann so schnell wie möglich mit Bauen anfängt; denn die Wohnungsnot wird nicht von Tag zu Tag geringer, sondern größer.

Stadt v. L e h n e r t beantragt Besprechung
der Anfrage. Der Antrag wird angenommen.

Aufg. Tostmann, Bankkostenzuschüsse

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren!
Wer sich mit der Wohnungsfrage zu befassen hat, der kann sich ein Bild davon machen, wie schlimm es mit der Wohnungsnot steht; man kann es auch, wenn man morgens nach dem Rathause kommt und die Leute vor dem Wohnungsamt anmarschiert sieht bis zur Treppe hin, weil sie seit Jahren in der Dringlichkeitsliste stehen, ohne Hoffnung zu haben, daß sie Obdach erhalten in einer Wohnung, die einigermaßen menschenwürdig ist. Wenn man glaubt, daß man mit den Teilwohnungen, ~~mit denen~~ ^{die} jetzt vom Ministerium gearbeitet wird, die Wohnungsfrage lösen kann, so befinden sich diese Herren auf dem Holzwege. Der Herr Oberbürgermeister hat schon darauf hingewiesen, daß, wenn das Bauen eingestellt wird, nicht nur das Baugewerbe damit stillgelegt wird, sondern auch die anderen Gewerbe, die da hineinfassen, und was das für unsere Stadt mit sich bringt, das brauche ich nicht auszuführen. Der Staat hat den Kommunen die Steuer ^(= ~~La~~ ~~ste~~ ~~uer~~ ^{Laheit}) ~~noch~~ genommen

und

und für sich in Anspruch genommen, und deshalb ~~etwa~~
~~me~~ ~~stehe~~lich auf dem Standpunkt, daß er dafür zu sor-
gen hat, daß er die Aufgaben, deren Erfüllung man
von ihm verlangen kann, auf sich übernimmt und nicht
glaubt, die Gemeinden veranlassen zu können, daß
sie in der Art und Weise vorgehen, in-dem sie 50
oder 75 % der Mietabgaben einziehen und so sich eine
Deckung ~~zu~~ verschaffen, mit der sie ihr Minus ver-
schleiern können. Daß|so etwas von uns getan würde,
dem werden wir niemals zustimmen. Meine Damen und
Herrn! Denken Sie daran, in welcher rapiden Weise
die Preise für die Baumaterialien gestiegen sind -
Herr Rasche wird bestätigen können, in welcher un-
glaublichen Weise das geschehen ist. Für den
Zentner Zement, der in der vergangenen Woche noch
113 M gekostet hat, wird jetzt 130 M verlangt; für
das cbm Holz wurden im Harz im vergangenen Jahr
550 M gezahlt, jetzt werden 5 500 - 6 000 M dafür
verlangt. (Zuruf: Unerhört!) Ferner möchte ich

hinweisen

hinweisen auf die Preise von Glas. Die Verglasung eines Fensterflügels von 1 Meter Höhe und 50 cm in der Breite wurde vor dem Kriege mit 3,50 M bezahlt, jetzt kostet sie 175 - 180 M. So könnte ich Ihnen eine ganze Reihe von Tatsachen anführen, an denen sie die ungeheuere Steigerung der Preise erkennen könnten, aber das würde hier zu weit führen. Aber das Ministerium müßte darnach doch seine Zuschüsse einrichten. Wenn Herr Stadtbaurat Gebensleben darauf hingewiesen hat, daß der Finanzausschuß des Landtages der Schuldige ist, der gesagt hat: „Ihr dürft über das einmal Festgesetzte nicht hinausgehen!“ so erkläre ich: Solche Schuldbürgerstreiche sollte man im Jahr 1922 nicht mehr von denkenden Leuten erwarten. Wenn diese Leute nicht besonders große Scheuklappen vor den Augen gehabt hätten, dann müßten sie ~~darüber~~ orientiert sein über das, was sich im Wirtschaftsleben abgespielt hat. Es ist bedauerlich, daß immer

und

und immer wieder darauf hingewiesen wird - auch der Herr Stadtbaurat Gebensleben hat das wieder getan und von unserer Seite ist es ebenfalls geschehen -, daß bei einer solchen Stellungnahme der Sommer hingehen wird und doch noch nichts gebaut sein wird. Der Staat hat ja selbst ein Projekt ausgeknobelt, wonach unten am Mendenringe von ihm Achtfamilienhäuser gebaut werden sollen. Da kann er die Probe auf das Exempel machen, und wir werden sehen, ob der Staat in dieser Bautätigkeit in eigener Regie nicht ebenso ein Haar finden wird, wie die Stadt Braunschweig es gefunden hat. (Zuruf des Oberbürgermeisters: Sehr richtig!) Man hat seiner Zeit gesagt: Wir müssen darnach trachten, daß durch die Bautätigkeit den Handwerksmeistern und Gewerbetreibenden Gelegenheit geboten wird, einigermaßen mit beitragen zu können, daß der Wirtschaftsbetrieb bei uns aufrecht erhalten wird; aber alle Rück-

sieht

sicht darauf ist jetzt spurlos verschwunden. Es wird einfach gesagt: „Mehr gibt es nicht; der Reichsrat hat das beschlossen und darüber das gehen wir nicht hinaus.“ Die Wohnungsnot scheinen jenen Herren doch nicht so genau zu kennen, vielleicht hab^{en}/sie noch nicht losgehen müssen, um eine Wohnung zu bekommen. Es kann ja möglich sein, daß der jetzige Ressortminister Erfahrungen gesammelt hat, weil er selber ein Siedelungshaus gebaut hat, und daß er vielleicht darnach verfährt bei der demnächstigen Sitzung des Siedelungsbeirats, die aber längst hätte stattfinden sollen, denn sie ist nötiger als alles andere. Wohin soll denn das Wohnungsamt in der Stadt Braunschweig greifen, um Wohnungen zu vergeben? Herr Tostmann hat erwähnt, wie das Ministerium von der Stadt verlangt, daß durch das Wohnungsamt alle pensionierten Beamten,

die

die nach Braunschweig zu ziehen wünschen, in erster Stelle Berücksichtigung finden. Was soll da ^{der} Herr Stadtbaurat machen? Wenn wir dann noch Beamte in der Stadt Braunschweig haben, die in Fällen, wo wir durch Beschlagnahme von Wohnungsteilen zugegriffen haben, Klage gegen die Stadt Braunschweig anstrengen, während sie in so reichhaltig ausgestatteten Wohnungen sitzen, wie in diesem Falle, dann stehe ich auf dem Standpunkt, daß es gut wäre, wenn sie die einzelnen Wohnungen auf den engen Straßen und in den Hinterhäusern, wo kein Luftzug hineinkommt, einmal mit in Augenschein nehmen müßten - auf den Flugplatz will ich noch nicht einmal hinweisen, denn da ist doch wenigstens noch frische Luft. Beim Lesen von Schriften über Bekämpfung der Tuberkulose habe ich gefunden, wie in einem Aufsatz von ärztlicher Seite

betont

betont wurde, daß in dieser Sache nichts so dringend notwendig ist, als daß Mittel zur Verfügung gestellt werden zum Wohnungsbau. (ohne Absatz weiter)

Der betreffende Herr fordert seine Kollegen auf, dafür einzutreten, daß alle Mittel angewandt werden, um der grenzenlosen Wohnungsnot abzuhelpfen. Dadurch wird die Tuberkulose am besten bekämpft. So möchte ich auch den Rat der Stadt bitten, daß er alles, was in seiner Macht steht, versucht, um bei der Regierung eine bessere Hilfe in der Wohnungsnot auszudrücken. Der Rat kann versichert sein, daß die Vertreter von unserer Seite dann mit ihm in dieselbe Kerbe einhauen werden. Wenn ~~sie~~ die ~~Herrschaft~~ auf den Korridor unten vor dem Wohnungsamt aufstellen, um Wohnung zu finden. Wenn da einmal der Spieß ungekehrt würde, dann würde sich bei solchen Herrschaften mehr soziales Verstehen finden und es würde dazu beitragen, daß

*Fürsorgfalten nicht an die Notwendigkeit einer
wirksamen Hilfe glauben wollen, dann müssen
sie kämpfen mit denjenigen, die sich* } *dieser*

dieser Wohnungs^{misère}~~misère~~ Abhilfe geschaffen wird.

Stadt v. T o s t m a n n : Vorhin wurde von Herrn Stadtbaurat Gebensleben angeführt, daß von dem jetzigen Ressort-Minister oder, wie im Landtage gesagt wurde, Rester-Minister - darauf hingewiesen sei, daß der Finanzausschuss des Landtages beschlossen habe, daß nicht mehr Baukostenzuschuß pro Wohnung gegeben werden solle wie 80 000 M. Das stimmt nun wohl, aber woran hat es gelegen, daß man einen solchen Beschluß gefaßt hat? Ich habe an dieser Finanzausschußsitzung teilgenommen, habe mir den Mund fusselig geredet, um einen anderen Beschluß herbeizuführen, habe die betreffenden Zahlen mitgeteilt darüber, was eine Wohnung zu bauen kostet. Aber das alles hat nichts genutzt, die Anregungen, die ich gegeben habe, und die meines Freundes wurden abgelehnt. Sämtliche drei Parteien, ob es Landeswahlverband, ob es Demokraten (Herr Rönneburg war persönlich anwesend), ob es Rechtssozialisten waren (auch der jetzige

Minister

Minister Dr. Jasper war anwesend), ganz gleich, sie hatten kein Verständnis für meine Worte. Sie sagten einfach: Die 800 Wohnungen, die angefordert werden, müssen mit dem bewilligten Zuschuß hergestellt werden. So hat sich die Sache zugetragen in der Sitzung des Finanzausschusses des Landtags, in der ^{über} würden die 30 Millionen Mark Zuschuß verhandelt worden ist. Es ist also richtig, daß der Finanzausschuß diesen Standpunkt eingenommen hat, aber wie schon gesagt, die drei Parteien hatten einstimmig kein Verständnis für das Wohnungselend, weil sie teils ein gutes Siedlungshaus sich beschafft hatten, oder sonst in schönen Wohnungen sitzen und das Wohnungselend nicht selber kennen gelernt haben, sonst würden sie sich auf einen anderen Standpunkt gestellt haben.

Stadtverordneter M e s s e n i u s: Meine Damen und Herren! Mit Herrn Stadtbaurat Gebensleben bin ich der Meinung, daß die jetzt eingeführte Mietabgabe unsozial ist, aber nicht unsozial wäre es, wenn man die Luxuswohnungen besteuern würde. Ich erinnere mich, daß von Seiten des Rats das Wort gefallen ist, es könnte eine Steuer in dieser Form vielleicht nicht unwesentlich mit dazu beitragen, große Wohnungen leer zu bekommen oder aus einer großen Wohnung mehrere kleinere zu machen. Es wäre das meiner Ansicht nach ein Mittel, auch ohne Bauten der Wohnungsnot erst einmal in gewisser Weise Herr zu werden. Ich weiß nicht, warum nicht die Neigung beim Rat der Stadt besteht, eine Vorlage darüber zu machen, oder etwas derartiges für den ^{Haus} oder beim Reiche anzuregen und durchzudrücken. Jedenfalls steht fest: Es geschieht nichts ^{in dieser Richtung}. Es wird wohl gesagt: „Es ist alles teuer und auch das Bauen ist ungeheuer teuer“, aber

aber das erscheint mehr als müßiges Gerede. Am Baustoffwucher ist doch der Staat zum Teil selbst mit schuld. Ich erinnere daran, daß das Holz, das 5000 M pro qbm kostet, aus seinen Wäldern stammt. Es sind wohl die Löhne gestiegen und der Grund und Boden ist teurer geworden, aber nicht in solchem Maße wie das Holz. Der Staat glaubt damit eine große Einnahme zu haben und steckt so aus der einen Westentasche das Geld in die andere. Eine sehr glückliche Politik ist das jedenfalls nicht. Ich bin der Ansicht, daß der Rat alles versuchen sollte, um die Steuer auf den Wohnungsluxus in Schwung zu bringen. Auch hier ist viel durch eine solche Abgabe von den großen Wohnungen reicher Leute zu erwarten, und damit wäre ein Weg gegeben, Mittel für die Hebung der Wohnungsnot in die Hand zu bekommen. Es ist das Bedürfnis vorhanden, daß Leute mit 100 000 oder 70 000 M sich die Überlassung einer größeren Wohnung erkaufen, und wenn man das Verfahren allgemein und offiziell anwendet, so daß es nicht von hinten herum geschehen könnte, so würde das jedenfalls mit ein Weg sein, der zum Ziele führte, und ich meine, auch der Rat könnte dieser Ansicht sein.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Den von Herrn Nessenius bezeichneten Weg, größere Geldbeträge zusammenzubekommen, hat der Wohnungsausschuß in der Rate letzten Sitzung zu beschreiten versucht. Ich will in diesem Augenblicke keine weiteren Ausführungen darüber machen. Herr Nessenius vermißt nun noch eine Vorlage über eine Wohnungsluxussteuer. Wie ich sehe, ist die Sache nicht mit auf die Tagesordnung gekommen. Ich habe inzwischen festgestellt, daß durch das Versehen eines Beamten die Vorlage, die bereits vom Rate genehmigt ist, nicht zur Kanzlei gekommen ist. Aber die Stadtverordnetenversammlung wird Gelegenheit haben, in einer der nächsten Sitzungen zu der Einführung der Wohnungsluxussteuer Stellung zu nehmen.

Ohne weitere Besprechung.

14. Anfrage Nessenius, betreffend die Einrichtung eines
Kleinkinder-Spielplatzes am Löwenwalle.

Vorsitzender: Von Herrn Nessenius ist soeben folgende Anfrage eingereicht:

„Wie weit sind die Vorarbeiten für den Kinderspielplatz am Löwenwalle? Er war nicht als Wintersportplatz gedacht.“

Stadtverordneter N e s s e n i u s (zur Begründung): Mir ist bekannt, daß das Staatsministerium keine Schwierigkeiten machen würde, diesen Teil des Löwenwalles zu einem Kinderspielplatze zur Verfügung zu stellen, und ferner ist mir bekannt, daß von Seiten des Rats in dieser Sache nichts geschehen ist, um die Einrichtung dieser Stelle zu dem genannten Zwecke vorzunehmen, daß also etwas Sand hingefahren wird und eine Grenze gezogen wird, damit Radler und Fuhrwerke dort nicht verkehren. Es ist diese Einrichtung tatsächlich für den Sommer und nicht für den Winter gedacht.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Herr Nessenius irrt, wenn er meint, daß der Rat der Stadt in der Sache nichts getan habe. Er hat sich sofort, nachdem der Beschluß gefaßt worden war, an die Baudirektion gewandt und ihr den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung zur gefälligen Rückäußerung mitgeteilt; bisher aber hat er eine solche nicht bekommen. Sie wissen, daß der Löwenwall nicht in städtischem Besitze steht, sondern Eigentum des Staats ist. Infolgedessen können wir nicht selber einen Spielplatz dort herrichten und Sand anfahren lassen; das könnten wir nur mit Genehmigung oder auf Veranlassung der Baudirektion. Ich wiederhole: Wir haben uns sofort an die Baudirektion gewandt.

15. Anfrage Jahns, betreffend die Behandlung der Mitglieder des herzoglichen Hauses inbetreff der Rationierung der Lebensmittel.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 18 dieses Berichts.

Stadtverordneter J a h n s (zur Begründung):
Meine verehrten Damen und Herren! Meine Anfrage bedarf eigentlich keiner weiteren Begründung. Es ist im letzten Landtage die Behauptung aufgestellt worden, daß während der Zeit der Rationierung der Lebensmittel die herzogliche Familie und ihr Haushalt während ihres Hierseins durch höhere Bezüge von Brot- usw. Karten ausnahmsweise behandelt worden wäre. Es liegt nicht allein im Interesse des herzoglichen Hauses, sondern auch des Rats der Stadt und der städtischen Verwaltung, daß die Öffentlichkeit erfährt, ob diese Angriffe aufrecht erhalten werden, also ob man wirklich im herzoglichen Hause während dieser Zeit höhere Bezüge als den übrigen Einwohnern zugebilligt habe. Ich kann

nir

mir nicht denken, daß das herzogliche Haus derartige Ansprüche geltend gemacht habe, und weiter auch nicht daß derartige grobe Unregelmäßigkeiten bei der Verteilung der Lebensmittel vorgenommen sein sollten, so daß derartige Anschuldigungen aufrecht erhalten werden.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g: Meine verehrten Herrschaften! Als wir vor 7 Jahren die Zwangswirtschaft mit der Ausgabe von Brotkarten begannen, haben wir uns mit der ^{unabhängigen} ~~damals zustimmig gene-~~ ^{General-} ~~relten~~ Hofintendantur in Verbindung gesetzt und bekamen die Nachricht, es wäre selbstverständlich, daß das herzogliche Haus sich durchaus auf den Boden der Regelung seitens der Stadtverwaltung stelle. (Zuruf Sievers: Warum haben Sie überhaupt angefragt ?!) Es sind daraufhin regelmäßig für die entsprechenden Zeitabschnitte die Verzeichnisse für die Wochenausgaben seitens der Intendantur eingereicht worden und danach ist die Zuteilung in ordnungsmäßiger Weise erfolgt. Das einzige Zugeständnis, ^{das dem} ~~das im~~ Herzoglichen Hause gemacht worden ist, bestand darin, daß für den Fall, daß Gäste an der Tafel im Schlosse mit teilnahmen, ein ^{bestimmter} ~~dritter~~, aber mäßig begrenzter Zuschlag gegeben und dadurch ein Ausgleich gewährt wurde, der, wie man billigerweise annehmen darf, den Verhältnissen entsprochen

~~haben~~

hat.

hat
~~habe~~. Ja dieser Weise ist die Sache in der ganzen
folgenden Zeit gehandhabt worden. Ich habe mich in
der letzten Zeit, weil die Zuständigkeit meiner Mit-
kollegen bei dieser Sache in Frage kam, bei unserem
Beamten, der die Verteilung der verschiedenen Karten
regelmäßig zu überwachen hatte, erkundigt, und da
ist mir bestätigt worden, daß diese Auskunft ~~am~~ Sach-
verhalt entspricht. Nur in Bezug auf Milch ist sei-
tens des herzoglichen Hauses ein Verzicht auf Liefe-
rung von Karten erfolgt, weil für Deckung dieses Be-
darfs in anderer Weise gesorgt war.

16. Antrag Stukenberg, betreffend den Schutz der Feuermelder vor Unbefugten Benutzungen.

Wortlaut des Antrags siehe Seite 17 dieses Berichts.

Stadtverordneter S t u k e n b e r g (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Seitdem in unserer Stadt Feuermelder aufgestellt sind, hat es auch Leute gegeben, die mit den Feuermeldern, die doch lediglich den Zweck verfolgen sollen, eine schnelle Alarmierung der Feuerwehr zu gewährleisten, Mißbrauch treiben, indem sie den Melder ziehen, ohne daß tatsächlich Feuergefahr vorliegt oder Feuer ausgebrochen ist. Solche böswillige Alarmierung geschieht naturgemäß immer abends, wo die übrigen Leute zur Ruhe gegangen sind. Es wird durch die unbefugte Benutzung des Feuermelders nicht nur eine Beunruhigung der Bewohner der betreffenden Straßen hervorgerufen, sondern es liegt in diesem Unfug auch die Gefahr, daß die Feuerwehr, wenn sie infolge eines blinden Alarms ausgerückt ist, bald danach zu einem wirklichen Schaden-

feuer

Feuer gerufen werden kann und nicht rechtzeitig zur Bekämpfung dieses Feuers eintrifft, wodurch ein bedeutender Schaden entstehen kann. Das zuwillige Ziehen des Feuermelders hat allerdings in der letzten Zeit nach einer mir vorliegenden Zusammenstellung bereits etwas abgenommen. Besonders stark war dieser Unfug in den Jahren 1917 bis 1920. 1918/19 z.B. wurden 23 bewilligte Alarmierungen vorgenommen, 1919-20 15, 1920-21 13, 1921-22 9 und im Jahre 1922 bis zum 1. d. Mts. 3. Wenn es sich auch nur um Einzelfälle handelt, so kann durch einen einzigen allein schon große Gefahr bestehen und deshalb bin ich der Meinung, daß in dieser Sache unbedingt etwas geschehen muß, um diesen bewilligten Alarmierungen Einhalt zu bieten. Allerdings bin ich fest überzeugt, daß, wenn ein solcher Übeltäter gefaßt wird, schon die Berufsfeuerwehr dafür sorgen wird, daß dieser Person eine

ge-

gehörige Portion ungebrannter Asche verabfolgt wird, und das wäre ja nach sehr wünschenswert. Damit ist aber die Gefahr nicht behoben, und ich habe mir deshalb erlaubt, einen Antrag einzureichen, der dahin geht, daß die Feuermelder, die in Straßengegenden aufgestellt sind, die weniger vom Verkehr erfaßt werden, die sehr im Dunklen liegen besonders geschützt werden. Um solche Feuermelder handelt es sich in der Hauptsache, denn solche, die in der Stadt an lebhaften Straßen aufgestellt sind, wenn sie sowieso nicht unbefugt gezogen werden, der lebhafte Verkehr verhindert das schon. Aber in den Gegenden, wo weniger Verkehr ist und nachts Dunkelheit herrscht, müßte dafür gesorgt werden, daß die Feuermelder in irgend einer Weise beleuchtet werden, sei es dadurch, daß man, wie in anderen Städten, kleine Lämpchen an ihnen anbringt, die abends selbsttätig leuchten oder auf andere Weise. Das eben angegebene würde wohl schon genügen, denn

SO-

sobald eine Beleuchtung vorhanden ist, wird es sich der Betreffende schon überlegen, ob er den Unfug nicht lassen soll. Wie eine solche oder eine andere Einrichtung zum Schutz der Feuermelder geschaffen werden kann, das entzieht sich meiner Sachkenntnis, und ich will es gern den dazu berufenen Personen überlassen, hierüber zu beraten und Vorschläge zu machen, nur bin ich der Ansicht, daß überhaupt etwas in dieser Sache geschehen müßte.

Weiter bin ich unbedingt der Ansicht, daß man die Prämie, die für Ergreifung solcher Übeltäter ausgesetzt ist und die jetzt 30 M beträgt, den heutigen Verhältnissen etwas anpassen müßte. Allerdings ist zu erwarten, daß unsere Bevölkerung auch ohne die Aussicht eine Prämie zu erlangen, sich bemüht, diese Unfugstifter zu fassen und zur Meldung zu bringen, aber nach dem nun einmal eine Prämie dafür ausgesetzt ist, müßte sie auch den heutigen Verhältnissen entsprechen, um so mehr, da es heute nicht einfach ist, solchen Personen entgegen zu treten und man sich vergegenwärtigen

muß,

muß, daß es dabei zu Feibereien kommen kann und ^{der} ~~die~~
ordnungsliebende Bürger unter Umständen ^{für} seine Recht-
lichkeit in eine unangenehme Lage kommen kann. Des-
halb möchte ich beantragen, diese Prämie von 30 M
auf 100 M zu erhöhen.

138

Nachdem der Antrag Stukenberg auf Anfrage des Vorsitzenden genügend unterstützt ist, wird er vom Vorsitzenden dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen.

17. Antrag Stegmann auf Erhöhung der Zahl der Kanal-
reiniger auf ~~den Fühnerstrecke~~. die frühere Stärke.

Wortlaut des Antrags siehe Seite 19 dieses Berichts.

Stadtverordneter S t e g m a n n (zur Begründung:
Meine Damen und Herren! Es mag sonderbar erscheinen,
daß von hieraus der Antrag gestellt wird, für einen
bestimmteⁿ Ressort 4 Arbeiter neu einzustellen. Man
könnte sagen: Die Leute, die die Leitung dieses Betrie-
bes haben, müssen besser wissen, ob es nötig ist, noch
Leute einzustellen oder nicht. Aber der Antrag ist
einfach darauf zurückzuführen, daß die Dinge hier son-
derbar liegen; wenn seitens der Verwaltung in dieser
Sache nichts geschieht, muß von hieraus der Anstoß ge-
geben werden. Bei Kriegsausbruch wurden von den 8 Ka-
nalreinigerⁿ, also von den Leuten, die die unterirdi-
sche Kanalreinigung zu besorgen haben, 4 eingezogen,
und heute, nach 8 Jahren, sind immer noch nur 4 Perso-

sonen

sonen dafür vorhanden. Von den eingezogenen vieren sind zwei gefallen, zwei sind wiedergekommen, aber zwei andere sind aus dem Betriebe weggegangen, so daß die Kanalreinigung mit dem halben Bestand an Leuten betrieben wird, die in der Friedenszeit vorhanden war. Es ist selbstverständlich, daß die Kanalreinigung bei dieser geringen Zahl von Personal nicht in der Weise vorgenommen werden kann, wie es eigentlich geschehen müßte. Jetzt können die Kanäle nur an den Stellen gereinigt werden, wo es am nötigsten ist, während früher in regelmäßiger Weise ^{gewartet wurde} ~~vorgegangen ist~~. Besonders ist aber zu beachten, daß die Eisenteile an den Einsteigsschächten mehr leiden als früher, weil sie nicht gehörig gereinigt werden, und natürlich bringt das der Stadt Schaden. Die Kanalreiniger haben sich wiederholt an die städtische Bauverwaltung gewandt und gebeten, wieder die frühere Zahl einzustellen, aber sie sind

immer

immer vertröstet worden, zum letzten Mal mit der Bemerkung: Das ist jetzt zu teuer, besonders die Beschaffung der Stiefel und der Hosen kommt zu teuer. Das kann doch aber kein Grund sein, einen städtischen Betrieb loddermäßig zu behandeln. Natürlich wollte man durch die Einstellung von weniger Mannschaften auch an Löhnen sparen. Wenn eine solche Begründung ernstlich gemeint sein sollte, so müßte man sie als lächerlich bezeichnen. Weiter sind die Leute damit vertröstet worden, es sollte die Vermehrung der Mannschaft in den nächsten ~~Jahr~~ ^{Jahr} eingestellt werden. Ob das in diesem Jahre wirklich geschehen ist, weiß ich nicht. Jedenfalls ist richtig, daß der alte Bestand der Arbeiter wieder eingestellt werden muß, damit die Kanalreinigung so vorgenommen werden kann, wie es ordnungsgemäß nötig ist. Meine Damen und Herren ! Sie haben in der vorigen Sitzung dem Antrage, betreffend

die

die Wiederannahme der 29 Arbeiter auf dem städtischen Lagerplatze zugestimmt, und heute ist ein Schreiben verlesen worden, wonach es dem Rate nicht möglich gewesen sei, diese Leute unterzubringen. Hier war schon eine Gelegenheit, 4 von ihnen unterzubringen, und zwar an einer Stelle, wo es dringend nötig ist. Wenn in allen Verwaltungszweigen so verfahren wird wie in der Kanalreinigung und überall zu sparen versucht wird, dann kann man allerdings die 29 Arbeiter nicht unterbringen. Es ist mir ^{von dem} die Mitteilung zugegangen, daß von den 29 einige noch untergebracht worden sind, hier bei der Kanalreinigung wäre auch Gelegenheit dazu, und ich hoffe, daß Sie meinen Antrag unterstützen, so daß von der Gelegenheit Gebrauch gemacht wird. Ich darf bei dieser Gelegenheit wohl darauf hinweisen, wie rigios die Art und Weise ist, in der in betreff der 29 Arbeiter vom Lagerplatz vorgegangen ist. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Weiterbeschäftigung durch

die

die Stadt, ^{Leiter} es werden die Ressort~~arbeiter~~ gehört -
Herr Stadtbaurat Menadier usw. - aber die Herren
scheinen wenig soziales Verständnis zu haben. Es wird
von ihnen einfach gesagt: „Ich kann keine Leute wei-
ter gebrauchen“, und damit ist die Sache abgetan.
Es sind alte Leute darunter, die 3 - 4 ^Jahrelang hier
beschäftigt worden sind und ~~Ruhegehalt~~^rberechtigt
wären. Kann man die überhaupt entlassen? Ich wundere
mich, daß sie nicht zum Schlichtungsausschuß gegangen
sind, aber sie konnten es wohl nicht machen, weil von
^{der Richtung} ~~ihnen~~ abgelehnt ist, sie verkürzt ~~arbeiten~~ zu lassen.
Nun sitzen sie auf der Straße und bekommen keine Er-
werbslosenunterstützung. Es wäre dringend nötig, daß
der Rat der Stadt - ganz abgesehen von meinem heuti-
gen Antrage - zu unserm Beschluß aus der vorigen Sit-
zung noch einmal Stellung nimmt und die Leute unter-
bringt. Kein Privatunternehmer würde so verfahren, ohne
einen Versuch zu machen, die Leute anderweitig zu be-

schäftigen

schäftigen, und hier tut es die Stadt! Das darf unter keinen Umständen so weitergehen. Ich richte nochmals das dringende Ersuchen an den Rat, die noch nicht versorgten Arbeiter - einige davon haben in Privatbetrieben Arbeit bekommen - bei den städtischen Arbeiten unterzubringen.

~~144~~ 145.

Der Antrag Stegmann wird genügend unterstützt
und der Vorsitzende überweist ihn dem Bauausschuß
zur Vorberatung.

18. Übernahme eines Drittels/der Mehrkosten für die
kaufmännische Fortbildungsschule ^{infolge} ~~in Folge~~ der erhöhten
Ausgleichszuschläge vom 1. Mai 1922.

Stadtverordneter S c h m e r b a c h: Die Handelskammer, Abteilung für das kaufmännische Unterrichtswesen, wendet sich unterm 27. Mai an den Rat der Stadt mit folgendem Schreiben:

„Infolge Erhöhung des Ausgleichszuschlags von dem ersten 12 000 M ^{des} Grundgehalt und des Ortszuschlags der Beamten von 60 v. H. auf 120 v. H. und für den Rest der Besoldungsteile und ~~für~~ die Kinderzuschläge von 30 v. H. auf 65 v. H. erhöhen sich ab 1. Mai d. Js. die Gehälter für die an unserer kaufmännischen Fortbildungsschule festangestellten Lehrkräfte und einen festangestellten Beamten ^{um} ~~auf~~ weitere 80 900 M pro Jahr. Wir fragen an, ob der Rat der Stadt bereit ist, ein Drittel dieser Mehrkosten auf sich zu übernehmen. Die Handelskammer hat sich bereit erklärt, die anteiligen Mehrkosten zu tragen.“

Der

Der Rat der Stadt wendet sich infolgedessen an die Stadtverordneten mit dem Ersuchen, dem Antrage der Handelskammer zuzustimmen. Die Mehrkosten, die die Stadt zu tragen haben würde, belaufen sich auf 26 966 M. Der Schulausschuß hat sich mit dieser Angelegenheit befaßt, er sieht ein, daß er gar nicht anders kann, als dem Antrage zuzustimmen und empfiehlt der Versammlung, gleichfalls zuzustimmen.

148.

Die Versammlung stimmt der Übernahme eines
Drittels dieser Mehrkosten zu und der Vorsitzende
schließt die öffentliche Sitzung.

Schluß der Sitzung 6 3/4 Uhr.

=====

1922/23.

Nr. 5.

II

B e r i c h t

über die Verhandlungen der Stadtverordneten zu
Braunschweig in deren Sitzung am 15. Juni 1922.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zur Änderung der Braunschweigischen Städteordnung.
2. Antrag einiger Interessenten auf Abänderung der Sätze der Vergnügungssteuer.
- 3) Antrag Stukenberg, betreffend den Schutz der Feuermelder vor unbefugter Benutzung.
4. Antrag Stegmann auf Erhöhung der Zahl der Kanalreiniger auf ~~der~~ ^{die} frühere Stärke.
5. Abstandnahme von der Einführung der Wohnungsluxussteuer.
6. Verrechnung der Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot.
7. Aufnahme eines Rechtsstreits (Guth).

8.

Abgegeben

8. Zuschuß der Stadt zum Landestheater für 1922-23.
9. Zuschuß der Stadt für die kaufmännische Fortbildungsschule 1921-22.
10. Zuschuß der Stadt für das Schwesterⁱⁿ und Krankenhaus vom Roten Kreuz für 1921-22 und 1922-23.
11. Änderung der Grundsätze über Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung.
12. Herrichtung einer Wasserentnahmestelle für die Kleingärten in der Nähe der Honrothstraße.
13. Vorschußzahlungen an Lehrkräfte in Rücksicht auf die ~~allgemeine~~^{Erz}erhöhung der Gehälter vom 1. Mai 1922.
14. Antrag S t e i n e r t , betr. Ersatz des im vorigen Jahr abgerissenen Springturms in der Städtischen Badeanstalt durch einen neuen.
15. Antrag S t e g m a n n , betr. die neue Lohnforderung der städtischen Arbeiter für Juni.
16. Antrag R e g e n e r , betr. die Tagegelder für die unbesoldeten Ratsmitglieder und die Stadtverordneten.

17.

17. Anfrage *W o l t e r s* , betr. die Überwachung
des Stadtparks und des angrenzenden Prinzenparks
an den Abenden.

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister *R e -
t e m e y e r* , Bürgermeister *M e y e r* , Stadtrat
v o n *F r a n k e n b e r g* , Stadtbaurat *G e -
b e n s l e b e n* , Stadtrat *S c h a p e r* , Stadt-
rat *V o g l e r* , sowie die Stadträte *R a l f s*
und *F ü e r m a n n* .

Es fehlen die Herren Stadtverordneten *D r e v s* ,
H e r b s t , Dr. *J a s p e r* , *M a a ß* , *S t u -
k e n b e r g* und Frau Stadtverordnete *G r a f* .

V o r s i t z e n d e r F r e d e : Ich eröffne
die Sitzung und teile zunächst einige Eingänge, An-
träge und Anfragen mit.

Herr *M a r s e n k a* , der Besitzer des Kaffee-
hauses Viktoria Luise hat an die Stadtverordneten

ein

ein Schreiben gerichtet, in der er bittet - gleichwie es in dem Gesuch des Operettenhauses und dem der Kinovereinigung geschehen ist -, eine Revision der Sätze der Vergnügungssteuer eintreten zu lassen. Wie ich höre, hat Herr Marschka auch ^{an} den Rat der Stadt eine gleichlaufende Eingabe gerichtet, und deshalb warten wir die Stellungnahme des Rats in dieser Sache ab. Die Herren werden bei dem betreffenden Punkt der Tagesordnung übrigens hören, daß der Rat im Begriffe ist, eine Vorlage über Abänderung der Sätze der Vergnügungssteuer auszuarbeiten.

Sodann hat der Rat der Stadt eine Mitteilung an die Stadtverordneten gesandt, nämlich eine Abschrift des Schreibens der Armendirektion vom 8. Juni d.Js. an die Armenbezirksvorsteher. Ich lese das Schreiben vor.

„Mit Rücksicht auf die fortschreitende Teuerung haben wir im Einverständnis mit den gestern gutachtlich gehörten Bezirksvorstehern und unter Zustimmung

des

des Rats beschlossen, vom 1. Juli d.Js. ab eine Erhöhung der Armenunterstützungssätze stattfinden zu lassen. Es sollen monatlich gewährt werden dürfen:

1) für Alleinstehende und Haushaltsvorstände bis zum 400 M (bisher 260 M), und wenn die Betreffenden nicht nur über 65 Jahre alt sind, sondern auch keine Invaliden- und Altersrente beziehen und nach Ansicht des Bezirks besondere Bedürftigkeit vorliegt, bis zu 450 M (bisher 300 M).

2) für jedes fernere Haushaltsmitglied 220 M (bisher 130 M, jedoch für Kinder unter 5 Jahren neben freier Milch nur 150 M (bisher 100 M),

3) für Pflegekinder 270 M (bisher 180 M) und daneben bis zum Alter von 5 Jahren freie Milch wie bisher.

Es wird gleichzeitig von uns darauf hingewiesen, daß die Armenbezirke von uns ermächtigt sind, ~~bei~~ ^{bei} Nachzahlungen von Invaliden- und Altersrenten oder von Teuerungszulagen hierzu diese nachgezahlten Beträge regelmäßig den Beteiligten nicht anzurechnen,

also

also nicht an ihrer Armenunterstützung zu kürzen. Die laufenden Invaliden und Altersrentenbezüge und Teuerungszulagen sind dagegen die bisher in halber Höhe zu berücksichtigen."

„Zur Kenntnisnahme."

Herr R e g e n e r teilt den Stadtverordneten mit, daß er infolge geschäftlicher Überlastung nicht mehr in der Lage sei, das Amt eines Beisitzers im Mieteinigungsamte auszuüben. Er bittet deshalb, ihn aus diesem Amte zu entlassen. Das Schreiben müßte eigentlich an den Rat der Stadt gehen, dieser hat die Neuwahl einzuleiten.

Eine Anfrage von Fräulein W o l t e r s lautet:

„Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß Abends im Stadtpark und dem angrenzenden Prinzenpark, namentlich an den Konzerttagen, Zustände herrschen, die die öffentliche Sittlichkeit gefährden und deren Abänderung nicht an den Zuständigkeitsfragen scheitern darf? Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um

dahin

dahin zu wirken, daß Besserung geschaffen wird?"

Ein Antrag des Herrn R e g e n e r :

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat der Stadt, eine Erhöhung der Vergütung an die unbesoldeten Ratsmitglieder und die Stadtverordneten in der Weise vorzunehmen, daß an diese für die Teilnahme an den Sitzungen vom Beginn dieses Rechnungsjahrs und künftig die jeweiligen Sätze wie für Schöffen und Geschworene gezahlt ^{wer}den.“

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn S t e g -
m a n n :

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, wegen der neuen Lohnforderungen der städtischen Arbeiter für Juni schnellstens Verhandlungen einzuleiten.“

Ein Dringlichkeitsantrag des Herrn S t e i -
n e r t :

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen den Rat der Stadt zu ersuchen, unverzüg-

lich

lich dafür einzutreten, daß der im vorigen Jahre abgerissene Springturm der städtischen Badeanstalt durch einen neuen Turm ersetzt wird."

Herr T o s t m a n n teilt mir mit, daß er am 16.d.Mts. seinen Wohnsitz in Braunschweig aufgibt, nach außerhalb verzieht und deshalb genötigt ist, mit dem gleichen Datum sein Mandat als Stadtverordneter niederzulegen. Ich bin der Meinung, daß diese Sache nicht der Kommission zu übergeben ist, da es sich um eine Bestimmung der Städteordnung handelt und sie ohne weiteres dadurch geregelt wird. Herr Tpstmann ist heute zum letzten Mal hier. Ich bedauere sein Ausscheiden sehr und spreche ihm meinen Wunsch für sein Wohlergehen in der Zukunft aus.

Wir treten nunmehr in ~~der~~ die Behandlung der Tagesordnung ein.

1. Stellungnahme zur Abänderung der Braunschweigischen Städteordnung.

Stadt. M ä d g e ! Meine Damen und Herren!
Es handelt sich bei diesem Punkte der Tagesordnung um eine Anzahl von Fragen, zu denen wir uns gutachtlich äußern soll. Bekanntlich beabsichtigt das Staatsministerium, die Braunschweigische Städteordnung neu zu bearbeiten und ^{an} ~~an~~ Stelle der alten Städteordnung ^{hier muss} ~~die gesetzlich~~ ^{neue} ~~Regelung~~ treten zu lassen. Bei den Vorarbeiten ^{dafür} ~~dafür~~ ist an sämtliche Städte im Lande Braunschweig die Aufforderung geschickt, zu den beabsichtigten Änderungen Stellung zu nehmen, insbesondere zu einigen Hauptfragen zu erklären, ob man für die Beibehaltung des Alten oder für eine Neuregelung einzutreten gedenkt. Der Rat der Stadt hat diese Fragen den Stadtverordneten zur Stellungnahme vorgelegt, und ich glaube, es ist in Ihrer aller Sinne, wenn ich davon Abstand nehme, die Fragen in eins vorzulesen, sondern gleich dazu über-
gehe,

gehe, die einzelnen Fragen zu erörtern, beziehungsweise das mitzuteilen, was ich als Referent des Vereinigten Rechts- und Finanzausschusses pflichtgemäß vorzutragen haben. Eine eingehende Erörterung der Hauptfragen glaube ich mir ersparen zu können, weil ich von der Überzeugung ausgehen darf, dass jedes einzelne Mitglied der Versammlung aus den vorhergegangenen Fraktionsberatungen genau darüber ^{orientiert} ~~orientiert~~ ist, um was es sich handelt. Es würde eine geraume Zeit in Anspruch nehmen, ^{wenn ich} ~~auf~~ die theoretische Gestaltung der verschiedenen Verwaltungssysteme eingehen und ^{auf} ~~versuchen~~ wollte, die Unterschiede zwischen den ~~fundamental~~ verschiedenen Prinzipien des Einkammer- und Zweikammersystems einzugehen, und wenn ich demöglich noch erörterte, welche Ausgestaltungsmöglichkeiten es bei den verschiedenen Systemen gibt. Ich darf annehmen, daß diese Fragen in den einzelnen Fraktionen eingehend erörtert sind, ^{und daß} ~~so~~ Sie, wie das aus den Beratungen der Vereinigten

Rechts-

Rechts- und Finanzkommission hervorgeht in besonderen Beratungen schon Stellung genommen haben.

Nach der ^{Frage} ~~ersten Satze~~ ist zu entscheiden, ob in Zukunft das Einkammer- oder das Zweikammersystem die obligatorische Grundlage der Stadtverfassung werden soll. Bisher ist bekanntlich das Zweikammersystem bei uns maßgebend gewesen; wir haben in sämtlichen Braunschweigischen Städten einen Rat und eine Stadtverordnetenversammlung, und es sind übereinstimmende Beschlüsse dieser beiden Kammern erforderlich, um wichtigere städtische Angelegenheiten zu ordnen und Statuten zu erlassen, wie sie im ^{Rechts-} ~~Rechts-~~ Bereich der Städte liegen. Es ist nun die Frage aufgeworfen: Soll an die Stelle des bisherigen Zweikammersystems jetzt durch die neue Städteordnung obligatorisch das Einkammersystem treten. Das Staatsministerium empfiehlt das, wie das aus seinem Anschreiben hervorgeht; zu berücksichtigen ist allerdings, daß dies Anschreiben ausgegangen ist von dem frühe-

ren

ren Ministerium, Aber wir haben keinerlei Unterlagen, um zu erkennen, daß das jetzige Ministerium eine andere Stellung einnimmt. Wie das Einkammersystem ausgestaltet werden soll, in welcher Form es in Erscheinung treten soll, darüber steht in dem Schreiben nichts. Ich möchte mir erlauben, dies ganz objektiv festzustellen. Es ist in dem Schreiben nicht etwa schon irgend eine besondere Form des Einkammersystems in erster Linie empfohlen worden, sondern ^{ganz} ~~die~~ einfach lediglich die theoretische Grundform „Einkammersystem“. Wie das vom Ministerium etwa gedacht ist und welche Wünsche wir in der Beziehung haben könnten, das steht alles dahin. Genau ~~ebenso~~ wenig steht allerdings auf der andern Seite für das Zweikammersystem fest, ob es, wenn wir es empfehlen sollten, ~~es~~ ^{nieder} (in seiner augenblicklichen Form erscheint oder ob nach der Änderung der ganzen Städteordnung eine andere Form des Zweikammersystems obligatisch würde,

oder

oder ob nicht das Zweikammersystem, wie wir es heute haben, in einigen nicht unwesentlichen Punkten verändert wird. Dazu haben wir heute noch nicht Stellung zu nehmen. Es Ob es die Versammlung für gut befinden wird, etwaige Wünsche für den Fall, daß das eine oder andere System angenommen wird, auszusprechen, ^{kann} daß ich in keiner Weise beeinflussen; ich kann als Referent nur darauf hinweisen, daß wir vorläufig nicht darum gefragt sind. Streng genommen, liegt uns nur die Frage vor: Ist die Stadtverordnetenversammlung der Meinung, daß man die ganze Stadtverwaltung aufbauen soll auf dem Prinzip des Einkammersystems, oder will sich die Stadtverordnetenversammlung für das Zweikammersystem entscheiden.

Es sind in den Beratungen der Vereinigten Kommissionen die verschiedenartigsten Gesichtspunkte für das eine und für das andere System geltend gemacht worden. Eine besondere Grund-

lage

lage für die Erörterung ^{haben} ~~hat~~ uns die Verhandlungen des Deutschen Städtetages geboten. Wir haben darin von einer großen Anzahl von Rednern, die unter den verschiedenen Systemen mehr oder weniger lange gelebt, beziehungsweise als Bürgermeister oder Oberbürgermeister nach dem bestimmten System die Stadtverwaltung geleitet ^{haben} ~~hat~~, die einzelnen Vorzüge und Nachteile der Systeme betonen gehörten, und das alles ist in der Ausschusssitzung eingehend besprochen.

Als Referent darf ich Ihnen mitteilen, daß nach der eingehenden Besprechung im vereinigten Finanz- und Rechtsausschuß vom 12.d.Mts. sich eine ^{große} ~~ganze~~ Mehrheit für das Zweikammersystem ausgesprochen hat.

Ich könnte mich ja auf Mitteilung dieser nackten Tatsache beschränken, glaube aber als Referent zum mindesten berechtigt zu sein, auch die Gründe kurz anzuführen, die für diese Mehrheit ausschlaggebend gewesen sind. Es ist das vor allen Dingen der Gesichtspunkt gewesen, daß ohne Rücksicht auf

die

^{Auß} die ~~Um~~gestaltung des Einkammersystems - ~~die~~ ^{das} bekanntlich in den einzelnen Gemeinden, wo es vorhanden ist, ^{ausgeprägt} verschieden ~~ist~~ - sich ein außerordentlich deutlich ausgesprochen ^{=es} autokratisches Regiment entweder des Bürgermeisters oder des Magistrats herausgebildet hat, also gerade das Gegenteil von dem, was von ^{eifrigen} ~~vorigen~~ Befürwortern des Einkammersystems behauptet wird, nämlich daß bei ihr alle ~~M~~acht bei den Stadtverordneten liegt. Man hat in der Praxis erleben müssen, daß tatsächlich die Entscheidung der wichtigsten Fragen im wesentlichen doch nicht davon abhing, wie die Stadtverordneten darüber dachten, sondern ^{daß} bei der Durchführung des Einkammersystems in der Wirklichkeit den hauptsächlichsten Einfluß immer der Bürgermeister - wenn ein solcher allein da war - beziehungsweise der Stadtmagistrat ^{gehabt} ~~geübt~~ hat. Das ist etwas, was uns unerwünscht scheint, zumal hinzutritt, daß bei diesem System ^{für} die Stellen, die den Haupteinfluß haben,

haben, die Verantwortlichkeit ~~für sie~~ nicht in dem Maße gegeben ist, wie es bei dem Zweikammersystem der Fall ist. Bei dem letzteren tragen der Rat und die Stadtverordnetenversammlung für die gefaßten Beschlüsse gleichwertig die Verantwortung. Der Rat der Stadt, der nachher die von jeder Körperschaft, für sich gefaßten übereinstimmenden Beschlüsse ausführt, trägt für diese Beschlüsse die Verantwortung prinzipiell anders als beim Einkammersystem. Der wesentlichste Unterschied des Einkammersystems gegenüber dem Zweikammersystem ist der, daß bei dem ersteren allein die Stadtverordnetenversammlung verantwortlich ist, und die Mehrheit der vereinigten ~~Beide~~ Ausschüsse empfindet es als einen außerordentlich ^{un-}erfreulichen Zustand, wenn der Haupteinfluß bei Persönlichkeiten liegt, die schließlich eine eigene Verantwortung in dem bisherigen Maße nicht tragen. Die Mehrheit stand auf dem Standpunkt, daß dadurch schließlich auch das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten in leitender

Stellung

Stellung leiden muß, sodaß sie nicht mehr mit dem lebhaften Interesse an den städtischen Aufgaben arbeiten, wie sie es bisher bei dem Zweikammersystem immer oder wenigstens mit ganz, ganz geringen Ausnahmen getan haben. Wir glaubten feststellen zu dürfen, daß bei dem Zweikammersystem, wie wir es in Braunschweig seit einer recht langen Reihe von Jahren in praktischer Ausgestaltung gesehen haben, bei den Bürgermeistern und Stadträten immer ein außerordentlich hohes Maß von Verantwortlichkeitsgefühl bestanden hat, und ^{daß} sie gerade infolge davon, daß sie mit verantwortlich sind, mit regstem Interesse an den städtischen Aufgaben mitgearbeitet haben. Wir fürchten, daß dieses Interesse erlahmen könnte, wenn man diesen Beamten mit einem Male das Recht, mitzubestimmen, nehmen würde. Man könnte diesem Mehrheitsbeschluß natürlich entgegen halten: „Man sieht doch, daß es mit dem Einkammersystem in anderen Städten ganz gut gegangen ist und daß man dort

mit

mit den Bürgermeistern usw. recht zufrieden ist.“ Gewiß, ich will nicht die Behauptung vertreten, daß in diesen anderen Städten schlecht gewirtschaftet wird, daß dort die Sachen mit Interessenlosigkeit hingeschleppt werden, aber vergessen Sie bitte nicht, daß gerade in diesen Städten der Obrigkeit, — dem Bürgermeister oder den Stadträten — der Vorwurf gemacht wird: „Ihr überschreitet eigentlich de facto fortwährend eure Befugnisse, das heißt: Ihr regiert in Wirklichkeit autokratisch.“ Darnach besteht also ein Zustand, bei dem die Macht der Stadtverordnetenversammlung nur zum Schein besteht; sie glaubt, allein bestimmen zu können, während in Wirklichkeit, in der Ausgestaltung der Bürgermeister oder der Magistrat den entscheidenden Einfluß hat. So sieht das Einkammersystem in Wirklichkeit aus und nicht so, wie es von den Vertretern des Einkammersystems zum größten Teil angestrebt wird, wie sie es in der reinen Ausgestaltung sich wünschen. Wenn es

nun

nun einmal praktisch so ist, daß der Bürgermeister oder die Räte der Stadt tatsächlich alles bestimmen, dann ist es der Wille der Mehrheit der vereinigten Kommissionen, daß sie auch die Verantwortung ^{müß} tragen. ^{Wird} ~~Kann~~ es aber nach der anderen ~~Aus-~~gestaltung des Einkammersystems so, daß der Rat, beziehungsweise der Oberbürgermeister reine Exekutivpersonen werden, dann fürchten wir, daß sein oder ihr Interesse an der Geschäftsführung leidet, und das bestimmte uns sehr wesentlich, dafür zu sein, daß das Zweikammersystem beibehalten bleibt.

Außerdem hat sich die Mehrheit im Ausschuß gesagt: Es ist in Braunschweig seit einer langen Reihe von Jahren mit dem Zweikammersystem gearbeitet worden; es mögen sich allerdings hier und da Mängel gezeigt haben, aber jedenfalls können wir im großen und ganzen damit zufrieden sein. Die ganz gleichen Erfahrungen hat man auch in anderen Städten mit dem Zweikammersystem gemacht. Das ist

ZUM

zum Ausdruck gekommen auf dem Deutschen Städtetage, wo Leute, die beide Systeme kennen, sich durchaus nicht gegen das Zweikammersystem ausgesprochen ^{haben} ~~hat~~, Leute, die nur das Zweikammersystem in der Praxis kennen, sagen sogar: wir halten es unbedingt für das bessere. Demgegenüber stehen allerdings Leute, die - wie ich als Berichterstatter in durchaus objektiver Weise vortragen will - das Einkammersystem vorziehen und sagen: „Das Zweikammersystem mag auch schön sein, aber ~~übrigens~~ ^{unseres} ist vorteilhafter, die Ausführung der Beschlüsse geht schneller, sie werden präziser durchgeführt, es sind nicht so viele Reibungsflächen vorhanden“, und andere Gründe werden ins Feld geführt. Wenn man die Sache so betrachtet, kann man sagen, daß von den Leuten, die in erster Linie sachverständig sind, für das Einkammer- und Zweikammersystem annähernd gleichwertige Gründe vorgebracht werden. Würde nichts anderes für das Zweikammersystem sprechen - obwohl ich schon auf einen besonders wichtigen Punkt hinzuweisen mir

erlaubte,

erlaubte, - dann würde man fragen müssen: Empfiehlt es sich, das System zu wählen, das wir in der praktischen Ausgestaltung noch nicht kennen, auf das sich unser ganzer Beamtenapparat^a erst einstellen muß, bei dem erst viel~~e~~ Arbeiten zu leisten ist, um es in der Praxis durchzuführen? Ich glaube wirklich nicht zu weit zu gehen, wenn ich sage: Man wird jemanden, der sich an eine bestimmte Art der Verwaltung gewöhnt hat, nur dann den Vorschlag machen dürfen: „Laß die alte Weise und nimm eine neue!“ wenn man ihm auch sagen kann: „Aus dem und dem Grunde ist das Neue besser!“ Es wird sich niemand dazu entschließen, eine solche Änderung vorzunehmen, wenn er nicht von vornherein die Gewissheit hat oder wenigstens aus guten Gründen der Überzeugung sein darf, daß er etwas Besseres an die Stelle des Alten setzt. Wenn^{man} man nur damit rechnen kann, daß ~~ich~~ wahrscheinlich oder vielleicht nichts Schlechteres an die Stelle setze, dann wird man nicht nur aus Lust am ~~Ab~~ändern von dem

Alten.

Alten, daß man als gutwertig erkannt hat, abgehen.
Diese Erwägung trug auch mit dazu bei, den Entschluß
dahin zu fassen, daß die Mehrheit der vereinigten
Ausschüsse sich für die Beibehaltung des Zweikammer-
systems ausgesprochen ~~haben~~^{hat}.

Ich brauche wohl kaum noch ausdrücklich zu be-
merken, daß bei einer derartig wichtigen Frage fast
jeder auch noch seinen persönlichen privaten Grund-
hat, der mit dazu beiträgt, ihn bei der Abstimmung
auf die eine oder andere Seite zu bringen. Es ist
nicht Aufgabe des Referenten, sämtliche Gründe er-
schöpfend vorzutragen, und so glaube ich, daß es vor-
läufig genügt, wenn ich die Gründe vorbringe, die
wohl allgemein von der Mehrheit anerkannt wurdeⁿ und
von denen ich annehmen darf, daß von den einzelnen
Personen, die für das Zweikammersystem sich ent-
schieden ~~haben~~^{haben}, niemand erklären wird: „Nein, diese
Gründe sind für mich nicht beachtlich“, oder „Ich

vertrete

vertrete eine andere Auffassung." Ich hoffe also, bei meinem Referat wirklich die Ansicht der Mehrheit zum Ausdruck gebracht zu haben, die sich in der ~~wir~~ gemeinschaftlichen Beratung für Beibehaltung des Zweikammersystems ausgesprochen ~~haben~~ ^{hat}.

Ich könnte nun als Referat jetzt gleich auch vortragen, welche Gründe von der Minorität für das Einkammersystem geltend gemacht worden sind. Ich darf darauf hinweisen, daß ich das angedeutet habe; ich habe davon gesprochen, daß wegen der größeren Schnelligkeit bei der Erledigung von Gesetzen - was unter Umständen als Grund anerkannt werden kann - von verschiedenen Rednern sehr warm für das Einkammersystem gesprochen wurde. Ich glaube aber auf die Gründe der Minderung ^{heil} nicht übermäßig eingehen zu sollen, weil von den Anhängern des Einkammersystems ohne Frage sich ein Redner zum Wort melden wird, der das System, dem er sich zugewandt hat, aufs beste vertreten wird, und dem will ich in kei-

ner

ner Weise die Worte vorzunehmen. Ich darf nun noch auf eine interessante Sache hinweisen. Es ist jedem Mitgliede der Stadtverordnetenversammlung bekannt, daß von den Sozialdemokraten der verschiedenen Richtungen, hauptsächlich wohl von den Unabhängigen, die Einführung des Einkammersystems gefordert wird. Ob das eine Forderung ist, zu der sich alle bekennen, ob Fraktionsbeschlüsse vorliegen, weiß ich nicht, weiß auch nicht, ob nicht einzelne sich für das Zweikammersystem einsetzen wollen, aber im allgemeinen ist die Ansicht verbreitet, daß alle Sozialdemokraten für das Einkammersystem sind, und da ist es interessant, daß ich hier darauf aufmerksam machen kann, daß gerade auch Sozialdemokraten mit sehr ^{gutem Namen} ~~gut kamen~~ in Veröffentlichungen in Zeitschriften für das Zweikammersystem eingetreten sind, und zwar gerade wegen der autokratischen Wirkung, die das Einkammersystem in der praktischen Durchführung

führung

führung hat. Sie bekämpfen die überragende Macht, die der Oberbürgermeister oder der Beamtenkörperschaft bei dem Einkammersystem gewinnt, und versuchen, den Nachweis zu führen, daß sich das schnell-schlechterdings nicht vermeiden läßt, mag man auch dem Oberbürgermeister den Vorsitz in den Stadt-verordnetensitzungen, den Vorsitz in den Ausschüssen einräumen, ihm ein gewisses Stimmrecht geben oder nicht. Dies alles wäre ziemlich belanglos, entscheidend wäre nur die praktische Erfahrung, daß sich dieses Übergewicht nicht durch gesetzliche Maßregeln verhindern lasse. Deshalb setzen sich namhafte Sozialdemokraten im Gegensatz zu der allgemeinvertretenen Meinung dafür ein, daß man aus demokratischen Gründen das Zweikammersystem einführen, beziehungsweise beibehalten soll.

Ich glaube, damit diesen Punkt verlassen zu

dürfen,

dürfen, und möchte fragen, ob ich nun gleich noch
über die übrigen Punkte referieren soll, ^{oder} oder über
diesen Punkt zunächst die Aussprache stattfinden
soll.

V o r s i t z e n d e r : Ich glaube, es ist besser, wenn der Herr Berichterstatter getrennt über die Punkte, die uns zur Beantwortung vorgelegt sind, berichtet, sonst verwirrt sich leicht die ganze Sache. Die Punkte sind nicht notwendig miteinander verbunden, und die Erörterung dieses einen Punktes kann unter Umständen schon viel Zeit in Anspruch nehmen. Es ist also besser, wenn wir jetzt einen Schnitt machen und uns erst über diesen Punkt aussprechen.

Stadtverordneter M a r t h: Meine Damen und Herren! Der Herr Berichterstatter hat in eingehender Weise die Vorzüge beider Systeme geschildert, und auch diejenigen, die anderer Meinung sind als er, werden zugeben müssen, daß bei beiden Systemen Vorteile und Nachteile vorhanden und gegeneinander abzuwägen sind. Grundsätzlich sind meine Freunde für das Einkammersystem, aber trotzdem halten wir eine Gesetzgebung in dieser Richtung in Braunschweig für verfrüht (hört, hört!), weil der Nachbarstaat Preußen, in den unser Land eingeschlossen ist, mit seiner Gesetzgebung in dieser Hinsicht noch nicht vorgegangen ist und man noch nicht übersehen kann, wie Preußen seine Gesetzgebung in dieser Sache regelt. Man wird uns allerdings entgegen können: „Was geht uns in dieser Sache Preußen an! (sehr richtig!) Was brauchen wir uns nach Preußen zu richten?“ (Zuruf: Was kann von Preußen Gutes kommen?) Dagegen meine ich: Wenn ^{mit} in einem großen, zusammengehörigen Reiche leben und alle

Mit-

miteinander versuchen müssen, weiterzukommen, so haben wir Ursache, uns nach dem großen, uns umschließenden Bundesstaate etwas zu richten. Nämlich den Fall an, in Preußen würde für die Städte das Zweikammersystem eingerichtet und in Braunschweig das Einkammersystem, so würde Preußen den Mitgliedern des Rates der Stadt ganz andere, bessere Konzessionen bieten als die Städte des Landes Braunschweig. Den leitenden Beamten, den Ratsmitgliedern würden kurzfristige Verträge ohne Verantwortlichkeit geboten, und die Folge davon wäre, daß das große Preußen die besten Kräfte für die Verwaltung für sich in Anspruch zu nehmen in der Lage wäre. Keinem Beamten würde man es verdenken können, dahinzu|gehen, wo ihm die besten Aussichten auf eine Lebensstellung zugesichert werden, sodaß die braunschweigischen Städte dann mit dem Beamtenmaterial für|lieb nehmen müßten, das übrig bliebe. Nur diesen einen Grund möchte ich an-
führen

führen, und es blieben noch eine ganze Anzahl anderer übrig, die man in die Wagschale werfen muß. Deshalb ist es nicht so dringend notwendig, das ~~was~~ uns jetzt schon mit dieser Frage befassen, sondern es wäre richtiger, erst durch den größeren Bundesstaat diese Frage lösen zu lassen und dann uns weiter damit zu beschäftigen. Vielleicht wird Preußen zu dem Einkammersystem übergehen, und dann wird unser Gutachten anders ausfallen als es heute abgegeben wird. Deshalb beantragen wir, die Beratung dieser Sache auszusetzen und späterhin, wenn auch Preußen entschieden hat, darauf zurückzukommen und unsere Entscheidung zu treffen.

Vorsitzender: Ehe ich weiter das Wort zu Punkt 1 erteilen kann, müßten wir uns über den Antrag des Herrn Marth schlüssig machen.

Stadtverordneter S t e g m a n n (zur Geschäftsordnung): Ich bedauere sehr, daß Herr Marth sich auf den Standpunkt stellt, den auch die Bürgermeisterkonferenz eingenommen hat, nämlich daß das Land Braunschweig abwarten solle, wie sich der große Bruder Preußen in dieser Angelegenheit stellt. Wir haben im Laufe der Jahrzehnte genügend Beweise dafür erhalten, was von dort Gutes kommen kann. Vom sozialistischen Standpunkte aus müssen wir unter allen Umständen darauf dringen, daß eine solche wichtige Materie bald entschieden wird, und nun wird hier beantragt, daß jetzt, wo man an die Regelung der Frage herantreten will, eine Verschleppungstaktik stattfindet. Vom sozialistischen und überhaupt vom Standpunkte derjenigen aus, die für eine freiere Gestaltung unserer Gemeindeverfassung sind, muß man auf das sehen, was in Sachsen und Baden in dieser Sache geschehen ist, und dort hat man das Einkammersystem, das unsern Grundsätzen und auch denen des Herrn Marth und seiner Partei entspricht.

(Zwischenwurf des Vorsitzenden : Herr Stegmann, Ihre Ausführungen gehen wohl über den Rahmen der Geschäftsordnungsausssprache hinaus.) Ich bitte also, den Antrag Marth abzulehnen und in die Debatte über die Sache einzutreten.

- 34 -

In der Abstimmung entscheidet sich nur die Minderheit für den Antrag Marth.

(Vertagung der Verhandlung).

Stadtverordneter S t e g m a n n: Meine Damen und Herren! Der Herr Referent hat wohl ausgeführt, daß die große Mehrheit der vereinigten Finanzen und Rechtskommission sich für das Zweikammersystem ausgesprochen hat, aber er hat nicht geschildert, daß tatsächlich die Meinung bei der Vorberatung dieses Punktes sehr geteilt war und daß man so recht nicht wußte, was man wollte - von verschiedenen Seiten ist das ausgesprochen worden -, aber schließlich hat man sich doch von den Klasseninteressen leiten lassen und ist für das Zweikammersystem eingetreten.

Ehe ich auf die Sache selbst eingehe, möchte ich mir einige Vorbemerkungen gestatten. Jahrzehntelang hat die alte sozialdemokratische Partei für die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter gekämpft und die herrschenden Klassen haben sich mit Händen und Füßen gesträubt, darauf einzugehen. Nur kleine Zugeständnisse hat man in den letzten Jahrzehnten

ten gemacht und machen müssen, ins/besondere hat Süddeutschland ein mehr oder weniger freies Wahlrecht eingeführt, während Preußen, Mecklenburg und Braunschweig noch ihr_n altes Wahlrechtsgesetz_n aus der Reaktionszeit hatte_n, und wäre es auf das Bürger_ntum angekommen, so hätten wir es heute noch (sehr richtig!). Nun hat die Revolution Deutschland das freieste Wahlrecht gebracht, auch für die Gemeinden. Ohne Revolution hätten wir dieses Recht nicht, hätten auch die heutige Debatte nicht, denn dann wäre die Gemeindeverwaltungsreform nicht auf die Tagesordnung gekommen. Niemand von den Vertretern des alten Obrigkeitstaates wäre es eingefallen, diese längst nötige Reform vorzunehmen. Während das Reich und seine Gliedstaaten im allgemeinen das parlamentarische System eingeführt haben, sehen wir, daß in den Gemeinden das alte System weiterbesteht, daß nicht nur das System der Bevormundung des Staats über die Gemeinden weiterbesteht, sondern nach wie vor auch die Vorherrschaft der Bürokratie in den Gemeinden.

Einerseits untersteht ein Teil der Fragen, welche die Gemeinde zu lösen hat, nur dem Magistrat, und andererseits hat der Rat eine vorherrschende Stellung in der städtischen Verwaltung, in dem er die Beschlüsse der Stadtverordneten unter Umständen nicht auszuführen braucht, und wenn sie auch noch so gut sind. Dafür haben wir Beweise, und auch in manchen Kreisen der Rechtsparteien ist darüber böses Blut erregt worden. So kann man es nicht verstehen, daß das alte System in der Gemeindeverwaltung beibehalten werden soll. Meiner Partei ist es klar, daß, wenn man auch die Spitzen des alten Obrigkeitsstaats beseitigt hat, damit doch nicht der ganze alte Obrigkeitsstaat verschwunden ist. Solange der ganze Beamtenapparat nicht demokratisiert ist, wird die Volksherrschaft nicht zur ^{Geltung} ~~Haltung~~ kommen, sondern es werden die Beschlüsse des Volkes von den Beamten sabotiert. Wir sehen, wie im Reiche ^{mit seinen Glanzstrahlen die gefaßten Beschlüsse} ~~die Beschlüsse, die die Landtage oder die Regierung~~ ^{die Beschlüsse der} gefaßt haben, nur mit Widerstreben ausgeführt sind, ^{werden}

und

und deshalb ist es dringend nötig, daß im gesamten Beamtenapparat in Reich und Staaten eine Demokratisierung stattfindet. Hierzu ist jetzt Gelegenheit geboten in Bezug auf die Gemeinden. Unser Gutachten muß selbstverständlich dahin ausfallen, daß die Umwälzung, die sich im Reiche und in den Staaten vollzogen hat, auch auf die Gemeinden übertragen wird, und das kann nur geschehen dadurch, daß das Einkammersystem eingeführt wird. Es ist das ^{ns} übrige keine neue und spezifisch sozialdemokratische Forderung, sondern schon eine solche der 48^{er} Demokraten, aber die demokratischen Grundsätze werden heutzutage bereits mit Füßen getreten. In den Aufrufen der Demokraten bei den Nationalratswahlen kann man lesen, daß sie ganze Artikel des Erfurter Programms abgeschrieben hatten - heute haben sie alles das abgelehnt und sich gänzlich nach rechts hin orientiert. Die Sozialdemokraten haben, solange es ein Programm für ihre Partei gab - auch jetzt noch

noch die Rechtssozialisten in ihrem ^{Gesetz}~~Leitz~~ger
Programm - die Forderung des Einkammersystems
darin verzeichnet. Der Herr Berichterstatter sagt
zwar, darüber, wie das Einkammersystem gedacht sei,
wollten wir nicht diskutieren, er hat aber doch
nicht ganz darum hinwegkommen können, daß diese
Forderung von allen sozialdemokratischen Parteien
aufgestellt worden ist. Wir vertreten den Grund-
satz, daß eine Reichsgemeindeordnung eingeführt
werden soll, in deren ~~Rahmen~~ sich die Ordnungen der
Einzelstaaten sich bewegen müssen. Weiter wünschen
wir in diesem ~~Rahmen~~ eine Einheitsverfassung für
Stadt- und Landgemeinden, also nicht, daß es besonde-
re Städte-, Landgemeinde- und Kreisesordnungen
gibt, sondern eine einheitliche Gemeindeverfassung
für alle Orte. Wenn man sagt, daß die Verhältnisse
in den großen und kleinen Gemeinden doch verschie-
den seien, so läßt sich dennoch sehr wohl eine
einheitliche Ordnung aufstellen. Selbstverständ-

lich

lich müssen die Gemeinden nach ihrer Größe bestimmte Rechte erhalten. Daß eine solche Regelung möglich ist, haben wir in Baden, Thüringen und Sachsen gesehen, wo Einheitsverfassungen eingeführt sind. Wir stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß, nachdem alle Einwohner durch die Volkswahl an der Schaffung der Gemeindevertretung mitwirken, sie auch imstande sind, sich selbst regieren zu können, daß hierzu da sein muß eine Vertretung der Wähler und weiter eine leitende Verwaltungsinstanz, „der Gemeindevorstand“ wie es in unserem Programm heißt, und dieser soll lediglich das vorbereitende und ausführende Organ sein. Dabei wollen wir nicht so unverantwortlich gehandelt wissen, daß jeder Dezernent für sich loswurstelt, sodaß die Stadtverordnetenversammlung nicht in der Lage ist, genau orientiert zu sein, sondern es sollen, ebenso wie jetzt, die Ratsmitglieder kollegial zusammenarbeiten, Ratssitzungen abhalten, in den Ausschüssen sitzen wie heute und eben

so in der Stadtverordnetenversammlung anwesend sein, Gründe und Gegengründe vorbringen usw., aber Stimmrecht sollen sie nicht haben. Sie sind Beamte, bestimmend und gesetzgebend aber soll die Stadtverordnetenversammlung sein. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß der jetzige Zustand so ist daß tatsächlich die Stadtverordnetenversammlung eine untergeordnete Rolle spielt, ^{als befaßt} gewissermaßen ~~aber ist eine~~ städtischer Absolutismus da. Die Stadtverordneten haben in manchen Sachen nicht mitzureden und der Rat kann machen, was er will, kann Beschlüsse gutheißen oder nicht; kurz und gut, die eigentliche Vertretung des Volkes hat ^{nur ein} ~~nichts~~ zu sagen. Das darf nicht so weitergehen.

Wenn der Herr Referent unser System damit abzutun suchte, daß er darauf hinwies, daß überall da, wo das Einkammersystem eingeführt ist, ein autokratisches Regiment des Bürgermeisters oder des Rats sich herausgebildet hat, so ~~meint~~ er die Bürgermeisterverfassung

germeisterverfassung, wie sie im Rheinland vorhanden ist. Dort ist die Sache so: Der Bürgermeister ist der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung; er hat dort den größten Einfluß und es ist richtig, daß dieses eine autokratische Wirkung ausübt. Die übrigen Ratsmitglieder oder die höheren Beamten sind nur seine Gehilfen, aber nicht Ratsmitglieder in unserm Sinne. Ein solches autokratisches Regiment verwerfen wir ganz entschieden, wir wollen das Gegenteil davon, die volle Selbstverwaltung, daß die Gemeindevertretung diejenige Körperschaft ist, die alles zu bestimmen hat, und der Rat der Stadt nur diejenige Stelle ist, die die Ausführung zu besorgen hat. Wenn gesagt wird, daß bei den Ratsmitgliedern das Verantwortliche ^{keine} Gefühl verloben ginge, wenn sie ^{nichts} ~~nicht~~ zu sagen ^{haben} ~~hat~~, so wäre das traurig. In dem Bürgermeisterschreiben wird ausgeführt, daß bei dem Einkammersystems die Stadtverordneten nicht in der

der Lage seien, richtige Beschlüsse über die Verwaltung der Stadt zu fassen, die Ratsmitglieder hätten nicht das nötige Interesse an der Verwaltung und so würden Beschlüsse gefaßt ohne das nötige Verantwortlichkeitsgefühl, Fehlbeschlüsse über Fehlbeschlüsse würden eintreten, sodaß die höhere Instanz fortgesetzt eingreifen müßte. Daß die höheren Beamten bei dem Einkammersystem ihr Verantwortlichkeitsgefühl verlieren sollten, kann ich nicht verstehen. Ein pflichtgetreuer Beamter wird seine Funktionen ausführen, ob er mitzubestimmen hat oder nicht. Sodann wird gesagt, die Stadtverordnetenversammlung gehe zu leicht über wichtige Dinge hinweg und es könne leicht vorkommen, daß sie nicht genügend vorberaten werden. Wenn Sie ^{des} ~~aber~~ denken, wie die Dinge bisher lagen, so ist das zu verstehen. ^{Wird} / ~~Aber~~ die Stadtverordnetenversammlung die bestimmende Behörde, so ist es selbstverständlich, daß die Sachen ~~gen~~ genügend vorbereitet werden

und

und daß sich das Verantwortlichkeitsgefühl der Stadtverordneten gegenüber jetzt steigern muß.

Sodann ist in dem Bürgermeisterschreiben davon die Rede, daß die Beschlüsse bei dem Einkammersystem nur nach politischem Gesichtspunkten gefaßt und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde nicht genügend berücksichtigt würden. Dazu ist zu sagen: Es ist selbstverständlich, daß nach politischen Grundsätzen gehandelt werden muß. Die Gemeinden und auch die Aufgaben der Gemeinde werden immer größer, die großen Stadtgebilde sind tatsächlich schon kleine Staatsgebilde. Wenn eine wirkliche Selbstverwaltung eingeführt wird, dann werden die Aufgaben der Gemeinden noch größer und es wird eine ganze Reihe städtischer Gesetze einen politischen Charakter haben, sodaß die Beschlüsse darüber selbstverständlich nach politischen Grundsätzen gefaßt werden. Übrigens ist das auch jetzt schon der Fall; wir hier haben 4 Parteien,

teien,

teilen, und daß sie nach ihren Grundsätzen handeln, ist selbstverständlich. Es kommt hinzu, daß der Aufgabenkreis der Gemeinden erweitert werden soll, vor allen Dingen dann, wenn das Reichskommunalsierungs-gesetz eingeführt ist und durchgeführt werden muß. Es ist selbstverständlich, daß dabei politische Gesichtspunkte ausschlaggebend sind.

Ferner ist in dem Schreiben gesagt, es würde bei dem Einkammersystem vielfach zu Fehlbeschlüssen kommen und dann würde irgend/ein Assessor, der nicht genügend in Kommunalverhältnisse eingeweiht sei, über die Beschlüsse der Stadtverordneten ^{entscheiden} verfügen, wodurch die größten Unzuträglichkeiten entstehen könnten. Selbstverständlich wollen wir nicht, daß ein höheres Verfahren über uns steht. Wir sind dafür, daß eine wirkliche Selbstverwaltung eingeführt wird, denn diejenige, die wir bis jetzt gehabt haben, steht nur auf dem Papier. Das Aufsichtsrecht des Staats soll auf das allernot-

wendigste

wendigste beschränkt werden. Wir verstehen unter dem Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, daß die Einwohnerschaft selbst die Verwaltung ausführt, nicht aber die Beamten der Bürokr^{at}ie. So ist es bisher, daß die Ratsmitglieder und die Bürgermeister sich als Herrⁿ und Bürokraten betrachten und das Selbstverwaltungsrecht sich eigentlich nur auf sie bezieht. Das wollen wir nicht. Bei der wirklichen Selbstverwaltung darf nicht davon die Rede sein, daß ein solches Aufsichtsverfahren eingreifen und alle Augenblicke so und soviel Beschlüsse nach jeder Stadtverordneten-Sitzung kassieren kann.

Weiter ist in dem Bürgermeisterschreiben darauf hingewiesen, daß das Zweikammersystem seit hundert Jahren sich als gut bewährt hat. Darauf habe ich kaum ein Wort zu entgegnen. Es ist selbstverständlich, daß die Bürgermeister dieses System loben und daß sie es gern verewigen wollen,

um

um nicht ihre Vorherrschaft einzubüßen. Der Herr Referent sagte vorhin unter anderm, was man an dem Zweikammersystem habe, das wisse man, und wenn auch das Einkammersystem einige Vorzüge habe, so solle man doch nicht schaffen, was man nicht kenne. Diesen Standpunkt finde ich wirklich etwas komisch oder kindlich - nehmen ~~mir~~ Sie mir das bitte nicht übel! Dabei wäre ja jeder Fortschritt ausgeschlossen, wenn einer immer auf den anderen warten wollte, in diesem Falle wie ^z auf Preußen, Vorwärts kamen wir dabei nicht, es wäre das eine Politik der Grabesruhe. Jeder Entwicklung würde man sich dabei entgegenstellen und wenn sich die Entwicklung nicht mehr aufhalten läßt, würde es zu einer Katastrophe kommen. So etwas könnten wir nicht gutheißen. Ich ersuche Sie, und insbesondere auch die Rechtssozialisten, die jetzige Gelegenheit nicht vorübergehen zu lassen sondern sich, für das Einkammersystem einzusetzen, welches nach den

den heutigen Verhältnissen unbedingt erstrebt werden muß, damit das, was uns die Revolution zum Teil gebracht hat, beibehalten wird, und weiter ausgebaut wird.

Stadtverordneter N 8 1 1: Meine Damen und Herren! Ich kenne das Einkammersystem aus der Erfahrung, ebenso wie ich das Zweikammersystem hier in Braunschweig kennen gelernt habe. Früher habe ich von dem Zweikammersystem in der städtischen Verwaltung nichts gewußt, weil ich im Rheinland aufgewachsen bin. Bis in die letzte Zeit war ich ein überzeugter Anhänger des Einkammersystems, weil ~~ich~~ die Vorherrschaft der Stadtverordneten in der Verwaltung als das einzig richtige anerkannte. Aber nachdem ich das Zweikammersystem kennen gelernt habe, an dem ich eben keine Kritik üben will, habe ich mir manche Sachen und Fälle aus früherer Zeit ins Gedächtnis zurückgerufen und bin stutzig geworden. In einer kleinen Bürgerei von 10 000 Einwohnern habe ich mit dem Einkammersystem die betäubende Erfahrung gemacht, daß der betreffende Bürgermeister ein Autokrat aller schlimmster Sorte war. Er hat dort 15 Jahre gewirkt, aber nach

nach der Revolution mußte er von seinem Platze verschwinden. (Zuruf: Nennen Sie uns doch die Stadt!) In einer rheinischen großen Stadt, in der ich lange Jahre war, habe ich die Erfahrung gemacht, daß der betreffende Bürgermeister sich autokratisch ausgewirkt hat und nach nicht langer Zeit von seinem Posten verschwinden mußte. Es kommt bei dem Einkammersystem nur auf die Person des leitenden Bürgermeisters an. Hat er das Talent, die Stadtverordnetenversammlung mit fortzureißen, so wird er in fast allen Fällen seine Persönlichkeit durchsetzen. Wir müssen bedenken, daß schon die Vorlagen von den einzelnen Dezernenten ausgearbeitet werden, daß die Herren, die in den Stadtverordnetenversammlungen sitzen, fast niemals eine eingehende Kenntnis der Materie und Verhältnisse haben und sich erst auf Grund der Vorlage in der Ausschußsitzung oder in der Plenarsitzung orientieren. Je nachdem die Vorlage ausgearbeitet ist
und

und vorgetragen wird, erfolgt nachher die Beschlußfassung. Als weiteres Bedenken kommt hinzu -wie es auch bei uns der Fall gewesen ist-, daß manchmal eine Zufallmehrheit über die vorgelegten Fragen entscheidet. Bei strittigen Fragen muß ja sowieso erst die höhere Instanz entscheiden.

Herr Stegmann sagt, daß bei dem Zweikammersystem eine Vorherrschaft der Bürgermeister oder des Magistrats best^dände. Wie ich die Sache durchgemacht habe, ist es nicht so. Es mag sein, daß im Rheinland die Sache zu autokratisch ausgeführt wurde, aber ich habe die Erfahrung gesammelt, daß die Bürgermeister gerade bei dem Einkammersystem eine ganz andere Vorherrschaft haben als beim Zweikammersystem. Wie gesagt, es liegt das hauptsächlich an den Personen. Sie können beschließen, was Sie wollen, auch beim Einkammersystem; wenn die Sache nicht ausgeführt wird, wie die Versammlung es gewollt hat, kann sie nichts dagegen ma-
chen

ehen, denn jeder Beschluß kann so ausgeführt werden, wie es die Herren vom Magistrat für gut befinden. Selbst bei Zwangsbewirtschaftung habe ich in der betreffenden Bürgerei die Erfahrung gemacht, daß die Preisfestsetzungssachen so ausgeführt wurden, wie es der betreffende Bürgermeister wollte - ob die Stadtverordnetenversammlung Einsprüche erhob, war dabei ganz gleichgültig. Ich habe mir nun die Frage vorgelegt, welches der beiden Systeme besser ist. Es mag sein, daß, wenn man das Einkammersystem richtig ausbaut, es dem anderen System gleichwertig ist. Aber auf Grund der Erfahrungen, die ich gemacht habe und mir vor Augen gehalten habe, kann ich nicht sagen: „Wir wollen unbedingt das Einkammersystem einführen,“ weil es tatsächlich Besseres als das Zweikammersystem nicht gebracht hat.

Stadtverordneter M a r t h: Meine Damen und Herren! Herr Kollege Stegmann meinte, wir hätten von Preußen nicht viel Gutes erfahren, und glaubt nun, daß wir in Braunschweig uns an die kleineren Staaten anschließen müßten. Ich persönlich und meine Freunde sind dagegen der Ansicht, daß es gerade von Schaden ist, wenn in jedem Kleinstaate besondere Einzelgesetze geschaffen werden, die sich mit denen aus dem Nachbarstaate reiben. Es wäre zu wünschen, daß die Gesetzgebung des Reichs weiter vorgeschritten und die Reichsgemeindeordnung bereits herausgegeben wäre, dann wären wir im deutschen Vaterlande gleichwertig, hätten gleiches Gesetz und so könnten die Gesetzbestimmungen leichter gehandhabt werden. Leider ist es nicht so, und wir müssen uns damit abfinden.

Da unser Antrag abgelehnt ist, müssen wir heute freilich mit der Sache selbst befassen.

Jch

Ich habe schon vorhin gesagt, daß jedes System, mag es ein Einkammer- oder Zweikammersystem sein, Mängel und Fehler hat, je nachdem es ausgebaut wird. Man kann das Einkammersystem so ausbauen, daß es für die Gemeinden von Vorteil ist, auch so, daß es zum Schaden für die Gemeinden ausschlägt, und dasselbe ist der Fall bei dem Zweikammersystem, je nachdem es gehandhabt wird. Auf die Einzelheiten möchte ich nicht lange mehr eingehen und möchte das erst tun, erst wenn das Gesetz vorliegt. Nachdem nun mein Antrag abgelehnt ist, möchte ich erklären, daß meine Freunde sich für das Einkammersystem entscheiden.

Stadtverordneter J a h n s: Meine Damen und Herren! Das Wort in der zur Besprechung stehenden Angelegenheit zu ergreifen, war eigentlich nicht meine Absicht, da von den Herrn ^gRepräsentanten bereits alles zur Sache ~~gehörige~~ zur Sprache gebracht ist, aber die Bemerkung des Herrn Stegmann, daß wir in der städtischen Verwaltung nicht eher zu gesunden Verhältnissen kommen würden, als bis der gesamte Beamtenapparat demokratisiert worden ist, veranlaßt mich, doch das Wort zu nehmen. Man-
^{Dem} ^{Recht} ~~chen~~ Beamten ist das Wort gegeben, sich politisch zu orientieren, wie er will, aber in der Ausübung seines Amtes hat er sich vollständig neutral zu verhalten. (Zuruf: Leider geschieht das nicht!) Er hat keinerlei Parteipolitik in das Getriebe seines Amtes hineinzubringen. Die Meinung, daß heute noch an den Amtsstellen Autokraten vorhanden sind, erkenne ich als richtig an. Noch heute haben wir solche Herren in der oberen Beamtenschaft, die aus der letztvergangenen und heutigen Zeit nichts

gelernt haben, die nicht verstehen, sozial zu denken und zu handeln. Aber gerade das veranlaßt mich, für das Zweikammersystem einzutreten, damit nicht bei dem Einkammersystem ein solcher Autokrat an die Spitze der städtischen Verwaltung kommt und er dann handelt, wie er will.

Stadtverordneter M ä d g e: Meine Damen und Herren! Ich möchte noch ganz kurz auf ^{einzel-}ne Sachen eingehen, ^{nebst} die bisher in der Besprechung ^{ist.}vorgekommen sind.

Herrn Nöll möchte ich sagen, daß gerade der Gesichtspunkt, den er hervorgehoben hat, von einem Redner auf dem Städtetage in netter Form berührt worden ist, indem er sagt, es sei viel weniger wichtig, ob das Einkammer- oder Zweikammersystem angenommen würde. Das Entscheidende sei nur, welche Persönlichkeit bei dem einzelnen System die Leitung hat. Es sei letzten Endes eine Personenfrage, und darauf komme es an, ob man mit dem Einkammer- oder Zweikammersystem gute oder schlechte Erfahrungen macht. Hinzu kommt hierbei als entscheidend noch, ob die Stadtverordnetenversammlung aus geeigneten Personen besteht. Erinnern möchte ich daran, daß es auch bei andern Gebilden vorkommt, daß es auf jemand, der in der Versammlung nicht

stimme-

stimmberechtigt ist, der vielleicht nur ^{Angesessener} ~~Aus-~~
~~lands~~ ~~person~~ ist, tatsächlich in der Hauptsache
ankommt. Denken Sie bitte an die ~~Versammlungen~~
~~der~~ Aktiengesellschaften, bei welchen der Ge-
schäftsführer ^{der} keine Aktie in seinem Besitz hat
und offiziell nichts mit zu beschließen in der
Lage ist, trotzdem einen ungleich größeren Ein-
fluß auf den ganzen Geschäftsgang hat ~~als~~ als ein
Aktionär, der über ein Viertel des ganzen Aktien-
kapitals verfügt.

Sodann möchte ich zurückkommen auf das, was
Herr Stegmann über die höhere Instanz sagte, die
manchmal die Entscheidung abgeben mußte. Ja, ich
bin an dieser Frage absichtlich vorübergegangen,
und zwar aus dem Grunde, weil sie zu sehr eine
Frage der Ausgestaltung des einzelnen Prinzips ist.
Es wird bei jedem System (wohl bei dem Zweikammer-
system ^{bei Differenzen} zwischen dem Rat und den Stadtverordneten,
wie auch bei dem Einkammersystem bei einem binden-
den

den Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und dem möglichen Veto, das ^{bei} dagegen von dem Exekutivorgan eingelegt wird) eine höhere Instanz vorhanden sein müssen, die die Entscheidung ^{betrifft}. Wie diese Entscheidung ^{gefällt} sein wird, ist eine Ausgestaltungsfrage. Man kann nicht von vornherein sagen: „Das wird ein Assessor machen.“ Diese Frage ist also für die Kommissionsmehrheit, die für die Beibehaltung des Zweikammersystems ist, nicht von entscheidender Bedeutung gewesen.

Herr Stegmann hat außerdem noch die Frage aufgeworfen, wann man denn eine Neuerung überhaupt einführen wolle. Herr Stegmann, Sie scheinen die Antwort zu erwarten: „Wenn es irgendwie möglich ist,“ und diese Antwort können wir Ihnen nicht geben. Die Mehrheit hat sich tatsächlich nicht auf den Standpunkt gestellt, daß man Neuerungen *à tout prix* einführt, nur um etwas Neues

zu haben, sondern die Mehrheit der beiden Kommissionen ^{ist} in der Überzeugung, daß man eine Neuerung nur einführen soll, wenn man die Gewißheit hat, daß man etwas Besseres an die Stelle des Bishe-rigen setzen kann. Wenn man das nicht weiß, läßt man das Neue sein, und wir wissen nicht, ob das Neue besser sein wird als das Alte, was bisher besteht.

Bei diesen beiden Systemen

Vorsitzender: Ich nehme an, daß es dem Wunsche der Versammlung entspricht, wenn wir sofort die Abstimmung über diesen Punkt vornehmen, weil die Eindrücke aus der Besprechung eben am stärksten sind. Die sofortige Behandlung der folgenden Punkte im Anschluß an die eben geführte Debatte würde eine Abschwächung der Eindrücke bedeuten und könnte Unklarheit erzeugen.

In der Abstimmung melden sich 13 Stadtverordnete für das Einkammersystem, 16 Stadtverordnete für das Zweikammersystem, worauf der Vorsitzende feststellt, daß sich die Mehrheit der Versammlung auf die Frage:

„Soll -wie das Staatsministerium empfiehlt- anstelle der Stadtverwaltung durch Rat und Stadtverordnete das Einkammersystem die obligatische Grundlage der Stadtverfassung werden?“

Für die Beibehaltung des Zweikammersystems ausgesprochen hat.

Wortlaut der Frage 2:

„Sollen künftig

a) die besoldeten Ratsmitglieder (mit Einschluß des Vorstehers des Rates der Stadt)

b) die unbesoldeten Stadträte

unmittelbar durch die gesamte wahlberechtigte Einwohnerschaft oder mittelbar durch die Stadtverordneten gewählt werden ?

Oder entspricht es den Wünschen der städtischen Organe, daß zwar die unmittelbare Wahl die Regel bildet, daß jedoch durch Ortssatzung eine mittelbare Wahl eingeführt werden kann ?”

Stadtp. M ä d g e : Bei den nun folgenden Punkten werde ich mich kürzer fassen können, und ich glaube, wir werden darüber auch nicht so lange Debatten haben. Es handelt sich bei der zweiten Frage darum, auf welche Weise die Wahl der besoldeten und unbesoldeten Ratsmitglieder stattfinden soll.

Auch

Auch diese Frage ist in der Sitzung der vereinigten Ausschüsse ~~eingehend~~ erörtert worden. Die Mehrheit ist zu der Überzeugung gekommen - ich glaube sogar, es herrschte darüber Einstimmigkeit -, daß, wenn schon an dem Zweikammersystem festgehalten wird, es sich empfiehlt, durch Gesetz die Wahl so zu regeln, wie sie ^{jetzt} ~~bisher~~ in Braunschweig durch Statut geordnet ist.

V o r s i t z e n d e r: Die Beratung ist eröffnet.
Die gegenwärtige Bestimmung ist, daß die besoldeten Stadträte durch die Stadtverordneten gewählt werden, das Oberhaupt der Stadt durch die Allgemeinheit und die unbesoldeten Stadträte ebenfalls durch die Allgemeinheit.

Wer sich dafür aussprechen will, daß wir hierbei beharren wollen, den bitte ich die Hand zu erheben.

(Zwischenrufe).

Es wäre ja besser gewesen, wenn der Herr Berichterstatter auf die einzelnen Punkte nochmals eingegangen wäre. Der Herr Berichterstatter sagte, die Mehrheit der vereinigten Kommissionen habe sich dafür ausgesprochen, daß es dabei bleiben möge, wie es eben durch Statut bestimmt ist. Dazu habe ich, weil verschiedene aus der Versammlung nicht genau wissen konnten, wie das Statut lautet, eben noch angeführt, welche Bestimmungen in dieser Sache unser Statut enthält.

Wer dafür ist, daß hierbei beharrt werden soll,

den

den bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht)
Das ist die Mehrheit.

Durch Zuruf wird die Gegenprobe gewünscht.

Stadtsverordneter S t e v e r s : Alle diese
Boherereien werden vernieden, wenn wir über die
uns zugegangene so schöne Mitteilung aus der Rats-
vorlage abstimmen. Da haben wir a und b, und wenn
darnach abgestimmt wird, weiß jeder, wofür er seinen
Finger hoch hebt.

V o r s t z e n d e r : Was wir beschlossen haben, entspricht dem, was Herr Sievers eben vorgetragen hat. Ich bitte den Herrn Referenten, in der Berichterstattung fortzufahren.

Wortlaut der Frage 3: „Empfiehlt sich nach Ansicht der städtischen Behörden eine Änderung der jetzt geltenden gesetzlichen Vorschriften, nach der die Mitglieder des Rates auf 3 Jahre und die Bürgermeister auf 6 Jahre gewählt werden, wobei jedoch durch Ortssatzung eine längere, 10 Jahre nicht überschreitende Amtsdauer vorgeschrieben werden kann ?

Stadt v. M ä d g e: In Frage 3 handelt es sich um die Amtsdauer der Mitglieder des Rates. (Die Frage wird vom Redner verlesen) Es ist auch diese Frage in der Sitzung der vereinigten Finanz- und Rechtskommission erörtert. Sie hat sich einstimmig auf den Standpunkt gestellt, diese Frage einfach dahin zu beantworten: es empfiehlt sich, keine Änderung vorzunehmen.

- 68 -

Ohne Meldungen zum Wort.

Der Ausschuß-Antrag wird angenommen.

(Punkt 1, ³)

Stadtv. N ü d g e: Zuletzt ist nach dieser Vorlage Stellung zu nehmen zu der Frage des sogenannten Referendums. Es heißt da:

„Wie stellen sich Rat und Stadtverordnete zur Frage des Referendums (öffentliche Abstimmung zur Erzwingung der Niederlegung des Amtes seitens eines besoldeten Ratsmitgliedes)?“

In dieser Frage hat der vereinigte Finanz- und Rechtsausschuß geglaubt, eine Trennung vornehmen zu sollen insofern, als es sich um ein Referendum bezüglich des Oberbürgermeisters handelt oder der übrigen Ratsmitglieder. Für ein Referendum bezüglich des Oberbürgermeisters hat sich nach einer eingehenden Aussprache, in der viele Gründe für und gegen das Referendum geltend gemacht sind, eine Mehrheit von 7 : 5 ^{afür} ~~entstanden~~ ^{stimmten}. Bei den übrigen Mitgliedern des Rates wurde bezüglich des Referendums betont, es käme darauf an, ob sie von der Stadtverordnetenversammlung oder von der Allgemeinheit gewählt werden.

Man

Man könne zur Frage des Referendums schlechterdings nicht bindende Stellung nehmen, ehe man wüßte, von wem und auf welche Zeit die Wahl vorgenommen werde. Von einigen Mitgliedern des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, daß es ein Unding wäre, wenn wir uns für ein Referendum aussprechen wollten, obwohl die besoldeten Mitglieder des Rates von den Stadtverordneten gewählt würden, und ich hätte den Eindruck, als ob eine ganze Anzahl Ausschußmitglieder sich diesem Bedenken anschließen wollten. Im übrigen wurde von anderen Ausschußmitgliedern betont, daß es eigentümlich wäre, wenn bezüglich des Oberbürgermeisters ein Referendum ermöglicht werde, aber nicht, wenn es sich um ein sonstiges Mitglied des Rates der Stadt handele. Das könnte unmöglich zugestanden werden, wenn die gleiche Veranlassung zu einem Referendum bei dem Oberbürgermeister und bei einem sonstigen Ratsmitgliede vorliege, so daß man bei dem Mitgliede des Rats nicht die Möglichkeit habe, ^{ihn} zu entlassen, wäh-

während der Oberbürgermeister entlassen werden könnte. Da es sich um Voraussetzungen handelte, über die wir im Ausschuß nicht klar sein konnten, (Wie lange wird die Amtszeit dauern? Wird geschlossen werden, daß der Oberbürgermeister von der Allgemeinheit gewählt wird und die übrigen besoldeten Ratsmitglieder von den Stadtverordneten? Oder wird im Plenum etwas ganz anderes beschlossen werden?) darum ist es über die Frage des Referendums zu einer wirklichen Abstimmung nicht gekommen. Das eben von mir Vorgetragene sind eben nur die Gesichtspunkte, die erörtert sind, aber eine erkennbare Mehrheit für das eine oder das andere hat sich nicht gezeigt. Ich habe den Eindruck, daß jemand, der zu dem einen Standpunkt sagt: „So ist es richtig“, sagen wird: „Wenn andere Voraussetzungen in Frage kommen, würde ich auch für die andere Entscheidung stimmen können.“ Aus der mitgeteilten Zahl 7 : 5 ist zu ersehen, daß es sich um eine Sache handelt, die auf des Messers Schneide gestanden hat.

Stadt v. B u r g d o r f f : Meine Damen und Herren!
 Zu diesem Punkt muß ich sagen, daß von mir in der
 Frage des Referendums deshalb nicht klar gesehen
 werden kann, weil ich - offen gesprochen - über
 die Abstimmung bei Punkt 2 dieser Vorlage noch
 nicht im klaren bin, und ich bin auch der Ansicht,
 daß die Mehrheit der Versammlung keine Klarheit
 darüber hat, wie die Wahlen bisher gewesen sind.
 Es ist darüber abgestimmt, ob die Wahlen in der
 bisherigen Weise stattfinden sollen, und ich glaube
 kaum, daß darüber Klarheit vorhanden ist, und deshalb
 wird auch Klarheit in der Beantwortung der Frage
 bezüglich des Referendums nicht möglich sein.

V o r s i t z e n d e r : Wenn keine Klarheit über Punkt 2 der Vorlage vorhanden ist, so ist das die Schuld der Herrschaften selbst. Die Sache ist so: Es ist darüber gesprochen worden, ob die besoldeten Ratsmitglieder mit Einschluß des Vorstehers des Rates zu wählen sind von der Allgemeinheit oder von den Stadtverordneten. Darüber haben wir in der Ausschußsitzung eine ziemlich eingehende Aussprache gehabt. In dem Berichte des Herrn Stadtverordneten M ä d g e ist die Sache ziemlich summarisch abgemacht. Deshalb sagte ich ja auch, es wäre besser gewesen, wenn er die Dreiteilung hervorgehoben hätte. Ich habe dann nochmals die Art der Wahlen angeführt und wir haben abgestimmt. Eine Unklarheit darüber kann also gar nicht vorhanden sein.

Stadtverordn. M ä d g e : Ich muß offen sagen: Ich kann als Berichterstatter nicht dafür, wenn den einzelnen Mitgliedern des Hauses die gelten^{=den}/Bestimmungen über die Wahl nicht bekannt sind, sondern ich muß annehmen, daß sie jedem einzelnen Mitgliede gegenwärtig sind. Ich habe deshalb ^{mündlich} mit absolut genügender Klarheit vorgetragen, was von der Kommission beschlossen worden ist, wenn ich gesagt habe, daß die vereinigte Kommission sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß es so bleiben soll, wie es jetzt ist. Jeder Stadtverordnete muß doch wissen, in welcher Weise das Oberhaupt der Stadt gewählt wird, nämlich durch allgemeine Wahl ebenso wie die Stadtverordneten selbst, und daß die Stadtverordnetenversammlung ihrerseits die besoldeten Stadträte wählt, die nicht besoldeten Stadträte aber wieder durch die Allgemeinheit ^{gewählt werden}. Das ist der Modus, wie er jetzt seit einer ganzen Zeit gilt; ich brauche doch nicht alle Änderungen aus den vergangenen Jahren hier vorzutragen, sondern habe mich allein auf das jetzt geltende Gesetz beschränkt.

V o r s i t z e n d e r: Ich kann nur wiederholen, wenn die Abstimmung über Punkt 2 nicht klar ist, dessen Schuld ist es selbst.

Zu Punkt 4 hat der Herr Berichterstatter ausgeführt, daß in der vereinigten Kommission ^{keine} Beschlußfassung erfolgt ist, und damit hat er die Erwartung ausgesprochen, daß die Aussprache über diesen Punkt hier vorgenommen wird.

Stadt v. M a r t h : Ich hätte von dem Herrn Berichterstatter erwartet, daß er, wenn im Ausschuß kein Beschluß gefaßt ist, hier wenigstens seine persönliche Ansicht mitgeteilt hätte. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn ein Ratsmitglied durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt ist, vorkommendenfalls auch die Stadtverordnetenversammlung dafür zu sorgen hat, daß er durch sie wieder entfernt wird.

Stadt.Dr. S o h u l t z e: Meine Damen und Herren ! Ich hätte von dem Herrn Berichterstatter erwartet, daß er bei Punkt 2 und 3 ein Bild davon gegeben hätte, was darüber in der Kommissionssitzung gesprochen worden ist. Das ist doch die Aufgabe des Berichterstatters. Wenn nur summarisch gesagt wird: „Die Kommission hat beschlossen, es soll so gemacht werden, wie es bisher gewesen ist,“ so sind damit doch die Gründe nicht angeführt und auch nicht angegeben, ob sich Stimmen dagegen erhoben haben. Ich hätte selbst gern noch zu Punkt 2 gesprochen, da mir die Sache nicht ganz klar schien, und ich bin doch auch nicht auf den Kopf gefallen, aber es war mir nicht möglich, zum Wort zu kommen. Zu Punkt 4 kann ich mich nicht äußern, denn es hängt dieser Punkt außerordentlich von Punkt 2 ab. Daß ich über die ganze Sache etwas im unklaren bin, liegt an der Berichterstattung. Ich gehöre der Kommission nicht an, und es gibt noch mehr Mitglieder der Versammlung, die die Kommissionsverhandlungen nicht mitgemacht haben und gern etwas mehr darüber bezüglich der Punkte 2 und 3 gehört hätten.

Stadt. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren !
Ich glaube, daß der Herr Berichterstatter nicht ganz
im Bilde ist. Gerade bei der Frage des Referendums
ist abgestimmt worden und die Mehrzahl der Kommissions-
mitglieder hat sich für das Referendum bezüglich des
Oberbürgermeisters ausgesprochen. Das steht fest.
Allerdings war es eine Streitfrage, ob ^{man} die besoldeten
Mitglieder des Rats mit in das Referendum einbeziehen
sollte. Man war sich nicht einig darüber, ob das
Referendum auf die Ratsmitglieder, die von der Stadt-
verordnetenversammlung gewählt werden, anwendbar sei.
Einerseits glaubte man, das Referendum könne auch in
Bezug auf diese Ratsmitglieder angenommen werden,
trotzdem sie nicht von der Allgemeinheit gewählt sind,
und andererseits sagte man, das wäre ein Unding, da
die Allgemeinheit an ihrer Wahl nicht teilgenommen
habe.

Stadto. L e h n e r t : Ich bedauere, daß dieses Mißverständnis hier Platz gegriffen hat. In der Ausschußsitzung ~~und~~^{wurde} seitens des Vertreters der demokratischen Partei, Herrn Munte, darauf hingewiesen, daß die demokratische Partei für das Referendum stimmen würde, und zwar auf Grund der allgemeinen Wahlen, wodurch das Oberhaupt der Stadt und die unbesoldeten Ratsmitglieder hervorgegangen seien. Würde man auf diejenigen, die aus der allgemeinen Wahl hervorgegangen sind, nicht das Referendum ausdehnen, dann hätte das allgemeine Wahlrecht keinen Wert mehr. Er sagte: Nachdem die besoldeten Ratsmitglieder durch die Stadtverordneten gewählt sind, ist dieser Akt abgeschlossen. Da aber bezüglich des Oberbürgermeisters und der unbesoldeten Stadträte die Wahl durch die Allgemeinheit stattfindet, hat die Allgemeinheit auch das Recht, die Herren abzu-berufen, oder beseitigen zu lassen. So ist denn auch abgestimmt worden.

Stadt. M ä d g e: In meiner Berichterstattung glaube ich korrekt vorgegangen zu sein. Auch das Stimmenverhältnis bei der Abstimmung habe ich hervorgehoben und habe gesagt, daß das Referendum bezüglich des Oberbürgermeisters mit 7 : 5 Stimmen die Mehrheit gefunden habe. Wenn das nicht klar ist, so verstehe ich ~~Sie~~ nicht. Ich kann doch nicht alles dreimal erzählen, damit es richtig aufgenommen wird.

Hinzufügen möchte ich noch, daß über Punkt 2 in der Sitzung des Ausschusses keine eigentliche Aussprache stattgefunden hat. Wenn die Mitglieder des Hauses an der Sitzung teilgenommen hätten, würden sie nicht viel mehr gehört haben wie hier von mir. Es ist nur gesagt: Die Anstellung auf Lebenszeit kommt nicht in Frage. Gerade zu diesem Punkte hat meines Wissens keiner offiziell gesprochen. Es hieß nur: „Wir wollen es dabei lassen, wie es jetzt ist“, und dann wurde ein einstimmiger Beschluß gefaßt. Es handelt sich dabei um eine Frage, bei der man nicht darauf

darauf rechnen konnte, daß in der Vollversammlung eine große Aussprache stattfinden würde; im Finanz- und Rechtsausschuß ist auch nicht eine Stimme gegen diesen Punkt gewesen.

Stadt v. B u r g d o r f f : Bei genauer Betrachtung der Frage 4 kann man sich meiner Ansicht nach nur auf folgenden Standpunkt stellen: Weil bei diesen Punkte durch die Allgemeinheit gewählte und durch die Stadtverordnetenversammlung gewählte Ratsmitglieder in Frage kommen, so muß man in diesem Falle den Oberbürgermeister und die besoldeten Ratsmitglieder auseinanderhalten. Weil der Oberbürgermeister durch die Allgemeinwahl gewählt wird, kann logischerweise nur die Allgemeinheit den Oberbürgermeister wieder abberufen, also ihn nur durch das Referendum zwingen, zurückzutreten. Weil aber die besoldeten Ratsmitglieder durch die Stadtverordneten gewählt werden, können nur die Stadtverordneten diese Ratsmitglieder zurückberufen und ~~er~~logischerweise in diesem Falle das Referendum nicht Platz greifen.

V o r s i t z e n d e r : Wer dafür ist, daß das Referendum sich auf den Oberbürgermeister erstreckt, wolle die Hand erheben. (Geschieht) Das ist angenommen.

Nun bitte ich diejenigen die Hand zu erheben, die dafür sind, daß das Referendum sich auf die besoldeten Ratsmitglieder erstrecken soll. (Geschieht) Das ist abgelehnt.

2. Antrag einiger Interessenten auf Abänderung der Vergnügungssteuer.

Stadte. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren!
Die Vereinigten Kinobesitzer sowie der Ausschuß des Lichtspieltheaters haben sich mit Eingaben zunächst an den Rat der Stadt, dann an die Stadtverordneten gewandt und darin ersucht die Vergnügungssteuer für ihre Vergnügungsstätten herabzusetzen, oder richtiger gesagt, für die Staffelung neue Grundsätze aufzustellen. Die Kinos fallen unter die Steuergruppe C, und für diese ist die Steuer in der Weise festgesetzt, daß bei einem Eintrittspreis bis zu 1 M 20 %, bis zu 2 M 30 %, bis zu 10 M 40 % und von mehr als 10 M 50 % Steuer gezahlt werden müssen. Nun ist es schon längst durch die Geldentwertung dahin gekommen, daß es Eintrittskarten zu 1 - 3 M überhaupt nicht mehr gibt, so daß für die niedrigen Plätze nicht mehr 20 %, sondern 40 - 50 % Steuer gezahlt werden muß. Seinerzeit ist man im Rat und

in

in der Stadtverordnetenversammlung von dem Grundsatz ausgegangen, daß die minderwertigen Plätze auch auf eine niedrigere Steuerstufe zu stellen sind. Durch die Entwicklung der Verhältnisse ist die jetzige Festsetzung der Steuersätze zu einer ungerechten geworden, und deshalb soll nach dem Wunsche der Kinobesitzer eine Änderung vorgenommen werden. Der Rat hat zugesagt, daß eine Änderung der städtischen Steuerstaffelung für die Kinos, Theater, Kleinkunsthöhe und ähnliche Verführungen stattfinden soll, und infolgedessen sind die eingegangenen Anträge vorläufig zurückgestellt. Es wird der Stadtverordnetenversammlung für die nächste Sitzung eine diesbezügliche Vorlage zugehen.

V o r s i t z e n d e r : Wir haben den Rat in der Sitzung der Finanzkommission aufgefordert, eine Vorlage über diese Steuersätze zu machen. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung damit an, daß diese Angelegenheit vertagt wird. Eine Aussprache würde keinen Zweck haben, denn wir haben nichts, worüber wir reden und beschließen sollten.

3. Antrag Stukenberg, betreffend den Schutz der
Feuermelder vor unbefugter Benutzung.

Stadt v. M a r t h: Meine Damen und Herren ! Herr Stadtverordneter Stukenberg hat folgenden Antrag gestellt: „Um den böswilligen Alarmierungen der Berufsfeuerwehr mehr als bisher vorzubeugen, beantrage ich:

- 1/ daß alle Feuermelder, die sich an nicht verkehrsreichen und dunkelen Straßen befinden, während der Dunkelheit beleuchtet werden, und
- 2/ daß die Prämie, die für Ermittlung der Übeltäter ausgesetzt ist und gegenwärtig 30 M beträgt, auf 100 M erhöht wird.“

Die Ursache, die Herrn Stukenberg zu seinem Antrage der Beleuchtung der Feuermelder bringt, ist wohl darin zu suchen, daß in der Straßenbeleuchtung eine Einschränkung vorgenommen worden ist, sodaß in Braunschweig nur ein Teil der Straßen^{Laternen}~~linien~~ brennen und eigentümlicherweise oftmals in der Nähe der Feuermelder

der

der keine Laterne brennt, sondern erst weiter davon entfernt. So liegen die Feuermelder zum Teil im Dunkeln, sie sind nicht leicht zu finden und es kann dort von Unberufenen Unheil angerichtet werden. Wenn man dem Antrage auf Beleuchtung der Feuermelder folgen wollte, so würden dadurch eine Menge Kosten verursacht werden, und da der Mißbrauch glücklicherweise nur in geringem Umfange vorkommt, so wäre der erreichte Nutzen nicht mit den verursachten Ausgaben in Einklang zu bringen. Der Bauausschuß, der sich mit dem Antrage beschäftigt hat, ist deshalb zu der Ansicht gekommen, daß man dem Antrage auf Beleuchtung der Feuermelder nicht stattgeben solle, sondern das Betriebsamt ersucht werden solle, die Laternen, die den Feuermeldern am nächsten stehen, mit anzuzünden, um dadurch die Feuermelder besser zu beleuchten.

Zweitens ist der Bauausschuß zu der Ansicht gekommen, daß die Belohnung, die auf 30 M festgesetzt war

Der keine Laterne brennt, sondern erst weiter davon entfernt. So liegen die Feuermelder zum Teil im Dunkeln, sie sind nicht leicht zu finden und es kann dort von Unberufenen Unheil angerichtet werden. Wenn man dem Antrage auf Beleuchtung der Feuermelder folgen wollte, so würden dadurch eine Menge Kosten verursacht werden, und da der Mißbrauch glücklicherweise nur in geringem Umfange vorkommt, so wäre der erreichte Nutzen nicht mit den verursachten Ausgaben in Einklang zu bringen. Der Bauausschuß, der sich mit dem Antrage beschäftigt hat, ist deshalb zu der Ansicht gekommen, daß man dem Antrage auf Beleuchtung der Feuermelder nicht stattgeben solle, sondern das Betriebsamt ersucht werden solle, die Laternen, die den Feuermeldern am nächsten stehen, mit anzuzünden, um dadurch die Feuermelder besser zu beleuchten.

Zweitens ist der Bauausschuß zu der Ansicht gekommen, daß die Belohnung, die auf 30 M festgesetzt

war

war und, wie seitens des Herrn Oberbürgermeisters mitgeteilt wurde, schon auf 50 M erhöht worden ist, heraufgesetzt werden müßte bis auf 300 M. Es soll dem Rat anheingegeben werden, eine Belohnung bis zu diesem Betrage, ja nachdem er es für nötig hält auszusetzen, damit diejenigen, die einen Übeltäter an den Feuermeldern gefaßt haben, eine entsprechende Belohnung zugestimmt werden kann.

Ich bitte Sie, diese Anträge des Ausschusses anzunehmen.

Die Versammlung stimmt den beiden Anträgen des Ausschusses zu.

(Feuermelder betreffend)

4. Antrag Stegmann auf Erhöhung der Zahl
der Kanalreiniger auf die frühere Stärke.

Stadtv. Pieper: Meine Damen und Herren!
Herr Stegmann hat in der vorigen Stadtverordneten-
Sitzung folgenden Antrag gestellt: „Die Stadtverord-
netenversammlung wolle beschließen, den Rat zu er-
suchen, zur Kanalreinigung 4 Arbeiter mehr einzu-
stellen, damit diese Arbeiterkolonne die frühere
Stärke erhält und im Stande ist, die Reinigungsar-
beiten ordnungsgemäß ausführen zu können.“ Es hätten
sich die Kanalarbeiter an Herrn Stegmann
gewandt, da sie der Meinung waren, daß 4 Leute ^{mehr} wieder
eingestellt werden müßten. Der Bauausschuß hat sich
mit der Sache eingehend beschäftigt, hat auch Herrn
Baumeister Lillig zu seiner Sitzung hinzugeladen,
und nach dessen Darstellung liegt die Sache folgender-
maßen: Herr Baumeister Lillig gab zu, daß vor dem
Kriege 13 Personen bei der Kanalreinigung beschäftigt
gewesen sind und heute nur noch 9. Aber früher haben
diese

diese 13 Arbeiter die Kanal-Hausanschlüsse mit herstellen müssen, und nur diese fehlen jetzt an der früheren Zahl, da heute Hausanschlüsse fast gar nicht mehr auszuführen sind. Die Siedelung braucht keine Hausanschlüsse, und so sind wir zu der Ansicht gekommen, daß für die 4 Arbeiter augenblicklich in Wirklichkeit keine Arbeit vorhanden ist.

Sobald es aber zweckdienlich oder notwendig erscheint, sollen die vier Leute eingestellt werden, und das ist auch bei dem vorjährigen Etat geschehen und ebenso bei dem diesjährigen. Der Bauausschuß empfiehlt Ihnen, in diesem Sinne zu beschließen.

Stadt v. S t e g m a n n: Meine Damen und Herren !
Was der Herr Vorredner vorgetragen hat, stimmt, aber
doch kam mir die Sache recht sonderbar vor. Ich hatte
gestern den Eindruck, daß Herr Baumeister Lillig ver-
sucht hat, zu sparen, und ob das am richtigen Platze
geschehen ist, das möchte ich bezweifeln. Ich habe
heute nochmals mit den Kanalreinigern gesprochen, und
sie sind auf ihrem Standpunkt bestehen geblieben, in-
dem sie sagen, daß sie ihre Arbeit nicht so ausfüh-
ren können, wie es in der Friedenszeit möglich gewesen
sei. 13 Mann sind es früher gewesen, der eine, ein
Schmied, scheidet aus, weil er bei den Kanalreini-
gungsarbeiten nichts zu tun hatte - er repariert fort-
gesetzt Deckel, Schlammensätze usw. Statt der 12
anderen sind jetzt nur 8 eingestellt. Früher war es
so, daß 2 Kolonnen gebildet waren, die sich in der
Kanalreinigung ablösten. 4 Mann waren für die begeh-
baren Kanäle bestimmt und 4 Mann für die ^{Rohr-}~~Über~~kanäle,
die durch Ketten und Trommeln gereinigt werden. Dann
waren noch 4 Mann für die Reinigung der Eisenteile

VOR-

vorhanden, und diese letzteren wurden zum Teil mit zur Herstellung von Hausanschlüssen verwandt. Jetzt werden von den vorhandenen 8 Arbeitern 4 mit der Kanalreinigung und die anderen 4 mit der Reinigung der Eisenteile beschäftigt, was nur ungenügend geschehen kann, denn zum Teil sind sie auch beschäftigt, um in den Häusern vorhandene Kanalverstopfungen zu beseitigen. Die Arbeiter versichern, daß sie ihre Arbeit nicht mehr so sorgfältig ausführen können, wie es vor dem Kriege der Fall gewesen ist, und sie bedauern, daß man in der Sitzung der Baukommission nicht den Betriebsrat gehört hat. Wenn das geschehen wäre, hätte er in Gegenwart des Herrn Baumeister Lillig genauen Aufschluß geben können. Ich möchte an den Rat die Bitte richten, die Sache nochmals zu prüfen, denn ich habe die Überzeugung, daß, wenn der Betriebsrat herangezogen wird, sich die Richtigkeit des von den Arbeitern Behaupteten herausstellen wird. Schließlich möchte ich bitten, wenn, um zu sparen,

nicht

nicht 4 weitere Arbeiter angestellt werden sollen, doch wenigstens deren zwei anzustellen, damit die städtische Kanalreinigung nicht leidet.

Bei dieser Gelegenheit seine Frage an den Rat.

Es ist mir mitgeteilt, daß von den Arbeitern im Bürgerpark, die bei den Planierungsarbeiten beschäftigt gewesen sind, wieder 16 entlassen werden, und zwar, weil kein Geld mehr vorhanden sei. Ich möchte mich mit der Frage an den Rat wenden, ob das wahr ist, und möchte bitten, wenn es irgend möglich ist, den Beschluß wieder rückgängig zu machen.

Stadtv. R a s c h e : Herr Stegmann hat wahrscheinlich einiges von den Verhandlungen im Bauausschusse nicht gehört, denn er war nicht immer bei den Besprechungen dort zugegen. Herr Stadtbaumeister Lillig führte aus, daß jetzt 9 Personen bei der Kanalreinigung beschäftigt sind, und wenn noch 4 Arbeiter eingestellt würden, so wäre es nicht möglich, diese Kolonne zu beschäftigen. Nur 2 einzustellen, ist nicht möglich, weil die zwei Leute keine Kolonne bilden würden, die zusammen arbeiten kann. Übrigens sind bei verschiedenen Arbeiten zur Unterstützung der Kanalarbeiter andere Leute herangezogen worden, die damit Notstandsarbeiten geleistet haben. Das hat Herr Stegmann wohl nicht gehört. Es hat sich also in der Besprechung herausgestellt, daß alles in Ordnung war und nicht etwa eine Vernachlässigung der Kanäle statt gefunden hat.

Stadtv. S t e g m a n n : Das von Herrn Rasche
Angeführte habe ich wohl gehört. Gewiß, es kann durch
2 Leute keine Kolonne gebildet werden, aber eine
Besserung durch Einstellung dieser 2 Arbeiter ließe
sich doch erreichen, indem nach Bildung von kleinen
Kolonnen die beiden anderen Arbeiter die übrigen
Arbeiten besorgen. Es sind doch die Eisenteile zu
reinigen und die Arbeiten an den Hausanschlüssen
und bei Verstopfungen vorzunehmen. Fragen Sie nur
den Betriebsrat, der wird Ihnen sagen, daß eine sol-
che Neueinstellung wohl möglich ist, wenn man nur
will.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Meine geehrten Herrschaften ! Ich glaubte, die Sache wäre in der eingehenden Besprechung im Bauausschuß klar-gestellt, wir haben uns dort eine ganze Stunde über die Sache unterhalten. Ich habe Veranlassung genommen, Herrn Stadtbaumeister Lillig zu der Vorbesprechung zuzuziehen, weil ich über die Einzelheiten natürlich nicht so genau unterrichtet sein kann wie er. Der Grund zu dem Antrag des Herrn Stegmann war, daß er befürchte, es würden die Kanäle jetzt weniger sorgfältig gereinigt wie früher, aber ich glaube, daß Herr Stadtbaumeister Lillig den Nachweis geführt hat, daß die Reinigung genau so oft stattfindet wie früher, auch die der Eisenteile. Herr Pieper hat schon auseinander gesetzt, wie die Sache liegt, und Herr Stadtbaumeister Lillig hat den Nachweis geführt, daß jetzt im Jahre ungefähr 10 000 Arbeiterstunden weniger zu leisten sind und deshalb drei Arbeiter ausfallen.

10 000

10000 Arbeiterstunden sind es deshalb weniger, weil Hausanschlußkanäle seit dem Darniederliegen der Bautätigkeit nicht mehr herzustellen sind; es sind das die Arbeiten, zu denen früher 4 Mann der Reinigungs-Arbeiter herangezogen wurden. Ich hatte deshalb geglaubt, daß Herr Stegmann sich gestern überzeugt habe, daß tatsächlich alles in Ordnung ist, und gegen den Beschluß des Bauausschusses ist nach meiner Meinung nichts einzuwenden: Es soll der Rat ersucht werden, weitere Kräfte einzustellen, soweit Arbeit vorliegt. Sollte zutreffen, was Herr Stegmann behauptet, daß noch Mißstände vorliegen, oder sollten wir in der nächsten Zeit wieder Anschlußkanäle in großer Menge herzurichten haben, so werden wir natürlich weitere Arbeitskräfte einstellen. Ich werde mich darum kümmern.

Es war noch die Rede davon, daß Arbeiter vom Bürgerpark entlassen werden müßten, weil dort die

Arbeit

Arbeit zu Ende geht, oder - wie Herr Stegmann sagte - weil kein Geld mehr vorhanden ist. Das Letztere trifft nicht zu, sondern die Arbeit ist zu Ende. Sehen Sie sich bitte den Spielplatz an. Früher war eine wüste Stelle am Eisenbüttelerwege, aber in den letzten Wochen sind umfangreiche Arbeiten vorgenommen, über die Sie ja unterrichtet sein müssen, denn wir haben dafür die Verwilligung der Mittel bei Ihnen beantragt, und wir haben vom Ministerium auch die Zusage bekommen, daß wir zu diesen Arbeiten aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge einen gewissen Betrag bewilligt erhalten. Die Arbeiten sind damals sofort in Angriff genommen, natürlich sind sie auch einmal zu Ende und dieser Zeitpunkt ist demnächst gekommen. An dieser Stelle werden also die Arbeiter nicht mehr beschäftigt werden können, aber soweit es sich ermöglichen wird, werden sie vom Tiefbauamt an anderen Stellen Arbeit erhalten.

Stadtv. P i e p e r: Nachdem , was Herr Stadt-Baumeister Lillig vorgetragen hatte, konnte der Bauausschuß zu keinem anderen Beschlusse kommen, aber Herr Stegmann sagte ja eben, daß etwas anderes zu Tage gekommen wäre, wenn man den Betriebsrat gehört hätte. Wenn hier gesagt wurde, daß Herr Stadtbaumeister Lillig den Beweis geliefert habe, daß die Reinigung der Kanäle tatsächlich so geschehen ist, wie es sein mußte, so muß ich das verneinen. Er hat gesagt, er selbst wäre nicht imstande, alles so genau nachkontrollieren zu können, sondern er müßte sich darin auf die Vorgesetzten der Arbeiter verlassen, und damit ist immerhin ein Beweis noch nicht geliefert. Ich bin der Meinung, daß man sich nur ein Urteil fällen kann, wenn man beide hört, den Betriebsrat und Herrn Baumeister Lillig. Wenn man nur die eine Seite hört, kann man nur einen einseitigen Beschluß fassen, und deshalb möchte ich wünschen, daß in Zukunft, wenn irgend solche Sachen wieder

wieder besprochen werden sollen, man so verfährt, daß auch die Arbeiter und ihre Vertretung zu solchen Besprechungen mit herangezogen werden.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Es tut mir leid, daß Herr Pieper heute eine andere Ansicht über die Sache hat als gestern. (Widerspruch des Stadtverordneten Pieper) Herr ^{Stadtbaumeister} Lillig hat erklärt, er könne nicht feststellen, wie jeder Kanal gereinigt worden ist, denn er klettere nicht in jeden Kanal hinein, sondern er müsse sich auf das Urteil der Vorarbeiter verlassen. Wenn irgendwo Verstopfungen vorkommen, werden sie ihm gemeldet, und sofort rückt eine Kolonne aus, um sie zu beseitigen. Im übrigen wird nach einem bestimmten Turnus gearbeitet, und zwar so, daß im Winter die begehbaren Kanäle gereinigt werden, bei denen die Leute durch den Kanal spazieren und ihn mit Schaufel und Besen reinigen - das machen sie am liebsten im Winter, weil es unten im Kanal warm ist - und im Sommer die Tonrohrkanäle an die Reihe kommen, deren Reinigung mit mechanischen Apparaten vorgenommen wird. Sie sehen, daß damit dem Wunsche der Arbeiter Rechnung getragen wird .

wird. Die Kanäle werden so oft gereinigt, wie es für den ordnungsmäßigen Betrieb der ganzen Kanalisation notwendig ist, und es liegt keine Veranlassung vor, sie unnützer Weise öfter zu säubern.

Vorsitzender : Der Ausschußantrag ging dahin, den Antrag Stegmann abzulehnen, aber den Rat zu ersuchen, weitere Leute bei der Kanalreinigung wieder einzustellen, sobald Arbeitsgelegenheit dafür vorhanden ist.

Der Antrag des Bauausschusses wird angenommen.

5. Abstandnahme von der Einführung
der Wohnungsluxussteuer.

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren:
Am 17. November v.Js. haben die Stadtverordneten beschlossen, den Rat zu ersuchen, die Einführung einer Wohnungsluxussteuer in die Wege zu leiten. Der Entwurf ^{zu} einer solchen Steuer ist darnach im Wohnungsausschuß durchberaten und man glaubte, daß zu gegebener Zeit dieser Entwurf Gesetzeskraft erhalten würde. Wie sich die Sache im weiteren Verlauf aber abgespielt hat, hat das Reich durch eine solche Steuerverordnung seitens der Gemeinden einen Strich gemacht, und zwar in der Form, daß man die Grenze für die in Anspruch zu nehmende Zahl der Räume so hoch gesetzt hat, daß bei einem eventuellen Inkrafttreten der Wohnungsluxussteuer für die Gemeinden nichts übrig bleiben würde als eine große Anzahl von Beamten, die diese Materie bearbeiten müßten. Es stehen nach dem Reichsgesetze jeder allein-

alleinstehenden Person 3 Wohnräume zu, für jede weitere Person ein Raum mehr. Ferner wird bestimmt, daß die zu vorwiegend oder ausschließlichen ^{Haupthaus} ~~Dienster~~ beruflichen oder gewerblichen Zwecken nötigen Räume der Steuer nicht zu unterwerfen sind. Wir sehen daraus, daß die Gemeinden sich geirrt haben, wenn sie glaubten, durch Einführung einer Wohnungsluxussteuer Mittel zu bekommen, um der bestehenden Wohnungsnot abzuwehren. Würde nach dieser reichsgesetzlichen Verordnung die Wohnungsluxussteuer eingerichtet, so würde ein großer Teil in die betreffenden Gruppen einzureihender Beamten mehr eingestellt werden müssen und das Defizit der einzelnen Gemeinde damit nicht verkleinert, sondern noch vermehrt werden. Das eigenartigste ist, daß über die Wohnungen eine Kartothek geführt werden muß, für die jeder Abgang und Zugang gemeldet werden soll. Hierbei würde noch das Bedenken auftreten, daß durch eine Kontrolle festgestellt werden müßte, ob die betreffenden Angaben auf Wahrheit beruhen.

Auf

Auf Grund dieser Verhältnisse ersucht uns der Rat der Stadt, von der Einführung einer Wohnungsluxussteuer Abstand zu nehmen. Eine ganze Reihe von Städten, die vor Erlaß der Reichsverordnung die Wohnungsluxussteuer eingeführt haben, werden jetzt gezwungen sein, die Steuer wieder aufzugeben, indem die Unkosten für die Durchführung einer solchen Steuer größer sind als das, was man durch die Steuer einzubekommen glaubt, der herrschenden Wohnungsnot durch die Steuer also in keiner Weise entgegen gesteuert werden kann. Ich möchte die Versammlung bitten dem Beschlusse des ^{Rechts}~~Reichs~~ausschusses zuzustimmen, der sich den Ratsantrag zu eigen gemacht hat und ersucht, vorläufig von Einführung einer Wohnungsluxussteuer Abstand zu nehmen.

Stadtv. M a r t h : Meine Damen und Herren !

Ich bedauere, daß der Rat dazu gekommen ist, uns die Vorlage nicht zu unterbreiten, sondern Abstand nehmen will von der Einführung einer Wohnungsluxussteuer. Es wird auf die reichsgesetzliche Verordnung hingewiesen, die zu dieser Stellungnahme Anlaß gegeben hat. Ich konnte bei der Staatsregierung noch nicht erfahren, ob ein reichsgesetzliches Vorgehen vorliegt, durch das uns diese Bedingungen aufgedrückt werden. Meiner Meinung nach wäre es notwendig, die Wohnungsluxussteuer nicht nur deshalb einzuführen, um Geld daraus zu gewinnen, sondern auch um dadurch Wohnräume zu gewinnen. Man sollte durch die Steuer die Inhaber übergroßer Wohnungen zwingen, diejenigen ihrer Räume, die als Luxusräume gelten können, zur Verfügung zu stellen, um so für andere Wohnraum zu schaffen. Ich weiß nicht, ob tatsächlich die Verwaltungskosten bei der Wohnungsluxussteuer so groß sein würden, daß sie die Mittel, die durch die Steuer aufkommen, verschlingen.

schlingen. Ich bezweifle z.B. daß es nötig ist, die Wohnungsluxussteuer allein zu bearbeiten, sondern meine, daß man die Verwaltung der Wohnungsluxussteuer verquicken könnte mit der der Wohnungsabgabe, die nächstens in Kraft tritt. Sollte die Möglichkeit gegeben sein, bei dieser Gelegenheit die Wohnungsluxussteuer mit einzuschieben, dann ließe^{sie} sich vielleicht in vereinfachter Form durchführen.

Sollte nun die heutige Versammlung die Wohnungsluxussteuer tatsächlich nicht für notwendig erachten (Zuruf: nicht für möglich), so möchte ich doch den Vorsitzenden des Wohnungsausschusses ersuchen, daß er dafür sorgt, daß die Wohnungsbeschlagnahme in der Stadt Braunschweig recht scharf durchgeführt wird, schärfer als bisher, denn es gibt noch einen großen Teil von großen Wohnungen, wo sie nicht ausgeübt ist. Es ist dringend nötig, daß wir die jetzt Wohnungslosen auf irgend eine Weise unterbringen. Es kann nicht angehen, daß ein Teil unserer Bevölkerung Wohnraum in Überfluß hat,
während

während dem anderen die Wohnung fehlt. Ich habe den Eindruck, als wenn unsere jetzige Prüfungskommissionen nicht mehr so scharf zufassen, wie das von Anfang an geschehen ist, sonst könnte es nicht vorkommen, daß tagtäglich Anzeigen kommen, wonach zwei Personen 13 - 14 Räume inne haben, die noch nicht der Beschlagnahme unterworfen worden sind.

Stadtbeirat G e b e n s l e b e n : Auch ich bedauere außerordentlich, daß es uns nicht möglich ist, die Wohnungsluxussteuer einzuführen, denn ich halte es nach wie vor für ein ausgezeichnetes Mittel, um diejenigen, die übergroße Wohnungen jetzt noch im Besitz haben, zu veranlassen, überflüssige Wohnräume an uns abzutreten. Der Rat der Stadt hat eine Art Entwurf für ^{den} Erlaß einer ^{Abgabe} Wohnungsluxussteuer verfaßt und ihn ^{im} ~~dem~~ Wohnungsausschuß zur Beratung gestellt, und Herr Marth wird sich darauf besinnen, daß er an dieser Beratung eifrig Teil genommen hat. Bei dieser Beratung habe ich ausgeführt, welche gesetzlichen Grundlagen vorhanden sind, um die Wohnungsluxussteuer einzuführen. Es ist das einmal die Bestimmung in § 6 des Reichsgesetzes über Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 26. Juni 1921, worin es heißt:

„Die Gemeinden sind berechtigt, zu dem in § 1 genannten Zwecke von Wohnungen, welche im Verhältnis

zur

zur Zahl der Bewohner oder zur Zweckbestimmung der Räume als übergroß anzusehen sind, eine besondere Abgabe zu erheben (Wohnungsluxussteuer). Die Erhebung bedarf der Genehmigung der obersten Landesbehörde, der die nähere Regelung nach Maßgabe der von der Reichsregierung aufzustellenden allgemeinen Grundsätze und nach Maßgabe des Landesrechts vorbehalten bleibt ."

Es sind viele Monate ins Land gegangen, bis die vorgeschriebenen Grundsätze der Reichsregierung erlassen sind; vom 26. Juni bis zum 15. Dezember hat es gedauert. Diese Grundsätze der Reichsregierung habe ich den Herrschaften bei der Beratung im Wohnungsausschuß vorgetragen, ^{und} habe darauf hingewiesen, daß sie ebenso wie das Reichsgesetz selbst bei der Abfassung eines Statuts für Wohnungsluxussteuer von uns selbst ^{persönlich} berücksichtigt werden müssen, und habe meinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß sie es uns unmöglich ^{en} macht, in den Gemeinden überhaupt eine Wohnungsluxussteuer ^{eingzuführen} herauszugeben, und Herr Marth ist,

ist, soweit ich mich entsinnen kann, derjenige gewesen, der gesagt hat: Wenn wir die Wohnungsluxussteuer nicht höher bemessen können, als es diesem Gesetz nach möglich ist, dann ist es besser, wir führen sie überhaupt nicht ein. Wir haben im Rat der Stadt nochmals über die Angelegenheit eingehend beraten und dort habe ich - nachdem ich ⁱⁿ die Materie nochmals sorgfältig eingedrungen war - empfohlen, von der Einführung der Wohnungsluxussteuer Abstand zu nehmen. Der Rat der Stadt hat meinen Standpunkt geteilt und ich habe ihn in dem Schreiben an die Stadtverordneten ausführlich begründet. Herr Lehnert hat das Wichtigste davon vorgetragen. Besonders ausschlaggebend für unsere Stellungnahme sind folgende Bestimmungen:

„Steuerfrei bleiben bei einer Einzelperson mit eigenem Haushalt wenigstens 3, für 2 Personen mit gemeinschaftlichem Haushalt wenigstens 4, im übrigen mindestens soviel Räume als die um eins vermehrte .
Zahl der zum Hausstande des Wohnungsinhabers gehörig
Personen“

^{2.01/}
Person ~~betragt~~.“

Das ist ein starres Schema, das uns damit vorgeschrieben wird, und meiner Meinung nach ein ungerechtes. Ich habe auch schon im Wohnungsausschuß auf das schreiende Unrecht hingewiesen, daß das Recht auf die Wohnräume nicht differenziert ist, je nachdem es sich um ein junges Ehepaar mit 1 oder 2 Kindern oder um ein älteres Ehepaar mit Kindern beiderlei Geschlechts handelt; bei denen das Wohnungsbedürfnis doch ein ganz verschiedenes ist. Aber eine solche Unterscheidung paßt schwer in den ganzen Plan hinein, es sei denn, daß man noch mehr Wohnraum zur Verfügung stellen und dann differenzieren wollte.

Weiter heißt es: „Räume, welche ausschließlich oder vorwiegend zu dienstlichen, beruflichen oder gewerblichen Zwecken benutzt werden, sind bei der Berechnung der Steuer nicht zu zählen.“ Ich habe im Wohnungsausschuß darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Satz der Grund zu einer Kette von Streitigkeiten sein wird. Jeder wird sagen: „Diesen Raum habe ich zu dienstlichen, beruflichen oder gewerblichen Zwecken vorwiegend

vorwiegend oder ausschließlich nötig," und dann mußte geprüft werden, ob das zutreffend ist oder nicht, und immer wieder würde dadurch böses Blut erzeugt werden. Sodann ist gesagt : „ Die Steuer darf in ihrer Gesamthöhe den Betrag nicht überschreiten, der bei gleichmäßiger Verteilung der Miete auf alle Wohnräume dem Verhältnis des Mietbetrages der besteuerten Wohnräume zur gesamten Miete der Wohnung entspricht! Sie werden den Satz nicht sogleich verstehen; es bedeutet, daß die Wohnungsluxussteuer nicht höher sein darf als der Mietpreis für den zu steuernden Wohnraum selbst. Das hat Herr ^{Marth} ~~Maas~~ besonders verschnupft, sodaß er sagte : „ Wenn die Wohnungsluxussteuer nicht höher sein darf, dann hat die ganze Steuer keinen Sinn“, und damit hat er recht. Die Steuer ist zu wenig ergiebig.

Ferner hängt die Steuer ab von der Anzahl der Personen, die eine Wohnung benutzen. Der Rat der Stadt hat in dem Schreiben an die geehrte Versammlung darauf hingewiesen, daß darnach natürlich ein Fortschreiten

Fortschreiten stattfinden muß; sobald jemand in der betreffenden Wohnung geboren oder gestorben ist, muß die Steuer aufs neue berechnet werden, müssen Absätze gemacht oder Zuschüsse hinzugerechnet werden. Das wäre außerordentlich umständlich, und wir sind der Ansicht, daß es keinen Zweck hat die Wohnungsluxussteuer einzuführen, solange diese Bestimmung Gültigkeit hat. Sie bietet uns außerordentlich viele Schwierigkeiten, verlangt viele Beamte und außerdem ist sie wegen der Einschränkungsbestimmungen wenig~~er~~ ertragsreich.

Wir haben uns beim Deutschen Städtetag erkundigt, ob Erfahrungen über die Wohnungsluxussteuer aus anderen Städten vorliegen, denn es war uns bekannt, daß in verschiedenen Städten ^{hier} Wohnungsluxussteuer eingeführt war, aber nicht auf Grund der Grundsätze der Reichsregierung, sondern vor Erlaß dieser Bestimmungen. Vom Städtetage wurde uns mitgeteilt, daß ihm überhaupt kein Material vorliege.

Daraus

Daraus ist zu schließen, daß nach diesen reichsgesetzlichen Bestimmungen bislang überhaupt in keiner Stadt eine Wohnungsluxussteuer erlassen worden ist. Soweit Wohnungsluxussteuerordnungen nicht auf Grund dieser Bestimmungen erlassen sind, haben sie nur bis zum 1. Oktober dieses Jahres Gültigkeit, müssen also von den betreffenden Städten schon in einem Vierteljahr außer Kraft gesetzt werden. Sie sehen daraus wieder, daß es keinen Zweck hat, mit einer solchen Luxussteuerordnung zu opperieren. Ich wiederhole aber, daß der Rat der Stadt es außerordentlich bedauert, daß uns nicht die Möglichkeit gegeben ist, durch die an und für sich sehr zweckmäßige Wohnungsluxussteuer dafür zu sorgen, daß diejenigen, die übergroße Wohnungen inne haben, den überflüssigen Wohnraum abgeben.

Herr Marth hat dann noch über die Beschlagnahmekommissionen gesagt, sie müßten energischer vorgehen, er hätte die Erfahrung gemacht, daß das in letzter Zeit nicht geschehen sei. Ich will mich gern

gern darum ^{be-}kümmern, aber ich bitte die geehrten
Herrschaften, sich an die vorige Sitzung zu erinnern,
wo wir einen Fall hatten, aus dem deutlich hervor-
ging, welche Schwierigkeiten das Wohnungsamt und
das Mieteinigungsamt bei der Ausführung derartiger
Beschlagnahmen haben. Wir wollen alles daran
setzen, um Wohnungen zu ^{be-}schaffen, wo es irgend mög-
lich ist, aber das hat auch seine Grenzen.

Stadtrat v. F r a n k e n b e r g: Herr Marth hat gemeint, daß es vielleicht möglich wäre, der Einfachheit wegen die Besichtigung und Einschätzung der Wohnungen für die Wohnungsluxussteuer ausführen zu lassen durch denselben Ausschuß, der für die Grundsteuer tätig ist, das ist der Realsteueraus- schuß. Wir waren auch einmal auf denselben Gedanken gekommen, daß das eine glückliche Idee sein könnte, obgleich der Ausschuß für die Realsteuern nach an- deren Gesichtspunkten gewählt ist, denn er soll mehr den Wert als die Beschaffenheit und Verwendbar- keit der Gebäude und Wohnräume beurteilen. Nachdem aber durch den Reichsminister so einengende Vor- schriften getroffen sind, wie sie Herr Stadtbaurat Lebensleben mitgeteilt hat, ^{würde} und nach meinem Dafürhal- ten dieser Realsteueraus schuß in der Woche nicht nur 2 Sitzungen allein für die Wohnungsluxussteuer nötig hat, ^{ben} sondern er würde außerdem noch fortwährend in der Stadt unterwegs sein, um diese oder jene Wohnung anzusehen, ob wirklich die Beschwerden, die gegen die Wohnungs-

Wohnungsluxussteuer erhoben sind, begründet sind, und das würde eine derartig starke Inanspruchnahme der ehrenamtlich tätigen Persönlichkeiten sein und weiter den Beamten-Körper so sehr belasten, daß es nicht als wohlgetan zu bezeichnen wäre. Und wenn der Ausschuß nicht selber die einzelnen Wohnungen ansehen, sondern die Verantwortlichkeit der Prüfung auf die einzelnen Beamten gelegt würde, ^{ein} Mißtrauen gegen die Beamten erregt werden. Wenn wir durch die reichsgesetzlichen Bestimmungen bei der Wohnungsluxussteuer so sehr in spanische Stiefel gezwängt werden, dann ^{wäre} ~~ist~~ es besser, ^{gemessen} die Wohnungsluxussteuer auf dem Papier nicht zu erlassen und uns damit den Mund wässerig zu machen.

So würde dadurch leicht

Stadtv. L e h n e r t : Als ich dieses Mater.
zugestellt bekam, es durchgelesen hatte und im Bil-
die Verhandlungen im Wohnungsausschuß an mir vorbe-
ziehen ließ, da sagte ich mir: Was hat die Sitzung
für Wert gehabt, in der wir uns eingehend mit der
Angelegenheit befaßt haben. Mir scheint es so, wie
schon Herr Stadtrat v. Frankenberg gesagt hat, daß
der Erlaß der Wohnungsluxussteuer auf dem Papier
vollständig daneben gehauen hat, und zwar, weil die
Herren, die diese Reichsverordnung ausgearbeitet
haben, niemals in der Lage gewesen sind oder nie-
mals in sie hineinkommen werden, eine Wohnung zu
suchen. Daß so etwas vorkommt, ist tief bedauerlich;
ich meine, daß bei solchen Fragen Theorie und Praxis
sich kraß gegenüberstehen. Wenn man schon jeder ein-
zelnen Dame 3 Zimmer zuspricht und jedem einzelnen,
der hinzu kommt, noch ein Zimmer mehr, ferner für die
gewerblichen Räume weitere Zimmer, dann weiß ich nicht
nicht, was noch an Räumen zur Besteuerung übrig
bleiben soll. Denken Sie sich: Jemand, der im Besitz
einer

Stadtv. L e h n e r t : Als ich dieses Mater.
zugestellt bekam, es durchgelesen hatte und im Bil
die Verhandlungen im Wohnungsausschuß an mir vorbe
ziehen ließ, da sagte ich mir: Was hat die Sitzung
für Wert gehabt, in der wir uns eingehend mit der
Angelegenheit befaßt haben. Mir scheint es so, wie
schon Herr Stadtrat v. Frankenberg gesagt hat, daß
der Erlaß der Wohnungsluxussteuer auf dem Papier
vollständig daneben gehauen hat, und zwar, weil die
Herren, die diese Reichsverordnung ausgearbeitet
haben, niemals in der Lage gewesen sind oder nie-
mals in sie hineinkommen werden, eine Wohnung zu
suchen. Daß so etwas vorkommt, ist tief bedauerlich;
ich meine, daß bei solchen Fragen Theorie und Praxis
sich kraß gegenüberstehen. Wenn man schon jeder ein-
zelnen Dame 3 Zimmer zuspricht und jedem einzelnen,
der hinzu kommt, noch ein Zimmer mehr, ferner für die
gewerblichen Räume weitere Zimmer, dann weiß ich nicht,
was noch an Räumen zur Besteuerung übrig
bleiben soll. Denken Sie sich: Jemand, der im Besitz
einer

einer Wohnung ist, hat einen Sohn, der vielleicht Lehrer ist, und der verlangt neben seinem Schlafzimmer noch ein Arbeitszimmer. Nun soll unglücklicherweise die Tochter ein Schneideratelier haben; sie gebraucht nicht nur einen besonderen Raum, um die Schneidereiarbeiten herzustellen, sondern noch einen Raum zum Anprobieren für die Damen. Was soll da noch an Räumen von einer großen Wohnung versteuert werden. Es bleibt nichts übrig, nur haben wir die Beamten für die Wohnungsluxussteuer zu bezahlen, die wir nicht schlechter besolden können als andere Beamte, die in derselben Kategorie sind. So leid es uns tut, weil wir für die vielen Wohnungslosen Hilfe schaffen möchten und unser einer, der mitten in dieser Sache steht, das um so stärker empfindet, so müssen wir doch bitten, dem Antrage des Rats zuzustimmen.

Stadtv. M a r t h: Herr Stadtbaurat Gebensleben hat recht; ich habe in jener Sitzung ausdrücklich gesagt, daß ich die Sätze höher bemessen sehen möchte, weil sie sonst ihren Zweck nicht erfüllen, denn wir wollten mit der Wohnungsluxussteuer nicht nur Geld zum Bau von Wohnungen bekommen, sondern wir wollten vor allen Dingen den Raum zur Verfügung gestellt haben. Wenn aber die überflüssigen Wohnräume nicht hoch genug besteuert werden, dann wurden uns solche Räume doch nicht zur Verfügung gestellt und deshalb habe ich gesagt: Wenn die Luxusräume nicht hoch genug besteuert werden, dann habe die ganze Steuer für uns keinen Wert. Ich habe mich durch den Referenten darüber belehren lassen, daß die Kosten der Stadt bei Einführung der Wohnungsluxussteuer so groß sind, daß wir Schaden dabei machen würden und uns nur wenig Wohnraum zur Verfügung gestellt würde, und so muß ich mich mit meinen Wünschen bescheiden. Herr Lehnert sagte: Wer diese Reichsverordnung erlassen hat, der kennt die Wohnungsnot nicht und weiß nicht,

nicht, wie dem zu Mute ist, der heute keine Wohnung hat. Das erscheint mir als richtig. Diejenigen, die mit ihren überflüssigen Wohnräumen schwelgen können, haben keine Ahnung von der Wohnungsnot und keiner sieht sich genötigt, Leute aufzunehmen, die doch schließlich von der Straße weg müssen. Wenn man nun aber dies Gesetz nicht einführen kann, dann muß man doch wenigstens alle zu Gebote stehenden Maßnahmen ergreifen, um den vorhandenen Wohnungsraum zu erfassen. Es muß das Recht ausgeübt werden, überflüssige Wohnräume abzunehmen, und da, glaube ich, verfährt die jetzige Wohnungsprüfungskommission nicht so, wie das von Anfang an geschehen ist. Sie geht nicht so scharf vor, wie es nötig wäre. Ich glaube, es sind einige Geschäftsleute in den Beschlagnahme-Kommissionen, welche Rücksicht nehmen. Das wäre falsch, es müssen unabhängige Personen in diese Kommissionen; gerade damit ist Gewähr geleistet, daß sie arbeiten, um Raum zu schaffen. Sobald jemand durch seine Tätigkeit in der Beschlagnahmekommission geschäftlich

geschäftlich in Mitleidenschaft gezogen wird, sobald er geschäftlich Schaden zu erwarten hat, wird er nicht zugreifen, wo es doch notwendig ist. Deshalb möchte ich Herrn Stadtbaurat Gebensleben als den Vorsitzenden des Wohnungsamtes bitten, nochmals eingehend mit den Beschlagnahmekommissionen zu verhandeln und sie anzufeuern, daß sie schärfer durchdrücken und darauf halten, daß die Beschlagnahme nicht erst in einem halben Jahre zur Ausführung kommt. Ich weiß wohl, daß Schwierigkeiten hierbei entstehen, weiß daß die Herrschaften an das Mieteinigungsamt gehen und dieses seine Termine weit hinausschiebt. Nachher wird der Termin vertagt und wieder vertagt und nach 3 - 4 Monaten kommt dann erst der Abschluß. Ich möchte deshalb Herrn Stadtbaurat Gebensleben bitten, auch mit den Vorsitzenden der Mieteinigungsämter Rücksprache zu nehmen, daß sie energisch eingreifen möchten. Wenn stets in dieser Weise verfahren wäre, dann wären wir weiter in der Wohnungsfrage.

Stadtv. N e s s e n i u s : Meine Damen und Herren ! Ich erlaubte mir schon im Herbst vorigen Jahres der Stadtverordnetenversammlung die Erfahrungen der Stadt Gera vorzulegen, die nicht so viel Gewicht auf die Besteuerung des Wohnraumes legte, aber doch eine große Summe Geld zusammengebracht hat dadurch, daß sie nach demselben Grundsatz arbeitend „ein Raum mehr als Personen“, ein Freikaufen von der Beschlagnahme durch Forderung einer größeren Summe ermöglichte. Eine solche Arbeit der Beschlagnahmekommissionen ist hier bei uns auch möglich, denn große Wohnungen werden doch auch in unserer Stadt verlangt. Wenn man ein bißchen guten Willen im Rat der Stadt dafür haben würde, dann würde man auf Grund solcher Erfahrungen, wie sie in Gera gemacht sind, wo in geldlicher Beziehung und auch an Wohnraum viel geschafft wurde, auch hier bei uns etwas Brauchbares durch Einführung einer Loskaufsumme von der Beschlagnahme erreichen können.

Aber

Aber es ist wohl viel bequemer, die breite Masse mit 10% Steuern heranzuziehen, oder wenn es nicht reicht mit 20%, und die Inangriffnahme ^{der Wohnungs-Luxussteuer} dem Reiche zu überlassen, als daß der Rat selbst etwas ergreift, was unter den großen Wohnungsbesitzern nicht große Freude schaffen wird. Wird die Wohnungsluxussteuer nicht eingeführt, und kann man nicht durch sie die Wohnungsnot beheben, so könnte man sehr gut nach dem Grundsatz der Stadt Gera etwas schaffen, indem man solchen Herrschaften ihre großen Wohnungen gegen eine Freikaufsumme behalten läßt, damit genügend Geld für Wohnungsbauten oder Wohnraum selbst bereit stände. Es war seinerzeit nicht vom Rat der Stadt geradezu gesagt worden, daß meine Anregung in den Papierkorb wandern sollte und vielleicht nimmt er diesen Gedanken noch einmal auf und versucht auf diese Weise, Geld für Wohnräume zu erhalten. Er ist ja bereits schon vielmals auf diesem Wege geschritten, und es ist in der Beziehung noch mehr möglich. Die reichen

reichen Leute sollen mit einer solchen Maßregel nicht einfach bevorrechtigt werden, aber sie sollen die Benutzung der übermäßigen Wohnräume abgelten und mit ihren Abgaben sollen dann Wohnräume erstellt werden.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Ich glaube, ich habe hier schon einmal gesagt, daß wir diesen von Herrn Nessenius empfohlenen Weg in gewissem Umfange schon beschritten haben. Weitere Ausführungen darüber möchte ich aber bei dieser Gelegenheit nicht machen. An und für sich ist es mir unsympathisch, daß jemand, der Wohnraum abzugeben in der Lage wäre, in dem eine Familie untergebracht werden könnte, sich durch Entrichtung einer Geldsumme von seiner Verpflichtung loskaufen kann. Diese Summe müßte dann schon so groß sein, daß unter Aufwendung de^rselben, ein Wohnraum geschaffen werden könnte, und dazu gehören gewaltige Mittel. Da eine 4 Zimmerwohnung zu bauen heute 360 000 Mark kostet, so wären immerhin 90 000 Mark für ein Zimmer nötig. Ich werde diese Angelegenheit nochmals in der Sitzung des Wohnungsausschusses zur Sprache bringen. Es ist wohl möglich daß wir auf diesem Wege fortschreiten können, aber die Schwierigkeiten in dieser Sache sind außerordentlich groß und man muß darin sehr vorsichtig vorgehen.

Dem Antrage des Rechtsausschusses entsprechend erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, daß von der Einführung der Wohnungsluxussteuer Abstand genommen wird.

6. Verrechnung der Mittel zur Bekämpfung
der Wohnungsnot.

Stadt v. M u n t e : Meine Damen und Herren !
Die Besprechung dieser Vorlage wird jedenfalls nicht solange Zeit in Anspruch nehmen wie die des ersten Punktes, trotzdem sie sich äußerlich ziemlich umfangreich darstellt. Es handelt sich nicht um Bewilligung von Mitteln, sondern lediglich um die Aufstellung von Grundsätzen, wie die bisher bereits für Baukostenzuschüsse verausgabten 6 500 000 Mark und die ferner in noch höherem Maße zur Verausgabung kommenden Baukostenzuschüsse verrechnet werden sollen.

Die Stadt hat bekanntlich seit mehreren Jahren Baukostenzuschüsse gezahlt, und die seit dem Oktober 1920 gezahlten Summen sind, soweit es sich um Neubauten handelt, vorläufig beim Extraordinarium verrechnet. Für die Verzinsung und Amortisierung dieses Betrages und der noch weiter zu zahlenden

Baukosten-

Baukostenzuschüsse soll die durch das Reich festgesetzte Wohnungssteuer Verwendung finden. Der Rat der Stadt hat nun den Stadtverordneten durch Schreiben vom 28. Mai ein Schriftstück in Umdruck zugehen lassen, in dem ausführlich alles das vorgeführt wird, was mit der Verrechnung dieser Mittel zur Bekämpfung der Wohnungsnot in Zusammenhang steht. Wir können uns freuen, daß wir eine so klare und umfassende Aufklärung darin bekommen haben. Es ist darin ausgeführt, was wir aus der vom Reiche beschlossenen Mietsteuer für die Stadt an Einkünften zu erwarten haben und unter IV ist eine Berechnung ^{auf} gemacht, wie groß die Anleihe sein kann, die wir, da sie in 20 Jahren getilgt sein muß, zu Wohnungsbaukostenzuschüssen verwenden können. Es ist da die Summe von 35 Millionen Mark genannt, die aber wahrscheinlich nicht sofort bereit gestellt werden kann. Das wird auch nicht nötig sein, und zu meinem Bedauern habe ich gesehen, daß im laufenden Jahre überhaupt jetzt erst

erst 95 977 Mark Baukostenzuschüsse von der Stadt gezahlt sind. Es ist daraus zu sehen, daß Wohnungsbauten in diesem Jahre fast garnicht zustande gekommen werden, denn daß die Unternehmer bei den Bankiers das Geld gebergt bekommen haben oder daß sie es nicht nötig haben, ist nicht anzunehmen.

Die ganze Vorlage gipfelt darin, daß der Rat uns ersucht, zuzustimmen, daß

1) außer den seit dem 1. April dieses Jahres bereits gezahlten und noch zu zahlenden Baukostenzuschüssen von den bis dahin für den in Rede stehenden Zweck bereits aufgewendeten Summen nur die beiden in der Vorlage unter II aufgeführten und einstweilen noch bei dem Extraordinarium verrechneten größeren Summen zu 1 598 134, 81 Mark und 4 134 022,50 Mark, abzüglich der dort erwähnten zurückerstatteten 1 55 314, 75 Mark (es ist das ein Betrag der zurückgezahlt wurde, weil ein hiesiges gewerbliches Unternehmen das betreffende Wohnhaus als Werkwohnung

an-

ankaufte) mit 5 576 842, 56 Mark nebst den bis
jetzt aufgelaufenen Zinsen in die jetzt einzurei^{richtend}~~ehende~~
~~ehende~~ Sonderrechnung überführt und auch zur Ver-
zinsung und Tilgung dieser Summe die Zuschläge
verwandt werden,

2) daß auch die Kosten für Schaffung von
Wohnungen in vorhandenen Gebäuden aus dem Ertrage
der städtischen Zuschläge zur Mietsteuer bestritten
werden.

Diese Zuschüsse für Schaffung von Wohnungen
in vorhandenen Gebäuden sind entweder den Hausbe-
sitzern schenkungsweise zugeflossen, oder in den
Fällen, wo es nicht möglich war, daß die Hausbesit-
zer etwas zur Schaffung von Wohnungen in vorhande-
nen Gebäuden aufwandten, hat die Stadt das Geld
dafür auf Hypothek hingegeben und ^{es} wird an die Stadt
zurückerstattet auf Grund der für diese neu er-
richteten Räume gezahlten Mieten. Die Summen, die
bisher

bisher mit 50 % hingegeben sind, sind bis jetzt im Ordinarium verbucht. Der Rat meint, daß dieser Weg der Zuschüsse auch ferner beschritten werden müsse, weil damit das Ziel der Wohnungsherstellung schnell und billig herbeigeführt wird, und ist ferner der Ansicht, daß die Mittel für diese Zuschüsse auch den städtischen Zuschlägen zur Reichswohnungsteuer entnommen werden könnten, wie das in dem Punkt 2 der Ratsanträge ausgedrückt ist.

Diese ganze Angelegenheit ist im Finanzausschuß besprochen und der Ausschuß bittet Sie durch mich, die Vorlage des Rats anzunehmen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Meine Damen und Herren ! Es wäre wohl besser gewesen, wenn an den Schluß der Ratsvorlage in Form eines Antrages die Aufforderung an die Stadtverordneten gerichtet wäre, zuzustimmen, daß diese ganze Baukostenverrechnung in Form einer Sonderrechnung ausgeführt wird. Wir haben uns überlegt, ob wir diese ganze Sache mit in den Etat hineinnehmen sollen, sind aber zu der Ansicht gekommen, daß das seine Bedenken hat. Gesetzt den Fall, die Abrechnung über die Baukostenzuschüsse schließt am Ende des Jahres mit einem Überschuß ab - das wäre möglich, wenn wir eine Abgabe erheben, die höher ist als die Summe, die wir in dem betreffenden Jahre ausgeben - , dann besteht die Gefahr, daß der Überschuß in der allgemeinen Stadtkassenrechnung verschwindet, und das darf nicht sein, denn die Mietabgabe soll nur zu Baukostenzuschüssen verwendet werden. Ebenso erscheint ein

ein unrichtiges Endergebnis, wenn bei der Aufnahme in den Etat die Abrechnung über die Baukostenzuschüsse mit einem Defizit abschließt. Deshalb wird es richtig sein, wenn wir den Herrschaften in Zukunft mit den Nachweisen über die Abschlüsse der Stadtkasse eine besondere Nachweisung über diese Sonderrechnung zugehen lassen. Das ist der Hauptgrund zu der heutigen Vorlage, und weiter noch, Ihre Zustimmung zu erhalten, daß bestimmte Beträge noch in diese Sonderrechnung mit hinübergenommen werden.

- 141 -

Vorsitzender : Wer entsprechend dem Antrage des Rates und dem des Finanzausschusses beschließen will, den bitte ich die Hand zu erheben. - Die Zustimmung ist erfolgt.

(Punkt 6)

7. Aufnahme eines Rechtsstreits (Guth).

Stadtv. Dr. R ö p k e : Der früher in einer Baracke auf dem Flugplatze wohnende Arbeiter Guth hat gegen die Stadt Klage erhoben auf Zahlung eines Teilbetrages zur Wahrung weitergehender Ansprüche. Am 19. November 1920 ist in seiner Wohnung auf dem Flugplatze Feuer ausgebrochen, dabei zum größten Teil sein Mobiliar verbrannt, und er berechnet den ihm und seiner Familie entstandenen Schaden auf rund 100 000 Mark. Der Kläger behauptet, die Stadt hätte den Brand verschuldet, weil der Ofen zu nahe der Bretterwand aufgestellt und außerdem die Wand nicht durch Blech geschützt gewesen sei. Der Rat bezeichnet dieses Vorbringen des Klägers als unrichtig und führt aus, daß höchstwahrscheinlich Kinder den Brand verschuldet hätten, die mit Streichhölzern gespielt haben. Der Stadtverordnetenversammlung wird vom Rat der Stadt empfohlen, der Aufnahme der Klage zuzustimmen. Der Rechtsausschuß

hat

hat sich auf denselben Standpunkt wie der Rat gestellt; er erachtet die Rechtslage für die Stadt für günstig und beantragt dementsprechend, die Zustimmung zur Aufnahme der Klage zu erteilen.

- 144 -

Die Versammlung stimmt der Aufnahme der
Klage zu.

8. Zuschuß der Stadt zum Landestheater
für 1922 - 23.

Stadto. B u r g d o r f f : Meine Damen und Herren! Das Staatsministerium ist an die Stadt herangetreten mit dem Wunsche, schleunigst die Frage des Zuschusses der Stadt zur Unterhaltung des Landestheaters zu regeln, und begründet diesen Wunsch damit, daß demnächst die Haushaltsberatung im Landtage beginnen werde und hierzu die Erklärung der Stadt bezüglich des Zuschusses vorliegen müsse. Ursprünglich war das Staatsministerium mit dem Antrage an die Stadt herangetreten, einen dreijährigen Vertrag abzuschließen, nach dem der Zuschuß der Stadt für das Jahr 1922 - 23 20 %, für das folgende Jahr 25 % und für das dann folgende Jahr 30 % des Zuschusses betragen sollte, der zu dem Theater überhaupt gezahlt werden muß. Es ist aber für die Stadt nicht angänglich, daß sie sich auf eine prozentuale Beteiligung an dem Zuschuß festlegt, denn dabei wäre

nicht

nicht abzusehen, wie hoch der Zuschuß der Stadt bei der fortlaufenden Steigerung der Ausgaben in seinem Betrage sich belaufen würde. Die Verhandlungen haben dann dahin geführt, daß sich das Staatsministerium bereit erklärt hat, in einen einjährigen Vertrag mit der Stadt für das laufende Geschäftsjahr einzuwilligen, und hat sich auch mit einer festen Begrenzung der Summe einverstanden erklärt. Das Staatsministerium hat vorgeschlagen, daß seitens der Stadt für das laufende Jahr ein Zuschuß von 1 1/2 Millionⁿ Mark geleistet wird. Die Zuschüsse der Stadt für das Geschäftsjahr 1920 - 21 betrugen 360 000 M und für das Jahr 1921 - 22 wird ein gleicher Zuschuß geleistet. Die Staatszuschüsse betrugen 1920 - 21 2 620 000 M, 1921 - 22 4 800 000 M und für das laufende Jahr ist der Zuschuß des Staates auf 5 160 000 M veranschlagt. - Der Rat der Stadt empfiehlt, unter Berücksichtigung der verschiedenen, seitens des Staatsministeriums vorgebrachten Grün-

de

de von seiten der Stadt einen Zuschuß von 1250000 M zu bewilligen. Dabei ist zu erwähnen, daß das Landestheater eine Vergnügungssteuer nicht zahlt. In anderen Städten werden von solchen Theatern teilweise Vergnügungssteuern gezahlt, teilweise aber auch nicht. Unter Berücksichtigung der gesteigerten Unkosten, der Bankkosten und aller anderen Sachen müßte man wohl einen Zuschusse von 1 250 000 M zustimmen. Erwähnen möchte ich noch, daß bei den Verhandlungen mit dem Landestheater, bezw. mit der Regierung von seiten der Stadt Wert darauf gelegt ist, daß das Landestheater an das Städtische Drehstromnetz angeschlossen wird. Die Stadt als solche hat Interesse daran, weil sie Mitbesitzerin des Elektrizitätswerkes ist, und seitens des Staatsministeriums ist zugesichert, daß bei einigermaßen annehmbaren Bedingungen der Anschluß wohl erfolgen würde. Es werden über diese Frage noch einige Erklärungen des Elektrizitätswerkes einzuholen sein und dann wird der Frage des Abschlusses eines entsprechenden Vertrages

näher-

nähergetreten.

Nachdem die Frage des Zuschusses im Finanzausschuß behandelt worden war, ist man dort zu dem Beschluß gekommen, dem Antrage des Rates auf Bewilligung eines Zuschusses von 1 250 000 M zuzustimmen. Ich möchte Ihnen namens des Finanzausschusses empfehlen, auch Ihrerseits Ihre Zustimmung zu geben.

Stadt. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren! In dem Berichte des Herrn Vorredners vermisse ich die Anführung, daß beabsichtigt wird, große Umbauten im Landestheater vorzunehmen, die 2 Millionen Mark kosten sollen. Es soll sich dabei darum handeln, daß ein neuer eiserner Vorhang eingerichtet wird. Durch solche Umbauten ist natürlich eine wesentliche Verteuerung der Kosten des Landestheaters eingetreten, die die Stadt mit bezahlen muß. Man muß sich wundern, daß Derartiges heutzutage verlangt wird. Bekanntlich hat einer der ersten Theaterbaumeister die Änderung des Theaterbaus vorgenommen, und jetzt soll schon wieder die Feuer-sicherheit nicht genügen. Damals hat man ^{so} anders gelesen. Sowohl in der Stadtverordnetenversammlung wie in der Presse hieß es überall: „Jetzt ist ^{die} ~~das~~ Feuer-^{sicherheit} in feuerpolizeilicher Hinsicht steht ^{das Theater} ~~es~~ (als Muster da,“ und jetzt soll es schon wieder veraltet sein und in bezug auf Feuer-sicherheit nicht genügen! Mir scheint,

daß

im Punkte Liniensigkeit
daß der betreffende Herr, der besonderen Einfluß
~~auf die Verwaltung des Theaters~~ ausübt, übertriebe-
ne Anforderungen stellt. Der Brand des Theaters
in Dessau ist ihm wohl in die Glieder gefahren.²
Das beweist noch ein anderer Umstand, den ich hier-
bei erwähnen möchte und der das Interesse der Stadt
erfordert. Seit 50 Jahren besteht das *Holssche* ~~Herzogliche~~
Sommertheater, ohne daß ein größerer Unfall dort
vorgekommen wäre. Aber in diesem Jahre ist verbo-
ten worden, dort zu spielen. Viele Leute, die etwas
davon verstehen, schütteln den Kopf darüber. Der
betreffende Herr scheint an einer finen Idee zu
leiden und überall Gespenster zu sehen. Ich möchte
fragen, ob der Rat der Stadt gegen eine solche
Verfügung nicht Einspruch erheben und veranlassen
kann, daß sie aufgehoben wird. Ich verstehe nicht,
wie man dazu kommen kann, ein solches Theater zu
verboten. Man bestrebt sich auf der einen Seite,
den Verkehr nach der Stadt Braunschweig zu heben,
und auf der anderen Seite wird unterdrückt, was

da-

dazu beitragen kann. Wenn sich der Verkehrsverein der von der Stadt einen Zuschuß bekommt, nicht alles anbietet, um ein solches Verbot aufzuheben, dann kann er sich in der Tat begraben lassen.

Stadt. M a r t h : Herr Kollege Stegmann hat recht, wenn er die Verhältnisse kritisiert, wie sie sich augenblicklich darboten, aber das tun sie doch nur für denjenigen, der nicht genügend Einblick in die Verhältnisse beim Landestheater gewonnen hat. Herr Kollege Stegmann kann gewiß sein, daß die Vertreter der Stadt mit allen möglichen Mitteln sich Einfluß auf die Verwaltung des Landestheaters verschafft haben und daß sie nicht dulden, daß etwas ausgeführt wird, was nicht unbedingt erforderlich ist. Es wird von Herrn Stegmann angeführt, daß etwa 2 Millionen Mark im Landestheater verbaut werden sollen. Dazu ist zu sagen: Es wird in diesem Jahre nur das gebaut, was unbedingt zur Feuericherheit des Theaters nötig ist, in der Hinsicht, daß tatsächlich alle die Menschen, die im Theater sind, ungefährdet ins Freie kommen können. Alle anderen Vorschläge sind abgelehnt oder zurückgestellt worden. Ferner möchte ich betonen, daß die Bauten nicht mit

in

in die Summe eingeschlossen sind, die wir als
^{Zus}
Zuschuß geben, sondern die Kosten für die Verbesserungen werden auf die Staatskasse übernommen und dem Banko^{ten}konto überwiesen, weil es eine Verbesserung des Baues ist, der dem Staate gehört. Wir kommen mit unserem Zuschuß zu dem Fehlbetrage nicht damit zusammen, denn dieser betrifft nur die Unterhaltungskosten. Wenn man an den horrenden Fehlbetrag denkt, dann muß man die Frage aufwerfen, ob das Interesse der Stadt an den Theater so groß ist, daß wir diesen Zuschuß leisten müssen. In der Beziehung sind wir als städtische Vertreter doch zu der Überzeugung gekommen, daß, wenn von der Stadt nicht ein angemessener Zuschuß geleistet wird, die Landtagsabgeordneten aus den Landbezirken und den kleinen Städten vielleicht den Etat des Landestheaters ablehnen werden, und dann wäre die Frage aufzuwerfen, was aus dem Theater werden soll. Es zu verpachten oder sonst etwas daraus zu machen, wird schwerlich angänglich sein. Die Stadt Braunschweig hat ein Inter

esse

esse daran, ein Institut in ihren Mauern zu besitzen, in dem Opern und Schauspiele mit guten Kräften gegeben werden können, und das Landestheater ist ein Theater, das ^{als} mit an erster Stelle stehend erhalten werden muß. Auch ein wirtschaftliches Interesse hat die Stadt an dem gesunden Fortbestehen des Landestheaters. Durch das Theater wird Verkehr in die Stadt gebracht und das Einkommen der städtischen Einwohner gestärkt. Durch das Personal, das im Theater tätig ist, hat die Stadt auch eine ansehnliche Steuereinnahme; die Summe, die wir als Zuschuß geben, würde sich schon durch diese Steuereinnahmen allenfalls decken lassen. Es würde bei Aufgabe des Landestheaters durch das Land für die Stadt unbedingt nötig sein, es zu erhalten, unter keinen Umständen dürften wir dulden, daß es in private Hände übergeht oder nur zum Schauspielhause herabgedrückt wird. Darum ist es nötig, daß wir von seiten der Stadt diesen allerdings enormen Zuschuß leisten,

denn

denn das Land hat kein so großes Interesse daran, ob wir in Braunschweig ein solches Theater haben. Ginge das Theater ein, so hätte die Stadt Braunschweig den größten Schaden davon. Sie können versichert sein, daß die Vertreter der Stadt nicht einfach jedem Wunsche nachkommen, sondern alles genau prüfen, ehe wir unsere Zustimmung aussprechen. Wir versuchen, in die Geschäftsführung des Theaters einzudringen, um darauf einzuwirken, daß gespart wird, wo zu sparen ist. Aber an den Bühnengeldern des Personals können wir nicht sparen. Das Personal muß leben können, und die Gehälter und Löhne des Theaters machen gerade den Hauptbetrag des Defizits des Theaters aus. Ich weise darauf hin, daß ~~das Theater einer Summe von 2 Millionen Mark an Gehältern auskommen soll~~ ^{die mit Kapelle zusammen} und der Intendant ist nicht in der Lage, seine Kapelle zu verringern, da er sonst verschiedenes nicht durchführen kann, wie er es möchte. Der Staat hat den Fehler gemacht,

daß

daß er die Mitglieder der Kapelle als Staatsbeamte angestellt hat und sie nun nie wieder los werden kann. Er ist gezwungen, sie durchzuhalten und muß sie bezahlen, auch wenn das Theater eingehen würde. In der Beziehung muß vorsichtig gehandelt werden, daß man nicht Beamte hat, die man nicht dauernd gebraucht und nicht auf anderen Plätzen verwenden kann. Wir haben auch darauf hingewirkt, daß künftig neu zu ernennende ^{Mitglieder d. Kapelle} ~~Sei~~sten nicht in das Beamtenverhältnis eintreten, sondern als Angestellte angenommen werden, so daß man über den ganzen Apparat ein Verfügungsrecht hat.

Ich bitte Sie, die Summe, die gegenüber der Forderung des Staates schon um etwas reduziert ist, zu bewilligen, und glaube, daß sich die Staatsregierung mit diesem Zuschuß der Stadt abfinden lassen wird.

Stadtv. M ä d g e : Meine Damen und Herren!
Ich möchte zunächst meinen Empfinden Ausdruck geben
daß man den Ausführungen des Herrn Vorredners
im großen und ganzen beizutragen kann. Es ist mei-
ner Überzeugung nach durchaus selbstverständliche
Pflicht der städtischen Behörden, dazu beizutragen,
daß ein Kunstinstitut, wie wir es in unserem Thea-
ter haben, erhalten bleibt, solange das überhaupt
nach Lage der Sache möglich ist. Es werden dadurch
an die Stadt erhebliche Anforderungen gestellt,
und wir werden uns darüber klar sein müssen, daß -
wenn nicht eine Änderung der ganzen wirtschaftlichen
Verhältnisse eintritt, mit der man aber augenblick-
lich nicht rechnen kann - daß die Forderungen an
die Stadt mit der Zeit nicht geringer, sondern noch
größer werden. Deshalb möchte ich in erster Linie
bitten, daß man bei den Abmachungen, die mit dem
Theater bezw. mit der Regierung ^{getroffen werden,} der Stadt einen
möglichst weitgehenden Einfluß bei der Verwaltung

des

des Landestheaters sichert. Ich habe früher gehört, daß gesagt wurde: „In die Leitung des Theaters kann die Stadt nicht hineinreden, dazu hat sie nichts zu sagen. Wir können nur bestimmte Mittel bewilligen oder nicht. Handelt es sich um Gehälter, Löhne und um den Betrieb, so kann man nicht hineinreden.“ Das ist eine Auffassung, der ich nicht beipflichten kann. Wenn eine Stadt ganz erhebliche Zuschüsse bezahlen muß, dann resultiert daraus für sie auch das Recht, sich um das Institut in vollem Umfange zu kümmern. Dann kann man auch fordern, daß man ihr wirkliche Bestimmungsrechte über Sachen, die mit den Existenzfragen zu tun haben, zubilligt. In welchem Maße das zu geschehen hat, das kommt selbstverständlich darauf an, in welchem Umfange der Zuschuß die Existenzmöglichkeit des Theaters ^{bedingt} ermöglicht. Selbstverständlich liegt es mir fern, etwa für die Stadt so weitgehende Rechte zu fordern, daß sie mehr oder weniger allein zu bestimmen hat, aber

aber es muß gewährleistet sein, daß die bei der Verwaltung des Theaters mitwirkenden Vertreter der Stadt die Möglichkeit haben, Ausgaben zu verhindern für irgendwelche Stücke und Aufführungen, indem sie sagen: Diese Ausgaben halten wir für absolut nicht gerechtfertigt. Unter Umständen werden sie dabei in Widerspruch kommen zu den Instanzen, die der Ansicht sind, daß solche Ausgaben aus künstlerischen Gründen gemacht werden müssen. Das ist selbstverständlich eine Seite, die außerordentlich schwer zu beurteilen ist, und ich gebe zu, daß es in einzelnen Fällen auch zu Konflikten kommen kann. Es wird heißen: „Vom künstlerischen Standpunkt müssen wir diese neue Oper, diese neue Aufführung bringen, auch wenn sie viele Tausende kostet. Es ist das im Interesse des Theaters nötig, damit es auf seiner künstlerischen Höhe bleibt.“ Derartige Sachen können aber nur von einem Institut ausgeführt werden, wenn man die dazu unbedingt erforderlichen Mittel

tel

tel zur Verfügung hat. Wenn man sich nach der Dek-
ke strecken muß, wird man sich unter Umständen
auch bescheiden und sagen müssen: Wenn wir es mit
den vorhandenen Mitteln nicht möglich machen können,
irgendwelche außerordentlich teureren neuen Auffüh-
rungsrechte zu erwerben, dann müssen wir mit den
vorhandenen Kräften das leisten, was im Bereiche
des Möglichen liegt. Ich möchte deshalb, wenn es
irgend möglich ist, das erreicht sehen, daß der
Einfluß der Stadt bei der Verwaltung und Leitung des
Theaters möglichst weitgehend ist. Was erreichbar
ist, kann ich natürlich jetzt hier nicht ohne wei-
teres beurteilen. Man wird dabei genau prüfen müs-
sen, wie weit die Rechte, die bis jetzt der Stadt
zustehen, einer Erweiterung fähig sind. Ich glaube
bestimmt, daß es möglich sein wird, daß ein erhöhter
Einfluß uns zugesichert werden kann, so daß wir sa-
gen können, für solche Geschichten und Experimente
können wir unter den obwaltenden Verhältnissen Mit-

tel

tel nicht zur Verfügung stellen. Damit haben wir die Möglichkeit, etwas zu verhindern, was uns unnötig Geld kostet. - Ich bitte, daß auf diesen Gesichtspunkt bei den definitiven Abmachungen weitgehende Rücksicht genommen wird.

Im übrigen möchte ich meiner Überzeugung Ausdruck geben, daß bei einem solchen Institut für die Feuersicherheit nach dem modernsten Stande der Technik gesorgt werden muß. Man darf es nicht dahin kommen lassen, daß später einmal gesagt wird: „Hätten wir das geahnt, dann hätten wir das und das gemacht.“ Wenn sich für den Fall einer Feuersgefahr weitere Sicherheitsmaßnahmen treffen lassen, dann muß man sie ~~besondere~~ ausführen, und wenn die maßgebenden Instanzen einsehen, daß heute eine Gefahr besteht, dann dürfen ^{sie} ~~wir~~ auch solche Vorwürfe nicht scheuen, daß es heißt, sie seien ängstlich. Es ist mir bekannt, daß bei dem Neubau des Theaters nicht alle geplanten Änderungen in der Weise ausgeführt wurden,

wie

wie es wünschenswert gewesen wäre, und wie es schon nach dem Stande der damaligen Technik sachgemäß gewesen wäre und von Theaterbaumeistern in ~~40~~ Schriften empfohlen war. Ich erinnere an eine Regen- und Berieselungsvorrichtung. Ein Druck genügt dabei, um sie in Tätigkeit zu setzen, und eine solche hatte der Baumeister auch empfohlen, aber bei dem damaligen Umbau ist sie nicht mit eingerichtet. Es läßt sich zweifellos für eine erhöhte Feuersicherheit im Theater noch etwas tun, und wenn aus dem Grunde Mittel angefordert werden, wird man nicht umhin können, sie zu bewilligen. Vor allem möchte ich durch meine Worte darauf hinwirken, daß man bei diesen Verhandlungen versucht, das Recht und den Einfluß der Stadt auf die Leitung möglichst zu erweitern.

Stadtrat R a l f s : Meine Damen und Herren!
Es ist wohl selbstverständlich, daß, je größer die Verantwortung wird, die wir als Mitglieder des Verwaltungsausschusses des Landestheaters tragen, wir um so mehr auch versuchen, unsern Einfluß geltend zu machen, und in der Beziehung haben wir bereits Erfolge erreicht. Unser Einfluß war zuerst ziemlich minimal, aber die anderen Herren, die zu dem Ausschuß mit gehören, werden mir bestätigen, daß sich die Sache zum Besseren gewandt hat und jetzt auf unseren Rat mehr gehört wird. Natürlich ist für uns in der Sache noch sehr viel zu tun, und wir werden bestrebt sein, unsern Einfluß immer noch mehr geltend zu machen. Wenn Herr Stadtverordneter Mügge gesagt hat, ~~daß er wünscht~~, wir möchten es erreichen, auf die künstlerische Gestaltung im Theater Einfluß zu gewinnen, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß nach der getroffenen Vereinbarung zwischen Land und Stadt wir als Vertreter der Stadt

NUR

nur auf die rein geschäftsmäßige, finanzielle Tragweite der Maßnahmen der Theaterleitung einen Einfluß haben. In künstlerischer Beziehung haben wir nichts hineinzureden. Man ist es ja zweifellos, daß die Finanzfrage auch mit der Ausgestaltung des Repertoires und der künstlerischen Gestaltung im Zusammenhang stehen und in den Sitzungen des Theaterausschusses wir ^{so} auch über künstlerische Fragen zu urteilen haben. Es ist z.B. von uns montiert worden, daß alte gutbraunschweigische beliebte Volksstücke nicht mehr gegeben wurden und die ^{genannten Montags-} Mozartvorstellungen ^{seiner ungefährt werden müssen} vernachlässigt wurden. Sie werden bemerkt haben, daß unserem Wunsche Rechnung getragen worden ist. Wir haben ferner gewünscht, daß das Repertoire mehr auf die Opern eingestellt wird, weil diese immer noch am zugkräftigsten sind. Auch diesen Wunsch hat man erfüllt, und ich kann die Versicherung geben, daß wir nicht nachlassen werden, im Interesse der Stadt zu wirken. Wir werden auch versuchen, auf den

ganzen

ganzen Innenbetrieb mehr Einfluß zu gewinnen; ich habe das mit den Herren schon besprochen. Wir werden uns in dem engeren Ausschuß zusammentun und in die geschäftlichen und Kassenverhältnisse Einblick nehmen, um eine Kontrolle darüber vorzunehmen, ob die Ausgaben in Verhältnis stehen zu dem etatmäßigen Ansatz. Es kann nicht nützen, daß uns ein Etat über 5 Millionen vorgelegt wird und am Ende des Jahres uns dann gesagt wird: „Der Etat ist um das Doppelte überschritten.“ So ist es bisher gewesen.

Nun bedauere ich außerordentlich, daß wir vor die Frage des Umbaus gestellt sind. Herr Stegmann hat darin recht, wenn er sagt: „Derartiges hätte damals gemacht werden müssen.“ Ich habe von Anfang an diesen etwas weitgehenden Projekte der Umbauten Widerstand entgegengesetzt, indem ich gesagt habe: „Wir haben einen der ersten Architekten in Braunschweig ~~gewählt~~ gehabt, der das Theater umgebaut hat, und der wird seine Sache auch gut ausgeführt haben.“

haben." Darauf ist mir geantwortet worden: „Ja, soweit die Mittel gereicht haben." Es ist weitaus das meiste auf den Zuschauerraum verwandt worden und vor dem Bühnenhause hat man Halt gemacht. Ferner trifft zu, daß seit der Zeit des Umbaus unseres Theaters gerade in feuerpolizeilicher Beziehung neue Erfahrungen gesammelt worden sind. Ich erinnere an Hannover, wo ein Bühnenbrand ausgebrochen war. Der eiserne Vorhang hat sich an zwei Seiten ausgebogen und die Stichflamme ist in den Zuschauerraum gesprungen, und diese Gefahr besteht auch bei unserem Theater. Ein wesentlicher Punkt ist, daß der eiserne Vorhang verstärkt und innen und außen mit einer Berieselungsvorrichtung versehen werden muß. Man hat ungefähr 8 Theater in anderen Städten beabsichtigt, um durch den Augenschein ein Urteil zu bekommen. Ich selbst und einige Herren von der Bau-
direktion sind mit dabei gewesen, und es ist darnach der Beschluß gefaßt worden, daß wir diese Änderung
für

für unser Theater unbedingt nötig haben. Es soll aber nur das unbedingt Notwendige ausgeführt werden, so ist z.B. das Projekt der Regenvorrichtung abgelehnt worden, weil es nicht für zweckmäßig genug gehalten wurde und weil die Ausführung zu teuer ist. Aber die notwendigen Arbeiten müssen ausgeführt werden, denn der Staat und auch wir können unmöglich die Verantwortung für die Gefährdung von Menschenleben und für den außerordentlichen Fundus an Kulissen und Garderoben übernehmen.

Ich möchte Sie also auch meinerseits bitten, diesen Zuschuß von 1 250 000 M zu bewilligen.

Stadtv. L e h n e r t : Daß die städtischen Vertreter in dem Verwaltungsausschuß darauf hingewi^{hd} haben, daß der Anschluß des Theaters an das Elektrizitätswerk vorgenommen wird, ist schon bekannt gegeben. Ich füge dem noch hinzu, daß zunächst von dem leitenden Ingenieur des Theaters erklärt wurde, das würde nicht gehen, da sonst die elektrischen Anlagen im Theater umgebaut werden müßten. Aber seitens des Elektrizitätswerkes wurde darauf hingewiesen, daß nur ein Umformer einzubauen sei, und damit haben sich die Herren dort bescheiden müssen. Wir beabsichtigen mit dem Anschluß des Theaters das Elektrizitätswerk voll auszunutzen, und das zu erreichen, hielten wir uns als Vertreter der Stadt für verpflichtet.

Auch auf die Ausgestaltung des Spielplanes versuchen wir einzuwirken. Ich mache darauf aufmerksam, daß nach Möglichkeit die Kräfte beschäftigt werden; wenn Opern im Theater gegeben werden, werden

im

im Schloß Kammerspiele aufgeführt, und wir haben feststellen können, daß die Kammerspiele nicht mit Defizit gearbeitet haben, sondern daß ein kleiner Überschuß dabei herausgekommen ist. Aber auf die Besserung in einem Punkte konnte nicht genügend hingewirkt werden, es betrifft das die Ausgaben für die Beamten an der Kapelle, von der schon Herr Marth gesprochen hat. In den vergangenen Jahren war der Betrag dafür 1 Million Mark, jetzt sind die Feuerungszulagen hinzugekommen, die Ausgabe wird immer größer, und das ist der Klotz am Bein des Landestheaters. Dadurch, daß die Herrschaften Beamte geworden sind, ist ihnen die Möglichkeit gegeben, in die 9. und 10. Gehaltsgruppe hineinzukommen, und damit muß gerechnet werden. Wir haben aber unsererseits durchgesetzt, daß nicht mehr, wie in früheren Jahren, der Bühnenmeister seine Einkäufe allein macht, sondern daß sie jetzt durch die Zentrale gehen, und in dieser Forderung haben sich uns die

Ver-

Vertreter aus dem Landtage angeschlossen. Wir haben noch verschiedene andere kleine Sachen erreicht und haben uns nach der Seite der äußeren Verwaltung hin jetzt wohl durchgerungen. Glauben Sie mir, daß wir nicht so leicht daran gegangen sind, Sie um die Bewilligung eines so großen Zuschusses zu ersuchen. Aber bewilligt die Stadt den Zuschuß nicht und der Landtag würde aus dem Grunde auch seine Unterstützung versagen, dann handelt es sich um den Verlust der Existenz für 350 - 360 Personen. Wenn heute jemand sagen würde: „Dann müssen sie sehen, wo sie unterkommen,“ dann muß ich erwidern: „So rasch ist heutzutage die Existenz einer Familie nicht wieder aufgebaut.“ Schon aus dem Grunde empfiehlt es sich, die Bewilligung vorzunehmen. Glauben Sie auch nicht, daß die Verträge mit den Künstlern leichtfertig abgeschlossen werden. Wir haben einen ganz besonders großen Mann am Theater, der von Braunschweig bis zu den sächsischen Städten oft hin-und herpendelt

und

und der, wenn es ihm nicht beliebt, einfach krank spielt. Mit dem ist kein Vertrag auf festes Gehalt abgeschlossen, er bekommt nur Spielhonorar, damit er nicht glaubt, seine Gage ohne weiteres zu bekommen. Nur für den Abend, an dem er spielt, bekommt er seine Bezüge, und damit ist er abgepfiffen. Sie sehen also, daß mit dem Gelde sorgfältig umgegangen wird und daß dafür gesorgt wird, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Ich möchte Sie ersuchen: Stimmen Sie der Bewilligung des Zuschusses zu !

Stadt. M a r t h : Herr Mäde meint, der Einfluß der städtischen Mitglieder des Verwaltungsausschusses für das Theater müßte vermehrt werden. Ich kann versichern, daß der Einfluß der Vertreter der Stadt ebenso groß ist wie der der Vertreter des Landes, trotzdem das Land an dem Zuschuß für das Theater mit einer höheren Summe als die Stadt beteiligt ist, und mehr können wir nicht verlangen.

Nun könnte durch die heutige Besprechung im Publikum der Anschein erweckt werden, daß das Theater nicht mehr feuersicher wäre. Das trifft aber durchaus nicht zu. Unser Theater ist noch immer eins der besteingerichteten Theater in Deutschland, besonders der Zuschauerraum ist in Beziehung auf Feuersicherheit einwandfrei. Auch das Bühnenhaus ist im ganzen einwandfrei, es handelt sich nur um einzelne Stellen, von wo aus man nicht ohne weiteres jeden einzelnen Menschen von der Bühne entfernen kann und das trifft besonders zu für die Feuerwehrleute,
die

die an exponierten Stellen stehen und bis zum letzten Augenblick ausharren müssen. Auch für die muß Gewähr gegeben sein, daß sie ihren Platz in Gefahr noch verlassen können, und das sind eigentlich die ganzen Umbauten, die wir unbedingt erledigen müssen. Ich möchte also nicht, daß der Anschein erweckt würde, als wenn das Theater nicht mehr feuersicher wäre, sondern es ist in bezug auf Feuersicherheit eins der besteingerichteten, die es überhaupt gibt.

Stadtfr. Frau Götze: Wenn an die Gewährung des städtischen Zuschusses die Bedingung geknüpft würde, daß den städtischen Vertretern mehr Einfluß gewährt wird, so kann uns das nur angenehm sein, denn das würde uns nur in unserm ^{ung} Bemühen unterstützen, die aus dem heute hier Vorgetragenen ersichtlich sind. Daß wir aber so weit gehen sollten, daß wir - wie es Herr Mäde wünscht - Einfluß darauf haben, ob diese oder jene Oper gegeben wird und Aufwendungen dafür gemacht werden, das würde doch zu weit gehen. Damit würden die städtischen Vertreter zu einem künstlerischen Beirat werden, und ich glaube nicht, daß man sich von seiten des Theaters darauf einlassen kann.

Im übrigen kann auch ich sagen, daß die baulichen Veränderungen sich hauptsächlich auf die Feuer-sicherheit des Bühnenraumes beziehen.

- 175 -

Die Versammlung bewilligt den beantragten
Zuschuß von 1 250 000 Mark.

9. Zuschuß der Stadt für die kaufmännische
Fortbildungsschule 1921/22.

Stadtv. Frau G ö t z e : Die Handelskammer hat sich mit der Bitte an den Rat gewandt, sich zur teilweisen Deckung des Fehlbetrages der kaufmännischen Fortbildungsschule für das Rechnungsjahr 1921/22 bereit zu finden. Er beträgt im ganzen 240 442,25 Mark, und das von der Stadt zu übernehmende Drittel macht die Summe von 80 147,42 Mark aus. Der Rat der Stadt ersucht die Stadtverordneten, zuzustimmen, daß dieser Betrag zu Lasten des Kapitels XXIV 13 des Haushaltsplanes gezahlt wird. Die Finanzkommission ist in ihrer Vorberatung dieser Angelegenheit zu der Ansicht gekommen, daß, wie schon immer, auch in diesem Jahre dieser Teil des Fehlbetrages der kaufmännischen Fortbildungsschule von der Stadt gedeckt werden muß, und so bitte ich die Versammlung namens des Ausschusses, der Zahlung zuzustimmen.

- 177 -

Der Zuschuß wird bewilligt.

(Punkt 9).

10. Zuschuß der Stadt für das Schwestern-
und Krankenhaus vom Roten Kreuz für
1921/22 und 1922/23.

Stadt. Frau G ö t z e : Jetzt handelt es sich um bedeutend größere Summen, um die ich die Versammlung bitten muß, nämlich um einen Zuschuß für das Schwestern- und Krankenhaus vom Roten Kreuz, das in großer finanzieller Verlegenheit ist. Es hat ein Defizit aus dem Jahre 1921/22 in Höhe von 175 000 M., und außerdem ist ein Voranschlag für das laufende Geschäftsjahr beigelegt, aus dem hervorgeht, daß man sich bei Aufstellung desselben sagen mußte, daß das Defizit 500 000 M. betragen wird, aber wie hier angegeben wird, ist vor auszusehen, daß es sich noch bedeutend erhöhen wird. Vorläufig können wir uns nur an die genannte Summe halten, um deren Deckung wir in Gemeinschaft mit der Staatsregierung ersucht werden.

In der Finanzkommission haben wir uns über die-

se Sache länger unterhalten. Es ist ein Gutachten von Herrn Geheimrat Dr. von Holwede eingeholt, und dieser kann nicht anders, als sich dafür erklären, daß unter allen Umständen dieses Krankenhaus erhalten wird, und zwar besonders zur Ausbildung von Krankenschwestern, denn dafür muß ein Übungsfeld vorhanden sein. Von den 80 Betten des Krankenhauses sind augenblicklich 60 belegt. Nun könnte der Gedanke entstehen, diese Kranken könnten auch anderwärts untergebracht werden, und das ließe sich am Ende wohl noch ermöglichen, aber es handelt sich um Ausbildung von Schwestern, und das ist ein besonders wichtiger Punkt. Es haben darüber lange Verhandlungen stattgefunden und unter anderem ist ins Auge gefaßt, daß der Staat das Gebäude mit seinen Einrichtungen zur Einrichtung einer Heilstätte für Tuberkulose übernehme. Das wäre natürlich nur ein trauriges Aushilfsmittel gewesen, denn die vielseitigen Ausbildungsmöglichkeiten für Schwestern,

die

die in einem allgemeinen Krankenhause, wo alle möglichen Leiden und Krankheiten der Menschen behandelt werden, vorhanden^{sind}, würden natürlich in einer solchen Tuberkulose-Fürsorgestelle nicht zu finden sein, auch dann nicht, wenn für alle Arten der Tuberkulose Behandlungsgelegenheit gegeben wird. Darum ist es für die Ausbildung von Schwestern unter allen Umständen besser, wenn das Rote Kreuz-Krankenhaus in seinem jetzigen Bestande erhalten wird. In übrigen hat der Staat sich auch nicht bereit finden lassen, das Haus für die Tuberkulosebehandlung zu übernehmen, denn er wünscht dafür ein in besserer Gegend liegendes Grundstück. Es stand demnach der Vorstand des Krankenhauses vom Roten Kreuz vor der Eventualität, das Haus zu schließen, oder zu bitten, daß staats- und stadtseitig ihm dieser namhafte Zuschuß gewährt wird, und so sind wir in der Finanzkommission zu der Ansicht gekommen, daß wir der wohlthätigen Arbeit dieses Hauses für die Allgemeinheit

heit

heit und namentlich auch für die Ausbildung der Krankenschwestern zu Hilfe kommen müssen. Es wird deshalb von dem Finanzausschuß vorgeschlagen, dem Antrage des Rates zu folgen, der lautet:

sich damit einverstanden zu erklären, daß stadtseitig die Hälfte des für 1921/22 berechneten Fehlbetrages des Schwestern- und Krankenhauses vom Roten Kreuz hier mit $\frac{175\ 000\ \text{M.}}{2}$, sowie die Hälfte des für 1922/23 veranschlagten Fehlbetrages von $\frac{500\ 000\ \text{M.}}{2}$ übernommen wird, falls der Staat die andere Hälfte übernimmt.

Ich bitte Sie, sich diesem Beschlusse des Finanzausschusses anzuschließen.

Stadt. Dr. S c h u l t z e : Meine Damen und Herren! Ich halte es für durchaus notwendig, daß das Krankenhaus vom Roten Kreuz in seinem Bestehen geschützt wird und daß die beantragten Mittel dazu verwilligt werden. Wenn wir das nun aber tun, so tauchen daraus gewichtige Fragen vor meinem Auge auf, über die ich Auskunft haben möchte. Es würde mich interessieren, zu erfahren, wie hoch die eigenen Mittel des Roten Kreuzes in Zukunft sein würden und wie sich der Zuschuß des Staates und der Stadt zu den übrigen Einnahmen des Roten Kreuzes verhalten. Unter Umständen wäre vielleicht zu erwägen, ob es nicht richtiger wäre, wenn der Staat oder die Stadt die Anstalt vollkommen übernehmen würde. Dazu, daß man aus dem Krankenhause eine Lungenheilstätte errichtet wie in Stiege und anderen Orten des Harzes, ist die Umgebung der Anstalt nicht geeignet. Die Lungenkranken sollen spazieren gehen, in den Garten hinausgehen und in die nähere Umgebung, und dazu

ist

ist hier keine Gelegenheit geboten. Etwas anderes ist die Frage der Einrichtung einer Anstalt für tuberkulosekranke Kinder und für Knochentuberkulose-Kranke, die den ganzen Tag in der Sonne liegen müssen; dazu sind die vorhandenen Räume der Anstalt außerordentlich geeignet und es wäre möglich, dieser Frage näherzutreten. In dem Landeskrankenhaus liegen die Verhältnisse nicht so günstig; ein solches Sonnenbad ließe sich nur auf dem Dache der Anstalt herrichten. Die Einrichtung eines solchen besonderen Krankenhauses, wie ich angegeben habe, aus dem RotenKreuz-Krankenhaus ließe sich aber leichter vornehmen, wenn der Staat und die Stadt mehr Einfluß auf dieses Rote Kreuz-Krankenhaus hätten. Ich möchte deshalb anfragen, wieweit der Einfluß des Staates und der Stadt geht und wieviel Zuschuß prozentualiter der Staat und die Stadt leisten.

Stadtrat von F r a n k e n b e r g : Dem Schwestern- und Krankenhause vom Roten Kreuz stehen eine ganze Reihe von Einnahmen zur Verfügung, Kapitalien besitzt es allerdings sehr wenig. Es hat Einnahmen aus Zuschüssen seitens des Zentralkomitees für das Rote Kreuz wie auch solche für die Entsendung von Schwestern, vor allen Dingen aber Einnahmen aus den verschiedenen Stationen, die es unterhält, indem sowohl in der Stadt wie außerhalb des Landes Rote Kreuz-Schwesteren tätig sind. Die Herrschaften wissen, daß wir in unserem städtischen Krankenhause 20 solche Schwestern haben, und ebenso sind solche auch in anderen Krankenhäusern und in Privatkliniken in segensreicher Weise tätig. Dadurch fließen dem Hause gewisse Einnahmen zu, während den Schwestern dort freie Station und Taschengeld gewährt wird. Das hiesige Rote Kreuz ist bemüht, trotz seiner bescheidenen Geldmittel die Bezahlung der Schwestern in Einklang zu halten mit den vom Zentral-Komitee

des

des Roten Kreuzes und der Schwesternschaft herausgegebenen Richtlinien. Es ist darin, wie ich von der Oberin erfahren habe, neulich wieder eine Verbesserung erfolgt und eine weitere steht in Aussicht. Auch wir werden nicht umhin können, die Bezüge, die wir dem Roten Kreuz wegen der Stellung der 20 Schwestern im städtischen Krankenhaus^{Leiden} wieder aufzubessern, doch wird den geehrten Herrschaften darüber eine besondere Vorlage zugehen.

Die sehr beachtenswerten Vorschläge des Herrn Stadtverordneten Dr. Schultze werden im Vorstande des Roten Kreuz-Krankenhauses gern durchgesprochen werden. Aus unserer Versammlung ist dort neben meiner Wenigkeit seit langen Jahren Herr Rasche tätig, wir haben also dort einen gewissen mitbestimmenden Einfluß. Unser Haupteinfluß von seiten der Stadt liegt aber selbstverständlich darin, daß derartige Zuschüsse, wie sie heute auf der Tagesordnung stehen nur widerruflich bewilligt werden und wir durch das

Be-

Bewilligungs- und ^{Gel.} ~~Versorgungs~~ ~~Recht~~ ~~uns~~ ~~Haltung~~
verschaffen können. Außerdem hat die Stadt, wie die
Herrschaften wohl wissen, eine namhafte Hypothek
und außerdem Darlehen der Anstalt gewährt, sie ist
also als eine Hauptgläubigerin des Roten Kreuz-
Krankenhauses zu betrachten. Die Anstalt ist sorg-
fältig bemüht, sich weiter auf der Höhe zu halten,
muß aber mit den heute gegebenen außerordentlich
schwierigen Verhältnissen rechnen. Wenn ein fester
Zusammenhang des Roten Kreuz-Krankenhauses mit dem
Landeskrankenhause geschaffen werden könnte, so
würde das in manchen Punkten über die finanziellen
Schwierigkeiten hinweghelfen. Ich möchte aber war-
nen, daß unsere Stadt das Rote Kreuz-Krankenhaus
jemals übernehme, denn während jetzt unser Bestre-
ben dahin geht, daß Stadt und Stadt sich in dem
Defizit teilen, würden wir dann Träger der ganzen
Anstalt wegen eines Zuschusses zu den Kosten
sein und würden höflichst als Bittflehende

an

an den Staat heranzutreten haben, und dem wollen wir uns doch gewiß nicht aussetzen.

Stadt, Frau G ö t t e : Wenn es gewünscht wird, kann ich aus dem Etat des Schwestern- und Krankenhauses vom Roten Kreuz einige Angaben machen. Die Ausgabe ist auf 901 129,25 M angegeben. Im vorigen Jahre haben größere Sammlungen für das Rote Kreuz stattgefunden und daraus sind eingenommen 53 816 M. Im übrigen hat die Stadt sich immer nur auf einen Zuschuß von 15 000 M festgelegt, aber es waren damals auch andere wirtschaftliche Verhältnisse. Auch der Staat hat einen Zuschuß von 15000 M bewilligt. Vom Braunschweigischen Landesverein vom Roten Kreuz sind eingenommen 6 157,20 M, vom Vaterländischen Frauenverein (Hauptverein) 10000 M, vom Vaterländischen Frauenverein Braunschweig 5000 M, von der Landesversicherungsanstalt 3000 M, von der Jüdelstiftung 10 000 M, von dem Wohlfahrtsausschuß der Braunschweigischen Industrie 1000 M, vom Männerturnverein 1000 M, vom Deutsch-Österreichischen Alpenverein 1000 M, an Zinsen 1375,85 M. Die Haupt-

ein-

einnahmen waren immer noch die Pflegegelder für Kranke und für Stationsschwwestern, von Krankenkassen, von der Armendirektion, für Röntgenaufnahmen usw., das sind 300 827 M.

Ich will nicht unterlassen hinzuzufügen, daß es der dringende Wunsch der Oberin ist, ihre Schwestern besserzustellen, sobald sie dazu in der Lage ist, und durch die Gewährung größerer Zuschüsse würde das möglich gemacht werden.

Die Versammlung gewährt die in der Ratsvorlage verlangten Zuschüsse.

(Punkt 10).

11. Änderung der Grundsätze über Ruhelöhne und
Hinterbliebenenversorgung.

Stadt v. S a u e r b i e r : Durch Beschluß der städtischen Behörden vom 23. Februar bzw. 9. März d. J. sind für die städtische Fortbildungsschule zum 1. April d. J. die Gewerblerinnen Fräulein Käthe R ü d e r, Hedwig O b e r h e y und Hedwig S t e i n h o f angenommen worden. Auf Grund des Paragraphen 1 Nummer 5 des Versicherungsgesetzes für die Angestellten vom 20. Dezember 1911 unterliegen die ebengenannten der Angestelltenversicherungspflicht. Es kann aber auf Grund des Paragraphen 9 des Gesetzes eine Befreiung von dieser Versicherungspflicht erfolgen, wenn den in einer Gemeinde Beschäftigten Anwartschaft auf Ruhesold und Hinterbliebenenrente im Mindestbetrage nach den Sätzen einer vom Bundesrate festzusetzenden Gehaltsklasse nach § 16 des Versicherungsgesetzes geleistet ist. Diese Leistungen sind aber in den „Grundsätzen für die Bewilligung von Ruhe Lohn und Hinterbliebenenversorgung für die ohne Pensionsberech-
ti-

tigung im Dienste der Stadt Braunschweig beschäftigten Personen* nur für eheliche oder durch nachfolgende Ehe legitimierte Kinder vorgesehen, nicht aber für uneheliche, resp. Waisen. Da nun aber den Beamtinnen und den weiblichen mit Aussicht auf feste Anstellung angenommenen Angestellten das Eheschließungsrecht gesetzlich gegeben ist, ohne deshalb aus dem Dienst entlassen werden zu können, macht sich eine Änderung der städtischen Ruheohn-Grundsätze notwendig, sofern eine Befreiung von der Angestelltenversicherungs-pflicht erfolgen soll. Diese Befreiung hält der Rat der Stadt in den 3 erwähnten und vielleicht später sich noch ergebenden Fällen notwendig. Die Beiträge zur Angestelltenversicherung würden nach dem jetzt geltenden Gesetz für die drei erwähnten Lehrerinnen jährlich 1728 M betragen. Diese gezahlten Beträge erhält aber die Stadt bei fester Anstellung der Gewerbelehrerinnen und ähnlicher weibl. Angestellten nicht zurück, sondern sie würden als nutzlos fortge-

WOF-

vorher gelten müssen.

Der Rat der Stadt gibt daher anheim, zustimmen zu wollen, daß der Paragraph 9 des Anhangs der Grundsätze für die Bewilligung von Ruhe-lohn und Hinterbliebenenversorgung vom 18. Juni 1914 dahingehend ergänzt wird, daß hinter dem Worte „ehelichen“ die Worte „und unehelichen“ ~~und~~ eingeschaltet werden. - Der Rechtsausschuß empfiehlt Ihnen, diesem Ersuchen des Rates zustimmen zu wollen.

Der Vorsitzende ist im Begriffe, über den Ratsantrag abstimmen zu lassen. Herr Stadtverordneter Dietermann meldet sich zum Wort und bemerkt:

Wie können wir abstimmen über etwas, was wir nicht verstanden haben. Ich habe von dem Referat kein Wort verstanden und weiß nicht, um was es sich dreht.

V o r s i t z e n d e r: Wenn ein Mitglied aus der Versammlung sagt, er habe den Wortlaut des Berichts nicht verstanden, so können wir doch daraufhin nicht noch einmal die Erstattung des ganzen Berichts fordern.

Der Referent, Herr Stadtverordneter S a u e r - b i e r wiederholt mit kurzen Worten seinen Bericht.

V o r s i t z e n d e r: Es empfiehlt sich, daß in der Zukunft, wenn der Bericht des Herrn Referenten von einem einzelnen Stadtverordneten nicht

or-

ordentlich zu verstehen ist, das durch Zuruf während des Vortrages des Referenten verlauten zu lassen.

Der Antrag des Rats auf Änderung des Statuts wird angenommen.

12. Herriichtung einer Wasserentnahmestelle für die
Kleingärten in der Nähe der Honrothstraße.

Stadt v. G a r t u n g: Im Zuge der Honrothstraße und der daneben projektierten Straße befinden sich auf städtischem Gebiet über 100 Kleingärten, und diese letzteren haben infolge der trockenen Sommer in den Vorjahren sehr unter dem Wassermangel zu leiden gehabt, denn Wasser ist in der Nähe nicht zu haben, da Brunnen und Wassergräben sich in der Nähe nicht befinden. Die Pächter dieser Gärten sind nun an den Rat der Stadt mit einer Eingabe herangetreten, worin gebeten wird, eine Wasserzapfstelle in jener Gegend einrichten zu lassen. Das dazu nötige Wasserrohr liegt schon in der neu projektierten Straße. Die Anlagekosten wollen die betreffenden Kleingärtner gern mit 15% verzinsen und tilgen. Der Rat der Stadt hat dieser Eingabe zugestimmt, und auch im Bauausschuß haben wir die Anlage einer solchen Wasserzapfstelle gutgeheißen. Ich bin beauftragt, bei Ihnen

zu

zu beantragen, gleichfalls Ihre Zustimmung auszusprechen und die Kosten, die sich auf etwa 2000 Mark belaufen werden, zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Bauausschusses zu.

13. Vorschußzahlungen an Lehrkräfte in Rücksicht
auf die allgemeine Erhöhung der Gehälter vom
1. Mai 1922.

Stadt v. S i e v e r s : Meine Damen und Herren !
Wir haben schon in der vorigen Sitzung für Mittel-
schullehrer und -Lehrerinnen, Gewerbelehrer und Ge-
werbelehrerinnen und noch ein paar Kategorieen
der städtischen Lehrkräfte Vorschußzahlungen bewil-
ligt und zwar deshalb, weil die Gehälter im Reiche
und im Lande am 1. April erhöht sind und mit Sicher-
heit anzunehmen ist, daß wir für die städtischen
Lehrkräfte diese Erhöhung gleichfalls vornehmen
werden. Jetzt schlägt der Rat abermals vor, den
genannten Lehrkräften Vorschüsse zu zahlen, weil
inzwischen vom Reiche und von den Ländern die Teue-
rungszulagen erhöht worden sind. Als Vorschußsumme zu
bewilligen wird beantragt

- 1) 1500 Mark für die Fachlehrerinnen an der Mittel-
schule und am Lyzeum, sowie für die Mittelschul-
leh-

lehrerinnen, Gewerbe- und Lyzeallehrerinnen, wenn sie nicht mehr als 16 Besoldungsdienstjahre haben, 2) 2000 Mark den genannten Lehrerinnen, wenn sie mehr als 16 Besoldungsdienstjahre haben, und den Mittelschullehrern, Gewerbe-, Oberrealschul- und Lyzeallehrern bis zu 16 Besoldungsdienstjahren, 3) 2500 Mark den genannten männlichen Lehrkräften, falls ihr Besoldungsdienstalter 16 Jahre übersteigt, und den beiden Mittelschuldirektoren, 4) 1500 Mark den Hilfslehrern und Hilfslehrerinnen sämtlicher Gruppen.

Diese Zuschüsse werden bei der demnächst vorzunehmenden endgültigen Regelung der Gehälter voll angerechnet werden.

Der Schulausschuß beantragt Annahme der Ratsvorlage.

- 201 -

Die Versammlung stimmt der Vorlage zu.

(Punkt 13)

14. Antrag Steinert, betreffend Ersatz des im vorigen Jahre abgerissenen Springturms in der städtischen Badeanstalt durch einen neuen.

Wortlaut des Antrags siehe Seite 7 dieses Berichts.

Stadtverordneter S t e i n e r t (zur Begründung): Meine Damen und Herren! Die Badesaison ist ziemlich weit vorgerückt und um so nötiger ist es, daß meinem Antrag so bald als möglich Folge gegeben wird. Der Springturm in der städtischen Badeanstalt mußte im vorigen Jahres abgerissen werden, weil er baufällig geworden war und bei einer weiteren Benutzung die Beteiligten hätten Schaden nehmen können. Ich habe Anfang dieses Jahres wegen Neuherichtung eines Springturms mit Herrn Bürgermeister Meyer, der der Dezernent für das Badewesen und Vorsitzender der Baddeputation

ist

ist, Rücksprache genommen und auf die Wiedererrichtung eines Springturms hingewiesen. Die Sache hat sich dann hingezogen und lag schließlich so, daß Herr Bürgermeister Meyer erklärte, ein Verein habe sich bereit erklärt, einen Springturm zu bauen. Ich habe aber nachträglich erfahren, daß der Verein es abgelehnt hat, den Turm zu erbauen, und war der Ansicht, daß nun die Stadt dazu übergehen müsse, einen solchen Springturm wieder zu errichten. Ein solcher ist unbedingt nötig, wenn die Schwimmsportler ihre Übungen und Prüfungen abhalten wollen. Dabei ist die Städtische Badeanstalt die einzige in Braunschweig, wo diese Sportler sich betätigen können. Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie, meinem Antrage zuzustimmen, damit noch in dieser Badesaison die Sache in Gebrauch genommen werden kann.

Weiter möchte ich darauf aufmerksam machen, daß das Sprungbrett in der Städtischen Badeanstalt

stalt reparaturbedürftig sein soll. Es ist ein großer Mangel für eine Badeanstalt, wenn nicht einmal ein ordnungsmäßig gehaltenes Springbrett vorhanden ist.

Der von dem Antragsteller gewünschten dringlichen
Beratung des Antrags stimmt die Versammlung zu.

Bürgermeister M e y e r : Meine verehrten
Herrschaften! Es ist in den Räte der Stadt wieder-
holt über die Errichtung des Springturms in der
Städtischen Badeanstalt gesprochen worden, vor
allen Dingen anlässlich der Beratung des Etats für
das abgelaufene Jahr. Ich habe damals ^{erklärt} ~~Mitteilung~~
~~genommen~~, daß es erwünscht ^{sei} ~~ist~~, Ersatz für den ab-
gebrochenen Springturm zu schaffen, und wenn ich
nicht irre, sollte er damals 6000 M kosten. Der Rat
war wie immer sehr sparsam, und glaubte es nicht
verantworten zu können, den Stadtverordneten zu
empfehlen, ~~für diese Sache~~ 6000 M auszugeben. Inzwi-
schen ist ein Jahr vergangen und die Preise sind
für uns noch ungünstiger geworden. Als im Rat über
den

den diesjährigen Etats verhandelt wurde, hatte die Bauverwaltung erklärt, daß ein ~~ein~~^{der} ~~so hoher~~ Turm jetzt 18 000 M kosten würde. Das war dem Rat erst recht zu teuer, und so ist dieser Posten nicht ^{eingeführt} genehmigt worden. Wenn Ihnen der Etat ~~f~~ vorgelegt wird, werden Sie diese Summe also nicht darin finden. Durch einen günstigen Umstand hatte es sich gefügt, daß Aussicht vorhanden war, diesem Mangel eines Springturms dadurch abzuheffen, daß der Schwimmverein von 1902 sich ^{erboten falls} ~~bereit erklärte~~, die Kosten für Errichtung eines Turms zu tragen, ~~wenn die Aufstellung ihn nicht zu~~ ~~teuer käme~~. Wir haben geantwortet, daß wir nichts dagegen hätten, jedoch verlangen müßten, daß der Turm von sämtlichen Badegästen benutzt werden dürfe und in

in das Eigentum der Stadt überginge. Darauf haben wir keine Antwort bekommen, aber wir haben doch immer noch in der ~~guten~~ Hoffnung gelebt, daß der Verein den Bau ausführen würde. Nun höre ich von Herrn Steinert, daß Schwierigkeiten ~~in der Sache~~ entstanden sind und aus dem Bau des Turmes durch den Verein einstweilen nichts wird. Es ist ~~nun aber~~ zu beachten, daß der Bau jetzt ^{auf} für 18 000 M nicht mehr ausgeführt werden kann; wenn das der Preis im ~~ver~~igen Dezember oder im letzten Frühjahr war, so wird der Turm heute ^{fix} 24 000 M kosten, ~~ja~~ vielleicht noch mehr. Bei dieser Sachlage muß ich es Ihnen überlassen, ein dringliches Ersuchen ~~in dieser Hinsicht~~ an den Rat zu richten, unter allen Umständen den Turm

zu

zu bauen. Ich will nicht verkennen, daß die Benutzung des Turms für die Schwimmer von Bedeutung ^{ist;} ~~ist~~ es wird die Entschlußfähigkeit und der Mut, dadurch gestärkt, ^{daß} ~~wenn die~~ Schwimmer von einem höheren Punkt aus ins Wasser springen ~~sollen~~. Ob es bei der Geldmisère, in der sich die Stadt befindet, ~~es~~ zu verantworten ist, wenn für ^{die} verhältnismäßig wenig ~~Leute~~, die den Turm benutzen, eine solche Ausgabe gemacht wird, das zu entscheiden, muß ich Ihnen überlassen.

Stadtverordneter S t e i n e r t: Wierse-
hen hier einmal wieder, wie der Rat der Stadt auf
jede Weise zu sparen versucht und hier einmal
wieder verkehrt gespart hat. Wäre der Turm gleich
wieder gebaut, als er abgerissen war, stände er jetzt
für 6000 M da und wäre im ganzen Jahre gebraucht;
heute kostet er dreimal so viel. Allerdings ist es
richtig, daß der betreffende Verein, der den Turm
hat bauen wollen, dieses abgelehnt hat, und zwar
aus dem Grunde, den der Herr Bürgermeister ange-
führt hat, und das ist leicht zu erklären. Wenn ir-
gend eine Korporation eine solche Sache aufstellen
läßt, muß sie dafür ebensoviel Geld aufbringen wie
die Stadt, vielleicht noch mehr, weil die Ausführung
von Privatunternehmern geschehen muß, die mehr ver-
dienen wollen, als die Stadt selbst gibt. Deshalb
sagt eine solche Korporation: Dann wollen wir den
Turm für uns haben. Daran, daß der Rat der Stadt die
Bedingung gestellt hat, daß der Turm in das Eigen-
tum der Stadt übergehen müsse, ist die Ausführung

Ge-

gescheitert. Daß ein solcher Springturm in einer städtischen Badeanstalt vorhanden sein muß, ist ganz klar. Die einzelnen Schwimmvereine gebrauchen ihn bei ihren Übungen, und außerdem gibt es Schwimmsportler genug, die keinem Verein angehören und den Turm vermissen. Die Vereine sind nicht in der Lage, in der Städtischen Badeanstalt eine Schwimmkonkurrenz zu veranstalten, sie können keinen auswärtigen Verein einladen, weil alle solche Veranstaltungen mit Springübungen verknüpft sind. Daß kein 3 m-Brett vorhanden ist, hindert also auch den Verkehr, von dem die Stadt wieder Nutzen hätte. Ich möchte bitten, meinem Antrage zuzustimmen und die Kosten zu bewilligen, damit ein Springturm in der Städtischen Badeanstalt unter allen Umständen gebaut wird.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Meine Damen und Herren! Herr Steinert sagte eben: „Man sieht bei dieser Gelegenheit wieder, wie der Rat versucht zu sparen?“ Allerdings Herr Steinert, wir haben die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, sparsam zu sein. Blicken Sie in die Kassen aller Städte, überall heißt es: „Das Geld, das wir nötig haben, ist nicht mehr zu beschaffen.“ Es bleibt nichts anderes übrig, als das Wohl der Stadt durch Sparsamkeit zu retten. Sie können nicht bestreiten, daß der Rat der Stadt im Laufe vorigen Jahres allen Ihren Anträgen ~~statt~~ gegeben hat, aber nicht in einem Falle hat die Stadtverordnetenversammlung gesagt: „Hier sind die Mittel dafür.“ Nein Sie haben sich, um die Beschaffung der Mittel nie Sorge gemacht, das haben Sie dem Rat überlassen. Jetzt sind wir soweit, daß wir den diesjährigen Etat mit einem Defizit von 16 Millionen Mark abschließen müssen. Man schämt sich, mit einem solchen Etat in die

Öffent

Öffentlichkeit zu treten. Wir haben nach allen Richtungen überlegt, wie es einzurichten ist, um aus diesem gewaltigen Defizit herauszukommen - es war nicht möglich. Wollen Sie uns wirklich zumuten, alles Gewünschte ohne weiteres unbesehen zu bewilligen? Ich gebe zu, daß bei einer solchen Summe, wie das Defizit jetzt ausmacht, die 24 000 M keine Rolle spielen, aber ich habe mit vielem Interesse im Laufe des vorigen Jahres beobachtet, wie die meisten von Ihnen ein Steckenpferd reiten, und wenn der betreffende Verein einen Antrag stellt, dann sagten Sie jedesmal: „Was hier beantragt wird, ist unbedingt erforderlich.“ Damit kommen wir schließlich auf eine schiefe Ebene. Ich glaube, so lange der Rat noch selbständig neben Ihnen denken darf - Sie wollen es ja anders haben -, können Sie es uns nicht verdenken, wenn wir sagen: „Ehe wir bewilligen, müssen Sie uns die Wege zeigen, auf denen wir zu Gelde kommen.“ Wir waren durch die letzten Zahlungen, die uns zuteil geworden sind, in die Lage gekommen

die

die schwebende Schuld der Stadt auf 13 Millionen Mark herunterzuarbeiten; sie ist in diesen Tagen wieder flott in die Höhe gegangen und bereits wieder auf 16 Millionen angekommen. Wohin die ganze Wirtschaft in dem deutschen Reich und in den Städten noch führen soll, weiß ich nicht; man sollte fast verzweifeln, ~~denn~~ ich sehe keine Möglichkeit, wie es besser werden soll. Wenn man jetzt sagt: „Das Reich wird den Städten mehr überweisen,“ muß man sich fragen: „Ist denn das Reich überhaupt in der Lage, den Städten noch wesentlich zu helfen?“ Ich fange an, daran zu zweifeln. Man mag noch Auskunftsmittel für den Augenblick finden, ich weiß aber nicht, ob es auf die Dauer gehen wird. Ich möchte vor allen Dingen bitten, dem Rat keine Vorwürfe zu machen, wenn er ~~er~~ seinerseits sparen will.

Stadtv. L e h n e r t : Die Badeanstalt ist eine städtische, und wer dort hineingeht, muß einen bestimmten Obulus abladen, um überhaupt Zutritt zu erhalten, und die Gebühren für die Badeanstalt haben wir schon die ganzen Jahre hindurch gemäß den Verhältnissen erhöht. Indem ich aber meine Gebühr bezahlt habe, kann ich auch verlangen, daß mir in der städtischen Badeanstalt das geboten wird, was man zum Baden unbedingt nötig hat. Das ist doch klar! Daß ich nicht in Bier und Branntwein baden will, ist selbstverständlich; so etwas ist Luxus und würde sich keiner mehr erlauben. Früher hat es ja in Deutschland eine Person~~n~~ gegeben, die sich in Champagner gebadet hat. Ob er dadurch aber klüger geworden ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Der Herr Oberbürgermeister redet von Steckenpferden; ich reite nicht gern ein solches Pferd, weil man dabei meistens ins **P**arterre fällt. Aber das weiß ich, daß ein Sprungbrett in der Badeanstalt

sich

sich befinden muß, und wenn Herr Steinert gesagt hat, daß an dieser Stelle verkehrt gespart ist, so ist das richtig. Unter den heutigen Umständen ist es so, daß derjenige, der lange zaudert mit seinen Anschaffungen - und sei es auch der Oberbürgermeister und der Rat der Stadt -, der kommt unter den Schlitten. Jetzt kosten der Turm 24 000 M., und wenn wir ihn jetzt nicht anschaffen, dann kriegen wir ihn nicht für 30 000 M. Wenn Sie glauben, Sie könnten eine solche Ausgabe nicht verantworten, so halte ich dem entgegen, daß man doch sonst für alle Sachen etwas über hat. Man hätte dem Verein ruhig sagen können: „Es ist gut, das Eigentumsrecht könnt~~e~~ ^{er} ~~er~~ ^{ih} behalten, aber ihr dürft den Turm nicht wieder abreißen,“ nicht aber durfte man die Aufhebung des Eigentumsrechts zur Bedingung machen. Der Verein hätte nie daran gedacht, das Ding wieder abreißen zu lassen. Was einmal in eine Wohnung an Bauarbeiten herein gebracht ist, in einer Wohnung oder eine

Anstalt.

Anstalt, daß darf nicht wieder entfernt oder abgerissen werden, das ist doch allgemeiner Brauch.

Joh möchte Sie ersuchen: Seien Sie nicht so knauserig in dieser Sache, bei andern Angelegenheiten sind Sie doch auch nicht so knickerig gewesen!

Auf Anfrage des Vorsitzenden, wer dafür sei~~nd~~
den Springturm von Seiten der Stadt durch einen
neuen zu ersetzen, melden sich 11 Stadtverordnete.
Der Vorsitzende verkündet:

Das ist die Minderheit, der Antrag ist abgelehnt
[Auf den aus der Versammlung gemachten Vorhalt, daß
sich einige Stadtverordnete der Stimme enthalten
haben könnten, erwiderte der Vorsitzende: Enthaltung
der Stimme ist nicht möglich.

15. Antrag S t e g m a n n , betreffend die neue
Lohnforderungen der städtischen Arbeiter für Juni.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 7 dieses
Berichts.

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung) :
Meine Damen und Herren! Die Begründung des Antra-
ges kann kurz sein. Die immer höher gehende
Teuerungswelle hat die städtischen Arbeiter veran-
laßt, wiederum mit einer Forderung zu kommen:
Für den Monat Juni den Stundenlohn um 3,50 M zu
erhöhen. Da heute bereits der 15. Juni ist und
die Verhandlungen noch nicht eingeleitet sind, so
werden die städtischen Arbeiter ungeduldig. Einge-
leitet sind die Verhandlungen jedenfalls aus dem
Grunde nicht, weil der Herr Oberbürgermeister es
abgelehnt hat, daß er der Forderung nicht gern ent-
gegenkommen möchte, jedenfalls hat er das durch-

blicken

blicken lassen. Es ist von Seiten des Rats ^{erklärt} ~~anerkannt~~ worden, die Lohndeputation solle mit der Finanzkommission verbunden werden und beide zusammen die Sache beraten. Die Arbeiter befürchten, daß man auf ihre Forderung nicht eingehen wird, und dies könnte tatsächlich böse Folgen haben, wie mir von beteiligter Seite gesagt worden ist. Ich bitte deshalb, meinen Antrag anzunehmen und den Rat zu veranlassen, daß schnellstens ^{die erforderlichen} Schritte von ihm eingeleitet werden.

- 220 -

Für die von dem Antragsteller beantragte sofortige Beratung des Antrags stimmt die Mehrheit.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r : Die Festsetzung der Löhne ist bisher der Lohndeputation überlassen gewesen. Nun sind aber in den letzten Sitzungen derselben Bedenken geäußert, ob das Material, daß der Lohndeputation zur Verfügung stand, genügt, um die Frage zu beurteilen, welche Lohnsätze angemessen sind. Es ist deshalb in der letzten Sitzung ^{sich} beschlossen worden, ~~an~~ Vereine/und Körperschaften mit dem Ersuchen zu wenden, uns regelmäßige Material über die Lohnfestsetzungen zu übersenden. Daß haben wir getan, aber bis heute das Material noch nicht bekommen.

Daneben hat sich herausgestellt, daß die Löhne bei uns in der letzten Zeit ^{so} hoch bemessen waren, daß sie die Löhne, die der Staat zahlt, nicht unerheblich überschreiten, und außerdem stellte sich heraus, daß die Sätze, die den Beamten gezahlt werden, die ungefähr mit den Arbeitern verglichen werden können, hinter den Löhnen der Arbeiter nicht

uner-

unserheblieh zurückblieben. Diese Tatsache hat den Rat der Stadt veranlaßt, Ihnen eine Vorlage zugehen zu lassen - sie ist unterwegs -, die dahin geht, nach einem Wege zu suchen, der es ermöglicht, daß diese beiden Sachen miteinander in Einklang gebracht werden. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß das Gehalt der Beamten immer höher sein muß als das der Arbeiter, aber ein angemessenes Verhältnis zwischen diesen beiden Besoldungsarten muß doch bestehen, und das hoffen wir zu erreichen dadurch, daß die Löhne, wie bisher, wohl von der Lohndeputation festgesetzt werden, aber dabei ähnlich wie bei der Gas- und Wasserpreisbemessung verfahren wird, daß diese Festsetzung noch der Zustimmung der Finanzkommission bedarf. Darüber wird Ihnen, wie gesagt, eine Vorlage zugehen.

Wenn verlangt wird, daß wir zustimmen, ehe uns von anderen Stellen nähere Angaben zugehen, die Löhne um 3,50 M für die Stunde zu erhöhen, so mache

ich darauf aufmerksam, daß das

das für den einzelnen Arbeiter im Jahre etwa 8000 M
^{ausmacht} aus, und da im ganzen 900 Arbeiter in Frage kommen,
so würde ~~es~~ ^{sich} der Mehrbetrag für die Stadt für
die Stadt auf ~~5~~ ^{über 7} 6 Millionen Mark stellen. Daß der
Rat der Stadt glaubt, nicht ohne weiteres eine solche
Mehrausgabe bewilligen zu können, daß werden Sie ihm
nicht verdenken. Wir müssen prüfen, ob wir in der
Lage sind, fortwährend ~~von Minute zu Minute~~ die Löhne
zu steigern, eine Grenze ist doch schließlich gegeben.
Ich erkenne an, die Teuerung ist greulich, aber eins
müssen wir doch immer festhalten: Die Stadt muß
in der Lage sein, das nötige Geld zu beschaffen,
und das wird augenblicklich zweifelhaft.

Der V o r s i t z e n d e verliest den Antrag
nochmals.

Auf seine Anfrage meldet sich für den Antrag die
Mehrheit der Versammlung.

16. Antrag R e g e n e r , betreffend die Tagegel-
der für die unbesoldeten Ratsmitglieder und die
Stadtverordneten.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 7 dieses
Berichts.

Stadtv. R e g e n e r (Zur Begründung): Meine
Damen und Herren! So alt die Beteiligung der Arbeit-
ter an der Kommunalpolitik ist, so alt ist auch
unsere Forderung der Entschädigung für ^{erlangenen} ~~verlorenen~~
Arbeitsverdienst, aber so alt ist auch der Wider-
stand der damaligen Wirtschaftskreise gegen diese
Entschädigung, da sie sich nun einmal im Gegensatz
Besitz der Stadtverordnetensekel befunden. Sie
wissen, daß wir damals unter dem Dreiklassenwahl-
recht verurteilt waren, nur einen winzigen Bruchteil
der Mandate besetzen zu können, aber dieser Nachteil
(für uns noch dadurch verschärft, daß man für diese
Arbeit,
wurde

Arbeit, die hier im Interesse der Stadt seitens der Stadtverordneten geleistet wurde, keinerlei Vergütung genährte und somit glaubte, es der Arbeiterschaft erschweren zu können, überhaupt jemals in den Kreis der städtischen Stadtverordneten eintreten zu können, mit einem Wort, die Auswahl der Kandidaten der Arbeiterschaft so zu erschweren, daß sie von selbst davon Abstand nehmen, solche Kandidaten aufzustellen. Das hat sich inzwischen geändert, und so ist denn schließlich aus der Entschädigung eine Aufwandvergütung entstanden, die gegenwärtig noch die Höhe von 7,50 M für den Tag aufweist. Wenn diese Entschädigung wohl früher einmal einen Sinn gehabt hat, als noch die Straßenbahn für einen Groschen fuhr, als man einen Kragen für 5 M waschen und plätten lassen konnte und als man für einen Groschen noch einen guten Kopierstift kaufen konnte, so ist das heute nicht mehr der Fall. Heute kann man für 7,50 M nicht einmal einen Kohlnor kaufen, und so ist der frühere

Satz

Satz veraltet. Wenn wir heute einen Etat haben, der nahezu 200 Millionen Mark aufweist, und wir sehen, daß für unbesoldete Ratsmitglieder und für die gesamte Kommissionstätigkeit der Stadtverordneten ein Aufwand von 15 000 M gemacht wird, so ist eine solche ^{minimale} ~~Mineral~~ Summe unzeitgemäß. Gerade meine Fraktion hat etnige Herren aufzuweisen, die einen Verlust an Arbeitsverdienst erleiden und für die es eine Härte bedeutet, wenn sie für ihren Verlust nicht entschädigt werden. Die Folge davon muß sein, daß sie die Kommissionsarbeiten vernachlässigen, besonders dann, wenn die Vorsitzenden derselben nicht einsichtsvoll genug sind, die Sitzungen für eine Zeit anzuberaumen, wo es ihnen möglich ist, von der Arbeitsstätte nach Haus zu gehen, sich unzuziehen und sich zur Kommissionssitzung zu begeben. Ich beantrage, zu beschließen, den Rat zu ersuchen, die Beteiligten künftighin so zu entschädigen, wie heute die Sätze für die Schöffen

und

und Geschworenen festgesetzt sind. Ich habe ausdrücklich die Bezeichnung „jeweilig“ gewählt, um dann, wenn die Sätze für die Schöffen und Geschworenen steigen sollten, auch für die Bezüge der unbesoldeten Stadträte und der Stadtverordneten eine Erhöhung ohne weiteres erfolgen zu lassen. Es ist das absolut notwendig, weil damit die Arbeitslust der Stadtverordneten gesteigert wird, und außerdem eine angemessene Entschädigung für mancherlei Aufwendungen und Dienstleistungen im Interesse der Stadt damit gewährt werden würde. - Ich bitte um Annahme meines Antrages.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird der Antrag aus der Versammlung genügend unterstützt. Der Vorsitzende überweist ihn dem Finanzausschuß ^{zur} ~~zur~~ Vorberatung.

17. Anfrage Wolters, betreffend die Überwachung des Stadtparks und des angrenzenden Prinzenparks an den Abenden.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 6 dieses Berichts.

Stadtv. Fräulein W o l t e r s (zur Begründung): Es ist der Anfrage eigentlich nichts zur besonderen Begründung hinzuzufügen, weil alles Nötige schon in dem Wortlaut der Anfrage enthalten ist. Ich möchte mich eben nur noch gegen die vielleicht mir werdende Antwort wehren: „Dafür sind wir nicht zuständig.“ Die Zustände an den bezeichneten Stellen sind so unhaltbar, daß wir nicht ohne weiteres darüber hinweggehen können. Das Treiben der Jugendlichen von 16 - 18 Jahren dort, der Mädchen und der jungen Leute, ist unglaublich - ich möchte Sie mit Einzelheiten verschonen.

achonen. ~~Das~~ ist die höchste Zeit, daß Abhilfe geschaffen wird. Wenn weiter nichts möglich ist, ^{sich} müßte/der Rat an die Kreisdirektion wenden, denn die Grenze der Stadt läuft am Prinzenpark und Stadtpark entlang. Oder er müßte sich ^{mit}/der Sittenpolizei in Verbindung setzen. Es werden Dinge erzählt, wie sie im Wiener Prater ^{mit Pariser Punks} beobachtet werden. Ein Eingreifen ist unbedingt nötig, damit der gute Ruf der Stadt nicht leidet.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g : Ich kann erklären, daß der Rat der Stadt nach den Darlegungen von Fräulein Wolters und nach den Beobachtungen, die der eine oder andere aus der Versammlung sonst noch gemacht haben wird, gern bereit sein wird, sich mit den zuständigen Stellen in Verbindung zu setzen, sodaß auf schnelle Abhilfe gerechnet werden kann.

-233 -

Der V o r s i t z e n d e schließt die öffentlichen Sitzung.

Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr.

B e r i c h t
über die Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig
in deren Sitzung am 29. J u n i 1922.

Tagesordnung:

1. Äußerung über Erhöhung der Gebühren für den Hauptfriedhof.
2. Beteiligung der Stadt an einer zu errichtenden Vermittlungsstelle für Altmöbel.
3. Rückzahlung einer Kautions an die Straßeneisenbahngesellschaft.
4. Mitwirkung des Finanzausschusses bei Festsetzung der Löhne der städtischen Arbeiter.
5. Verlegung von Wasserrohren am verlängerten Madamenwege.
6. Herrichtung einer Klingelleitung von Stadtverordnetensitzungssaale aus.

Registrator.

7. Anschluß von Privatkliniken an das Fernsprechnet.
8. Herrichtung eines Fernsprechanschlusses für eine Bürgerschule (Unterausschuß für gefährdete Jugend)
9. Herrichtung eines Luftbades in der Bürgerschule am Südklint.
10. Errichtung einer Klasse für künstlerische Frauenhandarbeit an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule.
11. Aufnahme eines Rechtsstreits (Bartels)
12. Erhöhung der Vergütung für Reinigung der Schulgebäude.
13. Bewilligung weiterer Mittel zur Unterstützung der Kleinrentner.
14. Erhöhung der Vergütung für die Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen.
15. Gewährung einer Beihilfe für die Ferienausflüge des Gewerkschaftskartells.
16. Ersatzwahl eines Beisitzers des Mieteinigungsamtes.

17. Ablehnung des Amtes eines Stadtverordneten.
18. Instandsetzung des Ofens zur Warmwasserbereitung im Schulgebäude Diesterwegstraße.
19. Erneuerung der Uferbefestigung an der Neustadtmühle.
20. Anschluß der Struckschen Konservenfabrik an das städtische Kanalnetz.
21. Mitteilung des Rates, betreffend den Zutritt von Jugendlichen zu dem Luftbade der Städtischen Badeanstalt.
22. Änderung des Vertrages, betreffend die Vermietung des ehemals Schmidtschen Ziegeleigrundstückes.
23. Antrag Böhm, betreffend eine andere Regelung des Kleinverkaufs von städtischem Koks.
24. Anfrage Schultze, betreffend die Gültigkeit und Einlösung der Sammelfahrscheine bei einer Erhöhung des Fahrpreises der Straßenbahn.
25. Anfrage Stegmann, betreffend das Weiterbestehen des Großen Waisenhauses.

Am

Am Ratstische die Herren Oberbürgermeister Retemeyer, Bürgermeister Meyer, Stadtrat von Fran-
kenberg, Stadtbaurat Gebensleben, Stadtrat Schaper,
Stadtrat Vogler, sowie die Stadträte Füermann und
Pinnow.

Es fehlen die Stadtverordneten Burgdorff,
Frau Graf, Jahns, Dr. Jasper, Maß, Munte, Regener
und Sievers.

Vorsitzender F r e d e: Ich eröffne die Sit-
zung.

Zunächst habe ich ein Schreiben des Rates
mitzuteilen, das den Antrag des Herrn Nessenius
betrifft, einen Kleinkinderspielplatz auf den Löwen-
walle einzurichten. Da diese Stelle staatlich und
nicht städtisch ist, hat sich der Rat in dieser
Sache an die Braunschweigische Baudirektion gewandt
und diese schreibt nun folgendes zurück:

„Die Sperrung der östlichen Fahrbahn des Löwen-
walles,

walles, des vielleicht schönsten Platzes der Stadt, erscheint in Rücksicht auf den Verkehr, bei dem auch der Fremdenverkehr eine nicht unbedeutende Rolle spielt, nicht angängig. Der Löwenwall muß in seinem jetzigen Zustande unverändert und ohne Einschränkung dem Publikum in seiner Gesamtheit zur Benutzung freigehalten werden.

Sollten Sandkästen in der Nähe des Löwenwalles erforderlich sein, so bietet vielleicht der städtische Platz an der Südseite des Städtischen Museums eine Ausstellungsmöglichkeit."

Über die in diesem Schreiben erwähnte Stelle war nun das Städtische Tiefbauamt zu einem Gutachten aufgefordert und Herr Stadtbaurat Menadier schreibt darüber:

„Der an der Südseite des Städtischen Museums und an der Ostseite der Kunstgewerbeschule belegene Rasenplatz eignet sich ebenfalls nicht zur Aufstellung von Sandkästen zum Spielen für kleine Kinder.

Es

*Seite 5
früher Seite 6 eingeleitet*

Es wird aber für angängig gehalten, den an der Nordseite der Kunstgewerbeschule belegenen Hof südlich des Archivgebäudes hierfür in Anspruch zu nehmen, sofern nicht etwa seitens der Leitung der Kunstgewerbeschule Einwendungen hiergegen erhoben werden sollten."

Der Rat schreibt dazu: „ Der vom Tiefbauamt vorgeschlagene Platz ist ungenügend", und gibt den Stadtverordneten von diesem Verlauf der Sache Kenntnis. Damit ist sie vorläufig für uns erledigt.

Die Bauhütte Braunschweig, soziale Baugesellschaft m.b.H., hat den Herrschaften eine an dem Deutschen und Preußischen Städtetag gerichtete Eingabe zugestellt und bittet in ihrem Begleitschreiben, bei Vergebung der städtischen Arbeiten sie zur Konkurrenz mit heranziehen zu wollen. Wir haben darüber hier nicht Beschluß zu fassen.

Weiter liegt ein Schreiben des Herrn Stadtverordneten Dr. Röpcke vom 28. Juni ds. Js. vor:

Die

„Die Stadtverordneten Fay, Munte, Nessenius, Röpcke, Sauerbier und Fräulein Wolters haben sich aus naheliegenden, zwingenden Gründen zu einer selbständigen Fraktion zusammengeschlossen. Fraktionsvorsitzender ist Herr Stadtverordneter Munte, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Unterzeichnete.

Deutsch demokratische Stadtverordneten-
fraktion.

Dr. Röpcke.”

Ein Dringlichkeitsantrag ist von Frau Böhm eingegangen:

„Möchte den Rat der Stadt bitten, doch endlich eine andere Regelung bei dem Kleinverkauf des Gaskokes zu treffen.”

Herr Dr. S c h u l t z e hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Rat der Stadt wird ersucht, auf die Strassenisenbahngesellschaft dahin einzuwirken, daß

bei

bei einer weiteren Erhöhung der Fahrpreise bezüglich der Geltungsdauer und Einlösung der Sammel-fahrscheine eine andere, auf berechnigte Wünsche der Fahrgäste mehr Rücksicht nehmende Handhabung geübt wird."

Schließlich liegt noch eine Anfrage des Herrn Stegmann vor:

„Ist es wahr, daß infolge finanzieller Schwierigkeiten das Große Waisenhaus Beatae Mariae Virginia geschlossen werden soll? Wenn ja, was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, das Vorhaben der Waisenhausdirektion zu verhindern?"

Die Stadtdiener haben eine Eingabe gemacht zu der Besoldungsreform, die allerdings noch nicht unmittelbar bevorsteht. Wir können die Eingabe dem Rat als Material übergeben.

1. Äußerung über Erhöhung der Gebühren für
den Hauptfriedhof.

Stadtverordneter D i e t e r m a n n : Meine Damen und Herren! Auf Antrag des Friedhofsausschusses hat der Stadtkirchenverband beschlossen, eine Erhöhung der meisten jetzt gültigen Gebühren um 50 % vorzunehmen, und wendet sich nunmehr an die Stadtverordneten, damit sie sich über die vorgeschlagene Gebührenerhöhung äußern. Der Antrag auf Erhöhung der Gebühren wird damit begründet, daß infolge der hohen Betriebskosten, der steigenden Preise für Bedarfsartikel und des Steigens der Löhne mit den bisherigen Gebühren nicht auszukommen ist. Es ist eine Bilanz aufgestellt, und daraus ergibt sich, daß durch die erhöhten Gebühren, ohne die Gärtnerei, voraussichtlich ein Überschuß von 277 000 M herauskommen würde, wenn aber die Gebührenerhöhung nicht vorgenommen werde, würde sich eine Unterbilanz von über 500 000 M ergeben. Der Finanz-

aus-

ausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt und ist mit 3 gegen 3 Stimmen zu dem Ergebnis gekommen, die Gebührenerhöhung abzulehnen. — Dieses als Berichterstatter des Finanzausschusses.

Persönlich möchte ich noch hinzufügen: Sie werden darüber unterrichtet sein, daß man den Gärtnereibetrieb verpachtet hat und daß diese Verpachtung ziemlich wahllos vor sich gegangen ist, denn man war in der Lage aus dem Generalbetrieb der Gärtnerei mehr herausholen zu können. Es ist vielleicht ein guter Freund der Deputationsmitglieder gekommen, und um dem zu helfen, hat man die Gärtnerei billig verpachtet. Vor allen Dingen muß ich darauf hinweisen, daß die Löhne der Friedhofsarbeiter sehr minimal sind; die Arbeiter wollen auch, wenn die Gebühren erhöht worden sind, zum Friedhofsausschuß gehen und eine Erhöhung zu erreichen suchen. Daß die Frauen dort mit einem Stundenlohn von 8 M und die Männer mit einem solchen von 15 M abgespeist

Der-

werden, ist ein Skandal.

Weiter hat sich der Finanzausschuß mit Stimmenmehrheit auf den Standpunkt gestellt, daß es die höchste Zeit sei, daß der Hauptfriedhof der Kirche genommen und der Stadt übergeben werde. Diese Verweigerung unserer Zustimmung zur Erhöhung der Gebühren soll ein Druckmittel sein, um durch die Verweigerung der nötigen Betriebsmittel die Friedhofsverwaltung zu zwingen, den Friedhof in die Hände der Stadt übergehen zu lassen, damit nicht nachher Schulden des Friedhofes da sind, die die Stadt auch noch übernehmen muß.

Ich bitte, die Zustimmung zu der Gebührenerhöhung abzulehnen.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r !

Meine Damen und Herren! Was zunächst die Frage der Verpachtung der Gärtnerei anbetrifft, so möchte ich folgendes bemerken: Ich bin zwar nicht mehr Mitglied der Friedhofsdeputation und habe deshalb die Verhandlungen in einzelnen nicht mitgemacht, aber ich glaube doch, daß es vollständig ausgeschlossen ist, daß die Verpachtung der Gärtnerei mit dem Hintergedanken vorgenommen ist - wie es Herr Dietermann meinte -, um einen guten Freunde zu helfen. Die Verpachtung ist ausgeschrieben und es haben sich mehrere Bewerber gemeldet. Die Gründe dafür, daß man dann nicht das Höchstgebot angenommen hat, hier auseinanderzusetzen, dazu liegt ^{wohl} ~~hier~~ kein Grund vor und außerdem bin ich auch nicht genau orientiert.

Weiter sagte Herr Dietermann, es würden auf dem Friedhofe zu geringe Löhne gezahlt. Ich gebe zu, daß sie nicht so hoch waren wie ~~in~~ der Stadt, aber

es ist doch zu bedenken, daß gerade deshalb, weil die Friedhofsdeputation nicht in der Lage war, höhere Löhne zu zahlen, sie ihren Antrag gestellt hat; mit Hilfe der Gebührenerhöhung werden die Mittel ~~geschaffen~~, um es zu ermöglichen, auf die Wünsche der Arbeiter einzugehen. Es ist inkonsequent, wenn man einerseits sagt: „Die Löhne müssen erhöht werden“, und andererseits dem Stadtkirchenverbande nicht die Möglichkeit gibt, die Mittel dazu zu beschaffen. Die Stadtverordnetenversammlung hat, als sie das letzte Mal ~~in ihrer Sitzung~~ sich mit der Gebührenfrage befaßt hat, ausdrücklich erklärt, es müsse anerkannt werden, daß es richtig sei, den Friedhof so zu verwalten, daß die Einnahmen die Ausgaben decken. Darnach hat sich die Verwaltung tatsächlich zu richten und sie hat denn auch beschlossen, darnach zu verfahren. Was soll sie noch weiter machen? Wir haben uns, soweit die Kosten für das Hinausschaffen und die Beisetzung der Leichen in Frage kommen, auf den Standpunkt ge-

gestellt, daß hierbei ein Verdienst nicht erzielt werden soll, sondern nur die baren Auslagen durch die Einnahmen gedeckt werden sollen, und so bleibt nichts anderes übrig, als die Gebühren zu erhöhen. Im übrigen werden in allen Städten, in denen kommunale Friedhöfe sind, ganz gewaltige Zuschüsse aus der Stadtkasse geleistet. Als die Kirche in zarter Weise der Erwartung Ausdruck gab, daß die Stadt ihr bei der Unterhaltung des Friedhofes helfen möchte, habe ich rund heraus erklärt: Nachdem die städtischen Behörden den Wunsch Ausdruck gegeben hätten, den Friedhof in städtische Verwaltung zu übernehmen und die Kirche nicht darauf eingegangen sei, könnte sie nicht darauf rechnen, daß die Stadt ihr den Friedhof lasse und für die Friedhofsverwaltung Zuschüsse aus städtischen Steuern zahle. Aber in der Kirchengemeindeordnung ist für die Gemeinden nur das Recht vorgesehen, sich zu der Friedhofs- und Begräbnisordnung zu äußern, ehe ein bindender Be-

schluß

schluß darüber gefaßt wird. Wir können gegen eine
Gebührenerhöhung an sich also nichts machen.

Nas die Frage der Abtretung des Hauptfriedhofes
an die Stadt betrifft, so habe ich mich ^{offen} öffentlich
dafür ausgesprochen, daß wir versuchen, den Friedhof
in städtische Verwaltung zu übernehmen. Ich nehme
diesen Standpunkt wesentlich deshalb ein, weil ich
die Kosten der Beisetzung heute nicht nur durch
die Erhöhung der Friedhofsgebühren - die verhältnis-
mäßig gering ist -, sondern vor allem durch die
sonstigen Ausgaben (ich erinnere an die gewaltigen
Kosten für Beschaffung eines Sarges) sehr groß ge-
worden sind und die Stadtverwaltung besser als die
Kirche in der Lage ist, in Rücksicht auf alle
diese Ausgaben sozial vorzugehen. Wir sehen das an
allen kommunalen Friedhöfen; die Städte schließen
Millionen zu, um die Sache in Ordnung zu halten.
Der Stadtkirchenrat hat beschlossen, Verhandlungen
mit der Stadt wegen Übernahme des Hauptfriedhofes

der-

dennochst einzuleiten, und es sollte eine Deputation oder ein Ausschuß erwählt werden, der diese Verhandlungen mit uns führt. Ich bin bei diesem Beschlusse nicht zugegen gewesen und weiß nicht, was der Grund dafür ist, zu sagen: „demnächst“. Ich glaube, ich kann ruhig sagen: Es ist der Wunsch gewesen, daß die Kirchengemeindeordnung dahin geändert wird, daß der Vorsitzende des Rates der Stadt aus der Stadtkirchenverwaltung herauskommt, und ich nehme den Stadtkirchen nicht übel, wenn sie den Standpunkt vertreten: „Der Oberbürgermeister ist in dieser Frage der Übernahme des Friedhofes mehr Vertreter der Stadt als der Kirche.“ Ich bin auch nur ein Mensch und kann aus meiner Haut nicht heraus. „Zwei Seelen wohnen in meiner Brust,“ und diese miteinander in Einklang zu

bringen

bringen, kriege ich auch nicht fertig. Einstweilen
ist in der Sache nichts zu tun, wir müssen sehen,
was bei den Verhandlungen herauskommt.

Stadt. L e h n e r t : Meine Damen und Herren!
Eigenartig muß es einen berühren, wenn man die Berich-
te aus der Synode beachtet und sieht, wie dort ein-
zelne Herrschaften unter allen Umständen darauf hin-
gewirkt haben, in den Gemeinden dafür Propaganda zu
machen, daß ja nicht der Friedhof städtisch wird,
sondern kirchlich bleibt, und wie zu diesem Zwecke
alles Mögliche herangezogen wurde. Es wurde die Be-
fürchtung ausgesprochen, daß dann, wenn der Kirch-
hof städtisch wäre, es nicht mehr möglich wäre, daß
zu den Beerdigungen ein Pfarrer mitgenommen werde.
Man hat Sachen aufgebracht, von denen ich sagen muß:
Das ist etwas für Kinder, aber nicht für erwachsene
Menschen. Man soll in den einzelnen Gemeinden Ab-
stimmungen über diese Frage des Übergangs des Fried-
hofs an die Stadt vorgenommen haben, und nur eine
einzige Gemeinde hat sich gefunden - und zwar soll
es die in gewisser Grade verrufene Gemeinde des
Herrn Pastor B e c k gewesen sein - , die sich dafür
aus-

ausgesprochen hat, daß der Friedhof städtisch wird. Möchten die Herrschaften ^{noch} ~~vielleicht~~ alle dem Angebot das die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung zu wiederholten Malen ausgesprochen hat, entgegenkommen!

Nun hat der Herr Oberbürgermeister darauf hingewiesen, daß eine ungeheure Menge Geld bei der Verwaltung des Kirchhofes draufgeht. Ja, dann hätte man doch aber anders wirtschaften sollen. Man hat gewußt, daß man bis jetzt mit einer Unterbilanz arbeitet, aber man hat fortgewurstelt und sagt jetzt: Nun müssen die Sätze erhöht werden. Jetzt soll es an den guten Herzen der Stadtverordneten liegen, ob sie entscheiden, daß die 50 % geschluckt werden. Ich stehe auf dem Standpunkt: Wenn der Friedhof städtisch wird, dann haben die gesamten Einwohner der Stadtgemeinde Interesse daran, und es kann nicht dahin kommen wie in anderen Gemeinden, daß man den Betreffenden das Begräbnis auf diesem Friedhofe

hofs verweigert, weil er ein Dissident ist, weil er nicht mehr zur Kirchengemeinschaft gehört. Man hat zart durchblicken lassen, daß der Herr Oberbürgermeister aus dem Stadtkirchenrat zu verschwinden habe, weil ^{ja} ~~die~~ zwei Seelen in seiner Brust wohnen. Ich meine, es wäre ein schlechter Beamter, und noch dazu als oberster Beamter der Stadt, der nicht in erster Linie die Interessen der Stadt vertreten würde und sie zum Durchbruch zu bringen suchte. Ich glaube, wir können nichts vernünftigeres tun, als daß wir uns dem Beschluß der Finanzkommission anschließen und sagen: Wenn Ihr nicht endlich den Wünschen der Stadtverordnetenversammlung nachkommen wollt, dann haben wir für Euch nichts übrig.

Stadt v. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren ! Nur wenige Worte. Es ist an sich ja ziemlich gleichgültig, ob wir unter den heutigen Verhältnissen der Gebührenerhöhung zustimmen oder nicht. Zu sagen haben wir in der Sache doch nichts, und die Kirchenbehörde macht schließlich doch, was sie will. Nun hat Herr Dietermann auf die schlechten Löhne der Arbeiter hingewiesen, und wie mir mitgeteilt worden ist, sind wieder 15 Arbeiter gekündigt worden. Darunter befinden sich Leute, die schon 5 Jahre dort arbeiten. Ich möchte den Rat ersuchen, auf die Kirchenverwaltung einzuwirken, daß sie solche alten Leute nicht auf das Pflaster wirft, während sie andere, die jünger sind, und es nicht so nötig haben, weiterbeschäftigt, so einen Arbeiter aus Rautheim, der dort 10 Morgen Land hat und einen zweiten aus Riddagshausen, der dort auch Land besitzt, wohingegen diese städtischen Arbeiter keine Arbeit anderwärts finden können. Die Folge der Entlassung wird sein, daß sie der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen, len,

len, und das muß nach Möglichkeit verhindert werden.
Ich möchte also den Rat ersuchen, dafür einzutreten,
daß erst einmal die Auswärtigen ^{Ausländer} entlassen ~~werden~~ und
~~daß~~ die hiesigen möglichst behalten werden.

**Die Versammlung stimmt dem vom Referenten
empfohlenen Antrage des Finanzausschusses zu.**

2. Beteiligung der Stadt an einer zu errichtenden Vermittlungsstelle für Altmöbel.

Stadtv. Frau G ö t z e: Meine Damen und Herren! Die Handelskammer beabsichtigt, in der Stadt Braunschweig eine Vermittlungsstelle für altes Mobiliar einzurichten. Sie soll in der Hauptsache die Aufgabe haben, Personen, die zur Veräußerung von Mobiliar gezwungen sind, eine angemessene Verwertung desselben zu ermöglichen, auf der anderen Seite soll aber auch den Heiratslustigen Gelegenheit gegeben werden, derartiges Mobiliar zu angemessenen Preisen zu erwerben. Trägerin des Unternehmens soll ein Ausschuß sein, der aus Vertretern öffentlicher rechtlicher Körperschaft und aus Vertretern der unmittelbar Beteiligten bestehen soll, wie Rentnern, Beamten, Angestellten, Arbeitern. Die Landesregierung hat grundsätzlich bereits die Zustimmung gegeben, dem Ausschuß beizutreten, ebenso die Handelskammer und man hofft, daß auch die Handwerkskammer dazu bereit sein wird. Erwünscht

wäre

wäre auch die Beteiligung der Stadt an dem Unternehmen. Die finanziellen Aufwendungen, die von jeder der beteiligten Stellen zu machen wären, sind auf etwa 10 000 Mark angenommen. Der Rat der Stadt schlägt nun der Stadtverordnetenversammlung vor, zuzustimmen, daß ein Darlehen von 10 000 Mark für den gedachten Zweck zur Verfügung gestellt wird.

Nachdem eine Besprechung der Sache unter den zur Beteiligung in Aussicht genommenen Kreisen stattgefunden hat, hat sich nun auch die Finanzkommission damit beschäftigt und ist zu der Ansicht gekommen, daß eine solche Einrichtung - vorausgesetzt daß sie zweckentsprechend durchgeführt wird - sehr segensreich wirken kann; sie empfiehlt deshalb, die 10 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Zu diesem Bericht möchte ich noch persönlich etwas hinzufügen. Wir sind aus dem Kreise des Rentnerbundes Mitteilungen gemacht, die dahin gehen, daß der Rentnerbund bei dieser neuen Einrichtung nicht in der von ihm gewünschten Weise gehört worden ist,

und

und da man doch sich auf den Standpunkt stellen muß, daß diejenigen Kreise, die jetzt gezwungen sind, von ihren Einrichtungsgegenständen zu verkaufen, in erster Linie aus dem Rentnerbunde kommen, so liegt es auf der Hand, daß der Rentnerbund auch in erster Linie um seine Mitwirkung und um seinen Rat ersucht werden müßte. Die Persönlichkeit, die sich mit mir in Verbindung gesetzt hat, ist der Ansicht, daß vorläufig noch nicht Garantie gegeben zu sein scheint, daß die Sache, wie sie jetzt ins Auge gefaßt ist, wirklich zum Wohle der kleinen Rentner ausgeschlagen wird. Ich möchte deshalb an den Rat das Ersuchen richten, die Bewilligung dieser 10 000 Mark davon abhängig zu machen, daß der Rentnerbund in großem Umfange nicht nur bei der Einrichtung gehört wird, sondern daß auch die für die Vermittlung anzustellenden Persönlichkeiten die Billigung des Rentnerbundes findet. Ich weiß allerdings nicht, ob eine solche Bedingung möglich ist.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n: Meine geehrten Herrschaften! An der letzten Sitzung in dieser Angelegenheit, wo scheinbar die Gründung des Unternehmens stattgefunden hat, habe ich nicht teilnehmen können, weil ich dienstlich behindert war. Es ist mir aber die Niederschrift über diese am 19. Juni abgehaltene Sitzung übermittelt worden, und ich ersehe daraus, daß folgende Behörden und Verbände sich beteiligt haben:

Zunächst das Braunschweigische Staatsministerium mit einem Kapital von 10 000 Mark,

Sodann hat Frau Professor Götze schon erwähnt, daß sich die Stadt mit 10 000 Mark beteiligen wird,

Weiter die Handwerkskammer mit 5 000 Mark,

die Handelskammer mit 10 000 Mark,
der Deutsche Gewerkschaftsbund mit 3 000 Mark,
das Ortskartell Braunschweig im deutschen Beamtenbunde mit 2 000 Mark,
der Braunschweigische Landesrentnerbund,
Ortsgruppe Braunschweig, 500 Mark,

Das Gewerkschaftskartell Braunschweig bekundet durch seinen Vertreter ebenfalls sein Interesse an der Einrichtung, ein Beschluß über die Höhe seiner Beteiligung ist jedoch von dem bisherigen Vertreter

nicht

nicht herbeigeführt worden, er wird alsbald nachgeholt werden, Sie sehen, daß eine große Beteiligung sich gefunden hat. In der einen Sitzung, an der ich teilgenommen habe, ist von allen Seiten bekundet worden, daß eine derartige Einrichtung durchaus segensreich wirken würde und bei den heutigen Verhältnissen eine dringende Notwendigkeit sei. Die Gründung ist, soweit ich sehe, vollzogen und das Geschäft wird vom 1. Juli dieses Jahres ab betrieben werden. Es ist auch bereits ein Vorstand gewählt und Herr Stukenberg, der zum Schriftführer für das erste Geschäftsjahr (1. Juli - 30. Juni nächsten Jahres) gewählt worden ist, wird vielleicht in der Lage sein, ausführlichere Mitteilungen in der Angelegenheit zu machen. Darüber kann kein Zweifel herrschen, daß die ganze Einrichtung dringend notwendig ist, sie ist bereits ins Leben gerufen und aus dem Grunde würde durch weitere Verhandlungen mit dem Kleinrentnerbunde nicht die ganze Sache aufgehalten werden können. Es würde mir bei der relativ kleinen Beteiligung des Rentnerbundes an der Sache auch

nicht

nicht richtig scheinen, wenn wir aus Rücksicht auf
ihn unsern Beschluß, ob sich die Stadt mit 10 000 Mark
beteiligen soll, zurückstellen. Die Bedenken, die
Frau Götze geäußert hat, teile ich übrigens nicht,
~~denn ich habe den Eindruck gewonnen, denn die ganze~~
Einrichtung wird doch mit Veranlaß aus Rücksicht
auf die Rentner. Aber es stünde nichts im Wege, heute
die Sache zurückzustellen und sie im Ausschuß noch
einmal zu besprechen, doch gibt vielleicht Herr
Stukenberg noch einige Aufklärungen.

Stadtv. Frau G ö t z e: Ich habe nicht gewünscht, daß die Beschlußfassung zurückgestellt wird, sondern daß an die Bewilligung die Bedingung geknüpft wird, daß der Rentnerbund in ausgiebiger Weise bei der Regelung herangezogen wird. Wir sind vom Wohlfahrtsamt aus verpflichtet, für die Kleinrentner einzutreten und müssen die Bedenken, die die Kleinrentner äußern, hören und nach Möglichkeit vertreten.

Stadtv. S t u k e n b e r g : Ich habe eigentlich dem, was Herr Stadtbaurat Gebensleben ausgeführt hat, nichts weiter hinzuzufügen. Ich möchte nur noch das eine betonen, daß die Alt-Mobiliarstelle geschaffen ist aus dem Grunde, daß sie als gemeinnützige Einrichtung denen dienen soll, die notgedrungen Altmöbel abstoßen, und andererseits den jungen Eheleuten in Beamten, Angestellten und Arbeiterkreisen, um ihnen eine Möglichkeit zum Erwerbe billiger Möbel zu geben. Es ist seinerzeit eine in dieser Richtung gehende Aufforderung an hiesige Organisationen und an die Behörden ergangen und alle haben sich zur Beteiligung bereit erklärt, sie sind auch durch eine Person im Ausschuß vertreten, und so hat auch der Rentnerbund eine Vertretung geschickt. Es trifft also nicht zu, wenn nach der Mitteilung von Frau Götze von dem Rentnerbund behauptet wird, daß er nicht in gehörigem Maße gehört worden sei. Es war vom Rentnerbund eine Dame erschienen, sie hat
an

an allen Sitzungen teilgenommen und wird auch in Zukunft wieder zugezogen werden, denn der Rentnerbund hat sich zur Beteiligung angemeldet und damit Sitz und Stimme in dem Ausschuß gefunden. Ich möchte Sie, meine Damen und Herren bitten, der Beteiligung der Stadt zuzustimmen, damit die Tätigkeit der Stelle beginnen kann. Es ist dringend nötig, daß dies geschieht, denn auf allen Seiten ist die Not vorhanden, die dazu geführt hat, diese Stelle einzurichten.

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren !
Meine Fraktion wird für die Bewilligung sein und
zwar in erster Linie darum, daß endlich einmal die
Kleinrentner, wenn sie gezwungen sind, Sachen zu
verkaufen, nicht mehr den Kleidersellern in die
Hände fallen, die mit diesen Sachen Wucher treiben,
während sie den Verkäufern nur ein paar Pfennige
geben, nehmen sie für sich selber übermäßigen Ver-
dienst in Anspruch und treiben die Preise in die
Höhe. Wir wollen die Einrichtung dieser Vermitt-
lungsstelle unterstützen, damit die Kleinrentner
etwigermaßen anständige Preise für ihre Sachen be-
kommen, die sie in der Not verkaufen müssen.

- 34 -

Die 10 000 Mark werden bewilligt.

(Punkt 2)

3. Rückzahlung einer Kaution an die
Straßeneisenbahn-Gesellschaft.

Stadtv. S a n e r b i e r: Die Straßeneisenbahn-Gesellschaft hat den Rat der Stadt gebeten, die nach dem Konzessionsvertrag für das Elektrizitätswerk hinterlegten 50 000 Mark Deutscher Reichsanleihe wieder herauszugeben. Die Hinterlegung ist durch die überwiegende Mitbeteiligung der Stadt an dem Unternehmen überflüssig geworden. Die Kaution bezüglich der Straßenbahn ist mit Zustimmung der Stadtverordneten schon zurückgezahlt worden. Der Rat richtet an die Stadtverordneten das Ersuchen, sich auch mit der Rückgabe dieser Kaution für das Elektrizitätswerk einverstanden zu erklären. Ich habe im Namen des Finanzausschusses zu empfehlen, dem zuzustimmen.

Die Zustimmung zur Rückzahlung der Kautions
wird von der Versammlung erteilt.

4. Mitwirkung des Finanzausschusses bei Fest-
setzung der Löhne der städtischen Arbeiter.

Stadtv. S a u e r b i e r : Der Rat hat in dieser Sache folgendes Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet :

„Auf Beschluß der mit entsprechender Vollmacht versehenen Lohndeputation werden den städtischen Arbeitern seit dem 1. Mai d.J. die in der Anlage aufgeführten Löhne gezahlt. Nachdem jetzt von dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter unter Hinweis auf die Teuerung abermals eine Aufbesserung der Löhne, und zwar des Stundenlohns um 3,50 M beantragt, ^{nicht} haben wir eine vergleichende Übersicht über das Jahreseinkommen der Staatsarbeiter und städtischen Arbeiter einerseits und der nach der Besoldungsordnung den Beamten auf der 5. Stufe der Besoldungsgruppe I - IV seit 1. Mai d.J. zustehenden

Dienst-

Dienstbezüge anfertigen lassen. Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß bei Gewährung der beantragten Lohnzulage (jährlich 2504 x 3,50 M = 8784 M) der Lohn der städtischen Arbeiter nicht nur die vom Staate gezahlten Löhne, sondern auch die Bezüge der obengedachten Beamten nicht unerheblich übersteigen würde. Daß sich daraus Unzuträglichkeiten ergeben müßten, bedarf wohl keiner näheren Begründung. Um diese Unzuträglichkeiten und insbesondere ein Mißverhältnis zwischen Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen zu verhüten, erscheint es uns geboten, bei der Festsetzung der Löhne fortan den Finanzausschuß ähnlich wie es bei der Festsetzung der Gas- und Wasserpreise geschieht, mitwirken zu lassen, und zwar in der Weise, daß die von der Lohndeputation zugesicherten Löhne erst dann gezahlt werden dürfen, wenn die Festsetzung vom Finanzausschuß genehmigt ist. - Wir geben anheim, diesem Verfahren zustimmen zu wollen."

Aus

Aus der dem Schreiben des Rates beigelegten Lohnübersicht will ich folgendes erwähnen :

1) für Handwerker, Monteure, gelernte Müller oder Gärtner, Maschinisten, soweit sie Ausbesserungen an den Maschinen selbständig ausführen, Aufseher in den Parks usw. wird ein Stundenlohn von 18 M gezahlt, verlangt werden 21,50 M.

2) ^{für} Ofenhausarbeiter, Kohlenbunkerarbeiter, für Salzkocher (solange sie als solche tätig sind), für Hilfsmonteure (sog. zweite Arbeiter) nicht schon erwähnte Maschinisten, Heizer wird ein Stundenlohn von 17,70 M gezahlt, gewünscht werden 21 M.

3) für Werkarbeiter, der Gaswerke, der Wasserwerke und des Abwässerpumpwerks, Hilfsmüller, Begleiter des Marstalls, Kanalreiniger, Straßenbau- und Tiefbauarbeiter usw. werden 17,40 M Stundenlohn gezahlt, gewünscht 20,50 M.

4) für sonstige ungelernte Arbeiter mit

Ein-

Einschluß der Uhrenfüller, Hilfsdesinfektoren und Laternenwärter ein Stundenlohn von 17 M., später 20 M.

5) für Frauen ein Stundenlohn von 10 M., demnächst 12 M.

An Zuschlägen zu den angeführten Lohnsätzen werden
gewährt:

an die Fahrer des Marstalls monatlich . . 40 M.,

" " Vorarbeiter der verschiedenen Klassen für die Stunde 10 M.,

" " in einem im Betriebe befindlichen Gaswerk tätigen Arbeiter und an die Kanalreiniger für die Stunde . 25 M.

Für Überstunden wird ein Zuschlag von 33 1/3 %, für Sonntagsarbeit ein solcher von 66 2/3 % gewährt.

Abschläge an den Lohnsätzen sollen bei Minderjährigen stattfinden :

im Alter von 17 Jahren 1 M pro Stunde, im Alter

von

von 18 Jahren 60 M und im Alter von 19 und 20 Jahren 50 M pro Stunde - das ist so geblieben.

Die Jahresvergütung der Desinfektoren und Nachtschutzleute beträgt 42 636 M .

Der Monatslohn für Werkstättenmeister, Obermonteure, Obergärtner, Straßenmeister und Kanalmeister beträgt 3861 M ,

der für Schichtführer beim Gaswerk Bahnhofstraße 4446 M , beim Gaswerk Taubenstraße 4506 M .

Es sind dann weiter noch besondere Vergünstigungen für schmutzige Arbeiten und Gewährung von Kleidung und Stiefel angeführt, und schließlich folgen die Bestimmungen über Hausstandgeld und Kinderbeihilfen.

Von Bedeutung für die heutige Verhandlung würde noch die vergleichende Übersicht über die Bezüge der Staatsarbeiter, städt. Arbeiter und der städt. Beamten sein.

(Redner)

(Redner trägt die Zahlen aus der folgenden Tabelle vor.)

J a h r e s b e z ü g e

	der Arbeiter	der Beamten		
	staatl.	städt.	in Gruppe und Stufe	Betrag

Gelernte Arbeiter

(Handwerker) ledig 43430
24 Jahr alt

45072

{	IV,5	44770
	III,5	42460

verheiratet 45930

47576

{	IV,5	47270
	III,5	44960

mit 1 Kinde 48430

47576

{	IV,5	51230
	III,5	48920

verheiratet
mit 2 Kindern 50930

48828

{	IV,5	55190
	III,5	52880

Angelernte

	Arbeiter		Beamte	
	staatl.	städt.	in Gruppe u. Stufe	Betrag
Angelernte Arbeiter				
ledig, 24 Jahr alt	40800	<u>43589</u>	II,5	<u>38335</u>
verheiratet	43300	46073	II,5	40835
verh., mit 1 Kinde	45800	46073	II,5	44795
" " 2 Kin- dern	48300	47325	II,5	48755
=====				
Ungelernte Arbeiter				
ledig, 24 Jahr alt	39811	<u>42568</u>	I,5	<u>33220</u>
verheiratet	42311	45072	I,5	35720
verh., mit 1 Kinde	44811	45072	I,5	39680
" " 2 Kin- dern	47311	46324	I,5	43640
=====				

Es

Es ist im Finanzausschuß eingehend über diese ganze Sache beraten worden und hin und wieder auch Vorschläge gemacht. Schließlich einigte man sich darauf, zu empfehlen, daß die Lehndeputation um die Mitglieder der Finanzkommission und die entsprechenden Ratsmitglieder verstärkt wird und diese vereinigte Deputation zur endgültigen Beschlußfassung bevollmächtigt wird.

Ich bitte Sie namens des Finanzausschusses, diesem Vorschlage zuzustimmen.

Stadtv. D i e t e r m a n n : Man mag sich drehen und wenden, wie man will, wir werden immer wieder gezwungen werden, den Arbeitern das zu geben, was sie den Verhältnissen nach unbedingt gebrauchen. Ein Uneingeweihter wird vielleicht zu dem Urteile kommen, der heutige Antrag des Rates über die Zuziehung des Finanzausschusses bei der Bewilligung für die Löhne der Arbeiter sei ein Mißtrauensvotum gegen die Lohndeputation, als ob diese letztere immer bewilligt und bewilligt hätte, wo es noch gar nicht so nötig gewesen wäre. Dem ist aber nicht so; Wir haben in der Lohndeputation nach reiflichem Überlegen und nach Unterlagen, die einwandfrei sind, beschlossen. Wenn nun im Finanzausschuß beschlossen ist, daß sich in dieser Sache in Zukunft auch die Finanzkommission betätigen soll, so haben wir natürlich dagegen nichts einzuwenden, denn auch der Finanzausschuß wird nicht gegen die Verhältnisse ankommen können, auch Sie werden bewilligen müssen, was

was in dieser Zeit der Teuerung die Preise an Prozentsen gestiegen sind. Wenn nun nach dem Vorschlage des Rates die Sache aufgezcgen werden sollte, nämlich daß so verfahren werden sollte wie bei der Bemessung der Preise für Gas und Wasser, so wäre das eine Verzögerung des Verfahrens und die Neueinrichtung würde zum Schaden der Arbeiter ausschlagen, während man dem Antrage des Finanzausschusses schon zustimmen kann.

Wenn vorhin auf den Unterschied zwischen den Bezügen der Beamten und Arbeiter hingewiesen ist, so darf man nicht vergessen, daß die Beamten neben ihrem Gehalt das Recht auf Ruhegehalt haben, was den Arbeitern abgeht. Wenn auch auf dem Papiere steht, daß die Arbeiter ein Recht auf Ruhegehalt haben, so werden Sie in Braunschweig nicht einen einzigen Fall zu verzeichnen haben, daß er durch Arbeiter bezogen wird, denn sie werden bis auf den letzten Augenblick ausgenutzt und kommen so nicht in den

Genuß

Genuß von Ruhelohn. Weiter ist zu bedenken, daß ein Arbeiter, der körperlich angestrengt arbeiten muß, auch mehr Nahrung zu sich nehmen muß, um die durch die Arbeit verbrauchten Kräfte zu ersetzen, und daß er ferner mehr Mittel für seinen Arbeitsanzug ausgeben muß. Gewiß, auch der Beamte tut seine Pflicht und Schuldigkeit, aber er bedarf nicht so viel für Lebensmittel auszugeben und vor allen Dingen nicht so viel für die Berufskleidung. Insbesondere möchte ich in letzter Beziehung auf die Gaswerkerarbeiter, die Kanalreinigungsarbeiter und die Reparaturen Schlosser hinweisen, die für ihre Berufskleidung ganz enorme Summen aufbringen müssen. Früher war es mit ein paar Groschen abgetan, aber heute geht es dabei gleich in die Hunderte von Mark, wenn sie bloß einen blauen Arbeitsanzug anschaffen wollen. Wenn Sie also zur Beschlußfassung kommen, dann beschließen Sie so, wie der Finanzausschuß empfohlen hat, daß die Finanzkommission mit der Lohndeputation gemeinsam die Löhne festsetzt.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Die Vorlage des Rates ist nicht dem Mißtrauen des Rates gegen die Lohndeputation entsprungen, sondern der Überlegung, ob es nicht richtiger ist, wenn in so gewaltigem Umfange die Löhne erhöht werden sollen, dies nicht durch verhältnismäßig wenige Personen bestimmen zu lassen, sondern durch eine größere Zahl von solchen. In anderen Städten wird die Lohnfrage durch die städtischen Behörden erledigt, aber das hält solche Neuregelung auf, und deshalb wollten wir wenigstens die Finanzkommission mitwirken lassen. Die Beschlußfassung der Finanzkommission geht dahin, nicht so, wie bei der Festsetzung der Preise für Gas und Wasser zu verfahren, sondern so, daß aus den Mitgliedern der Lohndeputation und der Finanzkommission eine neue gemeinsam, also erheblich verstärkte Deputation gebildet wird, die die Löhne der städtischen Arbeiter festzusetzen das Recht hat. Der Rat hat sich heute morgen

mit

mit diesem Beschluß befaßt; ^{er} ist mit ihm einverstanden, nimmt dabei aber an, daß nunmehr nicht 2 Ratsmitglieder in der verstärkten Deputation mitwirken, sondern mehr - wir würden zufrieden sein, wenn dem Rat in dieser verstärkten Deputation 3 Stimmen zugebilligt werden. Das wurde ja auch schon in der Finanzkommissionssitzung erwähnt.

Stadtv. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren ! Zu den Ziffern, die der Herr Bericht-
erstatter verlesen hat, möchte ich bemerken, daß es
wenig Wert hat, eine solche vergleichende Darstel-
lung zu geben, denn es kommt bei der Vergleichen-
ganz darauf an, wie man den Arbeiter bewertet.
Stellt man seine Leistung auf eine niedrige Stufe
und vergleicht die Bezahlung dann mit den Gruppen
der Beamten, so kann der Vergleich zu Ungunsten der
Arbeiter ausfallen. Wenn Sie qualifizierte Arbeit
nicht genügend hoch einschätzen und die gewährten
Bezüge mit den niederen Gruppen der Beamten ver-
gleichen, so sieht es so aus, als ob die Arbeiter
zu viel verdienen. Deshalb ist die Zusammenstellung
wertlos. Bedauerlich ist es, daß der Staat den
Arbeitern nicht so viel zahlt wie die Stadt. Wir
haben immer auf dem Standpunkt gestanden, und jeder-
mann muß diesen Standpunkt einnehmen, daß staatli-
che und städtische Betriebe Musterbetriebe sein
sollen. Sie sollen in jeder Beziehung mit guten

Bei-

Beispiele vorangehen, und wenn das der Staat nicht tut, so ist das tief bedauerlich. Wir müssen die Löhne der Industriearbeiter in Betracht ziehen, auch darnach muß sich die Stadt richten, und wenn Sie das tun, so werden Sie die Löhne der städtischen Arbeiter nicht als zu hoch bezeichnen können. Wenn jetzt nun wirklich der Stundenlohn um 2 - 3 Mark erhöht wird, so ist dabei in Rechnung zu ziehen, daß die Teuerung in Lebensmitteln und jeglichen Bedarfsartikeln jeden Tag vorwärts schreitet, sodaß die Lohnerhöhung dahinter in weitem Maße zurückbleibt. Selbstverständlich kommen die Beamten demnächst auch wieder mit Forderungen; Sie wissen, daß in Berlin bereits wieder eine neue Gehaltsordnung ausgearbeitet wird, und dann ist es selbstverständlich, daß das Land und die Stadt folgen. Deshalb ist es gar nicht nötig, noch viele Worte um die Lohnerhöhungen zu verlieren; die Sachlage bedingt es, daß sie gewährt werden müssen.

Stadte. M a r t h : Meine Damen und Herren! Ich habe mich zum Wort gemeldet, um auf einige Ausführungen des Herrn Kollegen Dietermann zurückzukommen, die es so scheinen lassen, als ob ein Beamter in einer gewissen Gruppe 9 000 K weniger zum Leben nötig hätte als ein Arbeiter. Das ist doch nicht so. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß auch ein geringer Arbeiter so viel Lohn haben muß, daß er davon leben kann, und der Beamte muß auch so viel haben, daß er seinen Gehalte leben kann! (Zustimmung.) Es ist nicht richtig, daß ein Beamter nicht so viel zu arbeiten braucht und nicht so viel und so kräftig zu essen braucht als ein Arbeiter, denn ihr Leben müssen beide ausreichend fristen können. Solche Ausführungen, wie wir sie von Herrn Dietermann gehört haben, sollte man nicht machen, denn es ist das ein Zeichen dafür, daß diese Gruppe der Beamten, die so schlecht bezahlt wird, eigentlich hinfällig

räre.

näre. Daß ein Beamter, weil er keine körperliche anstrengende Arbeit verrichtet, sondern geistig arbeitet, nicht so viel essen darf, den Satz sollte man nicht aufstellen. Es muß eben jeder einzelne seine Existenz aus seinen Bezügen bestreiten können und nicht zu hungern brauchen.

Stadt. P a y : Meine Damen und Herren! Gerade die Worte des Herrn Dietermann haben mich zu der Überzeugung gebracht, daß die Ergänzung der Lohndeputation durch die Mitglieder des Finanzausschusses tatsächlich notwendig ist. Da jeder einzelne unter uns stets dafür gewesen ist, wenn die Arbeiter erhöhte Lohnforderungen gestellt haben, so verstehe ich um so weniger, daß Herr Dietermann die Sachlage so auswendigt, daß er sagt: „Der Beamte braucht nicht soviel wie der Arbeiter“, obwohl ärztlicherseits festgestellt ist, daß derjenige, der geistige Arbeiten leistet, ebenso viel und ebenso gute Nahrung gebraucht wie der Arbeiter. Wir sehen an dem Ausspruch des Herrn Dietermann, daß die Angestellten und Beamten ~~etwas~~ zurückgestellt werden würden, wenn nur Arbeitervertreter über Lohn- und Gehaltsfragen zu urteilen hätten. Man darf unter keinen Umständen den Faden so weiter spinnen, daß man fortgesetzt nur im Interesse der Arbeiter handelt und sagt: Der

Arbeiter

Arbeiter muß mehr haben als Angestellte oder Beamte. Warum sollen Angestellte und Beamte nicht dasselbe Recht haben, das Notwendige zu verlangen? Wir unsererseits gestehen es ihm zu, und ich hoffe, daß Sie in Zukunft ~~der~~ das auch tun und nicht wieder mit der Entgegnung kommen, der Beamte brauche nicht so viel.

Stadt v. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren!
Die angeführten Zahlen und die heutige Besprechung
könnte den Anschein erwecken, daß die städtischen Ar-
beiter zu hoch bezahlt werden, obgleich man von den
angeführten Zahlen - die übrigens nicht einmal aus-
gezahlt worden sind - sagen muß, daß sie für den Le-
bensunterhalt der Arbeiter noch zu minimal sind. Die
Der Arbeiterschaft ist es tatsächlich nicht möglich,
davon leben zu können, sie muß tatsächlich dabei hun-
gern. Wenn gesagt wurde, daß die Angestellten und
Beamten in den angeführten Gruppen schlechter ge-
stellt seien als die Arbeiter, die man daneben auf-
geführt hat, so verstehe ich nicht, wie dann die An-
gestellten und Beamten überhaupt von dem Gelde noch
leben können. Wie wir aus der Gehaltsdeputation
wissen, bekommen die untersten Gehaltsgruppen noch
weniger, sie müssen also noch viel mehr am Hunger-
tische nagen als die Arbeiterschaft. Ich gebe zu,
daß gerade in den untersten Beamtengruppen Remedur

geschaffen

geschaffen werden muß, und bin dafür, daß diese besser gestellt werden.

Daß die Finanzkommission und die Lohndeputation in der Frage der Lohnaufbesserung zusammenarbeiten, darüber ist von unserer Seite schon gesagt, daß wir damit einverstanden sind, nur darf es nicht angehen, daß beide Ausschüsse für sich arbeiten und gesonderten Beschlüsse fassen, denn dadurch würden wir eine Verschleppungspolitik herbeiführen. Die Löhne würden dann nicht so gezahlt werden können, wie es unbedingt nötig ist, denn heute überschlagen sich die wirtschaftlichen Verhältnisse von Tag zu Tag. Ehe die eine oder andere Kommissionssitzung abgehalten würde, könnten Wochen vergehen und die Arbeiter würden die ihnen nötigen Bezüge nicht bekommen. Meine Freunde sind also bereit, zuzustimmen, daß beide Kommissionen zusammenarbeiten, indem sie auf denselben Tag zu einer ^{gemeinsamen} wirtschaftlichen Sitzung zusammen berufen werden, damit keine Verschleppung vor sich geht.

Stadte. D i e t e r m a n n : Meine Damen und Herren! Die Zusammenstellung und Gegenüberstellung der Zahlen haben mich zu meinen Ausführungen veranlaßt, denn es könnte durch sie der Anschein erweckt werden, daß die Arbeiter zu hoch und die Beamten zu niedrig entlohnt werden. Meine Damen und Herren! Ich bin der letzte, der dafür eintritt, daß den Beamten und besonders den unteren Beamten das Gehalt verkürzt wird, aber ich bin auch dagegen, wenn in diesem Falle gesagt wird: Die Forderung, die die Arbeiterschaft stellt, können wir nimmermehr gut heißen. Weil solche Gedanken bestehen, deshalb auch das Vorgehen des Rats, der Lohndeputation das Recht zu nehmen, die Löhne selbständig festzusetzen. Wenn Herr Stegmann sagte, daß leider der Unterschied zwischen der Bezahlung der Staats- und Gemeindearbeiter vorhanden sei, so trifft das nicht mehr zu. Wir haben jetzt in der Lohndeputation die Löhne der Staatsarbeiter zugrunde gelegt, sodaß

unsere

unsere Arbeiter dieselben Löhne bekommen, wie sie im Staate bezahlt werden, vielleicht mit wenigen Ausnahmen, da die Gruppierung beim Staat und bei der Stadt nicht immer dieselbe ist. Aber noch etwas anderes muß unsere Entschlüsse bestimmen: Wenn von der Stadt die Facharbeiter, die Schlosser, die Schmiede usw. nicht dementsprechend bezahlt werden, wie es die Industrie tut, so müssen wir uns vermuten sein, daß eines Tages die Stadt ohne Handwerker ist. In den Industriebetrieben verdienen sie in der Arbeitsstunde 28 - 30 M und darüber, und so könnte man es ihnen nicht verdenken, wenn sie der Stadt den Rücken kehren, denn die Not würde die Leute dazu zwingen, damit sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Es kommt im ganzen bei der ^{max=}Beteiligung der Frage des Verhältnisses der Löhne zu den Gehältern darauf an, neben welchen Gruppen der Beamten man die Arbeiter einrangiert, und wenn man das in anderer Weise getan hätte, dann würde man gesehen haben, daß die Löhne und Gehälter wohl in Einklang zu bringen sind. Die

Beamten

Beamten haben Nachzahlungen von zwei Jahren bekommen und sind dadurch gegenüber den Arbeitern bevorzugt. Wenn die Arbeiter auch in ihren Löhnen mit der Teuerung mitgehen, so haben sie doch nicht den rechten Nutzen davon, denn es stehen ihnen keine Summen zur Verfügung, um Anschaffungen machen zu können, weil das Geld, was sie in der Woche verdienen, schon durch die gewöhnlichen Ausgaben verbraucht werden. Es sind keine 1 000 M. beisammen, und wenn er Anschaffungen machen will, muß er dafür hungern. Soweit ich unterrichtet bin, sind die städtischen Arbeiter auch bereits an die Stadt herangetreten und haben um Erhöhung ihrer Bezüge ersucht. Es ist das eine Schrauben ohne Ende, aber die Arbeiter sind ohne Schuld an diesen Verhältnissen, sie müssen dafür sorgen, daß sie durchkommen.

Als der V o r s i t z e n d e im Begriff ist, abstimmen zu lassen, rief Stadto. G r ä f ihm zu: „Ist die Rednerliste erschöpft?“ Der Vorsitzende erwidert, daß er die Meldung des Herrn Gräf nicht gemerkt habe, vielmehr angenommen habe, daß die Aussprache beendet sei, umso mehr da die Debatte etwas von dem zu behandelnden Thema abgesehweift sei.

Stadt. G r ä f : Ich wollte nur feststellen, daß tatsächlich die Worte des Herrn Marth mehr auf eine agitatorische Wirkung ausgehen sollen. Daß, was Herr Marth gesagt hat, ist ein Nonsens, seine Worte hat Herr Dietermann ja schon richtig gestellt. Herr Dietermann hat in seinen ersten Ausführungen erwähnt, daß der Arbeiter an Kleidung mehr verschleißt als der Beamte, und das werden Sie ^{geben} zustimmen müssen. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Arbeiter ~~Ausgabe~~-mehr ausgeben muß für seine Kleidung, nicht für seine Tageskleidung, sondern für das, was er in der Fabrik verschleißt.

Vorsitzender: Das gehört doch nicht zum ^hThema!

Stadt. G r ä f : Lassen Sie mich doch aussprechen. Ich wollte mit diesen wenigen Worten nur das richtig stellen, was der Redner von der anderen Partei verknarrt hat. -Wenn das nicht zu dem Thema gehört, dann hätten Sie die Debatte ^{mit} so weit kommen lassen ^{lassen} sollen.

Der Antrag des Finanzausschusses wird angenommen, auch bezüglich der 3 Ratsvertreter in der erweiterten Deputation.

5. Verlegung von Wasserrohren am verlängerten Madamenwege.

Stadtv. *P a e p e r* : Untern 11. Mai haben die Stadtverordneten sich damit einverstanden erklärt, daß im Zuge des Madamenweges zur Versorgung der auf dem Gelände der ehemaligen Aktiengesellschaft für Ziegeleifabrikation entstandenen Siedelung mit Wasser das Wasserrohr auf Kosten der Stadt gegen die Verpflichtung des Siedelungsunternehmers verlegt wird, daß dieser die Kosten der Erdarbeiten der Rohrverlegung ~~vertrage~~ und außerdem die Garantie für eine $4\frac{1}{2}$ -%ige Verzinsung der Anlagekosten durch das eingehende Wassergeld übernimmt. Der Unternehmer, Maurermeister Weiß hierselbst, hat diese Verpflichtung inzwischen übernommen und hat dabei den Antrag gestellt, im Anschluß an die Wasserrohrverlegung im verlängerten Madamenwege auch die zur Versorgung der zur Siedelung gehörenden Grundstücke notwendigen Wasserrohrverlegungen im Zuge der Wohn-

straße

straße 1 und 2, sowie des Feldwegs a auf seine Kosten vornehmen zu lassen. Die aufgewendeten Kosten sollen dem Unternehmer dann erstattet werden, wenn die 5-% prozentige Verzinsung durch die eingehenden Wassergelder gewährleistet ist und die Rohre in das Eigentum der Stadt übergehen. Der Rat ersucht die Stadtverordneten, sich damit einverstanden zu erklären, daß mit dem Bauunternehmer Weiß ein entsprechendes Abkommen getroffen wird.

Der ^{faul-}Finanzausschuß hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß durch die Verpflichtung des Unternehmers das Interesse der Stadt gewährt ist und haben einstimmig dem Abschlusse eines entsprechenden Vertrages zugestimmt. Ich bitte Namens des Ausschusses, nunmehr auch die Zustimmung der Versammlung auszusprechen. Die Kosten betragen rund 82 000 M.

**Die Zustimmung zum Abschluß des Vertrages wird
von der Versammlung erteilt. (Punkt 5.)**

6. Herriichtung einer Klingelleitung vom Stadtverordneten-
sitzungsaaale aus.

Stadtv. G a r t u n g : Meine Damen und Herren!
Auf Anregung des Stadtv. Herrn Munte haben die Stadt-
verordneten in der vorletzten Sitzung beschlossen,
den Rat der Stadt zu ersuchen, im Stadtverordneten-
sitzungsaaale eine elektrische Klingelleitung an-
bringen zu lassen, die es dem Vorsitzenden ermög-
licht, bei wichtigen Abstimmungen die in den Frak-
tionszimmern sich aufhaltenden Stadtverordneten her-
beirufen zu können.

Der Rat der Stadt hat nun das städtischen Be-
triebsamt veranlaßt, einen Kostenanschlag der betref-
fenden Anlage zu machen. Der Kostenanschlag ist
eingegangen und darnach würde die Anlage 2200 M
kosten. Der Rat der Stadt geht hegt nun Bedenken,
ungeachtet der verhältnismäßig hohen Kosten die An-
lage auszuführen, und bittet die Stadtverordneten,
einen Beschluß darüber zu herbeizuführen. Der Bau-

ausschuß

ausschuß hat sich mit dieser Sache befaßt und einstimmig beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, auf die Anlage zu verzichten, denn erstens ist die Anlage nicht so wichtig, daß man ohne Rücksicht auf die Kosten sich dafür aussprechen müßte, und zweitens grenzen die Fraktionszimmer unmittelbar an den Sitzungssaal, so daß bei wichtigen Abstimmungen die Stadtverordneten, die sich in den Fraktionszimmern aufhalten, leicht verständigt werden können. Ich bitte daher die verehrten Stadtverordneten im Namen des Bauausschusses, auf die Anlage zu verzichten.

Entsprechend dem Antrage des Bauausschusses beschließt die Versammlung, auf die Anlage zu verzichten. (Punkt 6.)

7. Anschluß von Privatkliniken an das Fernsachnetz.

Stadtverordneter E f f n e r: Die öffentlichen Krankenhäuser - das Landeskrankenhaus, das Städtische Krankenhaus, das Marienstift und das Rote Kreuz - sind an das eigene Telephonnetz der Feuerwehr angeschlossen. Es hat dieses den großen Vorteil, daß die Kraftkrankwagen bei Ausführung von Unfall- und Krankentransporten stets an Hand bleiben. Die Wachhabenden der Sanitätswagen melden sich bei Ankunft im Krankenhause jedesmal nach der Feuerwache und empfangen von dort weitere Anweisung über inzwischen eingegangene Anforderungen. Noch nicht angeschlossen an das eigene Telephonnetz der Feuerwehr sind die Privatkliniken, und unter diesen werden die Kliniken von Dr. Wille, Adolfstraße 32, Dr. Ball, Pavelstraße 4 und Dr. Brink, Wendentorwall 10 am meisten bei Krankentransporten in Anspruch genommen. Es empfiehlt sich, auch

diese

diese drei Privatkliniken an das Telephonnetz der Feuerwehr anzuschließen. Die Kosten werden sich auf 8000 M belaufen. Der Rat der Stadt gibt den Stadtverordneten anheim, sich mit der Herstellung der in Vorschlag gebrachten Telephonanschlüsse einverstanden zu erklären und die dazu erforderlichen 8000 M zu Lasten Kap. XVI der Kämmererkasse zu bewilligen.

Der Bauausschuß hat sich mit der Sache befaßt und ist zu dem Beschluß gekommen, der geehrten Versammlung die Bewilligung dieser 8000 M zu empfehlen.

- 73 -

Dem Antrage des Bauausschusses entsprechend,
wird der Ratsantrag angenommen.

(Punkt 7).

8. Herrichtung eines Fernsprechanschlusses für eine Bürgerschule (Unterausschuß für gefährdete Jugend).

Stadtverordneter D r e w s: ~~Stadtverordneter E f f n e r~~: Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende des Unterausschusses für die gefährdete Jugend, Herr Schulinspektor Freidank hat ~~sich~~ unter dem 10. Juni an den Rat der Stadt ein Schreiben gerichtet, in dem er ersucht zur Vereinfachung des Geschäftsverkehrs des Ausschusses mit den Stellen im Rathause eine telephonische Verbindung nach seinem Dienstzimmer in der Schule am Südklint herstellen zu lassen. Die Kosten dieser Einrichtung stellen sich so, daß als einmalige Gebühr etwa 550 M zu zahlen sind, und als laufender Jahresbeitrag für den Nebenschluß außer der Gebühr für jedes Postgespräch jährlich 1000 M. Der Bauausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, Sie zu ersuchen, dem Antrage auf Herrichtung des Fernsprechanschlusses zuzustimmen.

- 75 -

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Bauausschusses zu.

(Punkt 7.)

9. Herriichtung eines Luftbades in der Bürgerschule
am Südklint.

Stadtverordneter S t u k e n b e r g: Meine Damen und Herren! In einem Schreiben, das der Rat der Stadt an die Stadtverordneten richtet, bringt er zum Ausdruck, daß besonders an den Schulen der Innenstadt eine große Anzahl schwächlicher, blut- armer Kinder zu finden sind, und dahin gestrebt werden müsse, solche Kinder nach Möglichkeit gegen Krankheit zu schützen. Da die Haut ein wichtiges Organ zur Abwehr von Krankheiten ist und erfah- rungsgemäß die Hautpflege vielfach vernachlässigt wird, so sei es Aufgabe der Schule, die Kinder zur Hautpflege zu erziehen. Ärztlicherseits ^{wird} /hierfür das Luftbad für ein wirksames Mittel gehalten. Da- her wird verlangt, daß die Kinder während eines Teils des Turnunterrichts mit entblößtem Oberkör- per Freilübungen machen. Bei trockenem Wetter sol- len diese Übungen im Freien stattfinden, möglichst an sonnigen Stellen des Hofes, der gegen die Blick-

ake

ke Neugieriger wie gegen starken Zugluft geschützt sein muß. Es ist nun von der Schulleitung unter Befürwortung verschiedener Ärzte (des Geheimrat Dr. von Holwede, des Schularztes Dr. Raimers, des Nervenarztes Dr. Löwenthal) und des Schulvorstandes beantragt, in der Schule am Südklint unter Beobachtung der erforderlichen Vorsichtsmaßregeln — Untersuchung der Kinder durch den Schularzt, Einwilligung der Eltern, schulärztliche Überwachung der Übungen — das Luftbad ist den Turnunterricht einzuführen und den hinteren Schulhof zu einem Luftbade einzurichten.

Der Rat empfiehlt, dem Voranschlage über Einrichtung eines solchen Luftbades zuzustimmen und die aufzuwendenden Mittel im Betrage von 8500 M zu bewilligen.

Es ist nach der Westseite hin, wo der Schulhof durch die Oker begrenzt wird, den Blicken Neugieriger offen ist und die Möglichkeit des Ein-

tritts

tritts von Zugluft auf den Schulhofe gegeben ist, eine Anpflanzung vorzunehmen. Man will zunächst auf das dort vorhandene Drahtgitter ein Lattengitter setzen, sodaß das ganze Gitterwerk, das bisher nur 1,70 m hoch ist, insgesamt 3 m hoch wird, und weiter will man an dieser Seite Pflanzen anbringen. Hierfür wird japanischer Hopfen in Vorschlag gebracht. Die Kosten für die gärtnerischen Arbeiten betragen 1200 M., die für Verlängerung der 13 Winkelseisen auf 3 m Höhe 3120 M., für Beschaffung der Spanndrähte und Arbeitslöhne für Spannen derselben sind 3400 M. vorgesehen und außerdem noch 780 M. für Anstrich der Fensterscheiben mit einem dünnen Lack. Hierzu ist zu sagen, daß auch von einer Anzahl Fenster des Turnhallengebäudes und von einem Teile des Schulhauses aus die Einsicht in den Schulhof möglich ist und deshalb die betreffenden Fensterscheiben mit einer Lackfarbe gestrichen werden sollen.

Im Schulausschusse wurde die empfohlene Einrichtung allerseitig begrüßt, nur wurde von verschiedenen Seiten vorgeschlagen, daß man für die Anpflanzung statt des japanischen Hopfens wilden Wein nehmen möchte, denn die Anpflanzung von japanischen Hopfen mache eine alljährliche Erneuerung erforderlich, während bei der Wahl von wilden Wein nur eine einmalige Anpflanzung nötig sei, dadurch also Kosten gespart würden. Im übrigen bitten Sie der Schulausschuß durch mich, dieser Vorlage zuzustimmen und die 8500 M dafür zu verwilligen.

Stadtverordneter Dr. S c h u l t z e: Die Errichtung eines solchen Luftbades ist für die Gesunderhaltung der Kinder sehr wünschenswert, besonders auch deshalb, weil, wie ich gehört habe, im Städtischen Luftbade Kinder nicht zugelassen werden. Wenn das Letztere richtig ist, möchte ich mich dagegen aussprechen, daß das Städtische Luftbad nur für Erwachsene benutzbar sein soll. Es mag zugegeben werden, daß Kinder in dem Bade etwas Lärm machen, aber wir wollen doch auch ihnen die Möglichkeit geben, in Sonne und Luft zu Baden. Bei einer gewissen Aufsicht müßte es möglich zu machen sein, daß auch Jugendliche von 14 - 18 Jahren das Städtische Sonnenbad benutzen. Es sind mir verschiedene Beschwerden in dieser Sache zugegangen und ich möchte Ihnen hiermit Gehör verschafft haben.

Die für Herrichtung des Luftbades in der Schule
am Südklint beantragten Kosten werden von der Ver-
sammlung bewilligt.

10. Herrichtung einer Klasse für künstlerische
Frauenhandarbeit an der Handwerker- und Kunst-
gewerbeschule.

Stadtvorordnete Frau G e t z e: In der Handwerker- und Kunstgewerbeschule war bisher in der Ausbildung der weiblichen Schülerinnen eine klaffende Lücke vorhanden, indem in Textilarbeiten nur wenig Unterricht erteilt wurde, nur in einigen Wochenstunden werden Schneiderinnen und Stickerinnen unterrichtet, aber eine vollständige Ausbildung in künstlerischen Frauenhandarbeiten war bisher nicht möglich. Die jungen Mädchen, die einen Beruf für Frauenhandarbeit ergreifen wollten, mußten die Schule verlassen, um ihre Ausbildung in einer anderen Anstalt zu finden. Da unsere wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr dazu führen, daß die weiblichen Personen einen Erwerb suchen müssen, hat der Direktor Curdt durch den Schulvorstand den Antrag gestellt, an der Handwerker- und Kunstgewerbe-

schule

schule eine Klasse für künstlerische Frauenhandarbeit zu errichten. Der Kunstgewerbeverein und die Handwerkerkammer haben sich dafür ausgesprochen, und die hiesige Kleiderversorgungsgesellschaft will zum Zwecke der Förderung des Textilgewerbes für die Einrichtung der Klasse die Summe von 20 000 M zur Verfügung stellen. Der Rat beantragt nun, zuzustimmen

- 1.) daß an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule eine Klasse für künstlerische Frauenkleidung, und verwandte Gebiete zum 1. Oktober d. Js. errichtet werden und
- 2.) daß für die neuerrichtete Klasse eine geeignete Lehrkraft zum 1. Oktober angenommen wird.

Als Lehrerin ist schon eine Dame in Vorschlag gebracht, die jetzt in Celle angestellt ist und in diesen Tagen kündigen muß, um evtl. am 1. Oktober hier antreten zu können. Die Vorbildung und die Erfahrungen dieser Dame scheinen sie als

eine

eine sehr geeignete Kraft zu kennzeichnen. Sie ist nicht mehr ganz jung, 1881 geboren, hat also die Erfahrung für sich, ist in verschiedenen Orten z.B. im Rheinland, in Hannover und auch im Auslande tätig gewesen.

Wir haben uns mit dieser Sache in einer Sitzung des Schulvorstandes der Handwerker- und Kunstgewerbeschule, zu der auch Herr Direktor Curdt gezogen war ausführlich beschäftigt, haben dort den vorgetragenen Vorschlägen zugestimmt, und auch der Schulausschuss hat sich dafür ausgesprochen. Ich bitte Sie also, zu bewilligen, daß diese Sonderklasse eingerichtet wird und die in Aussicht genommene Dame, Margarethe Brakebusch als Lehrerin angenommen wird.

*Die Versammlung stimmt den Ratsanträgen und der
Anstellung der genannten Lehrerin zu.*

(Punkt 10).

11. Aufnahme eines Rechtsstreits (Bartels).

Stadtverordneter Dr. R. Ö p c k e: Meine Damen und Herren! Der Invalide Arbeiter Karl Bartels wird von der Stadt in Armenpflege unterstützt, und auf Veranlassung der Armentdirektion ist sein Sohn, der Arbeiter Hermann Bartels in Ütze (Kreis Burgdorf) zu Ersatzleistungen für seinen Vater herangezogen worden. Er soll monatlich 80 M bezahlen, hat sich aber nur zur Zahlung von 50 M bereit erklärt. Er verdient täglich 73,60 M ist verheiratet und hat ein Kind. Bei seiner Weigerung, den höheren Ersatz zu leisten, beruft er sich darauf, daß seine beiden Brüder besser als er zur Zuschußleistung instande seien. Es ist seitens des Rats der Stadt ermittelt, wie die Einkommenverhältnisse dieser Brüder beschaffen sind und es hat sich dabei herausgestellt, daß beide sich in ungünstiger Vermögenslage befinden, ~~und so meint der Rat,~~ ^{nimmt} daß unter solchen Verhältnissen eine Heranziehung dieser beiden

beiden nicht in Frage kommen könnte, der herangezogene Sohn Hermann Bartels^{fi} aber sehr wohl in der Lage ~~wäre~~, diese 80 M zu zahlen. Der Rechtsausschuß hat einstimmig anerkannt, daß dieser Standpunkt des Rats richtig ist, und hat beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, der vom Rat beantragten Aufnahme der durch den genannten Sohn eingereichten Klage zuzustimmen.

- 28 -

Die Versammlung stimmt der Aufnahme des Rechtsstreits zu.

(Punkt 11)

12. Erhöhung der Vergütungen für Reinigung der Schulgebäude.

Stadtverordnete Fräulein W o l t e r s:
Meine Damen und Herren! Der Bericht und die Zusammenstellung des Städtischen Hochbauamts über die Reinigung der Schulgebäude hat ergeben, daß die bisherigen Kosten für die Reinigung der Schulräume 477 500 M ^{betragen} ~~ergeben haben~~. Es wird nun vom Rat der Stadt beantragt, die Vergütungssätze für die Reinigung der Schulräume mit Wirkung vom 1. Juni 1922 zu erhöhen und zur Reinigung insgesamt jährlich 755 003 M zu bewilligen. Der Rat der Stadt ist überzeugt, daß bei der Zahlung der jetzt vorgesehenen Summe die Schuldener instande sein werden, die Reitmachefrauen entsprechend den heutigen Lohnsätzen zu bezahlen.

Der Schulausschuß hat sich in der Hauptsache auf den Standpunkt gestellt, daß die angeforderte Summe bewilligt werden muß. Ich bitte die Versammlung namens des Ausschusses, diesem Beschlusse zuzustimmen.

Stadtverordneter S t e g m a n n: Meine Damen und Herren! Ich bin selbstverständlich für die Bewilligung und möchte nur noch etwas anderes zur Sprache bringen, worüber wir uns bei dieser Gelegenheit schon im Schulausschuß unterhalten haben, nämlich warum man fortgesetzt mit dieser Sache an die Stadtverordnetenversammlung herantritt. Wir haben doch seinerzeit in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß wenn die Löhne der sonstigen Arbeiter und der Reinmachefrauen im Rathause erhöht werden, auch die Löhne der in den Schulen beschäftigten Reinmachefrauen automatisch steigen sollen, und der Rat hat sich dem angeschlossen. Es ist also nicht nötig, in dieser Frage der Kosten für die Reinigung der Schulräume immer wieder eine neue Vorlage zu machen. Ich möchte bitten, sich dieser Ansicht anzuschließen. Es ist gegen ein solches Verfahren von dem Dezerenten für die Schulen, Herrn Stadtrat Schaper, eingewandt, ^{worüber} es komme mit den Beträgen für die Reinmachefrauen auch die Vergütung für die

für Reinigungsmaximale,

der Schuldener in Betracht, die die Reinmachegel-
der enthielten, und dies ^{beibeh} könnte ^{nicht} doch automatisch
in eins erhöht werden. Ich ^{für} möchte aber doch der
Meinung ~~sein~~, daß sich eine Regelung finden ließe,
ohne daß das Hochbauamt, der Rat und die Stadtver-
ordneten sich erst noch darüber unterhalten müßten;
es handelt sich bei diesen Lohnerhöhungen für die
Reinmachefrauen in den Schulen ^{abzufors} bei andern Lohner-
höhungen um etwas Selbstverständliches.

Die erhöhten Mittel werden von der Versammlung bewilligt.

(Punkt 12).

13. Bewilligung weiterer Mittel zur Unterstützung der Kleinrentner.

Stadtoberordnete Frau G ö t z e: Wie der Versammlung bekannt ist, sind im April d. Ja. von Seiten der Staatsbank für die bedürftigen Kleinrentner 220 000 M gezahlt, zu denen von Seiten der Stadt gleichfalls 220 000 M bewilligt worden sind. Es ist damals gleich gesagt, daß unter Umständen noch eine Nachzahlung von der Staatsbank kommen würde. Die Nachricht, daß ein weiterer Betrag von 140 000 M von der Staatsbank als Zuschuß für die Unterstützung der Kleinrentner zur Auszahlung bereit liegt, ist jetzt an den Rat der Stadt gekommen und es ist dabei die Bedingung gestellt, daß von Seiten des Rats beschefnigt wird, daß für die Kleinrentner der Stadt aus städtischen Mitteln die gleiche Summe aufgewandt wird. Wohlgemerkt, es geht diese Zahlung noch auf das Rechnungsjahr 1921/22. Diese Nachricht von der Staatsbank ist sehr erfreulich, denn es liegt klar

auf

auf der Hand, daß die bisher bewilligten Mittel nicht weit reichen, denn in den Kleinrentnerkreisen herrscht große Not. Der Rat beantragt nun bei den Stadtverordneten, aus städtischen Mitteln zu Beihilfen für bedürftige Kleinrentner neben der schon früher bewilligten Summe noch 140 000 nachträglich für das Rechnungsjahr 1921/22 zur Verfügung zu stellen. Die Finanzkommission hat eingesehen, daß diese Bewilligung durchaus notwendig ist und gibt anheim dem Antrage des Rats zuzustimmen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Meine geehrten Herrschaften ! Ich möchte Ihnen den Vorschlag des Rates und die Befürwortung des Finanzausschusses dringend ans Herz legen, auch besonders deshalb, weil es uns gelungen ist, in den letzten Wochen und Monaten Hand in Hand zu gehen mit der Vertretung des Kleinrentnerverbandes, der die größte Bedürftigkeit in sachgemäßer Weise ermittelt, in dankenswerter Weise den Kleinrentnern behilflich ist, die vorgeschriebenen Anträge auszustellen, sie entgegenzunehmen, zu sichten, zu begutachten und dem Wohlfahrtsamt zu übermitteln. Auf diese Weise ist es möglich, daß auch diejenigen Kleinrentner und Kleinrentnerinnen, denen es an geschäftlicher Gewandtheit zur Beantwortung des Fragebogens mangelt, die gestellten Fragen so gründlich und sachgemäß beantworten, wie es in ihren eigenen Interesse liegt. Es ist erfreulich, daß der Vorstand des Kleinrentnerverbandes zielbewußt mit uns an denselben Strang zieht.

- 96 -

Die 140 000 M werden bewilligt.

(Punkt 13)

14. Erhöhung der Vergütung für die Geschäftsführung
führer der Kartenverteilungsstellen.

Stadt v. S a u e r b t e r : Die Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen haben in einem Gesuch den Rat der Stadt gebeten, die ihnen bisher gewährte Vergütung von monatlich 200 M auf 600 M zu erhöhen. Sie begründen diesen Antrag damit, daß alles teurer geworden ist und die Geldentwertung sich auch bei ihrer Geschäftsführung unliebsam bemerkbar macht. Zur Ausgabe der Karten müßten sie besondere Räume haben, daneben hätten sie Ausgaben für Reinigung, Licht, Feuerung und Kontorutensilien, die bedeutend höher geworden seien, und nach Abrechnung dieser Ausgaben blieb für ihre Arbeit nichts übrig. Sie vergleichen die Vergütung für ihre Tätigkeit mit der Bezahlung der Reinmachefrauen, die 10 M pro Stunde verdienen und sagen, wenn man die bisherige Bezahlung der Geschäftsführer einer Berechnung zugrunde lege, verdienten sie pro Stunde höchstens 2 Mark.

Der

Der Finanzausschuß hat sich mit dieser Sache sehr eingehend beschäftigt und ist nach eingehender Beratung zu dem Beschluß gekommen, die geforderte Erhöhung auf 600 M abzulehnen. Er ging dabei von dem Standpunkt aus, daß mit der Geschäftsführung in der Kartenverteilung manche Vorteile für die Inhaber der Geschäftsstellen verbunden sind insofern, als durch die Kartenverteilung, wenn auch in geringem Maße, Kundschaft herangezogen werde. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß durch die Aufgabe der Reisebrotkarten eine Vermehrung der Arbeit für die Geschäftsführer eingetreten ist dadurch, daß jeder, der verreisen will, sich unter allen Umständen bei der Kartenverteilungsstelle abmelden muß, um dort einen Ausweis zu bekommen, auf den er von neuem Brotkarten erhalten kann. Dieses berechtigt ja zu einer Erhöhung der Vergütung, und das um so mehr, wenn man die heutigen Zeitumstände in Betracht zieht. Diese Erhöhung hat der Finanzausschuß dann auch gewährt, indem er sich damit einverstanden erklärt hat, daß mit der

der Vergütung um 100 M aufwärts gegangen wird. Ich habe also namens des Finanzausschusses zu beantragen, die Vergütung für die Geschäftsführer der Kartenverteilungsstellen von 200 auf 300 M heraufzusetzen. Ich bitte Sie, diesem Antrage zuzustimmen.

Stadtg. G a r t u n g : Meine Damen und Herren !
Es berührt einen eigentümlich, daß man hier Arbeit verlangt und sie nicht entsprechend bezahlen will. Es ist in dem Gesuche der Geschäftsführer ausführlich klargelegt, was sie alles leisten müssen, um die Brotkarten ordnungsmäßig auszugeben. Es sei wohl in Bezug auf die anderen Karten eine Verminderung ihrer Arbeit eingetreten, aber sie hätten durch die Aufhebung der Reisebrotkarten eine Vermehrung ihrer Arbeit erfahren. Man verlange, daß sie an 4 Nachmittagen und weiter jeden Tag 4 Stunden zur An- und Abmeldung zur Verfügung stehen. In ihrem Gesuche hätten sie eine so minimale Forderung aufgestellt, daß sie nicht heruntergehen könnten und bei Nichtbewilligung ihrer Wünsche gezwungen sein würden, ihre Arbeit einzustellen. - Man kann tatsächlich nicht verstehen, wie man gegenüber den Geschäftsführern der Kartenverteilungsstellen in solcher Weise vorgehen will. „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert“, das sollte man in Betracht

tracht

traucht ziehen und den Gesuchstellern Entgegenkommen zeigen. Wenn sie ihre Tätigkeit einstellten, würde ein unerträglicher Zustand entstehen gerade in dieser Zeit, wo so viele Leute verreisen und gezwungen wären, vielen Unbequemlichkeiten sich auszusetzen. Ich möchte doch bitten, den berechtigten Wünschen der Geschäftsführer nachzukommen.

Stadtver. N 6 1 1 : Meine Damen und Herren !
Herr Gartung hat recht: es berührt eigentümlich,
wenn man hier so wenig Entgegenkommen zeigen will.
Der Satz von 200 Mark ist im vorigen Jahre festge-
setzt, und jetzt, wo wir die Löhne und Gehälter um
30 - 50% erhöht haben, will man den Geschäftsführern
ein Trinkgeld von 100 Mark geben. Wenn Sie bedenken,
daß der Rat ihnen nur die Formulare zur Verfügung
stellt, während die Geschäftsführer selbst für die
Ausfüllung und das nötige Schreibmaterial zu sorgen
haben, so erscheint es selbstverständlich, daß bei
der Teuerung, die auch diese Sachen trifft, etwas
mehr als 100 Mark Zulage bewilligt werden muß. Sie
müssen bedenken, daß die Geschäftsführer an 4 Nachmitta-
gen zur Verfügung stehen, dazu auch noch des Vormit-
tags. Kommt jemand zur Abmeldung seiner Brotkarten,
der 2 - 3 Kinder hat, so muß für jedes Familienmit-
glied eine besondere Bescheinigung ausgestellt werden;
die Arbeit ist gegenüber früher also größer geworden
statt

statt geringer. Manche von den Geschäftsführern sind überhaupt nicht imstande, mit der ihnen geschuldeten Vergütung die Kohlen für die Heizung der Geschäftszimmer im Winter zu bezahlen, denn für das Geld kann man 2 - 3 Zentner Kohlen bekommen, und damit kann man nicht während des ganzen Monats ein Zimmer heizen. Es wäre nur ein Trinkgeld und wir begingen ein Unrecht, wenn wir den Leuten nicht mehr entgegenkommen. Von den Arbeitern sagt man: „Sie müssen anständig bezahlt werden“, uns so ist nicht unbillig, wenn diese Herrschaften verlangen, daß auch ihnen eine angemessene Bezahlung wird. 300 Mark will man bei jedem Geschäftsführer in jedem Monat sparen, und ich weiß nicht, wie man einen Grund dafür finden will. Ich kann nur annehmen, daß man die ganze Sache drücken will. Man will vielleicht sagen: „Es gibt Rentner genug, die diese Sache machen würden.“ Aber auch diese würden sich bei Zeiten für diese Arbeit bedanken, und das um so mehr, wenn sie im Winter für ihre

ihre Arbeit noch extra ein Zimmer heizen sollen.
Ich bitte, dem Satze von 600 Mark unbedingt zuzu-
stimmen.

Stadtrat v o n F r a n k e n b e r g :

Der Rat der Stadt hat sich der Auffassung durchaus nicht verschlossen, daß eine gewisse Aufbesserung der Beteiligten angebracht wäre, er hat damit nur nicht so weit gehen zu dürfen geglaubt, wie die Kartenverteiler selber wünschen. Sie wollten bis zum 1. Januar d.J. zurückgegriffen gehen und verlangen eine Verdreifachung ihrer Bezüge, und das schien uns reichlich weit zu gehen. Es trifft nicht zu, wenn der Herr Vortredner gesagt hat, daß die Arbeit in den Geschäftsstellen größer geworden ist. Sie wissen alle, daß wir seit dem Ende der Kriegszeit mit einem sehr starken Abbau der ganzen Kartenverteilung zu rechnen haben. Es ist nicht zu vergessen, daß nach der Beseitigung der Reisebrothkarten der Umtausch weggefallen ist. Was jetzt dafür stattfindet und augenblicklich ~~der Weg~~ wegen der Hauptreisezeit eine gewisse Mehrarbeit verursacht, ist allein die Tätigkeit der Geschäftsstelle bei der Abmeldung. Die Arbeit für die Rückgabe der Karten für die betreffenden

No-

Nochen ist mit ein paar Scheerenschnitten gemacht. Der Rat vermag nicht anzuerkennen, daß Anlaß zu einer außerordentlichen Steigerung der Vergütung vorliegt und kann auch nicht anerkennen, daß ein Vergleich mit regelmäßig beschäftigten Personen, wie mit den Reinschneefrauen, zutreffend ist, denn diese sind in den Stunden, wo sie arbeiten - wie der Augenschein zeigt - voll und ausgiebig beschäftigt, während es bei den Kartenverteilern so ist, daß sie zwar innerhalb bestimmter Geschäftsstunden zur Verfügung stehen müssen, aber nur insoweit arbeiten, als sie wirklich in Anspruch genommen werden. Es kann manche Viertel- oder halbe Stunde hingehen, in der überhaupt niemand zu ihnen kommt. Wenn Sie daran denken, daß wir für eine sehr geraume Zeit die Brotkartenverteilung in eins bewirken, dann ist damit Ebbe und Flut in der Tätigkeit der Geschäftsführer in deutlich erkennbarer Weise gekennzeichnet. Es kommt die Hochflut in der Zeit vor und nach der Verteilung, dann aber allmählich innermehr die Ebbe, bis schließlich, wenn 2 - 3 Monate

um

zu sind, sich wieder der Wechsel vollzieht. Sollten wirklich, was ich aufs lebhafteste bedauern würde, die Geschäftsführer der Meinung sein, daß der gegenwärtige Zeitpunkt besonders geeignet sei, um uns die Arbeit vor die Füße zu werfen, so sind wir darauf gerüstet, indem wir vorbereitende Schritte getan haben. Ich würde einen solchen Schritt der Geschäftsführer beklagen, weil er der Beweis für einen Mangel in der Auffassung der Bürgerpflichten wäre - aber wir sind gewappnet.

Stadt. S t e g m a n n : Meine Damen und Herren !
Nach der ausführlichen Debatte im Finanzausschuß waren wir einstimmig der Ansicht, daß der Satz von 300 Mark genügt. Ich möchte noch ein anderes Moment für unseren Beschluß anführen, das auch im Finanzausschuß erwähnt wurde. Es wird gesagt, daß die Arbeit der Geschäftsführer nicht mit den 4 Tagen, die für die Anstellung der Brotkarten festgesetzt ist, abgemacht sei, sondern daß auch hinterher noch die Hausbesitzer kommen, um ihre Karten abzuholen, und diese Arbeit bekommen die Geschäftsführer nicht bezahlt. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Zeit für die Abholung der Brotkarten, von $1/2$ 2 bis 4 Uhr, eine ganz ungeeignete ist. Eine ganze Zahl von Hausbesitzern ist dann bei der Arbeit, und es bleibt nichts anderes übrig, als daß dann der Mann oder die Frau ihre Arbeit wegen der Abholung der Brotkarten versäumt. Wenn die Nachzügerei ein Ende nehmen soll, müßte die Zeit der Abholung verlegt werden, vielleicht auf die Zeit von 5 - 7 Uhr oder auf
eine

eine andere passende Zeit. Ich möchte den Rat ersuchen, für diese Änderung einzutreten, dann werden die ~~Nachzügler ausbleiben~~. *fürs mehr Flexibilität einwirken.*

Stadtver. R a s c h e : Ich kann mich nicht dazu verstehen, nur 300 Mark für den Monat zu bewilligen, denn ich halte es nicht für richtig, daß man diesen Leuten, die Tag für Tag bereit sein müssen, nur eine Vergütung von 10 Mark pro Tag geben will. Ich möchte bitten dem Antrage der Geschäftsstellen zuzustimmen.

Stadtv. S e u e r b i e r : Meine Damen und Herren ! Ich möchte noch darauf hinweisen, daß die Bedenken, die von den Herren Gartung, Höll und Rasche vorgebracht sind, auch in der Sitzung der Finanzkommission eingehend besprochen sind. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Tätigkeit der Geschäftsführer nicht zugenommen hat, sondern abgenommen. Es ist eine Tatsache, daß die Tätigkeit der Geschäftsführer nur in der Zeit der Verteilung der neuen Brotkarten eine starke ist, hinterher kommen die Nachzügler und dann wird es still. Man darf nicht annehmen, daß die Geschäftsführer jeden Tag dauernd 4 Stunden lang tätig sind; das kommt nicht vor. Es kommen vielleicht Tage, wo nur eine Person zur Abfertigung erscheint. Es ist übrigens vorgesehen, den Geschäftsführern der Kartenverteilungsstellen für eine besondere Arbeit noch eine kleine Entschädigung zukommen zu lassen, doch brauche ich das bei diesem Punkt nicht vorzutragen. Sie wollen bei Ihrer Beschlüßfassung

be-

bedenken, daß die Sache im Finanzausschuß eingehend beraten ist, und daß sie Ihnen einstimmig anheimgibt, dem Antrage der Geschäftsführer nicht zuzustimmen, auch nicht dem Ratsantrage auf eine Erhöhung auf 400 Mark, sondern die monatliche Vergütung auf 300 Mark zu bemessen. Ich habe Sie nochmals zu bitten, diesem Kommissionsantrage zuzustimmen.

Die Geschäftsführer verlangten eine Erhöhung ihrer Vergütung rückwirkend bis zum 1. Januar d.J. Das ist im Finanzausschuß natürlich gar nicht zur Debatte gestellt. Der Finanzausschuß beantragt, die Erhöhung vom 1. Juni ab vorzunehmen.

Der Vorsitzende stellt zunächst den Antrag des Rats auf Erhöhung der Vergütung auf 400 Mark monatlich zur Abstimmung. Der Antrag wird abgelehnt.

Darauf wird der Antrag des Finanzausschusses angenommen. (300 Mark von 1. Juni an).

15. Gewährung einer Beihilfe für die Ferienausflüge
des Gewerkschaftskartells.

Stadt v. S t e i n e r t : Meine Damen und Herren!
In diesem Jahre werden es 10 Jahre, seitdem die Ferien-
ausflüge vom Gewerkschaftskartell veranstaltet werden.
Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß während der großen
Ferien die Kinder, denen es nicht möglich ist, nach
anderen Gegenden, dem Harz usw. sich zu begeben, da
ihnen Eltern die Mittel dazu fehlen, nach den ver-
schiedensten Ausflugsstätten in der näheren Umgebung
der Stadt geführt werden, damit sie sich in der
frischen Waldluft erholen können. Diese Ferienausflüge
haben sich im Laufe der Jahre sehr gut eingeführt.
Es wurden im Laufe des vorigen Sommers 9 Ausflüge
veranstaltet, an denen sich jedesmal rund 5000 Kinder
beteiligten. Es sind hier die Kosten aufgestellt,
die bei Ausführung dieser Ausflüge entstanden sind.
Die Kinder erhielten nämlich bei jedem Ausfluge je
2 Brötchen, 2 Tassen Kaffee und je nach Bedarf ein

Glas

Glas Limonade, und dasselbe soll, wenn möglich, in diesem Jahre wieder gewährt werden. Zur Bestreitung der Ausgaben wird eine Gesamtsumme von 83 170 Mark nötig. Allerdings ist hierbei noch nicht eingerechnet, daß heute sehr große Transportkosten entstehen, z.B. müssen die Weißbröte an Ort und Stelle befördert werden, auch die Büchsen-Milch, die von der Stadt zur Verfügung gestellt ist und so würde man ungefähr auf eine Gesamtsumme von 100 000 Mark kommen; Das ist im Vergleich zum Vorjahre die 4fache Ausgabe. Da nun die einzelnen Gewerkschaften nicht in der Lage sind, diese Unkosten allein aufzubringen, speziell nicht in diesem Jahre, wo der Zuschuß von der deutschen Kinderhilfe wegfällt, den die Gewerkschaften im vorigen Jahre bekommen haben, stellt das Gewerkschaftskartell den Antrag, für das mit Erfolg bisher durchgeführte soziale Hilfswerk in diesem Jahre einen Zuschuß von 20 000 Mark seitens der Stadt zur Verfügung zu stellen. Das wäre ein Fünftel der Gesamtsumme,

die

die vier Fünftel müßten die einzelnen Gewerkschaften aufbringen. Der Rat der Stadt hat sich mit diesem Antrage beschäftigt und beantragt bei den Stadtverordneten, die 20 000 Mark zu bewilligen. Auch der Finanzausschuß hat dem Antrage einstimmig zugestimmt und ich habe Sie im Auftrage des Finanzausschusses zu bitten, gleichfalls Ihre Zustimmung zu erteilen.

- 117 -

Der Zuschuß von 20 000 Mark wird von der Versammlung beilligt.

(Punkt 15)

16. Ersatzwahl eines Beisitzers des Mieteinigungs-
amts.

Stadt v. G r ä f : Herr Stadtverordneter Regener hatte unter dem 15. Juni ein Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet, in welchem er bittet, ihn wegen geschäftlicher Überlassung aus dem Amte eines Beisitzers im Mieteinigungsamt zu entlassen. Der Rat der Stadt läßt dieses Schreiben der Stadtverordnetenversammlung zugehen mit dem Ersuchen, ^{über} die Entlassung des Herrn Regener aus seinem Amte als Beisitzer des Mieteinigungsamts zu befinden und gegebenenfalls eine Ersatzwahl vorzunehmen. Der Rechtsausschuß hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, erkennt an, daß Herr Stadtverordneter Regener infolge der Übernahme des Ehrenamts eines Landtagsabgeordneten nicht mehr in der Lage ist, das Amt eines Beisitzers im Mieteinigungsamt auszuüben, und bittet Sie durch mich, Herrn Regener aus seinem Amte als Beisitzer zu entlassen und eine Neuwahl vorzunehmen. Gleichzeitig hat sich der

der Rechtsausschuß mit der Ersatzfrage beschäftigt
und schlägt Ihnen zur Wahl die beiden Herren Kaufmann
Hestner und Schneider Riechers vor. Letzterer soll
der Mietervereinigung angehören.

Stadtv. M a r t h : Ich möchte den geehrten Herrschaften empfehlen, Herrn Schneider Riechers zu wählen, da er dem Mieterverein angehört und somit die Interessen der Mieter wahrnehmen wird. Herr Hestner war schon einmal Mitglied des Misteinigungsamts und hat dort die Interessen der Mieter nicht genügend wahrgenommen, sondern sich mehr den Hausbesitzern angeschlossen. Jedenfalls bitte ich die Herren, die Mieter sind, Herrn Riechers zu wählen.

V o r s i t z e n d e r : Ich nehme an, daß die
Stadtoverordnetenversammlung Herrn Regener von seinem
Amt als Beisitzer des Mieteinigungsamts entbindet.

In der Zettelsahl erhält Herr Riechers 15 und
Herr Hestner 10 Stimmen.

Darnach ist gewählt: Herr Fritz Riechers, Schnei-
der, Reichenstraße 27.

17. Ablehnung des Amtes eines Stadtverordneten.

Stadts. M ä d g e : Meine Damen und Herren ! Es ist Ihnen bekannt, daß Herr Testmann sein Amt als Stadtverordneter niederlegen mußte, weil er aus der Stadt Braunschweig verzogen ist. An seine Stelle tritt Herr Brennecke. Dieser Herr hat aber als Gewerbeaufsichtsbeamter den Bezirk Sandersheim zu betreuen und ist infolge seiner Berufstätigkeit an mindestens drei nicht bestimmten Tagen der Woche genötigt, außerhalb Braunschweigs zu sein. Er glaubt deshalb, seinen Pflichten als Stadtverordneter nicht in genügendem Umfange nachkommen zu können und bittet deshalb, das Mandat als Stadtverordneter ausschlagen zu dürfen. Der Rechtsausschuß hat geprüft, ob die Ablehnungsgründe triftig ~~sein~~^{sind}, hat sich überzeugt, daß das der Fall ist und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, gleichfalls die Triftigkeit der Ablehnungsgründe zu bejahen.

**Die Versammlung entspricht dem Antrage des
Rechtsausschusses.**

(Punkt 17)

18. Instandsetzung des Ofens zur Warmwasserbereitung
in Schulgebäude Diesterwegstraße.

Stadto. M a r t h : Die Vorlage betrifft die Badeeinrichtung in der Schule an der Diesterwegstraße. Der zur Warmwasserbereitung bestimmte Ofen ist entzwei; er ist während seines 15jährigen Betriebes schon verschiedentlich repariert worden und muß jetzt einer gründlichen Reparatur unterzogen werden. Es ist notwendig, die Arbeit in diesen Ferien stattfinden zu lassen, um nach den Ferien den Betrieb wieder aufnehmen zu können. Die Kosten sind auf 13 000 Mark berechnet. Der Bauausschuß hat sich mit dieser Sache befaßt und empfiehlt, die Zustimmung seitens der Versammlung auszusprechen.

- 125 -

Die 13 000 Mark für die Instandsetzung werden
bewilligt.

(Punkt 18)

19. Erneuerung der Uferbefestigung an der Neustadt-
mühle.

Stadt v. M a r t h: Die Uferbefestigung auf dem linken Ufer des sogenannten Bosselgrabens bei der Neustadtmühle die aus eingerammten Eichenpfählen und dahinter gepackten Eichenbohlen besteht, ist an einigen Stellen schadhaft geworden, und muß erneuert werden und nach Beendigung dieser Arbeit wieder die Pflasterung vorgenommen werden. Die Erneuerung der Uferbefestigung ist notwendig, um zu verhüten, daß das nachrutschende Erdreich den Graben verschüttet; sie muß noch in diesem Sommer ausgeführt werden, um den Graben in seinen jetzigen Zustand zu erhalten. Die Kosten werden sich auf 54 000 Mark belaufen und sind zu Lasten der laufenden Rechnung der Neustadtmühle zu verrechnen. Die Deputation der Licht- und Wasserwerke hat sich mit der Vorberatung dieser Sache beschäftigt und hat der Inangriffnahme der Arbeit zugestimmt, auch der Rat stimmt zu. Im Bauausschuß hat die Vorlage nicht

be-

beraten werden können, sondern ^{hier} ist mir als eilig übergeben, damit ich gleich hier in der Versammlung Bericht darüber erstatte. Ich bitte, der Vornahme der bezeichneten Erneuerung zuzustimmen und die Kosten zu bewilligen.

Die Versammlung stimmt der Erneuerung der bezeichneten Uferbefestigung zu und bewilligt die Kosten.

20. Anschluß der Struckaschen Konservenfabrik an
das Kanalsnetz.

Stadtr. R a t h e : Die Firma Struck in Gliersmarode hat den Rat der Stadt ersucht, zu gestatten, die Fabrikabwässer in die städtische Kanalisation einzuführen. Der Rat hat darüber lange mit der Firma unterhandelt und es ist schließlich ein Vertrag zustande gekommen, der zur Annahme den Stadtverordneten vorgelegt wird und aus dem ich die wichtigsten Punkte anführen möchte.

Zur Hinfüberleitung der Fabrikabwässer bis zum Endschacht des Kanalsnetzes auf der Gliersmaroderstraße ist ein Brückrohr von 15 cm Durchmesser erforderlich, dessen Anschaffung und Verlegung selbstverständlich auf Kosten der Firma Struck geschieht, und ebenso sind die Kosten der Unterhaltung von der Firma zu tragen. Veränderungen und Erweiterungen an der Kanalanlage dürfen nicht eigenmächtig von der Firma Struck vorgenommen werden, sondern nur mit schriftlicher Genehmigung des Rates der Stadt.

Der

Der Druckrohrleitung darf seitens der Firma nur Gebrauchswasser der eigenen Fabrik zugeführt werden, auch die Einleitung von Regenwasser ist nicht gestattet. Die Kosten für Beschädigungen und Verunreinigungen, welche an dem Straßenkörper, Anlagen, Pflanzen infolge des Baues, des Betriebes oder etwaiger späterer Änderungen entstehen, muß die Firma auch tragen.

Für die Beseitigung des zu dem städtischen Straßenkanal gepumpten Wassers ist seitens der Firma eine von Rat der Stadt festzusetzende Gebühr zu entrichten. Die Höhe dieser Gebühr wird auf das Doppelte desjenigen Betrages bemessen, welcher für gleichartige oder ähnliche Betriebe an Kanalsteuer und Extrakanalsteuer bezahlt wird. Kommt die Firma dieser Verpflichtung nicht nach, so ist der Rat berechtigt, die Zuführung des Abwassers in das städtische Kanalnetz auszuschließen. Sollte die Eingemeindung von Glesmarode stattfinden, und dann das Druckrohr zur

Ent-

Entwässerung des Vorortes Gliesmarode allgemein benutzt werden, so übernimmt die Stadt den Kanal als Eigentum höchstens zum Anschaffungswert.

Dieser Vertrag ist in der Baukommission besprochen und gutgeheißen worden. Es ist allerdings die Eingekündung erhoben worden, daß man mit der Zustimmung zu dem Vertrage wieder die Einkündung von Gliesmarode erschweren würde, es wurde aber dagegen seitens des Rats gesagt, daß nicht die Firma Struck die Einkündung erschwere, sondern daß der Widerstand gegen die Einkündung bei den Bauern liege. Außerdem habe die Stadt ein gewisses Interesse daran, diese Abwässer aufzunehmen. Sie würden jetzt mit staatlicher Genehmigung in die Mittelriede geführt und wenn dadurch diese versiecht würde, so würden darunter auch unsere Brunnen leiden. Ich ersuche Sie namens des Bauausschusses, den Abschluß dieses Vertrages zuzustimmen.

132 - 133.

Die Versammlung stimmt dem Abschluß des Vertrages
zu.

21. Mitteilung des Rats, betreffend den Zutritt von
Jugendlichen zu dem Luftbad der städtischen Bade-
anstalt.

Bürgermeister M e y e r: Meine sehr verehr-
ten Herrschaften! Bei Verhandlung des Punktes, be-
treffend der Herrichtung eines Luftbades in der
Bürgerschule am Südklint, hat Herr Stadtverordne-
ter Professor Dr. Schultze eine Anfrage an den
Rat der Stadt gerichtet, die mir leider entgangen
ist, weil ich gerade eine Frage, die Herr Stadtrat
Fflermann an mich stellte, beantwortete. Herr Profes-
sor Schultze hat gefragt, ob es richtig sei, daß
jungen Leuten, in erster Linie Kindern, der Zutritt
zu dem Luftbade bei der Städtischen Badeanstalt

ver-

verboten sei. Diese Anfrage ist mit Recht gestellt, denn es ist tatsächlich den bezeichneten jungen Leuten der Zutritt dort verboten. Rechtlich ist das ja nicht zulässig, weil dem Pächter ein solches Recht der Abweisung nicht verliehen ist, gleichwohl sprechen materielle Gründe dafür, diesen Verfahren zuzustimmen. Es wird nämlich von dem Pächter der Badeanstalt die Befürchtung gehegt, daß junge Leute, wenn sie in größerer Zahl ins Luftbad kamen, einen derartigen Lärm verursachen, jedenfalls sich nicht so ruhig verhalten würden, daß die älteren das Luftbad besuchenden Gäste, die dort ihre Gesundheit pflegen wollen und einen ruhigen Aufenthalt

halt

halt wünschen, arg gestört würden. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß der Pächter zu seiner Befürchtung Grund hat. Andererseits aber darf dieses Verbot des Pächters doch nicht aufrecht erhalten bleiben, und es ist bereits ^{befehlsgemäß} angeordnet, daß der Pächter angewiesen wird, auch jugendlichen Personen den Aufenthalt in dem Luftbade zu gestatten, ^{im übrigen aber durch Aufschlag bekannt zu geben,} ~~ten, aber eine Tafel zu errichten, aus der hervorgeht, daß Personen, die lärmen oder sich so benehmen, daß andere Leute dadurch in der Benutzung des Luftbades gestört werden, der Zutritt in Zukunft verboten ist.~~ ^{wird} Ich glaube, daß damit

die

die Frage gelöst ist. ~~Sollten in Zukunft den-~~
~~noch Unzuträglichkeiten weiter festzustellen~~
~~sein, so werden wir bei Beginn der entsprechen-~~
~~den Saison eingehend darüber sprechen.~~

22. Änderung des Vertrages, betreffend die Vermietung des ehemals Schmidtschen Ziegeleigrundstücks.

Stadtverordneter **H e s s e n i u s**: Meine Damen und Herren! Die Stadt, als Erwerberin des früheren Schmidtschen Ziegeleigrundstücks, hatte die Absicht, mit dem Fabrikanten Hagemann einen Vertrag abzuschließen, dahingehend, daß Hagemann die vorhandenen Gebäude ausbaut und überhaupt das Grundstück für seine Zwecke nutzt. Der Vertrag sollte nach seinem § 1 nur für die Dauer von 5 Jahren abgeschlossen werden. Herr Hagemann hat sich nun an die Stadt gewandt und darauf hingewiesen, daß er betr^{ächt}liche Mittel einschließen müsse, um das Gebäude seinen Zwecken dienstbar zu machen, sodaß bei einer 5-jährigen Benutzung des Grundstücks durch ihn nicht eine gehörige Verzinsung und Tilgung seines Kapitals ge^{leistet}

leistet

leistet sei. Er bittet deshalb, den Vertrag auf 10 Jahre abzuschließen. Der Rat hat diesen § 1 nochmals unter die Lupe genommen und die Gründe für seine Umänderung anerkannt. Er beantragt deshalb, die Dauer des Vertrages in § 1 auf 10 Jahre festzusetzen, da unter diesen Umständen der Fabrikant geneigt sei, auf den Pachtvertrag einzugehen. Der Bauausschuß hat sich mit der Sache beschäftigt glaubt auch, die Verlängerung des Zeitraums bewilligen zu können, und empfiehlt der Versammlung, die Zustimmung dazu auszusprechen.

Stadtverordneter **D i e t e r m a n n**: Ich möchte mir hierzu eine Anfrage erlauben. Es wurde von Herrn Kessentius gesagt, wenn der Vertrag eine Dauer von 10 Jahren bekommen würde, dann wäre Herr Hagemann geneigt, auf den Vertrag einzugehen. Wenn ich recht unterrichtet bin, bewirtschaftet aber Herr Hagemann das Grundstück schon und wohnt dort. Es war in doch vor allen Dingen darum zu tun, das Grundstück überhaupt zu bekommen, und nachdem er jetzt dort bereits das Grundstück eingenommen hat, versucht er, den Vertrag zu seinen Gunsten zu verändern, indem die Zeitdauer verlängert wird. Das ist ein Verfahren, das ich nicht gutheißen kann.

Stadtbaurat G r e b e n s l e b e n: Die Verhandlungen über den Vertrag sind mit Herrn Königsdorf, der der Vertreter des Herrn Hagemann in dieser Sache ist, geführt worden, und Herr Hagemann hat, bevor der Vertrag zum Abschluß gekommen ist, auf sein Risiko hin angefangen, auf dem Grundstück zu bauen. Er hat schon ^{große} ~~riesige~~ Mittel aufgewandt, um den Garten herzustellen und umfangreiche Arbeiten in den Gebäuden angefangen. Dabei hat er eingesehen, daß er verschiedene hunderttausend Mark aufzubringen hat, und ist mit der Bitte gekommen, den Vertrag der noch nicht abgeschlossen ist, sondern erst abgeschlossen werden soll, dahin zu fassen, daß er auf einen Zeitraum von 10 Jahren gilt. Diese Verlängerung soll aber nur Gültigkeit haben unter der Voraussetzung, daß die Stadt das Grundstück nach Verlauf von 5 Jahren nicht für eigene Zwecke benötigt. Tritt dieser Fall ein, dann

läuft

läuft der Vertrag schon nach 5 Jahren ab, sonst aber soll er noch weiter 5 Jahre fortlaufen. Es entspricht wohl der Rücksicht auf Recht und Billigkeit, auf diese Bitte einzugehen. Ich habe gehört, daß ein Betrag von 400 000 M aufzuwenden sein wird, also ein Betrag, demgegenüber der Pachtpreis von 30 000 M pro Jahr nicht so eine erhebliche Rolle spielt.

Stadtverordneter L e h n e r t: Ich möchte die Frage aufwerfen, ob vielleicht, nachdem die ersten 5 Jahre verstrichen sind, eine Erhöhung des Pachtpreises eintreten kann. Wenn der Herr nicht in der Lage wäre, über diese vielen Mittel zu verfügen, könnte er sich dieses Geschäft nicht erlauben. Wenn das Angebot der Stadt in der Weise erweitert wird, daß wir uns auf 10 Jahre gebunden ersuchen, dann möchte ich ersuchen, daß wir den Pachtpreis nach Ablauf der ersten 5 Jahre in entsprechender Weise erhöhen, denn nach 5 Jahren wird die Mark nicht den Wert haben, wie sie heute hat.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Joh
will der Anregung des Herrn Lehnert gern ent-
sprechen und ersuchen, aus der Verpachtung her-
auszuholen, was möglich ist. Joh bitte aber, sich
heute nicht auf einen bestimmten Betrag festzule-
gen, sondern mir das zu überlassen. Es gehört eine
solche Besprechung eigentlich nicht in die öffent-
liche Sitzung, sondern es wäre bei einem solchen
Vorschlage wohl besser gewesen, die Sache in der
vertraulichen Sitzung zu behandeln.

- 145 -

Die Versammlung stimmt der Änderung des Vertrages
zu.

(Punkt 22).

Stadtverordneter S t e g m a n n: Meine Damen und Herren! In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß eine ganze Reihe von Punkten, die nicht auf der Tagesordnung stehen, hier noch mitbehandelt werden. Das haben wir auch heute wieder gesehen. Es ist für uns aber nicht angenehm, wenn wir nicht vorher wissen, was zur Behandlung kommt. Die Herren aus den betreffenden Ausschüssen wissen wohl darum Bescheid, aber wir nicht, und auch die Herren von der Presse laufen herum und wissen nicht, um was es sich handelt. Ich möchte bitten, daß in solchen Fällen ein schriftlicher Nachtrag zur Tagesordnung geliefert wird, auch den Herren von der Presse.

Vorsitzender: Es überrascht mich allerdings auch, daß so viele außerordentliche Punkte noch zum Vortrag kommen, aber ich bin dabei immer auf die Referenten angewiesen, die mich durch Zeichen ersuchen, zum Wort gelassen zu werden. Aber wir wollen Ferien machen und müssen deshalb die vorliegenden Sachen aufarbeiten. Es wird nötig sein in der nächsten Woche, wo der Stadthaushaltsplan zur Besprechung kommen soll, noch 2 Sitzungen abzuhalten. (Widerspruch) Na, darüber können wir ja in der vertraulichen Sitzung sprechen.

23. Antrag B ö h m, betreffend eine andere
Regelung des Kleinverkaufs von städtischem
Koks.

Wortlaut des Antrages siehe Seite dieses Bericht

Stadtv. Frau B ö h m (zur Begründung) :
Meine Damen und Herren! Ich habe schon neulich
eine Anfrage an den Rat der Stadt gestellt wegen
Regelung des Verkaufs von städtischem Koks, und
damals hat der Herr Oberbürgermeister versprochen,
daß der Verkauf anders und besser geregelt werden
soll. Nachdem nun aber einige Wochen seitdem
verstrichen sind, muß ich sagen, daß Besserung
nicht eingetreten ist, sondern das Gegenteil der
Fall ist. Wenn sich damals die Leute um 1/2 4 Uhr
aufstellten, tun sie es jetzt des Nachts um 1 Uhr,
denn die um 4 Uhr da sind, bekommen gar nichts mehr
oder nur den kleinen Koks, Ich habe gestern eine

Frau

Frau gesprochen, die ist um 3 Uhr dagewesen und hat keinen bekommen. Es ist doch unmöglich, zu verlangen, daß sich die Leute so früh hinstellen sollen, um einen Zentner Koks zu bekommen. Ich hatte damals angeregt, daß Nummern in dem Büro vor der Burg ausgegeben werden; aber daraus ist nichts geworden. Ich möchte den Rat der Stadt bitten, dafür zu sorgen, daß eine andere Regelung geschaffen wird, sodaß ein jeder in Besitz von Gaskoks kommen kann.

- 150 -

**Auf Anfrage des Vorsitzenden beschließt die
Versammlung dringliche Behandlung des Antrages.**

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Der Rat der Stadt hat sich mit dieser Frage nicht befaßt - er kann nicht alles erledigen - wohl aber haben wir uns in der Deputationssitzung eingehend mit der Frage beschäftigt. Die Regelung in der Weise, wie sie Frau Böhm wünscht, wird sich kaum durchführen lassen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir so viel Koks nicht zu vergeben haben. Einen Unterschied zu machen bei der Vergabung des Koks an die einzelnen Klassen der Bevölkerung halten wir auch nicht für durchführbar. Wir können nicht sagen : „ Die Leute, die ein geringes Einkommen haben, sollen Koks erhalten und die anderen sollen leer ausgehen.“ Es kommt hinzu, daß wir zunächst Koks an die Besteller verabfolgt haben, die vor einiger Zeit in großen Mengen ins Rathaus eingedrungen waren. Jetzt müssen wir erst einmal unsere Schulen versorgen, und ebensc das Rathaus. Wenn es auf den Winter geht und dort

keine

keine Kohlen sind, wüßte ich nicht, was wir anfangen sollten. Allerdings haben wir in der Deputation beschlossen, den Kleinverkauf an Leute, die einen einzelnen Zentner holen, nicht zu unterbinden. Im Ubrigen ist das Betriebsamt so vorgegangen, daß es an verschiedene Vereinigungen, wie an das Gewerkschaftskartell und an den Kleinrentnerverband eine bestimmte Anzahl von Bezugsscheinen abgegeben hat, sonst aber wissen wir tatsächlich nicht anzugeben, wie eine Regelung erfolgen könnte, durch die alle Leute, die vom Gaswerk Keks zu beziehen wünschen, von uns zufrieden ^{zu} gestellt sind. Ich habe die Sache in der Deputation, wo geschäftsgewandte Leute sitzen, mehrmals vorgebracht, aber auch sie konnten uns nicht sagen, wie eine Regelung möglich wäre. Wir brauchen keinen Zweifel daran zu haben : die Schwierigkeit in dieser Sache wird allein dadurch hervorgerufen, daß wir den Keks zu billig abgeben.

Wenn

Wenn der Koks halb verschenkt wird, will natürlich jeder davon haben. In anderen Städten ist kein Mensch auf die Idee gekommen, den Koks so billig abzugeben wie bei uns, sondern dort wird er zum vollen Preis verkauft, und so lange das bei uns nicht auch geschieht, ist eine Abhilfe der Übelstände, die sich hier zeigen, nicht möglich. Sollte aber die Stadtverordnetenversammlung Vorschläge machen können, durch die alle Einwohner nach gleichem Recht behandelt werden, dann würde der Rat sehr erfreut darüber sein.

Stadtv. L e h n e r t : Meine Damen und Herren! In bezug auf das letzte, was der Herr Oberbürgermeister über den billigen Preis des Koks sagte, möchte ich erwidern, daß es dann eigenartig erscheint, daß es den Kohlenhändlern möglich gemacht wird, mit 2 Wagen vorgefahren zu kommen, Koks abzuholen und dann mit einem bedeutenden Aufschlag an die Bevölkerung weiter zu verkaufen. Solange ich verheiratet bin, habe ich meine Feuerung vom Gaswerk geholt. Ich weiß, daß man früher in sehr gut geeigneter Art und Weise nach dem Betriebsamte hingehen und sich eine Karte über 6 - 8 Zentner Koks holen konnte. Genau in derselben Form könnte man doch auch heute vorgehen. Ich glaube bestimmt : nachdem jetzt bedeutend mehr Gas verbraucht wird als früher, wird jetzt auch mehr Koks produziert als in früheren Jahren, und so müßte sich der Verkauf doch regeln lassen. Wenn Sie sich das Schauspiel auf dem

Gas-

Gaswerk des Morgens einmal ansehen wollen, so nehmen Sie vielleicht Gelegenheit, wenn Sie einmal zum Skatspielen gewesen sind und das etwas länger gedauert hat und sagen : „ Ich will doch einmal nachkontrollieren, ob die Angaben aus der Stadtverordnetenversammlung zutreffend sind“, dann werden Sie finden, daß wir nicht Übertrieben haben. Mit einem Feldstuhl ausgerüstet sehen Sie dort die Leute, wie sie eine alte Decke umgehängt haben und warten, damit sie einen Zentner Kcks bekommen. Wenn es schon so weit gegangen ist, kann man nicht sagen, daß die Leute den Kcks allzu billig bezahlen, sondern recht teuer, wenn man für das lange Warten auch nur den Stundenlohn ansetzt, den die Straßenfeger bekommen. Es muß unbedingt etwas getan werden, daß diesen Zuständen, die zum Himmel schreien, abgeholfen wird. Möge der Rat überlegen ob nicht wieder, wie in früheren Zeiten Karten über 5 oder 6 Zentner Kcks abgeholt werden können.

Damit

Damit wäre die Misere auf dem Gaswerk behoben und wir hätten geregelte Verhältnisse. Sie müßten einmal den Unmut hören, der dort seinen Ausdruck findet, dann würden Sie sagen : Endlich einmal muß Abhilfe geschaffen werden. Ich habe an verschiedenen Morgen gesehen, daß die Leute in Reihen von 5 - 6 bis nach dahin, wo es zur Konservenfabrik hineingeht, stehen, und wenn sie 5 Stunden gestanden haben, dann bekommen sie einen Zentner Koks. Die Kohlenhändler aber bekommen volle Fuhren zugewiesen, das ist doch eigenartig. Die Betriebsleitung kann zwar nicht dafür, aber auffällig ist es. Es müssen wieder Scheine ausgestellt werden, worauf die Leute Koks bekommen können.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r :

Wenn einem Kohlenhändler größere Mengen Koks ver-
abfolgt sind, so entspricht das nicht dem Beschlus-
se der Deputation; ich befürchte, daß so etwas
vielleicht ^{vielleicht} mit Hilfe der Arbeiter vom Gaswerk vor-
gekommen ist, indem eine größere Zahl von Personen,
die sich vorher aufgestellt hatten, jeder einen
Zentner Koks bekommen hat und dann dieser Koks vor
dem Gaswerk auf den Händlerwagen geladen und von
dort nach Haus gefahren ist, wo er dann mit einem
Riesenprofit verkauft wird. Dagegen haben wir ein-
gewirkt. Wenn wir im übrigen solche Zustände
früher nicht gehabt haben, so liegt das daran,
daß es heute nicht viel Brennmaterial gibt; augen-
blicklich kommt überhaupt nichts herein. Wir kön-
nen doch unmöglich mit den 44 000 Tonnen Koks, die
im Jahr verkauft werden, die ganze Einwohnerschaft
versorgen! Sollte die Stadtverordnetenversammlung
der Ansicht sein, daß wir den Weg beschreiten, den

Herr

Herr Lehnert angibt, so könnten wir das ja tun, aber ich befürchte, daß wir dann das, was wir jetzt draußen erleben, vor dem Büro sehen würden; das Gedränge würde fürchterlich werden. Man müßte dann eine Ausgabe der Karten nach alphabetisch geordneten Straßen vornehmen, und dann wird es so kommen, daß die Straßen mit den letzten Buchstaben aus dem Alphabet überhaupt nicht an die Reihe kämen, denn durch das Gaswerk so viel Keks zu beschaffen, wie die ganze Einwohnerschaft haben will, sind wir nicht imstande. Darin liegt eben die Unmöglichkeit, die Sache so zu regeln, daß alle zufrieden sind. Wenn die Sache in der angegebenen Weise gemacht werden soll, so bin ich dazu bereit, aber ich bin überzeugt, daß damit nicht geholfen wird, auch nicht die Unregelmäßigkeiten abgestellt werden, denn solche Kekskarten könnten die Leute auch von einem guten Freunde bekommen, der sich anderweitig versorgt. Wie gesagt : Wir haben uns Mühe gegeben, den Keksverkauf in einer befriedigenden Weise zu regeln, haben aber keinen Ausweg gefunden.

V o r s i t z e n d e r: Empfiehlt es sich diese Sache zu einer Kommissionsberatung, um dadurch einen guten Weg ausfindig zu machen. Wenn das der Fall wäre, könnten wir die Verhandlung heute abbrechen.

Stadtv. Frau B ö h m: Ich möchte doch bitten, mit dafür einzutreten, daß die Sache nicht in die Länge gezogen wird; die Bevölkerung drängt darauf, daß eine andere Regelung eintritt. Herr Oberbürgermeister sagte, es wäre nicht möglich, daß die Nummern in dem Büro Kleine Burg abgegeben werden. Es war aber doch im Kriege möglich; damals war die Feuerung noch knapper als heute und die ganze Bevölkerung hat damals Koks bekommen können. Wenn es so weitergeht wie jetzt, bekommt jeder nur 3 Zentner, denn es dauert lange, bis jemand nur erst mal einen Zentner bekommt. Daß Kohlenhändler vom Gaswerk Feuerung abholen, ist wirklich der Fall; es kommt jeden Morgen vor, daß ein paar Fuhrwerke kommen, die den meisten Koks wegnehmen und so höchstens noch 40 Zentner zur Verteilung übrigbleiben.

Stadtv. N e s s e n i u s : Meine Damen und Herren! Es existiert eine Deputation zur Verwaltung der Licht- und Wasserwerke, und diese hat sich mit der eben behandelten Frage eingehend beschäftigt. Es sind Abgeordnete aller Schattierungen darin vertreten, und doch haben wir weiter nichts in der Angelegenheit tun können, als alles mögliche zu versuchen. Wenn Sie nun die Sache an eine neue Kommission verweisen, wie soll es dann werden? Ich habe schon öfter bemerkt, daß Sie kein Vertrauen zu sich selber zu haben scheinen. Es sitzen in der Deputation für die Gaswerke Leute - ich schließe mich diesmal aus -, die sich die größte Mühe geben, alles im Interesse der Stadt zu ordnen. Glauben Sie diesen Leuten doch! Oder trauen Sie sich selbst nicht?

Ich weiß nicht, ob es praktisch ist, nachdem ich nicht empfohlen habe, diese Beratung einer besonderen Kommission aufzubürden, daß ich weiter zur Sache spreche.

V o r s i t z e n d e r: Es scheint sich um eine schwierige Frage zu handeln. Wir wünschen alle, daß eine Besserung erreicht wird, aber einen Weg dafür anzugeben, scheint nicht möglich. Der Herr Oberbürgermeister hat gegen den einen angegebenen Weg schwere Bedenken - ich glaube die Sache eignet sich hervorragend zu einer Kommissionsberatung. Die Antragstellerin ist mit einer solchen einverstanden und so können wir mit der Erörterung eben abbrechen. Welcher Kommission würden wir die Sache überweisen, es könnte vielleicht der Rechtsausschuß sein. (Heiterkeit).

Stadtv. L e h n e r t: Wäre es nicht gut, wenn wir die Sache dem Schulausschuß überwiesen ?

V o r s i t z e n d e r: Nun aber im Ernst. Wenn sie nicht der Meinung sind, die Sache durch

eine

eine Kommission vorberaten zu lassen, dann beraten Sie ruhig weiter, aber bis Sie einen anderen Weg gefunden haben - wir müßten doch einen Beschluß fassen - kann es lange dauern.

Stadtv. Frau G e t z e: Ich möchte vorschlagen, eine neue Kokscommission zu wählen.

V o r s i t z e n d e r: Es ist ja gut, wenn auch der Humor zu seinem Recht kommt, aber damit kommen wir nicht weiter. - Welche Kommission soll es sein, die Finanzkommission ist wohl auch nicht die rechte, der richtigste würde wohl der Rechtsausschuß sein.

Wer ist für Überweisung an den Bauausschuß ?

In der Abstimmung melden sich 9 Stadtverordnete für und 8 Stadtverordnete gegen Überweisung an den Bau^{aus}schuß. Der Vorsitzende überweist demnach die Sache zur Vorberatung an den Bauausschuß.

24. Anfrage Schultze, betreffend die Gültig-
keit und Einlösung der Sammelfahrtscheine
bei einer Erhöhung des Fahrpreises der
Straßenbahn.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 7
dieses Berichtes.

Stadtr. Dr. *Schultze*
Jaeger: Meine Damen und
Herren! Als die letzte Erhöhung des Fahrpreises
auf der Straßenbahn erfolgte, kamen fast an glei-
chen Tage die Sammelfahrtscheine außer Kraft und
es wurde den Fahrgästen anheim gestellt, die in
ihren Besitz befindlichen, früher gültigen Sammel-
fahrtscheine auf der Wilhelmstraße oder auf der
Eisenbüttelerstraße auszutauschen. Die Bekanntgabe
der Erhöhung der Fahrpreise ist erst einen Tag vor-
her erfolgt, und ~~wurden~~ am 14. noch ^{wurden} ~~abends~~ ^{noch} spät
Sammelfahrtscheine verkauft, ohne daß mitgeteilt
wurde.

wurde, daß sie an nächsten Tage außer Geltung kämen. Ob das rechtlich zulässig ist, darüber mögen sich die Juristen unterhalten, aber ich meine: Wenn mir beim Kaufen ^{nicht} gesagt wird, daß das Abonnement nach wenigen Stunden nicht mehr gültig ist, so erscheint das nicht als ein richtiges Vorgehen. Die Straßenbahn kommt vielleicht ganz gut dabei weg, denn viele Besitzer von alten Sammelfahrscheinen tauschen sie gar nicht um. Ich möchte an den Rat der Stadt die Bitte richten, in dieser Sache der Straßenbahngesellschaft eine Anregung zu geben, in Zukunft anders zu verfahren. Es würde vielleicht möglich sein, daß die Sammelfahrscheine bei den Schaffnern ungetauscht werden oder es kann von ihnen gegen Abgabe der Karte der überschießende Betrag herausgegeben werden. Wenigstens müßte man bei einer Fahrpreiserhöhung noch einige Zeit lassen, in der die

alten

alten Scheine noch Gültigkeit haben, wie es bei der vorletzten Regelung geschehen ist. Es sind mir über das zuletzt beliebte Verfahren der Straßenbahn berechnigte Klagen zu Ohren gekommen, und vielleicht wird es auch zu Streit zwischen den Schaffnern und den Fahrgästen geführt haben. Solche unliebsamen Zwischenfälle müßten meiner Meinung nach durch ein weitherziges Verfahren bei der Änderung der Fahrpreise vermieden werden.

V o r s i t z e n d e r: Es handelt sich um einen Antrag; er müßte einer Kommission überwiesen werden. Wenn es eine Anfrage wäre, könnte sie durch die Beantwortung seitens des Rates heute noch erledigt werden.

Der Antragsteller erklärt sich damit bereit, daß sein Antrag in eine Anfrage umgewandelt wird.

Stadtbaurat G e b e n s l e b e n : Meine Herrschaften! Sie sehen an dem Verfahren bei der Änderung des Fahrpreises die Geschäftstüchtigkeit der Direktion, und von dem Standpunkt aus betrachtet, könnte man das Verfahren wohl güttheißen, aber nicht vom Standpunkt der Allgemeinheit aus. Ich habe, da mir die kurze Frist für die Gültigkeit der alten Samelfahrscheine aufgefallen ist, mit Herrn Direktor Lehrmann sofort Rücksprache genommen und habe die Zusage erhalten, daß, wenn einmal wieder eine Fahrpreiserhöhung eintreten sollte - es könnte doch dieser Fall einmal wieder vorkommen - jedenfalls eine längere Frist festgesetzt wird. Eine Frist von 1 - 2 Tagen halte ich auch nicht für richtig, sondern meine, daß eine solche von wenigstens 4 - 5 Tagen genommen wird, und so wird in der Zukunft auch verfahren werden.

Von Zwistigkeiten zwischen den Schaffnern und den Fahrgästen habe ich auch gehört, aber es ist

Nir

nir von den Schaffnern erklärt, daß sie von den Fahrgästen angehaucht worden sind, als sie bei der Abgabe von Sammelfahrscheinen am letzten Tage darauf aufmerksam machten, daß sie außer Geltung kämen: „Das geht Sie gar nichts an. Wenn ich einen Sammelfahrschein verlange, dann geben Sie ihn ruhig her!“ Wenn sich solche Fälle wiederholen, kann man es den Schaffnern nicht übelnehmen, wenn sie nachher den Mund hielten.

25. Anfrage Stegmann, betreffend das
Weiterbestehen des Großen Waisenhauses.

Wortlaut der Anfrage siehe Seite 8 dieses
Berichts.

Stadtv. S t e g m a n n (zur Begründung): Meine
Damen und Herren ! Vor etwa einem Jahre teilte der
Herr Oberbürgermeister mit - ich glaube, es war in
einer Sitzung des Finanzausschusses -, daß die Fi-
nanzlage des Großen Waisenhauses eine sehr schlechte
sei. Neuerdings hört man, daß ^{hilf} infolge der ungünsti-
gen Verhältnisse die Finanzlage des Waisenhauses
sich noch weiter verschlechtert habe, sodaß die
Direktion mit dem Plane umgehe, das Waisenhaus zu
schließen. Das kann der Stadt nicht gleichgültig
sein. Ich muß gestehen, daß ich persönlich und auch
meine Fraktionsgenossen diesen Waisenhäusern, wie
sie

sie jetzt sind, nicht sympathisch gegenüberstehe . Die ganze Aufmachung, die Kleidung der Kinder, die kaserbennmäßige Erziehung, der religiöse Beigeschmack und die klösterliche Erziehung kann uns die Sache nicht sympathisch machen. Aber trotzdem muß ich sagen: Wo sollen die vielen Waisen bleiben, wenn es ~~angeht~~, daß das Waisenhaus geschlossen würde? Es wäre ja besser, wenn solche Waisen in Familien untergebracht werden könnten, aber wie viele Leute gibt es denn, die aus Kinderliebe Waisen liebevoll aufnehmen und ^{anpflegen} ~~behalten~~. In Wirklichkeit war es doch so, daß diejenigen, die Waisen- und Pflegekinder bei sich aufnehmen, es nur getan haben, um sie für sich auszunutzen. Sie müssen hungern, gehen zerlumpt umher und verkommen. Die Kriminal-Statistik beweist, daß gerade solche Kinder den größten Prozentsatz bei Straffällen stellen. Deshalb sollte man alle Mittel anwenden, damit das Waisenhaus nicht eingeht, und darauf hinwirken, daß die Waisenhaus-erziehung einen besseren Ausbau bekäme, daß die Zöglinge mehr

Liebe

Liebe zu fühlen bekämen, daß sie mehr Freiheit hätten, daß sie nicht umhermarschieren wie Gefängnisinsassen, denn alle dieser Zwang kann keinen sonntigen Eindruck auf die Kinder machen. Das ganze Wesen der Waisenhaus-erziehung muß umgebaut werden, aber erhalten müßten die Waisenhäuser werden.

Nun wird hingewiesen, daß infolge der finanziellen Bedrängnisse das Waisenhaus eingehen muß; aber woher kommt denn diese finanzielle Bedrängnis für das Große Waisenhaus? Es ist doch Besitzer großer Ländereien, die ja leider nicht in einen Komplex zusammen liegen. Aber die Pachten für diese Ländereien sind, wie ich mich überzeugt habe, derartig niedrig, daß es unverständlich ist, noch dazu wenn die finanzielle Lage des Waisenhauses so schlecht ist. Der Morgen des besten Landes ist zu 150 Mark und darunter verpachtet. Konservenfabriken, die genug Geld einscheffeln, überläßt man das Land zu Preisen, die unerhört sind. Wie wird weiter in der dem Waisenhaus gehörigen Druckerei gewirtschaftet?

schaftet?

schafftet ? Der Akzidenz - wie der Zeitungsdruck
wird zu einem Preise geliefert, der unverständlich
ist. Für die Gesetz- und Verordnungssammlung ist ^{z. B.}
ein Preis von 10 000 Mark eingesetzt worden. Man
muß darüber lachen; wenn 100 000 Mark dafür einge-
setzt wären, so würde man das verstehen können.
Betrachten Sie die Braunschweigischen Anzeigen !
Während alle anderen Zeitungen in der größten Not
stecken, nicht wissen, wie sie sich über Wasser hal-
ten sollen und alle Augenblicke den Abonnementpreis
erhöhen müssen - Der Bezug der Braunschweiger Zei-
tungen ist ^{auf} ~~um~~ 27 - 29 Mark erhöht worden - haben
die Braunschweigischen Anzeigen bis vor kurzem im Mo-
nat 4 Mark gekostet und ist der Preis erst vom 1. Juli
ab auf 8 Mark erhöht. Jeder Fachmann weiß, daß die
Anzeigen, die ^{nicht} auf einer Rotationsmaschine ^{früher auf einer} (Flach-
^{Kauf}druckpresse) hergestellt werden, nicht unter 30 Mark
abzugeben sind. So wird seitens der Druckerei eine
Schmutzkonkurrenz getrieben, die nicht mehr schön
ist.

ist, und dann soll das Waisenhaus eingehen ! Es muß in allen diesen Dingen etwas geschehen, damit das Waisenhaus besser gestellt wird. Wenn die Stadt das Waisenhaus nicht übernehmen will, dann sollte man sich an den Staat wenden, damit er es übernimmt. Wir hören, daß er das Wolfenbüttler Waisenhaus übernommen hat, indem er bei dem dortigen bisherigen Stift Mitbeteiligter geworden ist. Speziell der Staat und die Stadt Braunschweig haben besonderes Interesse daran, daß das Waisenhaus bestehen bleibt. Ich bitte um Auskunft, ob in dieser Hinsicht etwas geschehen soll.

Oberbürgermeister R e t e m e y e r: Herr Stegmann hat gefragt, ob beschlossen worden ist, daß das Waisenhaus eingehen soll. Diese Frage kann ich mit nein beantworten. Es sind allerdings Verhandlungen im Gange, die dahin zielen, der Not dadurch aus dem Wege zu gehen, daß das Waisenhaus umgestaltet wird und die Kinder anderweitig untergebracht werden, aber diese Verhandlungen sind so wenig dem Abschluß nahe, daß es keinen Zweck haben würde, die Sache hier zu erörtern. Jedenfalls liegt die Sache für die Stadt so, daß sie nach dem Vertrage mit dem Waisenhaus das Recht hat, alle Jahre eine bestimmte Zahl von Findern im Waisenhaus unterzubringen. Wenn dieser Vertrag geändert werden soll, geht das nicht anders, als daß Ihnen eine Vorlage darüber zugeht, und darauf können Sie sich verlassen, daß sie Ihnen ^{zu} eingehen wird, wenn die Sache geändert werden soll.

Nun hat Herr Stegmann die Freundlichkeit gehabt,

habt,

habt, der Verwaltung des Waisenhauses gewisse
Vorwürfe zu machen. Ich persönlich stelle mich
Ihnen vor als einen der Direktoren des Waisenhauses,
den der Vorwurf der Schmutzkonkurrenz gemacht ist.
(Zuruf des Stadtverordneten Stegmann: Schmutzkon-
kurrenz der Druckerei!) Nehmen Sie es mir nicht
übel, daß ich, da ich mit einem anderen Herrn zu-
sammen Direktor des Waisenhauses bin, auf diesen
Vorwurf eingehe. Der Ausdruck ist gefallen, aber
Herrn Stegmann ist ein Irrtum unterlaufen, ^{insofern} als er
uns, dem Direktorium des Waisenhauses, die Ver-
antwortung für Festsetzung der Abonnementpreise
für die Braunschweigischen Anzeigen anhängen will.
Mit den Braunschweigischen Anzeigen haben wir nur
das eine zu tun: wir drucken sie in der Waisenhaus-
druckerei, und auf die Unterhandlungen wegen des
Druckpreises will ich hier eben nicht eingehen.
Der Unternehmer der Zeitung ist der Staat, also der
Vorwurf ^{sonst} ~~trifft~~ nicht das Direktorium des Waisenhan-
ses, sondern den Staat. Im übrigen liegen die
Verhältnisse

Verhältnisse so, daß wir mit der Druckerei nicht gerade Seide spinnen, aber sie hat in den letzten Jahren doch leidlich abgeschnitten. Wir müssen dort in Zukunft etwas mehr kaufmännisch vorgehen und eine Gewinn- und Verlustrechnung sowie eine Bilanz aufstellen, was wir bisher bei den reichen Mitteln des Waisenhauses nicht nötig hatten.

Herr Stegmann hat auch die Gesetz- und Verordnungssammlung erwähnt. Das Waisenhaus hat sie seit 1814 in Auftrage des Staates gedruckt. Ich glaube auch, daß das Waisenhaus bei dieser Sache kein gutes Geschäft gemacht hat, es ist aber sehr schwer, sich ein genaues Bild von der Sache zu machen. Der Staat hat sich denn auch damit einverstanden erklärt, daß der Preis für den Jahrgang auf 10 Mark erhöht wird, ^{nur} ~~doch~~ sind die Verhandlungen wegen Übernahme des Verlages der Gesetz- und Verordnungssammlung ~~noch nicht beendet.~~ *nur der Staat beabzichtigt.*

Georg Fischer & Söhne
Braunschweig